

»Das Ausmaß der Gewalt ist ähnlich wie in einem Krieg«

SPIEGEL ONLINE

29. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vergessene Krise in Honduras

Length: 1231 words

Byline: Nicola Abé

Highlight: Sie fliehen vor Bandengewalt, Armut und der Klimakrise, doch viele Menschen aus Honduras schaffen es nicht in die USA. Sie werden zurückgeschickt. Jan Egeland, Chef des Norwegischen Flüchtlingsrats, über die Lage im Land.

Body

SPIEGEL: Herr Egeland, Sie haben kürzlich das zentralamerikanische Honduras besucht. Wie ist die Lage in dem Land?

Jan Egeland: Wir versuchen an die Orte zu gehen, wo Menschen in Not sind, aber völlig vernachlässigt werden. Honduras ist einer dieser vergessenen Orte. Das Ausmaß der Gewalt ist ähnlich wie in einem Krieg. Tausende Familien haben Angehörige verloren. Die Gewalt der Gangs zersetzt die gesamte Gesellschaft. Es geht nicht nur um Schutzgelderpressung. Familien fliehen aus Honduras, weil sie verhindern wollen, dass ihre Söhne rekrutiert oder ihre Töchter sexuell missbraucht werden.

SPIEGEL: Ein Drittel der Menschen in Honduras lebt in extremer Armut. Ist Gewalt wirklich der entscheidende Fluchtgrund?

Egeland: Tatsächlich benötigt ein Drittel der Bevölkerung akute humanitäre Hilfe. Die zwei großen Hurrikans Iota und Eta haben 2020 weite Teile des Landes zerstört, viele obdachlos gemacht und ihnen die Lebensgrundlage genommen. Die Zerstörung ist noch immer massiv, der Wiederaufbau stockt. Die Leute leben in Ruinen oder anderen minderwertigen Behausungen oder sie verlassen das Land. Wir haben es also zunehmend auch mit der Flucht aus Klimagründen zu tun. Trotzdem ist Gewalt ein ebenso entscheidender Grund. Die Uno geht davon aus, dass 400.000 intern Vertriebene in dem Land leben. Gewalt verhindert beispielsweise auch Bildung. Viele Schüler trauen sich nicht zur Schule. Wir haben eine Einrichtung in der Nähe der zweitgrößten Stadt San Pedro Sula besichtigt. Dort lernten einmal 5000 Schülerinnen und Schüler, jetzt sind noch 1200 übrig, der Rest, jedenfalls die meisten, sind in Richtung Norden gezogen.

SPIEGEL: Als Xiomara Castro im Januar 2022 zur ersten Präsidentin von Honduras gewählt wurde, kam sogar US-Vizepräsidentin Kamala Harris zur Einführungszeremonie. Die Menschen, aber auch die Internationale Gemeinschaft verbanden viele Hoffnungen mit ihr. Die scheinen sich nicht erfüllt zu haben.

»Das Ausmaß der Gewalt ist ähnlich wie in einem Krieg«

Egeland: Es gibt einige positive Entwicklungen: Immerhin wird das Problem der Bandengewalt offiziell anerkannt. Es gibt ein Gesetz, das darauf abzielt, Vertreibung zu verhindern, etwa durch Peacekeeping auf lokaler Ebene, einen funktionierenden Polizeiapparat. Leider ist das Gesetz noch nicht umgesetzt. Es ist wichtig, dass die entsprechenden Mittel dafür bereitgestellt werden.

SPIEGEL: Sie kritisieren die Internationale Gemeinschaft, weil sie nicht genug Gelder bereitstellt?

Egeland: Die Anfragen für humanitäre Hilfe für Honduras sind zu gerade mal 25 bis 40 Prozent finanziert hauptsächlich durch die USA. Ich frage mich schon: Wo ist Europa, wo sind Deutschland, Skandinavien, Spanien? Es gibt ja einen Grund, warum die Menschen dort Spanisch sprechen. Anscheinend sind wir alle so vom Krieg in Europa besessen, das wir keinerlei Aufmerksamkeit mehr übrighaben für diese vergessenen Krisen.

SPIEGEL: Honduras ist nicht nur ein Land, aus dem die Menschen auswandern. Es ist auch ein Durchreiseland für viele Migrantinnen und Migranten auf dem Weg an die US-Grenze. Wie geht es denen?

Egeland: Tatsächlich sehe ich hier einen kleinen Hoffnungsschimmer. Ich habe ein Transitcenter für Migranten an der Grenze zu Nicaragua besucht. Rund 1000 Menschen kommen dort täglich an. Die Menschen haben den Darién Gap, die wohl gefährlichste Migrationsroute der Welt, durchwandert. Viele ertrinken dort im Urwald oder bleiben vor Erschöpfung liegen, es gibt giftige Tiere und kriminelle Banden. Die meisten kommen aus Venezuela oder Haiti, aber auch aus afrikanischen Ländern und sogar aus China. Sie haben kleine Kinder dabei. Und immerhin wurden sie bei der Ankunft in Honduras nicht schlecht behandelt – man half ihnen und stellte ihnen ein fünftägiges Transitvisum aus. Früher mussten sie eine Strafe von 250 Dollar bezahlen. Inzwischen gibt es in Honduras eine, wie sie es nennen, »Amnestie« für Migration.

SPIEGEL: Die USA planen Anlaufstellen für Asylbewerber unter anderem in Kolumbien, um zu verhindern, dass sie den Darién Gap durchwandern.

Egeland: Es ergibt natürlich Sinn, sichere Fluchtwege zu etablieren. Allerdings darf man sich keine Illusionen machen. Den Leuten einfach nur zu sagen: Geht da nicht durch, das ist zu gefährlich – das wird kaum jemanden stoppen. Es hält die Menschen nicht davon ab, zu versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen. Und genauso ist es auch beim Darién Gap. Denn die Leute fragen sich: Was ist denn meine Alternative? Sie haben jede Hoffnung auf ein besseres Leben oder eine Zukunft in ihrer Heimat aufgegeben. Sie haben von Migrantinnen und Migranten gehört, die es geschafft haben und denen es jetzt besser geht. Und natürlich auch von solchen, die es nicht geschafft haben und unterwegs gestorben sind. Also sagen sie: Ich werde es so oft versuchen, bis ich entweder sterbe oder es schaffe.

SPIEGEL: Die US-Grenze ist seit Jahren weitgehend dicht für Menschen aus Zentralamerika aufgrund einer von Ex-Präsident Donald Trump in Kraft gesetzten Seuchenschutzverordnung namens Titel 42. Sie erlaubt es, Migranten abzuschieben, ohne dass diese einen Asylantrag auch nur stellen können. 2022 wurden knapp 90.000 Honduranerinnen und Honduraner aus den USA und Mexiko abgeschoben, darunter rund 14.000 Kinder – ein Anstieg um zwei Drittel im Vergleich zu 2021. Gibt es eine Möglichkeit, sie in ihrer Heimat zu reintegrieren?

Egeland: Die meisten, die zurückgeschickt wurden, sind junge Männer oder Menschen mittleren Alters. Oft haben sie es bereits zwei-, drei-, viermal versucht. Wir wollen ihnen Zugang zu Bildung verschaffen und sie dabei unterstützen, einen Lebensunterhalt zu verdienen. Und wir versuchen, sie an einen sicheren Ort zu bringen. Bei manchen funktioniert das. Sie sehen dann ein, dass sie vielleicht doch eine Zukunft vor Ort haben. Aber Sicherheit ist natürlich sehr relativ. Offenbar gelingt es den Gangs, die Leute aufzuspüren. Sie suchen gezielt nach Menschen, die ihnen etwa »Geld schulden« oder Familien, die die Rekrutierungsversuche abgewehrt haben. Wir helfen etwa einer Familie, die aus den USA abgeschoben wurde. Mit unserer Hilfe bewerben sie sich nun aus der Ferne um Asyl dort. Der bürokratische Prozess dauert allerdings rund 18 Monate. Wir haben sie an einen anderen, vermeintlich sicheren Ort in Honduras gebracht, wo sie unter falschen Namen leben. Sie haben ihre Telefone und Nummern gewechselt – und trotzdem rief die Gang sie eines Tages an und bedrohte die Familie erneut.

SPIEGEL: Am 11. Mai soll die Verordnung 42 – so wie alle anderen verbliebenen Restriktionen im Kontext der Coronapandemie – in den USA aufgehoben werden. Was erwarten Sie?

»Das Ausmaß der Gewalt ist ähnlich wie in einem Krieg«

Egeland: Titel 42 war natürlich Thema in Honduras. Die Menschen haben allerdings keine tragfähigen Informationen, sind verwirrt. Tatsächlich erwarten viele, dass es nun einfacher für sie sein könnte, in die USA zu gelangen. Ich befürchte, dass das zu chaotischen Situationen führen wird. Ich denke auch nicht, dass es für die Menschen leichter wird. Was wir beobachten, ist eine zunehmende Militarisierung des Grenzschutzes in Mexiko und zuletzt auch in Guatemala. Auch von dort aus werden nun immer mehr Menschen abgeschoben. Die USA lagern das Problem aus und versuchen, die Leute so früh wie möglich zu stoppen. So besteht zusätzlich das Risiko, dass aus anderen Ländern Geflüchtete in Honduras stecken bleiben.

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Version war der Name von Jan Egeland falsch geschrieben. Wir haben das korrigiert.

Graphic

© The New York Times/Redux/laif - Vilma Iris Peraza, 28, eine Frau aus Honduras mit ihren Kindern Adriana und Erick auf der Paso del Norte Brücke in Ciudad Juarez, nachdem sie nach Mexiko abgeschoben wurden

© The New York Times - Migrantinnen und Migranten beim Marsch durch den Darién Gap

Copyright 2021 The Associated Press. All rights reserved - Durch Hurrikans zerstörte Nachbarschaft in La Lima, Honduras

REUTERS - Angel, ein dreizehnjähriger Migrant aus Honduras steht am Grenzwall in Tijuana, Mexiko

2022 Anadolu Agency - Die Militärpolizei kontrolliert einen Mann auf der Straße in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa, nachdem Präsidentin Xiomara Castro wegen der anhaltenden Bandengewalt den Notstand verhängt hat

Load-Date: April 29, 2023

»Grüne dürfen keinen weiteren Asylrechtsverschärfungen zustimmen«

SPIEGEL ONLINE

17. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Forderung der Grünen Jugend

Length: 526 words

Byline: Jonas Schaible

Highlight: Katharina Stolla, die Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, greift die Asylpolitik ihrer Mutterpartei scharf an. Mit einem Änderungsantrag auf dem Parteitag will Stolla die Wende erzwingen.

Body

SPIEGEL: Frau Stolla, wie bewerten Sie die derzeitige Migrationspolitik der Regierung?

Stolla: Die Ampel präsentiert Scheinlösungen, die Geflüchtete kriminalisieren, ihnen das Leben schwer macht. Das hilft niemandem – den Geflüchteten nicht bei ihrer Integration und den Kommunen nicht bei ihrer Haushaltslage.

SPIEGEL: Auch Ihre Partei, die Grünen, tragen diese Politik mit. Nächste Woche soll ein entsprechender Antrag des Bundesvorstands auf dem Parteitag beschlossen werden. Sie aber stellen einen Änderungsantrag. Was wollen Sie?

Stolla: Wir fordern, dass Grünenpolitiker keinen weiteren Asylrechtsverschärfungen zustimmen. Nicht im Kabinett, nicht im Bundestag, nicht in Europa und auch nicht in den Ländern.

SPIEGEL: Eine einigermaßen unscharfe Formulierung. Wer definiert, was eine Verschärfung ist?

Stolla: Wir nennen Beispiele: restriktivere Regelungen für Abschiebungen, Leistungskürzungen für Asylbewerber oder Schnellverfahren an Außengrenzen. Die Ampel lässt sich von rechts treiben, in der falschen Hoffnung, dass man das mit Zugeständnissen ändern kann. Das aber wird nicht funktionieren und hilft am Ende nur den Rechten.

SPIEGEL: Wären Migrationsabkommen eine Verschärfung?

Stolla: Nicht wenn sie legale und sichere Möglichkeiten schaffen zu fliehen. Abkommen mit autokratischen Staaten mit dem Ziel, leichter abzuschieben, wären eine Verschärfung.

SPIEGEL: Die Grünen haben in Person von Außenministerin Annalena Baerbock Vorschlägen zur Reform des EU-Asylsystems im Rat der Europäischen Union bereits zugestimmt. Der Gesetzgebungsprozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Wenn Ihr Antrag eine Mehrheit fände: Müsste Baerbock dann ihre Zustimmung zurückziehen?

Stolla: Ja, sie dürfte der Reform nicht zustimmen, solange sie Asylrechtsverschärfungen enthält. Uns geht es darum zu sagen: bis hierhin und nicht weiter. Und alles, was noch nicht entschieden ist, kann man ändern.

»Grüne dürfen keinen weiteren Asylrechtsverschärfungen zustimmen«

SPIEGEL: Deutschlandstünde als unzuverlässiger Partner da, die Außenministerin wäre beschädigt und die Koalition gelähmt. Das nehmen Sie in Kauf?

Stolla: Es ist keine Lähmung, wenn man aufhört, die Rechte von Menschen einzuschränken. Es geht hier um Menschenleben. Da halte ich es für falsch, taktisch zu fragen, was das für einzelne Kabinettsmitglieder bedeutet.

SPIEGEL: Könnte daran nicht die Koalition zerbrechen?

Stolla: Nur weil eine Partei bestimmte Dinge nicht mitmacht, muss die Koalition nicht platzen. Es haben doch in den letzten zwei Jahren alle Koalitionspartner mal ihre Grenzen gezogen. Wir fordern übrigens auch nicht, gar nichts zu tun. Sondern wir sagen konkret, was man stattdessen gegen den Rechtsruck tun müsste.

SPIEGEL: Und das wäre?

Stolla: Es braucht eine Politik, die Kommunen entlastet und den Menschen hilft, die Abstiegserfahrungen machen oder verständlicherweise Angst davor haben. Ein höherer Mindestlohn, die Auszahlung des Klimagelds oder sinkende Mieten: Nur eine soziale Politik kann Rechten ihren Nährboden entziehen.

SPIEGEL: Lassen Sie es auf eine Abstimmung ankommen?

Stolla: Natürlich sind wir offen für Gespräche. Wir machen das nicht, weil wir Spaß an Krawall auf dem Parteitag haben. Aber wenn es darauf ankommt, werden wir auch in die Abstimmung gehen.

Load-Date: November 17, 2023

Faeser will Gesetzespaket für Abschiebungen am Mittwoch ins Kabinett bringen

SPIEGEL ONLINE

23. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Flüchtlingspolitik der Ampel

Length: 581 words

Byline: Charlene Optensteinen

Highlight: Abgelehnte Asylbewerber sollen schneller abgeschoben werden. Die Bundesregierung einigte sich dazu auf ein neues Migrationspaket. Nun steht die Kabinettsentscheidung dazu an.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will in dieser Woche konkrete Maßnahmen für effektivere Abschiebungen auf den Weg bringen. »Ich werde unser umfassendes Gesetzespaket für mehr und schnellere Rückführungen am Mittwoch ins Kabinett einbringen. Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen«, sagte Faeser der »Rheinischen Post«. Die SPD-Politikerin hatte die Pläne bereits vorletzte Woche vorgestellt.

Faeser verwies darauf, dass die Zahl der Rückführungen in diesem Jahr schon um 27 Prozent höher sei als im Vorjahreszeitraum. »Dennoch müssen wir Regelungen vorsehen, mit denen wir unser Recht konsequenter und schneller durchsetzen können.« Das Rückführungspaket sehe dafür ein Bündel restriktiver Maßnahmen vor. Dazu gehöre auch, Straftäter und Gefährder konsequenter und schneller auszuweisen und abzuschieben. Zugleich werde man weiter sehr intensiv über Abkommen mit den Herkunftsländern verhandeln, damit diese ihre Staatsangehörigen auch tatsächlich zurücknehmen.

Laut dem vor knapp zwei Wochen veröffentlichten Entwurf, der sich damals noch in der Abstimmung innerhalb der Regierung befand, soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage verlängert werden. Damit erhielten die Behörden mehr Zeit, eine Abschiebung vorzubereiten. Erleichtert werden soll zudem etwa die Ausweisung von Schleusern.

Zusätzliche Belastung für die Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt jedoch vor personellen Engpässen durch die Regierungspläne. »Wenn es deutlich mehr Abschiebungen geben soll, müssen Bundes- und Landespolizei erheblich mehr Kräfte zur Verfügung stellen als bisher. Wir steuern bei der bloßen Ausgestaltung der Gesetzgebung auf eine unfassbare Belastung für die Polizei zu«, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke der »Rheinischen Post«. Für die Umsetzung des Rückführungspakets fehlten mehr als 300 Polizisten.

Bundeschancellor Olaf Scholz hatte im aktuellen SPIEGEL erklärt: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.« Wer sich nicht auf Schutzgründe berufen könne und

Faeser will Gesetzespaket für Abschiebungen am Mittwoch ins Kabinett bringen

keine Bleibeperspektive habe, müsse gehen. »Wir müssen mehr und schneller abschieben«, sagte der SPD-Politiker. Damit stieß Scholz in den eigenen Reihen auf heftige Kritik. Besonders der SPD-Jugendverband ging klar auf Distanz zu Scholz.

CDU-Chef Friedrich Merz sagte in der ZDF-Sendung »Berlin direkt« am Sonntag auf die Frage, ob er darin eine Trendwende sehe: »Das scheint so zu sein.« Es sei aber dahingestellt, ob Scholz hierfür auch Zustimmung in der eigenen Partei habe. Klar sei, dass die Zahl der Einwanderer sinken müsse.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr begrüßte die Äußerungen von Scholz. »Der FDP ist es ein großes Anliegen, mehr Ordnung in die Migrations- und Flüchtlingspolitik zu bringen«, sagte er der »Welt«. »Daher bin ich dem Bundeskanzler dankbar für seine klaren Worte. Olaf Scholz äußert das, was die breite Mehrheit der Deutschen möchte und wofür seine Vorgängerin nie die Kraft hatte.«

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese sagte der Zeitung: »Es ist richtig, dass der Bundeskanzler klare Kante zeigt.« Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz stellte aber infrage, dass Scholz seine rot-grün-gelbe Koalition hinter sich bringen kann. Die bisherigen Entwicklungen weckten Zweifel daran, dass es der Ampel ernst sei mit mehr Abschiebungen. »Denn dafür braucht es nicht nur beim Bundeskanzler, sondern in allen Ampelparteien den politischen Willen«, sagte die CSU-Politikerin der »Welt«.

cop/dpa

Load-Date: October 23, 2023

End of Document

Italien beschließt härtere Maßnahmen gegen Migration

SPIEGEL ONLINE

18. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Melonis rechtsnationale Regierung

Length: 370 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Die italienische Regierung unter der ultrarechten Georgia Meloni hat ein härteres Vorgehen gegen Geflüchtete beschlossen. Demnach sollen die Abschiebehaft verlängert und weitere Abschiebelager eingerichtet werden.

Body

Italiens rechtspopulistische Regierung hat zur Eindämmung der illegalen Migration über das Mittelmeer ein Bündel an härteren Maßnahmen beschlossen. Dazu gehört eine Verlängerung der maximal möglichen Abschiebehaft um ein halbes Jahr. Zudem beauftragte das Kabinett unter Ministerpräsidentin Giorgia Melonis Militär, spezielle Abschiebehaftanstalten einzurichten. Die ultrarechte Ministerpräsidentin sagte nach Angaben aus ihrer Umgebung in der Sitzung, die Regierung stehe geschlossen hinter dem Beschluss.

Das Höchstmaß der Abschiebehaft wird von zwölf auf 18 Monate angehoben, um mehr Zeit zur Prüfung der Bleibeberechtigung zu haben und gegebenenfalls auch direkt aus der Haft abschieben zu können. Das Verteidigungsministerium solle »Strukturen« schaffen, um irregulär eingereiste Menschen festzusetzen, hieß es. Diese Lager sollen demnach in spärlich bewohnten Gegenden des Landes errichtet werden. Dadurch solle es nicht zu »weiteren Unannehmlichkeiten und Unsicherheit in den italienischen Städten« kommen, so Meloni.

Von der Leyen sagt Hilfe der EU zu

In den vergangenen Tagen waren auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa wieder Tausende Menschen mit Booten aus Afrika angekommen. Das Erstaufnahmelager auf der kleinen Insel zwischen Sizilien und Nordafrika war zeitweise maßlos überfüllt.

Meloni sagte zudem Schleuserbanden ab und kündigte an, den Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung und die Menschenhändler zu intensivieren. »Der Kampf gegen die illegale Masseneinwanderung und die Menschenhändler ist ein epochaler Kampf für Italien und für Europa.« Die Vorsitzende der rechtsnationalen Partei Fratelli d'Italia regiert Italien seit elf Monaten. Ein hartes Vorgehen gegen Migranten hatte im Wahlkampf zu ihren wichtigsten Versprechen gehört.

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die am Sonntag gemeinsam mit Meloni Lampedusa besuchte, hat Italien Unterstützung bei der aktuellen Migrationskrise zugesagt. Die EU und ihre Grenzschutzbehörde Frontex könnten Italien dabei helfen, die große Zahl von Migranten auf der Insel zu bewältigen, indem diese auf andere Staaten in der Union verteilt würden. Außerdem könne Frontex dabei behilflich

Italien beschließt härtere Maßnahmen gegen Migration

sein, »eine schnelle Rückführung der Menschen zu organisieren, wenn sie keine Chance auf Asylrecht haben«, sagte von der Leyen.

czl/dpa

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Italienischer Außenminister sagt Frankreichreise ab

SPIEGEL ONLINE

05. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über Flüchtlingspolitik

Length: 566 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Zwischen Frankreich und Italien kommt es immer wieder zum Streit wegen Roms Flüchtlingspolitik. Nun hat Außenminister Tajani eine Parisreise wegen Aussagen des französischen Innenministers abgesagt – er verlangt Konsequenzen.

Body

Der Streit zwischen Frankreich und Italien um Roms Flüchtlingspolitik hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach heftiger Kritik des französischen Innenministers Gérald Darmanin gegenüber Italiens Regierung hat der italienische Außenminister Antonio Tajani kurzfristig eine geplante Reise nach Paris abgesagt. Er werde nicht zu dem geplanten Treffen mit seiner französischen Kollegin Catherine Colonna reisen, schrieb Tajani am Donnerstag auf Twitter. Als Grund dafür gab er »inakzeptable Beleidigungen« des französischen Innenministers Gérald Darmanin gegenüber seiner Regierung an.

»Das ist nicht der Geist, in welchem gemeinsame europäische Herausforderungen angegangen werden sollten«, erklärte Tajani.

In einem Radiointerview hatte Darmanin zuvor gesagt, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sei »unfähig, die Migrationsprobleme« ihres Landes zu lösen. Zudem zog er Parallelen zwischen Meloni und der französischen Rechtspopulistin Marine Le Pen. Aufgrund der politischen Lage in Tunesien machten sich viele Minderjährige auf den Weg nach Italien, sagte Darmanin dem Sender RMC. Das Land sei jedoch nicht in der Lage, mit diesem Druck umzugehen.

Paris versuchte später, die Situation zu entschärfen. Das französische Außenministerium erklärte, das für Donnerstagabend geplante Treffen könne hoffentlich »bald« nachgeholt werden. »Die französische Regierung möchte mit Italien zusammenarbeiten, um die gemeinsame Herausforderung der zunehmenden Migrantenströme zu bewältigen«, erklärte das Ministerium. Die bilateralen Beziehungen beruhen auf »gegenseitigem Respekt«.

In einem an diesem Freitag erschienenen Interview mit der italienischen Zeitung »Corriere della Sera« sagte Tajani, er spüre zwar das »Bedauern« der französischen Regierung. Gleichzeitig sagte der Italiener, es brauche »ein Dementi und eine Verurteilung« aus Paris. »Wenn man eine andere Person grundlos beleidigt, ist das Mindeste, was man tun kann, sich zu entschuldigen«, fügte er hinzu. Darmanin habe alle Italiener beleidigt. Zudem habe der französische Innenminister »uns mit der extremen Rechten verglichen, was unglaublich ist«, sagte Tajani.

Italienischer Außenminister sagt Frankreichreise ab

Streit bereits im November wegen Rettungsschiffs

Das Thema Migration führt immer wieder zu Unstimmigkeiten zwischen beiden Ländern. Zuletzt kam es im November zum Streit, als Melonis Regierung sich geweigert hatte, ein Rettungsschiff mit 230 Migranten an Bord in Italien anlegen zu lassen. Rom drängte Paris damals, wie vereinbart 3500 Migrantinnen und Migranten aus Italien zu übernehmen. Frankreich kritisierte seinerseits, dass die Regierung in Italien ihre Häfen für Rettungsschiffe sperrte. Der EU ist es seit 2015 nicht gelungen, sich auf gemeinsame Aufnahmeregeln zu einigen.

Italien ist wegen seiner geografischen Lage besonders häufig ein Ziel von Migranten, die von Nordafrika nach Europa gelangen wollen. Die Zahl der Menschen, die sich von dort aus auf den gefährlichen Weg übers Mittelmeermachen, ist seit Januar sprunghaft gestiegen. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums kamen seit Jahresbeginn bereits mehr als 42.000 Menschen auf diesem Weg nach Italien fast viermal so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Immer wieder kommt es im Mittelmeer zu Unglücken mit Flüchtlingsbooten. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ertranken in den ersten drei Monaten dieses Jahres so viele Menschen wie seit 2017 nicht mehr.

col/AFP

Graphic

REUTERS - Italienischer Außenminister Antonio Tajani: »Es braucht ein Dementi und eine Verurteilung«

Load-Date: May 5, 2023

End of Document

Bundespolizei greift 55 eingeschleuste Migranten nahe Grenze zu Polen auf

SPIEGEL ONLINE

22. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Entlang der A11

Length: 444 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: An der Grenze zu Polen und in Tschechien haben Beamte mehrere Dutzend Migranten aufgegriffen. Bei den Flüchtenden handelt es sich vornehmlich um Syrer. Doch auch auf dem Landweg aus Indien waren einige unterwegs.

Body

Die Bundespolizei hat in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze dutzende Schutzsuchende aufgegriffen, die nach Deutschland einreisen wollten. Insgesamt wurden 55 illegal eingereiste Migranten aufgegriffen, darunter vor allem Menschen aus Syrien und Indien.

Nach einem Hinweis aus der Bevölkerung entdeckten die Beamten am frühen Donnerstagmorgen fünf Inder, die auf dem Seitenstreifen der Autobahn 11 unterwegs waren, teilte die Bundespolizeiinspektion Pasewalk mit. In der Befragung gaben sie eine Reiseroute über die Russische Föderation, Belarus, Litauen und Polen nach Deutschland an.

Lediglich ein 29-Jähriger äußerte ein Schutzersuchen und wurde in die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes nach Stern Buchholz gebracht. Die anderen vier sollten am Freitag dem polnischen Grenzschutz übergeben werden.

Wenig später entdeckten die Beamten in einem Graben neben der Autobahn 11 drei weitere Inder, die unerlaubt eingereist waren. Zwei wurden nach Stern Buchholz, der dritte, ein 17-Jähriger, vom Jugendamt abgeholt und nach Eggesin gebracht.

Hergefahren im Transporter

Gegen 11.45 Uhr entdeckte die Bundespolizei mithilfe eines Hubschraubers 23 syrische Staatsangehörige nahe dem Grenzübergang in Ladenthin. Bei den Menschen wurden türkische, griechische und serbische Dokumente gefunden. Nach Aussagen eines Hinweisgebers wurden die Migranten durch einen Transporter mit polnischen Kennzeichen abgesetzt, der danach sofort wieder nach Polen ausreiste. Ebenfalls mit einem Transporter wurden 24 Syrer eingeschleust, die von der Landespolizei in Eggesin aufgegriffen wurden. Im Rahmen einer Erstbefragung wurde als Schleusungsroute die Balkanroute genannt.

Bundespolizei greift 55 eingeschleuste Migranten nahe Grenze zu Polen auf

Auch in Tschechien waren Flüchtende aus Syrien unterwegs. Die Polizei hat einen Kastenwagen gestoppt, in dem ein Schleuser 33 Flüchtlinge aus Syrien zusammengepfercht hatte. Unter ihnen seien auch zehn Kinder gewesen, teilten die Behörden mit.

Der mutmaßliche Schleuser sei bei der Polizeikontrolle am späten Donnerstagabend in der Nähe von Hodonin festgenommen worden. Er müsse sich wegen der Straftat der Beihilfe zum unbefugten Übertreten der Staatsgrenze verantworten. Die Flüchtlinge sollten im Rahmen eines Rücknahmeabkommens an die benachbarte Slowakei übergeben werden.

Es ist bereits der zweite derartige Fall in der Gegend in kurzer Zeit. Vor knapp zwei Wochen hatte die tschechische Polizei nach einer Verfolgungsjagd einen Lieferwagen in Hodonin gestoppt, in dem sich 27 Migranten aus Syrien befanden. Der Fahrer und mutmaßliche Schleuser wurde festgenommen. Hodonin hat rund 24.000 Einwohner und liegt in der Verwaltungsregion Südmähren an der Grenze zur Slowakei, knapp 240 Kilometer südöstlich von Prag.

mrc/dpa

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

Rund 30 Menschen werden nach Schiffbrüchen vermisst, darunter auch Kinder

SPIEGEL ONLINE

06. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vor Lampedusa

Length: 546 words

Byline: Nora Gantenbrink

Highlight: Vor Lampedusa kam es zu zwei Unglücken mit Flüchtlingsbooten. Hohe Wellen machen die Fahrt über das Mittelmeer im Moment extrem gefährlich und erschweren Rettungs- und Suchaktionen.

Body

Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa sind am Wochenende zwei Migrantenboote gekentert und haben möglicherweise viele Todesopfer gefordert. Wie die Küstenwache mitteilte, werden rund 30 Menschen nach den Unglücken vermisst. Unter ihnen sind auch zwei Kinder, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR twitterte. Ein Kleinkind von elf Monaten und eine erwachsene Frau wurden tot geborgen. 57 Migranten konnten gerettet werden. Auf einem Video der Küstenwache war zu sehen, wie die Menschen bei sehr hohem Wellengang auf dramatische Weise in die Rettungsboote gezogen wurden.

Trotz unruhiger See wagten zuletzt viele Boote mit Migranten und Migrantinnen die gefährliche Überfahrt von Nordafrika in Richtung Lampedusa. Rund 20 Menschen erreichten etwa am Freitag mit ihrem Boot eigenständig die Insel, gingen dort aber an einer derart unwegsamen Bucht an Land, dass sie bis Sonntag warten mussten, ehe Bergretter über die Felsen für eine Evakuierung zu ihnen gelangten. Die Küstenwache hatte wegen der hohen Wellen keine Rettung vom Meer her durchführen können, wie die Nachrichtenagentur Ansa meldete.

»Gemetzel im Meer«

Wer die Migranten bei solchen Wellengängen in Booten losschicke, sei ein »skrupelloser, verrückter Krimineller«, sagte der Polizeichef von Agrigent zu dessen Bezirk Lampedusa gehört dem Portal agrigentooggi.it. »Für die nächsten Tage ist weiter rauer Seegang vorhergesagt«, ergänzte Emanuele Ricifari, der deshalb auf weniger Überfahrten in Richtung Lampedusa hoffe. »Es ist ein Gemetzel in diesem Meer.«

Seit Monaten versuchen Zigtausende Menschen, vor allem aus Tunesien und Libyen, mit teils seeuntauglichen Booten Lampedusa oder andere süditalienische Orte zu erreichen. Von denjenigen, die nicht schon an den nordafrikanischen Küsten abgefangen werden, werden die meisten von italienischen Behördenbooten etwa der Küstenwache oder der Finanzpolizei aufgelesen und in Erstaufnahmелager gebracht. Laut Innenministerium in Rom erreichten allein in diesem Jahr bislang mehr als 90.000 Migranten die italienischen Küsten das sind mehr als doppelt so viele Menschen wie im Vorjahreszeitraum.

Rund 30 Menschen werden nach Schiffbrüchen vermisst, darunter auch Kinder

Auch zivile Organisationen retten regelmäßig Menschen: Die Crew des deutschen Rettungsschiffs »Nadir« etwa holte in der vergangenen Woche nach eigenen Angaben 170 Menschen an Bord, darunter sechs schwangere Frauen, zwei von ihnen im neunten Monat. Sie alle wurden teils übernommen von der Küstenwache nach Lampedusa gebracht.

Küstenwacheneinsätze auch in Griechenland

Die griechische Küstenwache hat unterdessen rund 200 Kilometer südwestlich der Halbinsel Peloponnes 49 Menschen gerettet. Ihr Boot sei in Seenot geraten, hieß es in einer offiziellen Mitteilung. Zwei Migranten mussten demnach in ein Krankenhaus in der Hafenstadt Kalamata gebracht werden. Allen anderen Menschen, darunter acht Kindern, gehe es gut. Die Rettungsaktion habe bereits am Freitag stattgefunden. Beteiligt waren Hubschrauber und Patrouillenboote der griechischen Küstenwache sowie ein vorbeifahrender Tanker.

Drei der Geretteten, die den Angaben zufolge aus Ägyptenstammen, wurden als mutmaßliche Schleuser festgenommen. Die meisten Menschen sollen aus Syrien stammen und waren allen Anzeichen nach aus Libyen oder aus Ägypten gestartet, wie griechische Medien berichteten.

nga/afp/afx

Graphic

dpa - Geflüchtete Menschen steuern ein Boot von der Nordküste Afrikas über das Mittelmeer in Richtung der italienischen Insel Lampedusa

Load-Date: August 6, 2023

End of Document

Niederländische Regierung zerbricht an Streit über Einwanderungspolitik

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Krisensitzung gescheitert

Length: 326 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Aus für die Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte: Niederländische Medien berichten, die Vierer-Koalition sei im Streit über den Kurs in der Asylpolitik zerbrochen. Ein letzter Einigungsversuch sei gescheitert.

Body

Die niederländische Regierungskoalition ist Medienberichten zufolge im Streit über die Asylpolitik zerbrochen. Das meldeten niederländische Medien am Abend übereinstimmend. Eine Krisensitzung der vier Koalitionspartner ist demnach gescheitert. Ministerpräsident Mark Rutte werde den Rücktritt seines Kabinetts einreichen, meldete die Nachrichtenagentur ANP unter Berufung auf Insider, wie Reuters berichtet. Eine Stellungnahme der Regierung lag zunächst nicht vor.

In den vergangenen Tagen war es wegen eines Vorstoßes der konservativen VVD-Partei von Rutte zu dem Thema zum Streit in der Vier-Parteien-Koalition gekommen. Dabei sollte der Zustrom von Asylsuchenden begrenzt werden. Konkret fordert Rutte, die Familienzusammenführung für Kriegsflüchtlinge zu erschweren. Zwei Juniorparteien weigerten sich, Flüchtlingsfamilien die Zusammenkunft zu erschweren. Früheren Medienberichten zufolge zeigte sich Rutte bereit, die Regierung notfalls scheitern zu lassen.

Die christdemokratische Partei Christen Unie hatte erklärt, sie könne »mit Ruttes Vorschlag nicht leben«, auch die Mitte-Links-Partei D66 von Finanzministerin Sigrid Kaag lehnte die Forderung Berichten zufolge ab.

Die niederländische Regierung stritt seit ihrem Amtsantritt vor anderthalb Jahren über das Thema. Im vergangenen Jahr kam es zu einem Skandal, als in einem überfüllten Migrationszentrum ein Baby starb. Ruttes vorherige Regierung war 2021 nach einer Affäre um Kindergeldzuschläge zurückgetreten. An der Beliebtheit des Premiers hatten aber offenbar weder die Affäre noch die vergleichsweise hohen Corona-Fallzahlen in seinem Land etwas geändert. Umfragen hatten Ruttes klaren Sieg übereinstimmend vorhergesagt, schließlich hat er mit seiner Partei die Parlamentswahl 2021 gewonnen.

Die Asylanträge in den Niederlanden stiegen im vergangenen Jahr um ein Drittel auf über 46.000 und sollen in diesem Jahr auf mehr als 70.000 ansteigen – ein neuer Höchststand seit 2015.

phw/ani/dpa/Reuters/AFP

Graphic

EPA - Ministerpräsident Rutte in Den Haag (Bild vom 6. Juli)

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

SPD-Generalsekretär Kühnert nennt Merz »unprofessionell und gefährlich«

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Umstrittene Asyl-Äußerungen

Length: 548 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: »Wir alle kennen aus dem Familienchat diesen einen Onkel«: Die Kritik an Friedrich Merz Äußerungen über Asylbewerber reißt nicht ab. Nun legt SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert nach.

Body

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert übt scharfe Kritik an CDU-Chef Friedrich Merz wegen dessen Äußerungen über abgelehnte Asylbewerber. »Wir alle kennen aus dem Familienchat auf WhatsApp diesen einen Onkel, der immer ungeprüft Falschinformationen teilt«, sagte Kühnert dem SPIEGEL. »Im Familienchat ist das nur nervig, aber wenn der Onkel der Chef der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ist, ist es unprofessionell und gefährlich.«

»Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen«

Merz hatte dem TV-Sender »Welt« gesagt, die Bevölkerung werde wahnsinnig, wenn sie sehe, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt würden, aber nicht ausreisen und die »volle Heilfürsorge bekommen«. Merz Behauptung: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebstheran kriegen keine Termine.«

Asylbewerber haben im Vergleich zu gesetzlich Krankenversicherten eingeschränkten Anspruch auf medizinische Leistungen. Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist.

Zuvor hatte bereits Nancy Faeser (SPD) den CDU-Chef kritisiert. »Das ist der Populismus, den ich auch letzte Woche im Bundestagschon thematisiert habe«, sagte Faeser am Donnerstag in Brüssel. Dies sei »völlig unangemessen, gerade in diesen Zeiten«. Merz Äußerungen seien zudem »in der Sache einfach falsch«. Asylbewerber könnten nur in Notfällen, wenn wirklich was vorliegt, überhaupt zum Zahnarzt gehen, sagte Faeser.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach sagte der »Bild«-Zeitung, Merz hetze gegen Flüchtlinge, »indem er offenbar bewusst den falschen Eindruck erweckt, diese würden den Deutschen die teure Versorgung stehlen«. Das, so Lauterbach, sei infam. »Als würden die Menschen eine Flucht vortäuschen, um sich in Deutschland beim Zahnarzt die teure Zahnbehandlung zu erschleichen!«

Tobias Hans: »Damit wird die AfD nicht kleiner«

SPD-Generalsekretär Kühnert nennt Merz »unprofessionell und gefährlich«

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Bundestag, Katja Mast, forderte eine Entschuldigung des CDU-Chefs. »Merz sollte den Anstand haben, sich dafür zu entschuldigen«, sagte sie der »Rheinischen Post«. Mast betonte: »Hier wird bewusst die Entgleisung nach rechts gesucht.« Merz spiele mit dem Feuer. »Das ist brandgefährlich«, ergänzte die SPD-Politikerin.

»Friedrich Merz hat recht«, sagte hingegen der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Tino Sorge (CDU) der »Rheinischen Post«. Die Kritik aus den Reihen der Ampelkoalition nannte er »scheinheilige Empörung«. Diese sage viel darüber aus, wie mit kritischen Meinungen umgegangen werde.

Hunderttausende abgelehnte Asylbewerber in Deutschland seien zum Teil seit Jahren ausreisepflichtig. »Dennoch können sie zum Nulltarif das deutsche Gesundheitssystem nutzen«, ergänzte Sorge. Darüber müsse man diskutieren. »Dass Arzttermine auch wegen der Belastungen durch Migranten vielerorts knapper werden, ist eine Realität.« Zahlreiche Kommunen bestätigten das seit Monaten.

Der ehemalige Ministerpräsident des Saarlands, Tobias Hans(CDU), schrieb: »Dieser Debattenbeitrag bringt uns keinen Schritt weiter. Wir müssen als Demokraten sachlich und verantwortungsvoll miteinander diskutieren und nicht negative Stimmungen weiter anheizen und gar Falsches verbreiten. Auch wenn ich mich wiederhole: Damit wird die AfD nicht kleiner.«

cte/slü/AFP

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Was kommt nach der Feuerpause?

SPIEGEL ONLINE

27. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1453 words

Byline: Kevin Hagen

Highlight: In Gaza könnte die Kampfpause verlängert werden. Die Linksfraction trifft sich zum letzten Mal. Und: Nancy Faeser besucht Europas Asylhardliner. Das ist die Lage am Montag.

Body

Der Geiseldeal und die Zeit danach

Es sind gute Nachrichten in diesen brutalen Kriegszeiten. Am Sonntag hat die Hamas die nächste Gruppe von Geiseln aus Gaza freigelassen: Weitere 17 Menschen, darunter ein vierjähriges Mädchen, sind raus aus der Terroristenhöhle. Heute sollen die nächsten folgen.

Die Schicksale dieser Terrorüberlebenden gehen nun um die Welt. Die Übergabe der Geiseln ist Teil eines Deals der Hamas mit Israel während der Feuerpause, die zunächst bis Dienstagfrüh angesetzt ist. Nur: Wie viele Verschleppte können noch gerettet werden? Was kommt, wenn die Frist abläuft?

Zuletzt zeichnete sich ab, dass die Feuerpause noch einmal verlängert werden könnte. Doch ein Ende des Krieges ist damit längst nicht in Sicht. Will Israel die Hamas wirklich zerstören, müsste die Armee irgendwann wohl auch in den Süden des Gazastreifens einrücken – wohin etliche Zivilisten geflohen sind.

Vermutlich wird all das auch Thema sein, wenn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier heute mit dem israelischen Staatsoberhaupt Jizchak Herzog eines der am 7. Oktober überfallenen Kibbuzim besucht. Steinmeier will bei seiner Reise zeigen, wie eng Deutschland an der Seite Israels steht, sagt mir mein Kollege Florian Gathmann, der den Bundespräsidenten begleitet. Aber auch, dass ihm das Leid der Menschen in Gaza nicht egal ist. »Steinmeier ist weiterhin überzeugt davon, dass am Ende nur eine Zweistaatenlösung dauerhaft Frieden in der Region bringen kann.«

Israels Krieg gegen die Hamas: »Ich fürchte, dass diese Feuerpause vergeudet wird«

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Israel-Gaza-Krieg finden Sie hier:

Lieber mit der Familie sterben: Tausende Männer aus Gaza, die in Israel gearbeitet haben, sind im Westjordanland gestrandet. So auch Ayman, der um seinen vierjährigen Sohn bangt. Viele wollen zurück zu ihren Familien – auch wenn dort der Tod auf sie wartet.

Was kommt nach der Feuerpause?

Netanyahu besucht Truppen im Gazastreifen: Der israelische Premier ist in den Gazastreifen gereist, um sich mit Soldaten auszutauschen. »Nichts wird uns aufhalten«, sagte Benjamin Netanyahu vor Ort und sicherte die Befreiung aller Geiseln zu.

Wie Kibbuz-Bewohner die Rückkehr eines totgeglaubten Mädchens feiern: Ein neunjähriges Kind kehrt aus Hamas-Geiselhaft zurück. Und ihr Heimatort verfolgt das Geschehen im Fernsehen aus einem Hotel am Roten Meer. Denn nach dem Terror trauen sie sich nicht in ihren Kibbuz zurück.

Das Ende der Linkspartei, wie wir sie kennen?

Ein bisschen ist es, wie ein letztes Date vor der Scheidung. 16 Jahre nach der Fusion von PDS und WASG kommt die Linksfraktion in Berlin zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Am 6. Dezember löst sie sich offiziell auf. So hatten es die Genossen kürzlich beschlossen. Ohne die abtrünnige Sahra Wagenknecht und deren Gefährten können die dezimierten Linken im Parlament allenfalls als Gruppe weitermachen.

Ich habe selbst einige Jahre über die Linke berichtet und häufig bei deren Sitzungen vor dem Fraktionssaal im Reichstag gewartet. Dort traf man immer wieder Abgeordnete Wagenknecht-Fans und Wagenknecht-Gegner die erklärten, warum die jeweils andere Gruppe nicht mehr alle Tassen im Schrank hat. Wobei von Tassen eher keine Rede war, der Ton bei den Bundestags-Linken war oft rauer.

Die Hoffnung bei den um ihre Existenz bangenden Rumpflinken ist, dass es ohne die Hardliner um Wagenknecht wenigstens vorbei ist mit der ewigen Selbstzerfleischung. Eine Nachricht ließ mich allerdings aufhorchen: Kürzlich traten auf einen Schlag Hunderte radikale Aktivisten in die Linkspartei ein. In einem Pamphlet der Gruppe heißt es, die Linke habe sich zur »Komplizin des rot-grünen Mitte-Extremismus gemacht«. Man werbe »für eine Partei der Opposition«.

Das erinnert mich doch an genau jenen Sound, den jahrelang Vertreter der Wagenknecht-Truppe angeschlagen haben. Regierungsbeteiligungen galten dort lange als Teufelszeug. Heftige Kämpfe mit Pragmatikern waren die Folge. In Teilen der Linken herrsche »Alarmstimmung«, schreibt mein Kollege Timo Lehmann, der die Linke beobachtet. »Nur weil Wagenknecht fort ist, sind die Konflikte um den Kurs der Partei nicht alle verschwunden.«

Partei ohne Wagenknecht: Ansturm der Aktivisten warum viele Linke die neuen Genossen fürchten

Ein heikler Besuch

Es ist ja längst nicht nur das Haushaltschaos. Man muss schon lange überlegen, in welchen Bereichen SPD, Grüne und FDP eigentlich noch ohne Störgeräusche zusammen Politik machen wollen. Beispiel Migration: Kanzler Olaf Scholz hatte Abschiebungen »im großen Stil« angekündigt, die Ampel sich auf deutliche Verschärfungen des Asylrechts verständigt.

Wie heikel das ist, konnte man nun beim Parteitag der Grünen beobachten. Wirtschaftsminister Robert Habeck sah sich gezwungen, recht unverhohlen mit dem Rückzug aus der Regierung zu drohen, um eine Absage der eigenen Leute an weitere Asylhärten zu verhindern. Die hitzige Debatte erinnerte nochmals daran, wie sehr der Asylkurs der Ampel etlichen Grünen und auch manchen in der SPD zuwider ist.

Man darf davon ausgehen, dass jeder weiterer Schritt der Koalition in diesen Teilen extrem kritisch beäugt wird. Möglicherweise auch diese Reise von Innenministerin Nancy Faeser: In Ungarn trifft sich die SPD-Politikerin am Montag mit ihren Amtskollegen aus Österreich und der Visegrad-Staaten zu einer Konferenz über die Begrenzung irregulärer Migration.

»Die Frage ist aber, auf welcher Grundlage Faeser sich mit der ungarischen Regierung austauschen möchte«, sagte mir unser Migrationsexperte Steffen Lüdke. Schließlich sei die Asylpolitik von Viktor Orbán immer wieder vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden, was dieser ignoriere. »Das Asylrecht hat Orbán de facto abgeschafft.«

Migrationsdebatte der Grünen: Als sich Habecks Miene verfinstert

Was kommt nach der Feuerpause?

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Gefangen in der Logik des Regierens: Die Partei bestätigt den Migrationskurs der Grünen-Spitze. In der Debatte geht es aber nur am Rande um die Sache. Verlieren die Grünen den Blick für die Wirklichkeit?

Verlierer des Tages

sind die Silvesterböller. Zumindest hätte ich nichts dagegen. Ein Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen will am Montag in Berlin auf ein Böllerverbot drängen. Ich gebe zu, die Debatte erinnert ein wenig an die Diskussion zur Zeitumstellung: jedes Jahr ein Thema, keine Veränderung.

Dabei ist der Schaden, den die private Knallerei anrichtet, offensichtlich: Notaufnahmen laufen an Neujahr über, kleine Kinder und Tiere leiden massiv, von den Belastungen für die Umwelt ganz zu schweigen. In Berlin stellt sich die Polizei bereits auf schwerste Ausschreitungen ein, Verbotszonen sind geplant. Die Frage bleibt: Warum nur einzelne Zonen?

Trotz Böllerverbotzonen: Franziska Giffey befürchtet Ausschreitungen an Silvester in Berlin

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Drei Studenten palästinensischer Herkunft niedergeschossen: Die Männer trugen teils traditionelle palästinensische Tücher und wurden deshalb offenbar gezielt angegriffen: In Vermont hat es eine weitere Attacke mit mutmaßlichem Bezug zum Israel-Gaza-Krieg gegeben.

Entführter deutscher Pater in Mali offenbar frei: Im November 2022 verschwand Hans-Joachim Lore in Bamako ein Jahr später ist der deutsche Geistliche laut Malis Regierung freigelassen worden. Seine Entführung wirft aber noch viele Fragen auf.

Postbote soll 1000 Briefe entsorgt haben: Statt in die Briefkästen der Empfänger soll ein unbekannter Postbote Hunderte Briefe in Altkleidercontainer und Mülltonnen eingeworfen haben. Die Münchner Polizei ermittelt und sucht nach Zeugen.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

»**Die Schuldenbremse ist eine Verrücktheit**«: Der dänische Ökonom Jacob Funk Kirkegaard hält den deutschen Staat für viel zu geizig. Wer das Leitbild der schwäbischen Hausfrau predigt, habe von Wirtschaft keine Ahnung.

Warum Kinder mit Migrationshintergrund schlechter in der Schule sind und was helfen würde: In Deutschlands Schulen haben fast vierzig Prozent der Kinder ausländische Wurzeln. Sie sollten die Zukunft des Landes sein. Doch zu viele von ihnen scheitern im System. Was sind die Ursachen? Und wie kann man das ändern?

Raus aus dem Hamsterrad warum man sich den vorgezogenen Ruhestand auch trauen muss: Mit Ende 50 aufhören zu arbeiten davon träumen viele. Doch gerade Gutverdienern fällt der Ausstieg oft schwer. Grund dafür können Ängste und Glaubenssätze aus der Kindheit sein, die sie besser über Bord werfen würden. Eine Kolumne von Nikolaus Braun.

Die ungefilterte Schönheit unserer Welt: Als ob es keine Menschen gäbe in einem der größten Landschaftsfotowettbewerbe porträtieren Fotografinnen und Fotografen die Natur. Eine Teilnahmebedingung: so wenig Bildbearbeitung wie möglich.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Kevin Hagen, Chef vom Dienst

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: November 27, 2023

End of Document

Lage flüchtender Afghanen in Pakistan laut Uno-Migrationsbehörde »verzweifelt«

SPIEGEL ONLINE

21. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Drohende Massenabschiebungen

Length: 330 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Millionen Afghaninnen und Afghanen müssen das Nachbarland Pakistan verlassen, ihre Not ist groß. Nun warnt die Migrationsorganisation der Vereinten Nationen vor einer humanitären Krise im Grenzgebiet der Länder.

Body

Die massenhafte Vertreibung von Millionen Afghanen aus Pakistandauert an, fast 375.000 Menschen sollen laut der Uno-Migrationsorganisation IOM bereits über zwei Grenzübergänge in die Heimat zurückgekehrt sein. Vor dem nahenden Winter bleibt die Lage an der Grenze angespannt.

»Ihre Lage ist verzweifelt«, heißt es nun in einer Mitteilung der IOM über die Situation der Rückkehrer. »Die meisten Menschen sagten uns, dass sie gezwungen waren, das Land zu verlassen und ihr Hab und Gut und ihre Ersparnisse zurückzulassen.« Die IOM stelle gemeinsam mit anderen Organisationen Unterkünfte, Wasser, Sanitäranlagen und die Versorgung mit Grundlebensmitteln sicher, hieß es.

Zehntausende kehren zurück

Aktuell verlassen täglich Tausende afghanische Flüchtlinge Pakistan, allein in der Woche vom 12. bis 18. November waren es demnach insgesamt 45.000 über die beiden Grenzübergänge Torkham und Spin Boldak. Die Länder teilen eine mehr als 2500 Kilometer lange Grenze.

Pakistans Regierung hatte Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus eine Frist zur freiwilligen Ausreise bis zum 1. November gesetzt, andernfalls drohe ihnen die Verhaftung und Ausweisung. Seit dieser Ankündigung sind nach Angaben pakistanischer Behörden in den Grenzprovinzen mehr als 340.000 Afghanen in ihr Heimatland zurückgekehrt.

In einigen pakistanischen Städten haben die Behörden Berichten zufolge bereits mit der Festnahme von Afghanen begonnen. Hunderte Festnahmen soll es etwa in den Städten Karatschi und Quetta gegeben haben.

Nach Jahrzehnten der Konflikte, Instabilität und Wirtschaftskrise sei es für Afghanistan jedoch schwierig, die hohe Anzahl an zurückkehrenden Familien aufzunehmen. »Angesichts von mehr als sechs Millionen Binnenvertriebenen im ganzen Land stehen die aus Pakistan zurückkehrenden Afghanen vor einer prekären, ungewissen Zukunft«,

Lage flüchtender Afghanen in Pakistan laut Uno-Migrationsbehörde »verzweifelt«

teilte die IOM mit. Vor allem angesichts des bevorstehenden Winters bräuchten die Rückkehrer dringende Hilfe, jedoch sei auch langfristige Unterstützung gefragt.

fek/dpa

Load-Date: November 21, 2023

End of Document

»Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden«

SPIEGEL ONLINE

30. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Zahnarzt-Aussage von Friedrich Merz

Length: 453 words

Byline: Matthias Kaufmann

Highlight: Die Reaktionen auf Friedrich Merz Flüchtlingspolemik fielen überwiegend heftig aus. Nun wird der CDU-Chef auch in den eigenen Reihen scharf kritisiert.

Body

Nach seinen Aussagen über Zahnarztbehandlungen für abgelehnte Asylbewerber muss CDU-Chef Friedrich Merz nun auch heftige Kritik aus der eigenen Partei einstecken. Der Vize-Chef des CDU-Sozialflügels Christian Bäumler forderte Merz auf, seine Äußerungen zurückzunehmen oder auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten. »Die Entgleisungen von Merz sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden«, sagte Bäumler der Deutschen Presse-Agentur. Merz spalte die CDU.

Merz hatte gesagt, abgelehnte Asylbewerber ließen sich in Deutschland die Zähne machen und nähmen so Deutschen beim Zahnarzt die Termine weg. Für die Äußerung hat er viel Kritik von verschiedenen Seiten einstecken müssen, die ihm unter anderem das populistische Anheizen ausländischerfeindlicher Stimmungen vorwarfen. Bundeskanzler Olaf Scholz wies darauf hin, dass die Darstellung nicht einmal der rechtlichen Lage in Deutschland entspreche. (Lesen Sie hier mehr dazu.)

Bäumler ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Er vertritt damit einen Verband innerhalb der CDU, dessen Stimme Gewicht hat.

Tatsächlich steht Geflüchteten in Deutschland nur eine zahnärztliche Notversorgung zu. Erst, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, können sie eine Krankenversichertenkarte bekommen. (Mehr zu den Regelungen in diesem Faktencheck.) Migranten sind in der deutschen Krankenversicherung allerdings nicht besser gestellt als andere Patienten und müssen die gleichen, gerade bei Zahnersatz oft umfangreichen Zuzahlungen leisten.

»Narrative der extremen Rechten«

Unterstützung bekam Merz für seine Aussagen von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. »Das ist natürlich etwas zugespitzt und flapsig formuliert und erregt damit die Gemüter«, sagte der Freie-Wähler-Chef. »Aber der Sachverhalt ist wirklich so, dass eben viele Menschen in unseren Sozialkassen sind oder Zugriff auf unsere Sozialkassen und medizinische Versorgung haben, die uns viel Geld kosten.«

»Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden«

Dagegen hat Linkenvorstandsmitglied Daphne Weber Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den CDU-Parteivorsitzenden gestellt. »Der Straftatbestand Volksverhetzung, § 130 StGB ist erfüllt, weil Herr Merz wissentlich wesentliche Fakten ausgeblendet hat, um geflüchteten Menschen die Schuld für soziale Probleme wie Wohnungsmangel oder unzureichende medizinische Versorgung zuzuschieben«, schreibt Weber in ihrer Anzeige.

Merz bediene sich an »Narrativen der extremen Rechten, dass ausreisepflichtige Asylbewerber nicht ausreisen würden, weil sie die deutschen Gesetze ignorierten und dass der deutsche Sozialstaat dieses Verhalten mit Alimentationen noch bediene«, sagte Weber.

mamk/dpa

Graphic

AFP - Friedrich Merz im Bundestag: »Entgleisungen mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar«

Load-Date: September 30, 2023

Grünen-Spitze attackiert Merz scharf und fordert Reform der Schuldenbremse

SPIEGEL ONLINE

24. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bundesparteitag in Karlsruhe

Length: 880 words

Byline: Maximilian Rau

Highlight: »Ein Vorsitzender von vorgestern«: Führende Grüne haben CDU-Chef Merz kritisiert. Zum Auftakt des Parteitags in Karlsruhe wurde zudem vor einem Sparkurs gewarnt. Kontrovers wurde es beim Thema Migration.

Body

Der Bundesparteitag der Grünen hat mit scharfen Attacken auf Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) begonnen. »Leute, ihr seid nicht einmal oppositionsfähig«, sagte der Parteivorsitzende Omid Nouripour am Donnerstag in Karlsruhe in Richtung Union. »Das kann doch nicht sein, dass eine Opposition mehr die Niederlage der Regierung will als den Erfolg des Landes«, sagte er mit Blick auf die CDU/CSU nach ihrer erfolgreichen Verfassungsklage gegen die Haushaltspolitik der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP.

Wirtschaftsminister Robert Habeck sagte, die CDU unter Merz sei eine »Partei von gestern, angeführt von einem Vorsitzenden von vorgestern«. Die Leipziger Bundestagsabgeordnete Paula Piechotta warnte: »Eine Zukunft unter Merz, das wisst ihr ganz genau, wäre eine Zukunft in der Vergangenheit.« Bei früheren Parteitag war deutlich mehr Kritik am Koalitionspartner FDP zu hören gewesen – nun keilt die Partei lieber gegen die Union.

Habeck fordert »Update der Schuldenbremse«

Zudem warb die Parteispitze für Rückhalt für die Regierungsarbeit. Habeck sagte auch mit Blick auf die derzeitige Haushaltskrise: »Wir werden Lösungen finden und weiter kämpfen und gewinnen.« Nachdrücklich drang der Vizekanzler auf eine Reform der Schuldenbremse – nicht um diese abzuschaffen, sondern um sie zu stärken. »Wir haben uns freiwillig die Hände auf den Rücken gefesselt und ziehen so in einen Boxkampf«, kritisierte er die deutschen Schuldenregeln, die Kredite für Zukunftsinvestitionen behinderten. Nötig sei »ein zeitgemäßes Update der Schuldenbremse«.

Co-Parteichefin Ricarda Lang sagte: »Wir werden nicht zulassen, dass dieses Land in eine wirtschaftliche und soziale Krise hineingesperrt wird.« Klimaschutz und Soziales dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Schuldenbremse »droht in ihrer jetzigen Form zu einer Zukunftsbremse zu werden« und müsse reformiert werden, so Lang.

Nouripour rief die Partei dazu auf, dem derzeitigen Gegenwind zu trotzen. Die Grünen hätten in der Ampelkoalition »sehr, sehr vieles erreicht in schwierigsten Umständen«. »Die Angriffe kommen, weil wir wirken.« Als Beispiele

Grünen-Spitze attackiert Merz scharf und fordert Reform der Schuldenbremse

nannte er die Pakete für den Ausbau der erneuerbaren Energien, das Einwanderungsgesetz, die Abschaffung des Paragraphen 219a über das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche oder die Absenkung des Wahlalters bei der Europawahl auf 16 Jahre.

Was bisher nicht erreicht wurde, sei die Einhaltung des 1,5-Grad-Pfads bei der Klimaerwärmung. Auch sei das Tempo bei der Sanierung des Landes nicht ausreichend, Verfahren müssten beschleunigt werden. Nun gehe es um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, infolgedessen der Ampelkoalition 60 Milliarden Euro insbesondere für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft fehlen.

»Es werden sich alle bewegen müssen, das ist nicht einfach«, sagte Nouripour. Er betonte zugleich: »Kaputtsparen geht nicht.« Der Grünenchef dankte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) für seine Bereitschaft, 2023 erneut die Schuldenbremse auszusetzen.

Kretschmann verteidigt härteren Kurs in der Migrationspolitik

In der Debatte »Aus Verantwortung für die Menschen«, in der die Grünen über ihren politischen Kurs als Teil der Ampelkoalition diskutierten, gab es auch Kritik an Abweichungen von grünen Grundsätzen. Teile der Basis wehren sich unter anderem dagegen, die vereinbarten Asylrechtsverschärfungen mitzutragen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann verteidigte den härteren Kurs von Bund und Ländern in der Migrationspolitik. Die Maßnahmen, die Abschiebungen erleichtern und Einreisen von Menschen mit geringer Bleibeperspektive erschweren sollen, seien »Voraussetzung dafür, dass wir die Humanität bewahren und das Asylrecht verteidigen«. Sie seien auch notwendig, »um zu verhindern, dass es die Gesellschaft noch mehr auseinanderreibt«. Kretschmann ermahnte die Partei dazu, Politik für das ganze Land zu machen und nicht nur für die eigene Anhängerschaft.

Die ursprünglich ebenfalls für Donnerstag geplante Debatte über die Migrationspolitik soll nun Samstagabend stattfinden. In der Partei gibt es breite Kritik an zu viel Abschottung und möglichen Asylverfahren in Zentren an den EU-Außengrenzen.

Baerbock: Wollen tiefe Gräben und Flächenbrand in Nahost verhindern

Außenministerin Annalena Baerbock betonte das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Israel werde niemals in Sicherheit leben können, »wenn dieser Terror nicht bekämpft wird«, sagte sie. Das Land kämpfe gegen die Hamas und nicht gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser. Israel habe das Recht und die Pflicht im Rahmen des humanitären Völkerrechts, seine Bürger zu verteidigen. Die Gewalt jüdischer Siedler im Westjordanland sei nicht im Sicherheitsinteresse Israels, so Baerbock. Sie warnte auch vor weiterreichenden Folgen des Konflikts: »Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, genau das zu verhindern einen regionalen Flächenbrand und diese internationalen Gräben.«

Bis Sonntag wollen die 825 Delegierten der Grünen in Karlsruhe auch den sechsköpfigen Bundesvorstand und weitere Gremien neu besetzen. Die Co-Vorsitzenden, Lang und Nouripour, kandidieren beide erneut. Für die Europawahl im kommenden Juni sollen ein Programm verabschiedet und eine Kandidatenliste aufgestellt werden. Der Parteitag steht unter dem Motto »Machen, was zählt«.

max/dpa/AFP

Load-Date: November 24, 2023

Einwanderung in Industrieländer steigt auf Rekordwert

SPIEGEL ONLINE

23. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Fachkräfte und Asylsuchende

Length: 308 words

Byline: Benjamin Bidder

Highlight: Im vergangenen Jahr sind so viele Menschen in die Industrieländer der OECD eingewandert wie nie zuvor. Ein Grund ist der akute Arbeitskräftemangel. Auch in Deutschland legte die Beschäftigungsquote von Migranten zu.

Body

Die Zuwanderung in die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) hat einem aktuellen Bericht zufolge im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht. Mit insgesamt 6,1 Millionen Zuwanderern erhöhte sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 26 Prozent, wie aus den am Montag veröffentlichten OECD-Zahlen hervorgeht. Hinzu kommen rund 4,7 Menschen aus der Ukraine, die im Juni 2023 in den Mitgliedsländern registriert wurden.

Dem Bericht zufolge verzeichnete ein Drittel aller 38 OECD-Staaten im Jahr 2022 die höchsten Zuwanderungszahlen seit 15 Jahren, darunter Frankreich mit 301.000, Spanien mit 471.000 und Belgien mit 122.000 Ankömmlingen. In Großbritannien und Kanada wurden laut den Zahlen der OECD absolute Höchststände erreicht.

Integration in den Arbeitsmarkt steigt

Grund für den massiven globalen Anstieg der Zuwanderungszahlen ist laut OECD der Fachkräftemangel. Der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte stieg demnach um 21 Prozent und befindet sich mittlerweile auf dem gleichen Niveau wie die Zuwanderung aus humanitären Gründen. Auch die Zahl der in den OECD-Ländern gestellten Asylanträge erreichte im vergangenen Jahr mit zwei Millionen einen Rekordwert, darunter 730.000 allein in den USA. In Deutschland stieg die Zahl der Asylbewerber 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 47 Prozent auf 218.000. Die meisten der Antragsteller kamen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Die OECD ist eine internationale Organisation, der weltweit 38 Staaten angehören. Die Organisation mit Sitz in Paris legt regelmäßig statistische Berichte und Studien zur Lage in ihren Mitgliedsländern vor.

Die Beschäftigungsquote von Migranten ist in mehr als der Hälfte der OECD-Länder auf das höchste Niveau seit mehr als zwei Jahrzehnten angestiegen. In Deutschland legte sie binnen eines Jahres um 1,5 Prozentpunkte auf 69,8 Prozent zu.

Einwanderung in Industrieländer steigt auf Rekordwert

beb/AFP

Load-Date: October 23, 2023

End of Document

Menschenrechtsorganisation wirft Tunesien »schwere Misshandlungen« von Migrantinnen vor

SPIEGEL ONLINE

19. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Neue Zeugenaussagen

Length: 571 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Tunesien geht immer härter gegen Migrantinnen vor, zuletzt sollen Sicherheitskräfte Menschen in die Libysche Wüste getrieben haben. Nun erhebt Human Rights Watch neue Vorwürfe – die Rede ist auch von Folter.

Body

Unter Präsident Kais Saied entwickelt sich Tunesien zur Autokratie und geht zunehmend gewaltsam gegen Geflüchtete vor. Saied sprach etwa von »Horden« von Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die das Land überlaufen würden. Sicherheitskräfte schafften Dutzende Menschen zuletzt in die Wüste zum benachbarten Libyen und brachten sie damit in Lebensgefahr. Es ist mutmaßlich nicht das einzige Fehlverhalten der lokalen Behörden.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) wirft den tunesischen Sicherheitskräften nun »schwere Misshandlungen« von afrikanischen Migranten vor. Man habe Berichte von »Schlägen, übermäßiger Gewaltanwendung, einigen Fällen von Folter, willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen, Massenvertreibungen, gefährlichen Aktionen auf See, Zwangsräumungen und Diebstahl von Geld und persönlichen Gegenständen« dokumentiert, teilte HRW mit. Die Organisation forderte die EU dazu auf, ihre finanzielle Unterstützung für Tunesien zur Migrationskontrolle einzustellen.

Berichte von Massenabschiebungen in die Wüste

HRW stützt sich bei den Vorwürfen nach eigenen Angaben auf Zeugenaussagen von mehr als 20 Migranten, die Opfer von »Menschenrechtsverletzungen durch die tunesischen Behörden« geworden waren. Von den Befragten zählten demnach sieben zu einer Gruppe von 1200 Migranten, »die Anfang Juli von tunesischen Sicherheitskräften ausgewiesen und gewaltsam an die Grenzen zu Libyen und Algerien« in Wüstenregionen gebracht wurden, hieß es. Nach Angaben von HRW traten die meisten der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen nach den rassistischen Äußerungen des tunesischen Präsidenten Kais Saied auf.

Nach Auseinandersetzungen mit Bewohnern der tunesischen Hafenstadt Sfax waren Migranten in die Wüste geflohen oder gewaltsam dorthin vertrieben worden. Libysche Grenzschützer hatten nach Angaben von Journalisten der Nachrichtenagentur AFP am Sonntag Dutzende erschöpfte und dehydrierte Menschen aus dem Wüsten-Grenzgebiet gerettet.

Menschenrechtsorganisation wirft Tunesien »schwere Misshandlungen« von Migranten vor

Sfax gilt als einer der Starthäfen für Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, die von dort in Booten nach Europa aufbrechen. Die zweitgrößte Stadt Tunesiens liegt rund 130 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

EU will Tunesien finanziell unterstützen

Am Sonntag hatte die Europäische Union ein umfassendes Migrationsabkommen mit Tunesien beschlossen. Es sieht massive EU-Finanzhilfen vor, im Gegenzug soll Tunesien stärker gegen irreguläre Migration vorgehen. Vorgesehen sind etwa 105 Millionen Euro für Such- und Rettungsaktionen und die Rückführungen von Migranten. Zusätzlich stellt die EU-Kommission 150 Millionen Euro an Zuschüssen für den Staatshaushalt und Darlehen in Aussicht.

HRW forderte, die EU-Mitgliedstaaten sollten ihre Unterstützung für Migration und Grenzmanagement im Rahmen dieses Abkommens zurückhalten, bis die Menschenrechtslage in dem Land gründlich beleuchtet worden sei.

Auch Experten der Vereinten Nationen hatten Tunesiens Regierung nach den Vorfällen vom Wochenende zu einem Stopp von Abschiebungen in Wüstengebiete aufgefordert. Die tunesischen Behörden sollten zudem den humanitären Zugang zum »gefährlichen tunesisch-libyschen Grenzgebiet fortsetzen und ausweiten«, hieß es. Auch müsse Tunis Schritte unternehmen, »um rassistische Hassreden im Land zu beenden«, forderte unter anderem der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten, Felipe González Morales.

fek/AFP

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Migranten in der tunesischen Stadt Sfax

Load-Date: July 19, 2023

Biden will 1500 zusätzliche Soldaten an die Grenze zu Mexiko schicken

SPIEGEL ONLINE

02. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migration und illegale Einwanderung

Length: 414 words

Byline: Sven Scharf

Highlight: Die Frage spaltet das Land: Wie wollen die USA mit Einwanderern umgehen? Zunächst werden nun weitere Soldaten an die Grenze zu Mexiko geschickt. Hintergrund ist offenbar das Aus einer Abschieberegulung.

Body

Wegen einer erwarteten vermehrten Ankunft von Migrantinnen und Migranten will die US-Regierung 1500 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten an die Grenze zu Mexiko verlegen. Für zunächst 90 Tage sollen die Militärangehörigen dort administrative Aufgaben wie Dateneingabe und Lagerunterstützung ausführen, teilte das Pentagon mit.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, betonte: »Sie werden keine Strafverfolgungsfunktionen ausüben oder mit Einwanderern oder Migranten interagieren«. Mit der Verlegung sollten die Beamten des Grenzschutzes für die Arbeit im Feld entlastet werden.

Angespannte Lage an der Grenze

Hintergrund ist offenbar, dass am 11. Mai eine umstrittene Abschiebungsregelung wegfällt. Die sogenannte Titel-42-Regelung war unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführt worden und erleichterte unter Verweis auf die Coronapandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten. Wegen der angespannten Lage an der Grenze, die sich in den vergangenen Monaten wegen steigender Zahlen von Asylsuchenden weiter verschärft hatte, ringt Washington nach Lösungen.

Zuletzt hatte die Biden-Regierung angekündigt, die Erstregistrierung von Asylsuchenden aus Süd- und Mittelamerika ins Ausland verlagern zu wollen. In Kolumbien und Guatemala sollen in den kommenden Wochen Zentren eröffnet werden, in denen sich Menschen melden müssen, bevor sie sich auf den Weg in die USA machen. Dort soll etwa überprüft werden, welche Möglichkeiten ihnen in den USA offenstehen und ob eine Aufnahme überhaupt gewährt wird. Man wolle den Menschen auf diese Weise die oft gefährliche Reise zur Südgrenze der USA ersparen, sagte eine Vertreterin der US-Regierung.

Auch kehren die Vereinigten Staaten laut Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas zur Anwendung der Titel-8-Regelung zurück, die im Falle illegaler Einwanderung etwa ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vorsieht.

Biden will 1500 zusätzliche Soldaten an die Grenze zu Mexiko schicken

Das Thema Migration und illegale Einwanderung spaltet die US-Gesellschaft und dürfte eines der zentralen Wahlkampfthemen bleiben. Konservative Politiker werfen US-Präsident Joe Biden laxen Grenzsicherung vor und versuchen damit bei den Wählerinnen und Wählern zu punkten. Republikanische Gouverneure verschiedener Bundesstaaten im Süden der USA hatten im vergangenen Jahr wiederholt Reisebusse voller Migranten in demokratisch regierte Bundesstaaten wie New York oder in die Hauptstadt Washington geschickt, um Biden unter Druck zu setzen. Das Weiße Haus verglich die Gouverneure daraufhin mit Schmugglern.

svs/dpa

Graphic

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Joe Biden bei seinem Besuch an der Grenze zu Mexiko in El Paso

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Kaum eine Ausländerbehörde ist rund um die Uhr erreichbar

SPIEGEL ONLINE

04. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Rufbereitschaft für Abschiebungen

Length: 268 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Beim Migrationsgipfel verabredeten Bund und Länder: Um Abschiebungen zu beschleunigen, müssten die Beamten ständig erreichbar sein. Nach SPIEGEL-Informationen schafft das aber kaum eine der überlasteten Behörden.

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Ministerpräsidenten der Länder haben offenbar Probleme, eine Zusage von ihrem Migrationsgipfel im Mai einzuhalten. Bei dem Treffen vereinbarten beide Seiten, dass die an Abschiebungen beteiligten Behörden rund um die Uhr erreichbar sein müssten. Damit wollte die Ministerpräsidentenkonferenz Abschiebungen auch nach Feierabend und an den Wochenenden beschleunigen.

Eine Abfrage des Bundesinnenministeriums ergab nach SPIEGEL-Informationen allerdings: Nur in ganz wenigen Bundesländern wie Brandenburg und Hessen haben die zentralen Ausländerbehörden bisher eine durchgängige Rufbereitschaft.

Die große Mehrheit hat die Vereinbarung des Migrationsgipfels noch nicht umgesetzt. In dem Beschluss der Runde hieß es: »Um Fragen bei polizeilichen Aufgriffen von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen jederzeit zügig klären zu können, stellen Bund und Länder eine durchgängige Erreichbarkeit der zuständigen Behörden sicher.«

Klage über Überstunden

Einzelne Bundesländer halten eine Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft der Ausländerbehörden allerdings gar nicht für notwendig. An Wochenenden oder Feiertagen könnte auch die Polizei eine Abschiebehaft beantragen, argumentieren sie.

Die Ausländerbehörden seien bereits heute völlig überlastet und müssten oft nach Dienstschluss und bis in die Nacht für die Gerichte erreichbar sein, klagte das Saarland gegenüber dem Bundesinnenministerium. Die Zahl der Überstunden häufe sich schon jetzt. Eine durchgängige Bereitschaft der Beamtinnen und Beamten wäre nur durch eine massive Aufstockung des Personals in den Ausländerbehörden machbar.

WOW

Kaum eine Ausländerbehörde ist rund um die Uhr erreichbar

Graphic

picture alliance/dpa - Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern am Flughafen Leipzig-Halle (im Juli 2019)

Load-Date: August 4, 2023

End of Document

Ärzte ohne Grenzen rettet Hunderte Migranten aus Seenot

SPIEGEL ONLINE

27. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vor italienischer Küste

Length: 203 words

Byline: Florian Diekmann

Highlight: 599 **Migranten** sind vor Sizilien von einem überfüllten Schiff gerettet worden. An Land dürfen sie aber nur im weit entfernten Hafen von Bari.

Body

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen hat nach eigenen Angaben mit einem Schiff 599 Menschen auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet. Die **Migranten**, darunter Kinder, seien am Samstag vor Sizilien aus einem überfüllten Schiff aufgenommen worden, teilte die Organisation mit. Das zur Rettung eingesetzte Schiff »Geo Barents« habe sich zu Ausbildungszwecken in der Region aufgehalten.

Die Menschen müssten auf Anordnung der italienischen Behörden in der Hafenstadt Bari an der Ostküste an Land gebracht werden, teilte Ärzte ohne Grenzen mit. Die Fahrzeit dorthin betrage rund 40 Stunden.

Hilfsorganisationen haben der rechtsgerichteten italienischen Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Regierung in der Vergangenheit vorgeworfen, sie erschwere Rettungsaktionen, indem sie Schiffe nach der Aufnahme von Flüchtlingen in weit entfernt gelegene Häfen schicke. Im Februar hatten die Behörden zudem die »Geo Barents« vorübergehend im Hafen von Ancona festgesetzt.

Melonis Regierung verfolgt eine ausgeprägt restriktive Migrationspolitik. Seit Jahresbeginn sind nach Daten des Innenministeriums mehr als 47.000 Migranten in Italien angekommen. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren es rund 18.000.

fdi/Reuters

Graphic

REUTERS - Rettungsschiff »Geo Barents« im November 2022 im Hafen von Catania

Load-Date: May 27, 2023

Ärzte ohne Grenzen rettet Hunderte Migranten aus Seenot

End of Document

Zehntausende Afghanen verlassen Pakistan aus Angst vor Massenabschiebung

SPIEGEL ONLINE

01. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Abgelaufenes Ultimatum

Length: 386 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Nach der Machtübernahme der islamistischen Taliban im August 2021 flüchteten Tausende Afghanen ins Nachbarland Pakistan. Nun endete dort eine Aufenthaltsfrist und die Schutzsuchenden müssen erneut flüchten.

Body

Unter dem Druck einer angedrohten Massenabschiebung haben Tausende afghanische Geflüchtete Pakistan in Richtung ihrer Heimat verlassen. »Mehr als 10.000 Afghanen haben gestern die Grenze überquert und wir erwarten, dass weitere 25.000 heute folgen werden«, sagte ein Vertreter der pakistanischen Flüchtlingsbehörde am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. 50 Lastwagen voller Menschen warteten nach Angaben eines Grenzbeamten in Torkham, wo sich einer der wichtigsten Grenzübergänge zwischen den beiden Ländern befindet, um die Grenze zu passieren. An gewöhnlichen Tagen passieren Behördenangaben zufolge bis zu 5000 Menschen den Grenzübergang in Torkham, allerdings in beide Richtungen.

»Wir haben angefangen, illegale Migranten zu verhaften«

Die pakistanische Regierung hatte kürzlich angekündigt, Schutzsuchende ohne Aufenthaltsstatus abzuschicken, wenn sie nicht bis Ende Oktober freiwillig das Land verlassen haben. Die Maßnahme zielt offensichtlich auf Menschen aus dem von den islamistischen Taliban beherrschten Nachbarland Afghanistan ab, die in Pakistan den größten Anteil irregulärer Migrantinnen und Migranten ausmachen. Nach Regierungsangaben leben etwa 4,4 Millionen afghanische Geflüchtete im Land, 1,7 Millionen davon ohne gültige Papiere. Seit Beginn der Ankündigung haben nach Angaben von Behörden mehr als 100.000 Afghanen bereits das Land verlassen.

»Wir haben angefangen, illegale Migranten zu verhaften«, sagte ein Polizeisprecher aus Karatschi im Süden Pakistans der dpa am Mittwoch. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Abschiebezentren eingerichtet, wo Geflüchtete ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Abschiebung untergebracht werden sollen, wie Innenminister Sarfraz Bugti am Dienstag zum Ablauf der Frist sagte.

Human Rights Watch hatte am Dienstag den Umgang der Behörden mit afghanischen Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus kritisiert. Diese würden durch Drohungen, Missbrauch und Verhaftungen dazu gedrängt, nach Afghanistan zurückzukehren. Die Menschenrechtsorganisation wies darauf hin, dass von diesem Mittwoch an nun auch Afghanen die Abschiebung droht, die in Pakistan auf eine Weiterreise in die USA, Großbritannien,

Zehntausende Afghanen verlassen Pakistan aus Angst vor Massenabschiebung

Deutschlandoder Kanadawarteten. Großbritannien hatte vor Ablauf der Frist nach pakistanischen Behördenangaben Afghanen mit Aufnahmezusage aus dem Land ausgeflogen.

mrc/dpa

Load-Date: November 1, 2023

End of Document

Video zeigt am Boden liegende tote Frau in Auffanglager für Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

29. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Missstände in Libyen

Length: 430 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Die Zustände in libyschen Auffanglagern sind grauenvoll, wie ein Video aus Tripolis belegt. Die Aufnahme zeigt eine tote Frau, die zwischen anderen eng zusammengepferchten Menschen am Boden liegt.

Body

Dem britischen »Guardian« liegen Aufnahmen aus einem Lager für Geflüchtete in Libyen vor, die eine Frau zeigen, die dort zwischen anderen Menschen tot auf dem Boden liegt. Das Video gibt einen schockierenden Einblick in die Bedingungen, denen Geflüchtete in dem nordafrikanischen Land ausgesetzt sind.

Der Clip, der vermutlich vor zwei Wochen gefilmt und dem »Guardian« von einer Gruppe, die aus Libyen nach Tunesien kam, zur Verfügung gestellt wurde, zeigt einen Raum im Abu-Salim-Auffanglager in Tripolis.

Eine nigerianische Frau, die auf den Raum zeigt, in dem Hunderte von Asylbewerberinnen auf Betten zusammengepfercht sind, schreit auf und nennt die Einrichtung ein »Gefängnis«.

Das 30-Sekunden-Video endet mit dem Bild einer unterernährten Frau, die tot auf dem Boden zu liegen scheint, unbekleidet, mit offenen Augen. »Diese Frau ist tot«, sagt die Nigerianerin. »Sie ist heute Morgen gestorben.«

Ärzte ohne Grenzen und eine Uno-Quelle bestätigten laut »Guardian« die Echtheit des Videos.

Zahlreiche NGOs haben über wiederholte Vorfälle von Gewalt gegen Geflüchtete und Migranten berichtet, die in der Einrichtung festgehalten werden. Im Juni 2021 wurde mit automatischen Waffen auf Häftlinge geschossen, was nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen zu einer Reihe von Opfern führte. Die Gruppe kündigte letzte Woche an, dass sie ihre medizinischen Aktivitäten in Tripolis bis Ende des Jahres einstellen werde.

Die Uno-Quelle sagte dem »Guardian« ebenfalls, die Frau in dem Video, von der man annimmt, dass sie aus Somaliastammt, sei möglicherweise an Tuberkulose gestorben. Dutzende von Asylbewerbern, die in Abu Salim inhaftiert sind, haben sich mit der Krankheit angesteckt. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen berichten, dass sie in überfüllten Räumen auf Matratzen ausharren und keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben.

Gewalt und Missbrauch in libyschen Auffanglagern

Tausende von Migranten werden in Auffanglagern in ganz Libyen festgehalten, die von der Direktion für die Bekämpfung der illegalen Migration (DCIM) geleitet und vom Innenministerium beaufsichtigt werden.

Video zeigt am Boden liegende tote Frau in Auffanglager für Geflüchtete

Mitarbeiter von Hilfsorganisationen haben Schläge, sexuelle Gewalt, Erpressung und Zwangsarbeit in Lagern in ganz Libyen dokumentiert. In einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2021 wird behauptet, dass das Wachpersonal Frauen im Austausch gegen Wasser zum Sex gezwungen und auf die Menschen geschossen hat.

Ein Bericht für den Uno-Menschenrechtsrat im Jahr 2021 befand, dass die Bedingungen in den libyschen Auffanglagern möglicherweise ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

czl

Graphic

imago images/Xinhua - Geflüchtete vor einer Station des UNHCR in Tripolis (2021)

Load-Date: August 29, 2023

End of Document

Faeser verteidigt Pläne für stationäre Grenzkontrollen

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration über Polen und Tschechien

Length: 391 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Über Polen und Tschechien werden gerade viele **Migranten** nach Deutschland eingeschleust. Die Bundesinnenministerin plant stationäre Kontrollen, die Polizeigewerkschaft hält das Vorhaben für ineffektiv.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat ihren Plan, stationäre Grenzkontrollen an den Ländergrenzen zu Polen und Tschechien durchführen zu lassen, nach Kritik der Polizeigewerkschaft verteidigt. »Wir bereiten erst mal stationäre Grenzkontrollen mit vor. Es geht um zusätzliche Kontrollen«, sagte Faeser im Deutschlandfunk. »Und wir müssen schauen, was das dann bringt.«

Die Ministerin ergänzte, für sie sei wichtig, »dass wir in der Fläche an der Grenze mit Personal vorhanden sind«, weil das ansonsten zu einer Verdrängung führe und die Menschen dann an anderen Stellen über die Grenze kämen. »Wenn wir Schleuser erwischen, wird es viel bringen, weil wir im Moment das Gefühl haben, dass jeder Vierte oder Fünfte über Schleuser ins Land kommt.«

Die Polizeigewerkschaft (GdP) kritisierte die Pläne der Innenministerin zuvor als nicht umsetzbar. »Wir sprechen uns als GdP gegen stationäre, feste Grenzkontrollen aus, weil wir das in der polizeilichen Arbeit nicht als effektiv ansehen«, sagte die Vizevorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Erika Krause-Schöne, der »Rheinischen Post«.

Die Kontrollen seien eine »dauerhafte Belastung« und »sehr personalintensiv«. Die Bundespolizei wolle lieber »agil auf der Grenzlinie« agieren können. Ein Schlagbaum wie früher würde auch den Waren- und Pendlerverkehr behindern, merkte Krause-Schöne an. Zudem würden Schleuser einfach um die festen Kontrollpunkte herumfahren.

Thüringen fordert Lösungen auf europäischer Ebene

Aktuell gibt es seit Herbst 2015 vorübergehende stationäre Grenzkontrollen in Bayern an der Grenze zu Österreich. Sie werden vom Bundesinnenministerium bei der EU-Kommission angemeldet und jeweils verlängert. Die Kontrollen müssen in Brüssel mit einem Vorlauf von etwa einem Monat beantragt werden.

Thüringens SPD-Innenminister Georg Maier zeigte sich ebenfalls skeptisch. »Kontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien allein werden die Migrationskrise in Deutschland nicht lösen«, sagte Maier dem Nachrichtenportal

Faeser verteidigt Pläne für stationäre Grenzkontrollen

»The Pioneer«. »Es gibt rechtlich keine Handhabe, Menschen an der Grenze zurückzuweisen, wenn diese Asyl begehren.« Zudem würden bei lückenlosen Kontrollen lange Staus sowie ein enormer Personalaufwand die Folge sein. Maier und auch die GdP-Vizevorsitzende Krause-Schöne plädierten beide für Lösungen auf europäischer Ebene, um die irreguläre Migration zu begrenzen.

czl/dpa

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

SPD-Chef Klingbeil lehnt Obergrenze für Geflüchtete ab

SPIEGEL ONLINE

21. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migrationsdebatte

Length: 479 words

Byline: David Böcking

Highlight: Wie der Kanzler plädiert auch SPD-Chef Lars Klingbeil für schnellere Abschiebungen. Eine Obergrenze für Geflüchtete hält er jedoch für »nicht umsetzbar«.

Body

In der Debatte über Zuwanderung nach Deutschland hat SPD-Chef Lars Klingbeil eine Obergrenze für Geflüchtete abgelehnt. »Mir konnte noch niemand plausibel erklären, wie eine Obergrenze funktionieren soll«, sagte Klingbeil der »Welt am Sonntag« laut einem Vorabbericht.

Beispielhaft nannte er den Fall einer Frau aus dem Iran, die wegen politischer Verfolgung Asyl beantragt. »Ich glaube nicht, dass wir als Land die Kälte und Herzlosigkeit hätten, diese Frau zurückzuweisen«, so Klingbeil. »Eine Obergrenze ist nicht umsetzbar.«

Wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) forderte Klingbeil aber eine schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Scholz hatte im Gespräch mit dem SPIEGEL großen Unterschied in der Bearbeitungszeiten verschiedener Bundesländer kritisiert. Entscheidungen in erster Instanz dauerten bis zu 39 Monate, sagte der Kanzler. »Das geht nicht. Wir müssen mehr und schneller abschieben.«

Auch Klingbeil wies nun auf die zum Teil mehrere Jahre dauernden Verfahren hin und sagte: »Man tut den Menschen keinen Gefallen, wenn sie so lange im Unklaren sind, ob sie bei uns bleiben können oder das Land wieder verlassen müssen.«

Prinzipiell zeigte der SPD-Vorsitzende sich optimistisch, dass sich die Flüchtlingskrise lösen lasse. »Wir stehen kurz davor, einen europäischen Kompromiss in der Asylpolitik zu schließen«, sagte er. »Das muss noch vor der Europawahl entschieden werden.«

Dabei hoffe er auch auf den Regierungswechsel in Polen, sagte Klingbeil. Mit Donald Tusks komme »hoffentlich ein überzeugter Europäer gemeinsam mit Sozialdemokraten in die Regierung«. Sein Wahlsieg sei »eine gute Gelegenheit, um das Weimarer Dreieck neu zu beleben und die europäischen Probleme und Herausforderungen gemeinsam anzupacken«.

»Unsere Türen stehen offen«

SPD-Chef Klingbeil lehnt Obergrenze für Geflüchtete ab

Klingbeil bekräftigte in dem Gespräch die Bereitschaft seiner Partei, Mitglieder der Linken aufzunehmen. »Unsere Türen stehen offen«, sagte er. »Ich werde jetzt keine Mitgliedsformulare in der Linkspartei verteilen. Aber natürlich gilt: Wer sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt und in unserem Land etwas bewegen will, ist in der SPD willkommen.«

Hintergrund von Klingbeils Äußerungen ist die erwartete Abspaltung der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht und einiger Gefolgsleute von der Linkspartei. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende will am Montag vor der Presse in Berlin über die Gründung des Vereins »BSW - für Vernunft und Gerechtigkeit« informieren; das Kürzel soll für »Bündnis Sahra Wagenknecht« stehen. Der Verein gilt als Vorläufer einer neu gegründeten Wagenknecht-Partei.

Der Linken-Abgeordnete Thomas Lutze war kürzlich bereits in die SPD-Fraktion gewechselt. »Ich glaube, dass sich die Linksfraktion im Bundestag bald auflösen wird«, sagte er dem SPIEGEL. Die Linke sei »personell und strategisch so unterirdisch aufgestellt, dass sie ihre Ziele nicht mehr ernsthaft verfolgen kann.«

dab/AFP

Load-Date: October 21, 2023

End of Document

Rutte berät mit König Willem-Alexander über politische Zukunft

SPIEGEL ONLINE

08. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Niederlande

Length: 275 words

Byline: Dominik Peters

Highlight: Mark Rutte selbst ist seit knapp 13 Jahren Premier der Niederlande. Am Freitag ist seine Mitte-rechts-Regierung am Streit über die Migrationspolitik zerbrochen. Wie es weitergeht, ist noch völlig offen.

Body

In den Niederlanden ist der politische Fahrplan nach dem Platzen der Regierungskoalition noch unbekannt. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte traf sich am Samstag in Den Haag mit König Willem-Alexander, um über eine Übergangsregierung zu sprechen. Einzelheiten nannte Rutte nach dem anderthalbstündigen Gespräch nicht.

»Dies sind vertrauliche Gespräche«, sagte er Reportern. Es wird erwartet, dass der König Ruttes Regierung bitten wird, geschäftsführend im Amt zu bleiben bis eine neue Regierung gebildet wird. Ruttes Mitte-rechts-Regierung war am Freitagabend am Streit über Migrationspolitik zerbrochen.

Kommenden Montag wird das Parlament das Scheitern der Regierung debattieren. Der entscheidende Schritt zu vorgezogenen Neuwahlen wird die Auflösung des Parlaments sein. Die Wahl wird voraussichtlich für November terminiert. Der 56-jährige Rutte hat bereits erklärt, er würde gern für eine fünfte Amtszeit kandidieren. Dies hänge aber von seiner Partei ab. Die Bildung einer neuen Regierung dauert wegen der zersplitterten politischen Landschaft in den Niederlanden normalerweise Monate.

Die Koalition war wegen eines Streites über den Familiennachzug von Asylsuchenden zerbrochen:

Ruttes konservative Partei VVD wollte Familien mindestens zwei Jahre auf eine Zusammenführung warten lassen.

Dies wurde von der Christlichen Union und der liberalen D66 abgelehnt.

Die Niederlande haben im europäischen Vergleich eine restriktive Migrationspolitik. Dennoch sind die Asylanträge im vergangenen Jahr um ein Drittel auf über 46.000 gestiegen. Die Regierung geht davon aus, dass in diesem Jahr über 70.000 Anträge gestellt werden könnten.

dop/Reuters

Graphic

AFP - Fährt selbst: Mark Rutte

Load-Date: July 8, 2023

End of Document

Deutschland gewährte nur 55 Russen im wehrfähigen Alter Asyl

SPIEGEL ONLINE

24. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Daten des Bundesinnenministeriums

Length: 513 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Hunderte Russen beantragten nach Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine Asyl in Deutschland nur in wenigen Fällen mit Erfolg. Die Linke wirft der Bundesregierung Zynismus vor.

Body

Mit seiner völkerrechtswidrigen Invasion in der benachbarten Ukrainetrieb Russlands Präsident Wladimir Putin Hunderttausende Menschen in die Flucht. Auch im eigenen Land setzte nach Kriegsbeginn ein regelrechter Exodus ein. Tausende Männer versuchten durch die Ausreise dem Kriegsdienst und einer Teilmobilisierung zu entgehen.

In Deutschland haben russische Männer im wehrfähigen Alter mit Asylanträgen aber offenbar nur bedingt Erfolg. Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken hervorgeht, über die das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) berichtete, haben zwischen dem 24. Februar 2022 und Ende April dieses Jahres nur 55 männliche russische Staatsangehörige im wehrfähigen Alter Asyl in Deutschland erhalten.

Hunderte Fälle über »formelle Verfahrenserledigung« beendet

Insgesamt haben demnach 2485 männliche russische Staatsangehörige im wehrfähigen Alter einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt. In 814 Fällen wurden über die Anträge entschieden; 88 davon negativ. In den verbleibenden 671 Fällen kam es zu einer »formellen Verfahrenserledigung«.

Als »formelle Verfahrenserledigung« bezeichnet das Ministerium »Entscheidungen im Dublin-Verfahren« oder die »Rücknahme des Asylantrags«. Als wehrfähig gelten russische Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren. Gemäß dem Dublin-Verfahren ist grundsätzlich das EU-Land für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig, in das der Asylbewerber oder die Asylbewerberin zuerst eingereist ist. So soll verhindert werden, dass Menschen in mehreren Staaten gleichzeitig Asylanträge stellen.

1671 Verfahren sind der Ministeriumsantwort zufolge noch anhängig. Russische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die sich nicht an dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligen wollten, könnten in Deutschland Asyl beantragen, heißt es weiter. Sie erhielten im Regelfall internationalen Schutz. Die Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sei hierzu nach Kriegsbeginn angepasst worden.

Deutschland gewährte nur 55 Russen im wehrfähigen Alter Asyl

Linke kritisiert geringe Zahl

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, kritisiert die geringe Zahl positiv beschiedener Asylanträge: »Wenn weit über 100.000 Männer im wehrfähigen Alter Russland verlassen und sich Putins Krieg verweigern, aber nur 55 von ihnen in Deutschland offiziell Schutz finden, läuft etwas gewaltig schief«, sagte Korte dem RND.

Trotz vollmundiger Ankündigungen tue die Bundesregierung überhaupt nichts, um junge Russen darin zu bestärken, nicht gegen die Ukraine zu kämpfen, bemängelte Korte. »Es ist zynisch, dass die Bundesregierung die Dezimierung von Putins Armee durch Waffenlieferungen betreibt, aber nicht durch Unterstützung von Desertion und Kriegsdienstverweigerung«, sagte der Linkenpolitiker.

Russland hatte seine »Teilmobilmachung« im vergangenen September verkündet und bis Ende Oktober nach Angaben des Verteidigungsministeriums 300.000 Reservisten eingezogen. Zehntausende befanden sich im vergangenen Jahr den Angaben zufolge im Kriegsgebiet in der Ukraine. Ihr Durchschnittsalter wurde mit 35 Jahren angegeben.

fek/epd

Graphic

AFP or licensors - Russischer Soldat in Mariupol im April 2022: Unterstützt Deutschland Kriegsdienstverweigerer genug?

Load-Date: May 24, 2023

End of Document

Flüchtlingsdeal mit Tunesien mehrere EU-Mitglieder kritisieren Kommission

SPIEGEL ONLINE

02. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Medienbericht

Length: 488 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: Deutschland und andere europäische Länder fühlen sich laut einem Bericht bei dem jüngsten Migrationsdeal zwischen Brüssel und Tunis von der EU-Kommission übergangen. Es geht um Menschenrechte und um Stilfragen.

Body

Der Migrationspakt zwischen der EU-Kommission und Tunesien hat offenbar mehrerer EU-Länder erzürnt: Einige europäische Institutionen und 13 EU-Mitgliedstaaten haben die Art und Weise kritisiert, wie das am 16. Juli unterzeichnete Abkommen zwischen Tunesien und der EU-Kommission zustande gekommen ist. Auch daran, dass die Lage der Menschenrechte in Tunesien in der Vereinbarung kaum adressiert werde, gibt es Kritik. Das berichtet die »Zeit« unter Berufung auf vertrauliche Dokumente des Auswärtigen Amtes (AA).

So heißt es demnach in einem internen Briefing des AA, dass die EU-Kommission den Rat der Europäischen Union übergangen habe. Vereinbart sei für Abkommen wie das infrage stehende »Memorandum of Understanding« (MoU) eine Unterrichtsfrist von fünf Wochen. »Es ist nicht akzeptabel, wenn ein solches MoU unterzeichnet wird, ohne dass der Rat vorher seine Zustimmung gibt«, heißt es in dem Dokument.

Außenministerium sieht Einigung inhaltlich kritisch

Auch der Juristische Dienst des Rates, der Europäische Auswärtige Dienst und etliche Mitgliedstaaten sehen das Vorgehen der Kommission kritisch. Laut einer Niederschrift deutscher Diplomaten sprach ein Vertreter des Juristischen Dienstes in einem Meeting von einer »hochgradigen Respektlosigkeit«. Der Juristische Dienst behalte sich gerichtliche Schritte vor.

Laut den Dokumenten trugen deutsche Vertreter ihre Kritik am 19. Juli auch bei einem Treffen der Ratsarbeitsgruppe »Mashrek/Maghreb« vor und bezeichneten das Vorgehen der Kommission als »absolut inakzeptabel«. Auch Frankreich, Österreich, Belgien, Griechenland und acht weitere Mitgliedstaaten zeigten sich irritiert.

Für Deutschland hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) der Vereinbarung zugestimmt und von »historischen Entscheidungen« gesprochen.

Flüchtlingsdeal mit Tunesien mehrere EU-Mitglieder kritisieren Kommission

Die Bewertung im von Annalena Baerbock (Grüne) geleiteten Außenministerium ist laut »Zeit« offenbar deutlich anders. Dort sieht man die Einigung kritisch, weil die Zusammenarbeit mit Tunesien nicht an humanitäre Standards und das Völkerrecht geknüpft worden sei: Es sei »unverständlich, dass weder Demokratie noch Rechtsstaatlichkeit () Erwähnung finden«, heißt es in einem der internen Dokumente. Die EU habe nur wenig erreicht, wichtig wäre es gewesen, die Lage der in Tunesien gestrandeten Flüchtlinge zu verbessern, zum Beispiel durch Zugang zu Aufenthaltstiteln.

Die Vereinbarung zwischen der EU und Tunesien sieht unter anderem vor, dass Tunesien Menschen von der Flucht nach Europa abhält. Für Such- und Rettungsaktionen auf See und die Rückführung von Migranten will die EU-Kommission dem nordafrikanischen Land in diesem Jahr 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Insgesamt stellte die EU gut 900 Millionen Euro an Hilfgeldern in Aussicht.

Auf Nachfrage der »Zeit« an den Juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union wollte eine Sprecherin den Vorgang nicht kommentieren. Die EU-Kommission ließ eine Anfrage der »Zeit« unbeantwortet.

muk/col

Graphic

dpa - Flüchtlingsboote auf Lampedusa: Immer mehr Migranten setzten zuletzt von Tunesien nach Italien über

Load-Date: August 2, 2023

Länder wollen mehr Geld für Unterbringung von Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

16. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ministerpräsidentenkonferenz

Length: 805 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Die Regierungschefs der Länder beraten am Donnerstag über die Flüchtlingspolitik. Bereits vor ihrem Treffen erhöhen sie den Druck auf die Bundesregierung.

Body

Vor dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am Donnerstag haben Regierungschefs aus mehreren Bundesländern an den Bund appelliert, sie bei der Unterbringung von Geflüchteten zu entlasten. Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) forderte eine Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) drängt auf mehr Abkommen mit anderen Staaten zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber. Zudem fordern die Bundesländer weiter mehr Geld vom Bund für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder kommen am Donnerstagmittag in Berlin zusammen, um über die Flüchtlingspolitik zu sprechen. Die Zahl der Flüchtlinge sei so groß geworden, dass die Kommunen keine Aufnahmekapazitäten mehr hätten, sagte Sachsens Regierungschef Kretschmer den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. »Das heißt, der Bund muss aufhören mit freiwilligen Aufnahmeprogrammen.«

Mit Blick auf die Aufnahmeprogramme sagte Kretschmer weiter: »Das geht in Zukunft nur in einer gemeinsamen Abstimmung mit den Kommunen, mit den Ländern, aber nicht par ordre du mufti.« Ein solches Programm gibt es unter anderem im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei. In diesem Rahmen nimmt Deutschland jährlich bis zu 3000 syrische und staatenlose Flüchtlinge aus der Türkei auf.

Sachsens Regierungschef forderte zudem eine stärkere Sicherung der EU-Außengrenze zwischen Bulgarien und der Türkei. »Wir haben bei Polen-Weißrussland gesehen, wie das auch funktionieren kann«, setzte Kretschmer hinzu und spielte damit offenbar auf den Bau von Zäunen und Panzersperren an.

Niedersachsens Ministerpräsident Weil sagte der »Neuen Osnabrücker Zeitung«: »Deutschland hat bereits Rücknahmeabkommen mit einzelnen Ländern geschlossen, davon brauchen wir noch deutlich mehr.« Die Bundesregierung dürfe nicht auf Initiativen der EU warten, sondern müsse von sich aus aktiv werden. »Auf zwischenstaatlicher Ebene geht das schneller.« Zudem müsse die Migrationspolitik in Europa reformiert werden, unter anderem gehe es um eine bessere Verteilung der Ankommenden, sagte Weil. »Viele europäische Grenzländer fühlen sich offenbar überfordert, sie winken viele Menschen durch.«

Länder wollen mehr Geld für Unterbringung von Flüchtlingen

Günther und Rehlinger wollen mehr finanzielle Unterstützung

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) forderte seinerseits vom Bund eine Pro-Kopf-Finanzierung für die Flüchtlingsversorgung. »Der Bund muss zu einer Pro-Kopf-Finanzierung in der Flüchtlingsversorgung zurückkehren. Das wäre ein deutlich gerechteres Verfahren als die aktuelle Pauschalfinanzierung«, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). »Wir brauchen einen Mechanismus, der dauerhaft eine faire Lastenverteilung sicherstellt.« Die Länder bräuchten zudem Hilfe bei der Unterbringung der Menschen. »Der Bund muss seine Zusage, bundeseigene Liegenschaften zur Verfügung stellen zu wollen, jetzt umsetzen.«

Für eine Pro-Kopf-Pauschale plädierte auch Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD). Die Länder kämen zunehmend an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sagte er dem SPIEGEL. »Ich erwarte deshalb, dass der Bund nicht nur die Kosten der Unterkunft vollständig übernimmt, sondern wie 2015 auch eine Pro-Kopf-Pauschale für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden«, sagte er. »Diese Pauschale hat sich 2015 sehr bewährt.«

Auch Saarlands Regierungschefin Anke Rehlinger (SPD) sieht bei diesem Thema Handlungsbedarf. Die Länder bräuchten mehr Unterstützung etwa durch Liegenschaften des Bundes, sagte sie der »Rheinischen Post«. »Oder wo das nicht möglich ist, sollte der Bund zum Beispiel Container-Lösungen finanziell unterstützen.« Neben der Organisation von Unterkünften seien die Kosten für Länder und Kommunen »im Moment das vordringlichste Problem«.

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) forderte mehr Bundesgelder für die Flüchtlingsversorgung und verwies auf die gestiegene Zahl an Schutzsuchenden. »Die bisherigen Zusagen gingen von 200.000 Flüchtlingen aus. Tatsächlich waren es über eine Million«, sagte er dem RND.

Sondergipfel am 10. Mai

Eine Verdreifachung der Bundesmittel für die Flüchtlingsversorgung forderte Bayern. »Die bisherigen finanziellen Zusagen der Bundesregierung im Asyl- und Flüchtlingsbereich reichen bei Weitem nicht aus«, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) dem RND. »Der Bund muss sich hier mit seiner finanziellen Zusage nochmals deutlich nach oben bewegen.«

Zum Umgang mit den steigenden Flüchtlingszahlen soll es am 10. Mai auch einen Sondergipfel zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und den Ländern geben. Allerdings drängen die Länder auf schnelle Lösungen. »Wir können damit nicht auf den nächsten Gipfel mit dem Bundeskanzler warten«, sagte beispielsweise Günther.

sol/AFP

Graphic

dpa - Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD): Brauchen »noch deutlich mehr Rücknahmenabkommen«

Load-Date: March 16, 2023

SPD-Innenminister wollen Maghrebstaaten als sichere Herkunftsländer einstufen

SPIEGEL ONLINE

05. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Treffen mit Faeser

Length: 564 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Die SPD-Innenminister sehen Länder und Kommunen in der Asylpolitik am Limit und fordern dringend Entlastung. Dafür greifen sie einen Vorschlag auf, der auch parteiintern auf Widerstand trifft.

Body

In der Diskussion über eine härtere Asylpolitik kommt ein Vorschlag immer wieder auf: weitere Staaten zu so genannten »sicheren Herkunftsländern« zu erklären, um die Zahl der Asylgesuche zu senken.

Schon in der Vergangenheit befürworteten SPD-Innenminister aus den Bundesländern die Idee, etwa Thüringens Innenminister Georg Maier Anfang September. Nun hat er gemeinsam mit seinen Amtskollegen bei einem Treffen mit Innenministerin Nancy Faeser am Mittwoch den Vorschlag bekräftigt.

In dem Beschluss, der dem SPIEGEL vorliegt, heißt es, man spreche sich dafür aus, »neben Georgien und Moldau auch Armenien, Indien und die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftstaaten« zu deklarieren und »zu prüfen, ob darüber hinaus weitere Herkunftstaaten als sichere Herkunftstaaten aufgenommen werden können«. Zuerst hatte die »Bild«-Zeitung darüber berichtet. Zu den Maghrebstaaten gehören unter anderem Tunesien, Marokko und Algerien.

»Die drohende Überforderung der Kommunen gefährdet zunehmend die Akzeptanz der Aufnahme von Schutzsuchenden«

Bei Ländern, die als sichere Herkunftstaaten gelten, geht Deutschland davon aus, dass Menschen dort keine politische Verfolgung droht und der Staat sie schützen kann. Entsprechend haben Asylanträge aus diesen Ländern geringe Erfolgsaussichten.

Die SPD-Innenminister führen zur Begründung aus, wegen der sehr hohen Geflüchtetenzahlen seien Länder und Kommunen »in einer akuten Notlage und dringend auf eine substanzielle Reduzierung der Zugangszahlen angewiesen«. Die Kapazitäten zur Unterbringung und zur Aufnahme in die sozialen Systeme seien erschöpft.

Die Forderungen der SPD-Innenminister beschränken sich nicht auf sichere Herkunftstaaten. Notwendig sei ein verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen und mehr Einsatz gegen irreguläre Migration, etwa über die Slowakei, Tschechien und Polen nach Deutschland. Hier seien verstärkte Kontrollen, wie Faeser sie vorgesehen hat, wichtig.

SPD-Innenminister wollen Maghrebstaaten als sichere Herkunftsländer einstufen

»Die substantielle Reduzierung irregulärer Migration ist dringend erforderlich, um eine Überforderung der Kommunen zu verhindern«, sagt Maier dem SPIEGEL. »Die drohende Überforderung der Kommunen gefährdet zunehmend die Akzeptanz der Aufnahme von Schutzsuchenden gerade in Ostdeutschland.« Deshalb sei erforderlich, die europäische Asylreform noch vor Beginn des Winters schnellstmöglich umzusetzen und Schleuserkriminalität durch verstärkte Grenzkontrollen entlang der Fluchtrouten zu bekämpfen.

In der Bundesregierung dürfte der Vorstoß der SPD-Innenminister auf Zustimmung eines Koalitionspartners treffen. Die FDP hatte sich im September ebenfalls dafür ausgesprochen, die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären; zuvor hatte sich auch CDU-Chef Friedrich Merz entsprechend geäußert.

Allerdings ist der Vorstoß auch bei den Sozialdemokraten nicht unumstritten: »Die Liste sicherer Herkunftsstaaten sollte ausschließlich nach objektiven Kriterien erfolgen. Bei einigen Staaten des Maghreb sind noch nicht alle Fragen dazu geklärt und ich habe große Zweifel, dass diese guten Gewissens als sicher eingestuft werden können«, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Roloff dem SPIEGEL.

Widerstand ist auch von den Grünen zu erwarten. So hatte sich Außenministerin Annalena Baerbock dagegen ausgesprochen, über Georgien und Moldau hinaus weitere Länder entsprechend einzuordnen. Selbst dieser Schritt war bei Menschenrechtlern auf Kritik gestoßen.

cte/sog/ulz

Load-Date: October 5, 2023

Bisher drei Förderzusagen für Seenotprojekte in Italien

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Auswärtiges Amt

Length: 307 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Elon Musk ätzte zuletzt gegen deutsche Seenotretter und auch Rom kritisierte die Rettungsaktionen der vom Bund unterstützten NGOs im Mittelmeer scharf. Nun hat das Auswärtige Amt Zahlen vorgelegt.

Body

Bisher haben drei Organisationen vom Bund Zusagen für die Seenotrettung und Versorgung von **Migranten** in Italien bekommen. Das erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts in Berlin. Insgesamt stünden für das laufende Jahr zwei Millionen Euro zur Verfügung. Erste Auszahlungen sollten an ein Projekt der christlichen Gemeinschaft Sant'Egidio zur Versorgung von Geretteten an Land gehen, weitere Mittel an die Seenotrettungsorganisationen SOS Humanity und Sea-Eye.

Es handele sich jeweils um Summen zwischen 300.000 und 800.000 Euro, teilte die Sprecherin weiter mit. Das Auswärtige Amt betonte wie schon zuvor, dass damit ein Beschluss des Bundestags umgesetzt werde. Es sei Position der Bundesregierung, dass die Rettung von Menschen vor dem Ertrinken und aus Seenot zu jeder Zeit und an jedem Ort »eine rechtliche humanitäre und moralische Pflicht« sei, erläuterte die Sprecherin.

Clinch zwischen Berlin und Rom

Die finanzielle Unterstützung aus Berlin hatte für Irritationen in Italien gesorgt und auch die Verhandlungen über eine Reform des europäischen Asylsystems belastet. Rom betrachtet es als Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten, dass die Bundesregierung Hilfsorganisationen fördern will, die sich nicht nur im Mittelmeer, sondern auch auf italienischem Boden um Migranten kümmern.

Zuletzt hatte etwa auch die Einmischung von US-Techmilliardär Elon Muskin die Debatte für Aufsehen gesorgt. Auf X, ehemals Twitter, hatte Musk den Post eines Accounts verbreitet, in dem die Rolle von deutschen Seenotrettern im Mittelmeerkritisiert wird das Auswärtige Amt reagierte darauf prompt (lesen Sie hiermehr dazu).

Im Streit über die europäische Asylreform gab es unterdessen am Mittwoch einen Kompromiss: Die EU-Staaten haben sich auf die sogenannte Krisenverordnung geeinigt. Demnach soll das Asylregime deutlich verschärft werden.

aeh/dpa

Bisher drei Förderzusagen für Seenotprojekte in Italien

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Die Angst vor der nächsten Migrationswelle

SPIEGEL ONLINE

17. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Putsch in Niger

Length: 1787 words

Byline: Heiner Hoffmann

Highlight: Niger war einer der wichtigsten Partner der EU in der Sahelzone im Kampf gegen Terrorismus und Migration nach Europa. Jetzt ist die Regierung weggeputscht: Kommen nun wieder die Geflüchteten?

Body

Abdourahamane Hama setzt große Hoffnungen in die neue Junta, der Putsch könnte schließlich seinen Wohlstand zurückbringen. Er sitzt in seinem schicken Haus in der Wüstenstadt Agadez in Niger, inmitten der verwinkelten Altstadt mit ihren einfarbigen Lehmbauten.

Hama hat das Anwesen vor zehn Jahren komplett renoviert, damals brummte das Geschäft. Der Nigriner ist das, was man in Europa gerne einen Schleuser nennt. Oder besser gesagt: Er war es. Denn seit acht Jahren ist er arbeitslos, wegen des Gesetzes 2015-036, erlassen im Mai 2015 in der fernen Hauptstadt Niamey. Darin wird der Bevölkerung verboten, internationale Migrantinnen und Migranten von Agadez nach Norden in Richtung Libyen oder Algerien zu befördern. Doch genau das war Hama's Job: Er brachte Menschen nach Norden. Nach Libyen über die Stadt Dirkou. Nach Algerien über Arlit. Nicht wenige von ihnen reisten dann weiter nach Europa.

»Ich habe eine ganz legale Reiseagentur betrieben, ich habe Steuern bezahlt«, ärgert sich der Mann im roten Hemd und Ziegenleder-Sandalen, den in Agadez alle nur Addou nennen. Agadez blühte damals angesichts des Geschäfts mit der Migration. Menschen wie Addou Hama verdienten viel Geld, die Händler in der Stadt ebenso. Hunderttausende zogen in den besten Zeiten pro Jahr durch die Stadt. Heute ist die Route weitgehend dicht.

Nun fragen sich viele: Wird die Junta das Thema Migration als politische Waffe einsetzen?

Die Transporteure, die noch operieren, tun es in der Illegalität; die Preise sind gestiegen, der Weg durch die Sahara ist deutlich gefährlicher geworden. Denn die »Transportunternehmer« nutzen nun Routen jenseits der bekannten Wege, tief im Inneren der Wüste, die örtlichen Sicherheitsbeamten verlangen hohe Bestechungsgelder. Die Gefahr in der Sahara zu sterben, habe durch das Anti-Schmuggler-Gesetz zugenommen, stellte im Mai eine Untersuchung der Organisation Border Forensics fest.

Das neue Gesetz wurde von der Unogeschrieben und ist auf Druck aus Brüssel entstanden. Damals, Anfang 2015, kamen immer mehr Geflüchtete in Europa an. Es begann das, was sich im Sommer des Jahres zur so genannten Flüchtlingskrise aufschaukeln sollte. Die EU musste reagieren, wollte so schnell wie möglich die Fluchtrouten aus Afrika schließen. Die Regierung in Niamey erwies sich als willfähriger Partner, erließ das Gesetz, die Polizei setzte

Die Angst vor der nächsten Migrationswelle

es durch, viele Migrantinnen und Migranten wichen auf andere Routen aus. Die angekündigten neuen Jobs für ehemalige Schleuser wie Addou blieben meist: ein leeres Versprechen aus Europa. »Die EU hat geglaubt, mit viel Geld das Problem lösen zu können, hat Niger als stabilen Partner betrachtet und dabei übersehen, wie fragil das Land schon immer war«, sagt Ulf Laessing, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Sahel-Region.

Jetzt ist dieser stabile Partner hinfällig, die Junta hat nach dem Putsch die Regierung übernommen, der einst gewählte Präsident sitzt in Hausarrest. Und in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten stellen sich viele die Frage: Kommen jetzt wieder die Geflüchteten? Wird die Junta das Thema Migration als politische Waffe einsetzen, wie es etwa der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan immer wieder getan hat?

»Ich hoffe«, sagt Addou, »dass sich die Dinge nach dem Putsch jetzt ändern. Wir bitten die Junta, sich um uns zu kümmern. Das Gesetz 2015-036 zurückzunehmen, wäre das größte Geschenk, das sie uns machen können.« Er jedenfalls wäre bereit, sein Geschäft jederzeit wiederaufzunehmen. »Es ist gut möglich, dass die Junta das Thema Migration als Druckmittel nutzt. Es könnte auf einen Deal hinauslaufen: Wenn ihr in Brüssel uns offiziell anerkennt, dann setzen wir die Kooperation mit euch fort«, meint Ulf Laessing.

Um zu erfahren, wie die Lage derzeit ist, mehr als drei Wochen nach der Machtübernahme durch die Putschisten, hat der SPIEGEL mit zahlreichen Mitarbeitern internationaler Organisationen und Beobachtern vor Ort gesprochen. Die meisten wollen anonym bleiben, zu groß ist die Furcht vor möglicher Rache durch die Junta, zu groß die Ungewissheit über das, was kommen könnte. Aus diesen Gesprächen ergibt sich jedoch ein klares Bild: Bislang hat sich vor Ort wenig verändert. Zwar schloss die Junta zunächst die Landesgrenzen, doch eine hunderte Kilometer lange imaginäre Linie in der Wüste lässt sich ohnehin kaum kontrollieren. »Die Migration an den Grenzen im Norden geht im Prinzip im gleichen Maße weiter wie vor dem Putsch«, sagt ein Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Das heißt aber auch: keine plötzliche Zunahme.

Der nigrische Flüchtlingsaktivist Nasser Mohamed* war kürzlich an der Grenze zu Libyen, er wollte sich die Situation dort persönlich anschauen. »Die Leute queren dort wie vor dem Putsch hin und her, die Trips werden weiter organisiert. Sie müssen nur die Checkpoints vermeiden, wegen des Gesetzes 2015-036«, sagt er. Und es dauere momentan länger, so eine Reise zu organisieren, weil aufgrund des Putsches manches schwieriger geworden sei. Vieles im Land ist teurer geworden, Waren sind wegen der Sanktionen gegen die Putschisten schwerer zu beschaffen.

An den Rändern von Niger sind seit Jahren mobile Grenzschutztruppen unterwegs, ausgebildet und aufgerüstet von den USA und Europa. Sie patrouillieren in der Wüste, sollen Extremismus, Banditen und illegale Migration bekämpfen. Diese mobilen Einheiten seien auch weiterhin im Einsatz, trotz des Putsches, bestätigen Beobachter vor Ort. Noch richtet die Junta die Wut der Bevölkerung auf die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, das Thema Migration hat sie noch nicht für sich entdeckt.

Zudem herrschen gerade heftige Sandstürme, keine gute Reisezeit für Migrantinnen und Migranten. Doch selbst wenn die Putschisten in Niger die einst beliebte Route durch die Sahara wieder aufmachen sollten, was würde dann passieren? Die meisten Beobachterinnen und Beobachter gehen nicht davon aus, dass sich ein Szenario wie 2015 wiederholen würde. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen zieht es die meisten Flüchtenden, ob nun vor Armut, Krieg oder Verfolgung, in die nahe gelegenen Länder der Region. Sie wollen nicht nach Europa, sondern hoffen auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Das betrifft etwa Geflüchtete aus dem Sudan oder Südsudan, die in Niger gestrandet sind.

Außerdem machen die Mittelmeerstaaten eine Überquerung Richtung Europa immer schwieriger. Algerien, Tunesien und Libyen gehen mit brutaler Härte gegen Migrantinnen und Migranten vor, es gibt willkürliche Verhaftungen und immer wieder illegale Pushbacks, bei denen Geflüchtete einfach in der Wüste ausgesetzt werden. Und so kommt es an den Grenzen in Niger nicht nur zu Migration gen Norden, sondern es kehren auch immer mehr Geflüchtete zurück, freiwillig oder unfreiwillig.

In Agadez, der Wüstenstadt, die einst so gut von den Migranten lebte, sind nun viele von ihnen gestrandet. Sie hatten ihr Glück in Nordafrika versucht, sind oft dramatisch gescheitert, und hängen jetzt fest. Viele von ihnen wollen am liebsten sofort zurück in ihre Heimatländer, doch das funktioniert nun nicht mehr. Der Putsch sorgt zwar

Die Angst vor der nächsten Migrationswelle

nicht dafür, dass Menschen massenweise nach Europa kommen, aber er verschärft das Leid der Betroffenen vor Ort. Es gibt keine Flüge mehr nach und aus Niger, die offiziellen Rückkehrprogramme liegen brach.

In den notdürftigen Unterkünften im Norden des Landes stauen sich förmlich die Menschen. Wenn man offiziell mit Hilfsorganisationen spricht, so kommen meist Durchhalteparolen: »Wir machen weiter«, »wir beobachten die Lage«. Doch im Vertrauen berichten viele von einer katastrophalen Lage: Die Sanktionen gegen Niger erschweren die Arbeit deutlich, oft gibt es keinen Strom, wichtige Güter lassen sich nicht mehr importieren. Ein großes Lager einer italienischen Organisation wurde kürzlich von einem Sandsturm sprichwörtlich weggefedt.

In Agadez steht Success Odinaka im Büro einer Hilfsorganisation. Sie blickt auf den Boden, trägt einen grünen Jogginganzug, sie meidet andere Menschen. Ihre Augen verraten, dass sie gerade geweint hat. »Success«, ihr Vorname, heißt: Erfolg. Doch ihre Geschichte steht für das genaue Gegenteil, zehn Jahre Schmerz, Scheitern, Kämpfen. Ihr Schicksal ähnelt dem vieler Migrantinnen, die aufbrechen, um ein besseres Leben zu finden und dann an dem Erlebten zerbrechen.

Die 23-Jährige war zwölf, nicht einmal ein Teenager, als sie sich in Nigeria auf den Weg machte. Ihre Mutter hatte sie auf die Reise geschickt, um nach Norden zu ziehen und dort Geld für die Familie zu verdienen. Alles außer Prostitution, das musste sie ihrem Vater versprechen. Wohin sie gehen sollte, das habe ihr niemand gesagt. »Es hieß, ich sollte Wasser überqueren«, so hätten es ihr die Schleuser gesagt. Doch das Meer überquerte sie nie. Und auch das Versprechen habe sie gebrochen, erzählt sie mit leiser Stimme, die Tränen kommen nun wieder.

Success landete in Libyen, die Menschenhändler hielten sie dort fest, sie sollte ihre Schulden abbezahlen. Sie sei geschlagen und missbraucht, in die Prostitution gezwungen worden, mit zwölf Jahren. »Ich hatte Angst um mein Leben«, erinnert sie sich. Tag und Nacht sei sie eingesperrt gewesen, ein anderes Mädchen sei an den Folgen der Misshandlungen gestorben. In einem Land, mit dem die EU zusammenarbeitet, um Migrantinnen und Migranten von Europa fernzuhalten.

»Ich will, dass meine Mutter sieht, dass ich noch am Leben bin«

Schließlich, nach elf Jahren in Libyen, habe ihr ein Mann geholfen zu entkommen. Sie trat wieder die Reise durch die Sahara an, diesmal Richtung Süden. Sie seien ausgeraubt worden, erneut seien Freunde gestorben, erzählt sie. Seit einem Monat ist sie nun in Niger, und will nur noch nach Hause. »Ich will, dass meine Mutter sieht, dass ich noch am Leben bin«, sagt Success. Vom Putsch in Niger hat sie noch nichts gehört, sie weiß nicht, was in der Hauptstadt Niamey vor sich geht. Sie weiß nur: Momentan steckt sie fest, kann weder vor noch zurück. Für Betroffene wie sie kommt seit dem Putsch immer weniger Hilfe an.

Viele Länder, darunter Deutschland, haben die Entwicklungszusammenarbeit mit Niger ausgesetzt. Ministerin Svenja Schulz reist derzeit nach Nigeria, um die Lage in der Sahel-Zone zu sondieren. »Wir sprechen nicht mit der Militärjunta und verhandeln auch nicht mit ihr, da wir sie nicht als rechtmäßige Regierung von Niger anerkennen«, so ein Sprecher der EU-Kommission gegenüber dem SPIEGEL. Ulf Laessing von der Konrad-Adenauer-Stiftung glaubt jedoch, dass die EU irgendwann mit der Junta verhandeln wird. »Niger ist viel zu wichtig, um sich nicht auf solche Gespräche einzulassen«, sagt er. So könnte am Ende ein weiteres Regime normalisiert werden – auch weil die Sorge vor Migration vieles überschattet.

*Name von der Redaktion zu seinem Schutz geändert.

Mitarbeit: Azizou Chehou

Graphic

EPA - Anhänger der Militärjunta demonstrieren am 10. August 2023 in Niamey, Niger, gegen die von der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) verhängten Sanktionen

Die Angst vor der nächsten Migrationswelle

2022 Anadolu Agency - Nigerianische Migrantinnen und Migranten werden am 27. Januar 2022 in Misrata, Libyen, an Bord eines Flugzeugs für den Rückflug in ihr Heimatland gebracht

REUTERS - Migranten, die die Sahara-Wüste nach Libyen durchqueren, außerhalb von Agadez, Niger, am 9. Mai 2016

dpa - Kinder rennen am 13. August 2023 auf einer Straße in der Hauptstadt Niamey: Zweieinhalb Wochen nach dem Militärputsch im westafrikanischen Niger geht die Suche nach einer Lösung des Konflikts zwischen den Putschisten und den Nachbarstaaten weiter

Load-Date: August 17, 2023

End of Document

USA verzeichnen neuen Rekord bei illegalen Einreisen von Familien

SPIEGEL ONLINE

01. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Mindestens 91.000 Menschen im August

Length: 442 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: US-Präsident Biden will illegale Einwanderung begrenzen. Im vergangenen Monat kamen jedoch so viele Migrantenfamilien wie nie ohne Papiere ins Land. Das Thema könnte auch den Präsidentschaftswahlkampf bestimmen.

Body

Zehntausende Menschen versuchen jeden Monat, illegal von Mexiko in die USA einzureisen. Zuletzt hat sich die Lage offenbar verschärft. Das legen Zahlen nahe, die der US-Zeitung »Washington Post« vorliegen.

Demnach hat die Zahl von Migrantenfamilien, die illegal die mexikanische Grenze Richtung USA überqueren, im August einen Rekord erreicht. US-Patrouillen an der Südgrenze haben mindestens 91.000 Menschen als Teil einer Familiengruppe festgenommen, wie die »Washington Post« unter Berufung auf vorläufige Zahlen meldete. Der bisherige Monatsrekord stammte demnach aus dem Mai 2019 – also vor der Coronapandemie – und lag bei knapp 84.500 Festnahmen. Damals war der Republikaner Donald Trump an der Regierung.

Dieser Zustrom habe die Bemühungen der Regierung von Präsident Joe Biden zunichtegemacht, Eltern von der illegalen Einreise mit ihren Kindern abzuhalten, schrieb die Zeitung. Zudem könne das Thema Migration wieder in den Mittelpunkt des Präsidentschaftswahlkampfes rücken.

Mexiko liegt auf der Route von Menschen, die vor allem von Mittel- und Südamerika aus versuchen, in die USA zu kommen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Ländern.

Die Festnahmen an der Südgrenze sind laut »Washington Post« in zwei aufeinanderfolgenden Monaten insgesamt um mehr als 30 Prozent gestiegen, nachdem sie im Mai und Juni stark zurückgegangen waren. Im August habe es insgesamt rund 177.000 Festnahmen gegeben – im Vergleich zu rund 133.000 im Juli und knapp 100.000 im Juni.

Biden-Regierung verschärft Strafen für illegale Grenzübertritte

Die Regierung des Demokraten Biden versuche, die illegalen Grenzübertritte einzuschränken, indem sie legale Möglichkeiten zur Einreise ausweitere und gleichzeitig die Strafen verschärfe, zitierte die Zeitung eine Sprecherin des Heimatschutzministeriums. Die Regierung habe im August die Zahl der Abschiebeflüge mit Familien erhöht und seit Mai mehr als 17.000 Eltern und Kinder zurückgeführt.

USA verzeichnen neuen Rekord bei illegalen Einreisen von Familien

Mit der Aufhebung des Coronanotstands in den USA war im Mai die umstrittene Abschiebep Praxis nach dem sogenannten Titel 42 ausgelaufen, die im März 2020 während der Amtszeit Trumps eingeführt worden war. Sie erleichterte unter Verweis auf die Pandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten noch bevor diese überhaupt einen Asylantrag stellen konnten.

Seither kehrten die USA zur Anwendung einer anderen Regel zurück, die eine Abschiebung von Migranten ohne reguläres Verfahren nicht mehr erlaubt. Für illegale Einreisen gilt aber eine strengere Handhabung. So können im Falle eines illegalen Einwanderungsversuchs ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot sowie Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden.

asc/dpa

Graphic

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - US-Bundesstaat Texas: Eine Gruppe Migranten ist über den Rio Grande illegal in die USA gekommen

Load-Date: September 1, 2023

End of Document

Gary Lineker muss als Moderator von berühmter BBC-Fußballshow aussetzen

SPIEGEL ONLINE

10. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Twitter-Ärger

Length: 346 words

Byline: Hanna Zobel

Highlight: In einem Tweet kritisierte Gary Lineker die britische **Migrationspolitik** scharf mit Folgen für seine Rolle als TV-Fußballexperte: Er muss die Moderation der BBC-Sendung »Match of the Day« abgeben. Vorerst.

Body

Der BBC-Moderator Gary Lineker ist dafür bekannt, scharfe Worte gegen die konservative Regierung zu richten. Nun hat dies berufliche Konsequenzen: Wie die BBC mitteilte, muss der ehemalige Fußballprofi vorerst als Moderator der beliebten Fußballsendung »Match of the Day« aussetzen.

Die Sendung gilt als Flaggschiff der Fußballberichterstattung der BBC, seit 24 Jahren ist Lineker deren Gesicht. Der 62-Jährige lasse seinen Job vorerst ruhen, bis er sich mit dem öffentlich-rechtlichen Sender über seine Nutzung sozialer Medien geeinigt habe, teilte die BBC mit.

Der Ex-Nationalspieler hatte getwittert, die Sprache, mit der die konservative Regierung für ihre umstrittene Asylgesetzgebung werbe, sei »Deutschland in den 1930er-Jahren nicht unähnlich«. Premierminister Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman reagierten empört. Mehrere Abgeordnete der Konservativen Partei forderten die BBC auf, sich von Lineker zu trennen.

Die britische Regierung will Migranten, die ohne offizielle Erlaubnis einreisen, zunächst in Unterkünften festhalten und dann nach Ruanda oder in andere Staaten ausweisen. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Die Pläne könnten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Innenministerin Braverman hatte mit Blick auf die steigende Zahl von Menschen, die unerwünscht über den Ärmelkanal ins Land kommen, unter anderem von einer »Invasion« gesprochen. Kritiker werfen ihr und anderen Regierungsmitgliedern vor, mit ihrer Ausdrucksweise Hass gegen Migrantinnen und Migranten zu schüren.

Die BBC hat sich einer strikten Neutralität verschrieben. Linekers jüngste Äußerungen bei Twitter seien »ein Verstoß gegen unsere Richtlinien«, hieß es. Der Sender forderte, Lineker solle »sich davon fernhalten, in parteipolitischen Fragen oder politischen Kontroversen Partei zu ergreifen«.

Lineker, der bei Twitter etwa 8,6 Millionen Follower hat, hat die konservative Regierung wiederholt kritisiert. Der Ex-Stürmer gilt mit einem Grundgehalt von 1,35 Millionen Pfund (1,51 Millionen Euro) als bestbezahlter BBC-Moderator.

Gary Lineker muss als Moderator von berühmter BBC -Fußballshow aussetzen

zob/dpa

Graphic

IMAGO/PA Images - Ex-Fußballprofi Gary Lineker ist seit Jahrzehnten Moderator von »Match of the Day«

Load-Date: March 10, 2023

End of Document

Migranten aus libyscher Wüste gerettet Vorwürfe gegen tunesische Behörden

SPIEGEL ONLINE

17. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; In extremer Hitze

Length: 611 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: Rund 80 Menschen waren durch die libysche Wildnis geirrt, bei 40 Grad und ohne Schatten. Dann wurden sie aufgegriffen und erheben nun Anschuldigungen gegen Tunesiens Grenzschutz.

Body

Gerade erst wurde bekannt, dass die EU und Tunesien wegen der steigenden Zahlen von Migranten und ihrer lebensgefährlichen Mittelmeerüberfahrten eine stärkere Zusammenarbeit anpeilen. Da kommen aus der Grenzregion des nordafrikanischen Landes neue beunruhigende Meldungen.

Libysche Grenzschrüter haben demnach mindestens 80 in dem Wstengebiet gestrandete Migranten aufgegriffen. Die Manner, Frauen und Kinder aus Lndern sdlich der Saharawaren eigenen Angaben zufolge in dem Wstengebiet von den tunesischen Behrden ausgesetzt und ohne Wasser und Nahrung zurckgelassen worden, wie Journalisten der Nachrichtenagentur AFP am Sonntag berichteten.

Die AFP-Journalisten sahen, wie die Flchtlinge in einem unbewohnten Gebiet in der Nhe des Grenzortes Al Assah auf libyschem Gebiet umherirrten. Demnach waren sie sichtlich erschpft, lagen durstig im Sand und suchten bei Temperaturen von ber 40 Grad Schutz unter spärlichen Sträuchern. Libysche Grenzschrüter gaben ihnen Wasser und brachten zuerst die Frauen und etliche Kinder, darunter auch Babys, in eine Unterkunft. Dort wurden sie weiter versorgt.

In einem von libyschen Grenzbeamten im Onlinedienst Facebook geposteten Video fragt ein Offizier, whrend er auf die nur wenige hundert Meter entfernte tunesische Grenze zeigt: »Seht ihr sie? Das ist erbärmlich! Sie werden von Tunesien nach Libyen abgeschoben.« In den Aufnahmen des Grenzschrutzes ist auch ein Mann zu sehen, der sagt, die tunesische Polizei habe »uns nach Libyen abgeschoben«. Er wolle nach Tunesien zurckkehren, wo sich noch seine Familie aufhalte, fgt er hinzu.

In den vergangenen Tagen waren bereits mehr als 600 in die Wste gedrängte Migranten vom tunesischen Roten Halbmond gerettet worden, die Anfang Juli nahe dem Ort Ras Dschedir 40 Kilometer nrdlich von Al Assah ausgesetzt worden waren. Tunesischen Aktivisten zufolge hielten sich am Freitag noch bis zu 150 Menschen in grenznahen Wstengebietern auf.

Migranten aus libyscher Wüste gerettet Vorwürfe gegen tunesische Behörden

Nach Auseinandersetzungen mit Bewohnern der Hafenstadt Sfax waren in den vergangenen Tagen hunderte afrikanische Migranten in die Wüste geflohen oder gewaltsam dorthin vertrieben worden. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden sie dorthin von der tunesischen Polizei getrieben und ihrem Schicksal überlassen.

Sfax gilt als einer der Starthäfen für Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, die von dort in Booten nach Europa aufbrechen. Die zweitgrößte Stadt Tunesiens liegt rund 130 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

Anschuldigungen des tunesischen Präsidenten

In Tunesien war es zuletzt zu einem Anstieg rassistisch motivierter Angriffe gegen Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara gekommen, nachdem Präsident Kais Saied im Februar »Horden« illegaler Migranten einer »kriminellen Verschwörung« beschuldigt hatte.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Regierungschefs der Niederlande und Italiens sowie Tunesiens Präsident Kais Saied hatten am Sonntag in Tunis die Unterzeichnung einer Absichtserklärung verkündet. Damit kann die EU-Kommission für das wirtschaftlich schwer angeschlagene Land in Nordafrika Finanzhilfen in Höhe von bis zu 900 Millionen Euro auf den Weg bringen.

Vor gut einem Monat waren die EU-Politiker bereits zu Gesprächen in Tunesien, um den Deal auszuhandeln. Im Gegenzug für die Finanzhilfen soll Tunesien künftig stärker gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorgehen, um dort die Abfahrten von Menschen in Richtung Europa zu reduzieren. Vor allem die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni drängte auf eine Vereinbarung, um die von Tunesien ablegenden Boote auf deren Weg nach Süditalien und damit in die Europäische Union früh zu stoppen.

jok/AFP

Graphic

AFP or licensors - Migranten in der libyschen Wüste (am 16. Juli 2023)

Load-Date: July 16, 2023

Mutmaßlicher Attentäter von Brüssel beantragte Asyl in mehreren EU-Staaten

SPIEGEL ONLINE

19. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Tödliche Schüsse auf Fußballfans

Length: 220 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Norwegen, Schweden, Italien, Belgien in keinem der Länder hatte ein Tunesier Asyl erhalten, der zwei Schweden in der belgischen Hauptstadt erschossen haben soll. Die Regierung fordert eine strengere Abschiebungspolitik.

Body

Der islamistisch motivierte Angreifer, der in Brüssel zwei schwedische Fußballfans erschossen haben soll, hatte in den vergangenen Jahren in vier verschiedenen europäischen Ländern Asyl beantragt, darunter mehrere EU-Länder. Vor einem Asylantrag in Belgien vor vier Jahren habe der Tunesier bereits 2011 in Norwegen, 2012 in Schweden und 2014 in Italien Asyl beantragt, erklärte die belgische Regierung.

Sämtliche Anträge seien abgelehnt worden, weil der Tunesier als nicht schutzbedürftig eingestuft wurde, sagte Migrationsstaatssekretärin Nicole de Moor. Sie forderte erneut eine konsequentere Abschiebepolitik innerhalb der EU.

Der 45-Jährige soll am Montagabend vor einem EM-Qualifikationsspiel zwischen Belgien und Schweden in Brüssel zwei schwedische Fans erschossen und zwei weitere Menschen verletzt haben. Der mutmaßliche Täter konnte zunächst flüchten, am Dienstag wurde er von der belgischen Polizei aufgespürt und erschossen. Die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« reklamierte den Anschlag für sich.

Spiel soll nicht wiederholt werden

Der europäische Fußballverband Uefa teilte zudem mit, dass das wegen des Anschlags unterbrochene Spiel zwischen der belgischen und der schwedischen Nationalmannschaft auf Bitten der beiden Länder nicht wiederholt wird. Stattdessen werde der Halbzeitstand von 1:1 gewertet.

aeH/AFP

Load-Date: October 19, 2023

Mutmaßlicher Attentäter von Brüssel beantragte Asyl in mehreren EU-Staaten

End of Document

Meloni fordert »Krieg« gegen Menschenhändler

SPIEGEL ONLINE

21. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration nach Europa

Length: 518 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Täglich erreichen weiterhin Hunderte Flüchtlinge die Mittelmeerinsel Lampedusa und europäische Rechtspolitiker überbieten sich mit Rufen nach mehr Härte. Allen voran: Italiens Ministerpräsidentin Meloni und AfD-Chefin Weidel.

Body

Angesichts der unverändert hohen Migration über das Mittelmeerpochen rechte Parteien in Europa auf Abschottung und Härte. AfD-Chefin Alice Weidel fordert nun eine »Mittelmeerblockade«, um Schlepperboote an der Überfahrt nach Europa zu hindern. Diese müssten ausnahmslos »mithilfe von Flotteneinsätzen« in den jeweiligen Ausgangshafen gezwungen werden.

Ähnlich hatte sich in der vergangenen Woche auch Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni geäußert. In einer Videobotschaft plädierte sie für eine europäische Mission, um Boote auf dem Weg nach Europa zu stoppen. Falls nötig, müsse die Marine eingesetzt werden, sagte die Rechtspolitikerin.

Bei der Generaldebatte der Vereinten Nationen in New York legte Meloni nun nach und drängte auf einen »globalen Krieg« gegen Menschenhändler. Es sei Aufgabe der Uno, »Menschenhändlern ohne Heuchelei und ohne Kompromisse den globalen Krieg zu erklären.« Italiensei bereit, dabei an »vorderster Front« zu stehen.

Täglich Hunderte Neuankömmlinge auf Lampedusa

Insbesondere die Mittelmeerinsel Lampedusa erreichen derzeit täglich Hunderte Menschen nach der Überfahrt aus Nordafrika. Die italienischen Behörden meldeten am Donnerstag mehr als 700 Neuankömmlinge, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Das Erstaufnahmelage der Insel war mit mehr als 1100 Menschen weiterhin völlig überfüllt.

Weder die Forderungen nach Abschottung, noch nach einem härteren Vorgehen gegen Schleuser sind neu. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht sich für eine stärkere Überwachung des Mittelmeers auf See und aus der Luft aus. »Wir können dies über Frontex tun«, sagte von der Leyen mit Blick auf die EU-Grenzschutzagentur. Ob dies die Migration nach Europa tatsächlich reduziert, ist jedoch fraglich.

Meloni fordert »Krieg« gegen Menschenhändler

In vielen Fällen dürfte es sich bei den Organisatoren der Überfahrten auch nicht um »Menschenhändler« handeln, wie von Meloni behauptet. Beim Menschenhandel werden Betroffene etwa durch Zwangsarbeit, Sklaverei oder Prostitution ausgebeutet.

Vielmehr zahlen Migranten auf ihrem Weg nach Europa oft einer Vielzahl von Schleusern oder Mittelsmännern Geld, um Teile der Strecke zurückzulegen. Diese Schmugglernetzwerke sind komplex und ohne Kooperation der Sicherheitsbehörden in den Herkunfts- oder Abreiseländern nur schwer zu bekämpfen.

Im Gespräch mit dem SPIEGEL verwies die Leiterin des Migrationsprogramms bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Victoria Rietig, zuletzt auf mögliche negative Nebeneffekte des Kampfes gegen Schleuser: Ein schärferes Vorgehen könne demnach »dazu führen, dass die Menschen gefährlichere Routen nehmen. Dann wird irreguläre Migration nicht begrenzt, sondern nur teurer und tödlicher und am Ende ein Konjunkturprogramm für die Schlepper.«

Ähnliche Auswirkungen hat die zunehmende Überwachung und Abriegelung der Grenzen: So ist die Zahl der Geflüchteten, die auf der östlichen Mittelmeerroute aus der Türkei und Griechenland nach Europa kommen, in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Migranten nehmen dafür nun längere und gefährliche Wege etwa aus Libyen nach Italien in Kauf, um Griechenland zu umgehen.

fek/dpa

Load-Date: September 21, 2023

»Jede Palästinaflagge eine Stimme für Wilders«

SPIEGEL ONLINE

23. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Deutsche Politiker über Niederlande-Wahl

Length: 1066 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Das Thema Migration hat aus Sicht deutscher Politiker die Niederlande-Wahl entschieden. Nun wird gefordert, daraus Lehren für die Bundesrepublik abzuleiten.

Body

Mit 37 von 150 Sitzen klar die stärkste Partei im Parlament: Der Sieg des Rechtspopulisten Geert Wilders mit seiner Partei PVV in den Niederlanden schlägt international Wellen auch in der deutschen Politik. Vor allem den Umstand, dass Wilders mit dem Thema Migration punktete, sehen viele Beobachter als Signal.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai etwa konstatiert die Notwendigkeit, die Migration nach Deutschland stärker zu steuern. »Entweder wir entwickeln in der Migrationspolitik pragmatische Lösungen, wie Schweden oder Dänemark sie haben, oder wir bekommen es mit Wahlergebnissen wie in den Niederlanden und in Italien zu tun«, sagte er.

Otto Fricke, FDP-Haushälter und Vorsitzender der deutsch-niederländischen Parlamentariergruppe, zeigte sich vom Wahlausgang nicht überrascht. Der 58-Jährige, der Niederländisch spricht, beobachtet die politische Entwicklung im Nachbarland seit vielen Jahren sehr intensiv. »Das gute Ergebnis für die PVV hat sich in den letzten zwei Wochen abgezeichnet, es beschreibt die starke Emotionalisierung in den letzten Wahlkampftagen«, sagte der Liberale dem SPIEGEL.

Wenn man sich die Gründe für die Wahl von Wilders anschauet, sei der wichtigste Grund seiner Wähler das Thema Migration gewesen. Fricke sieht darin auch eine Reaktion auf die jüngsten Ereignisse nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel und des israelischen Gegenschlags im Gazastreifen. »Ohne es mir zu eigen zu machen: Die Demonstrationen auch in den Niederlanden zu den Geschehnissen in Israel und Palästina werden bei vielen in den Niederlanden wie folgt gedeutet: jede Palästinaflagge eine Stimme für Wilders«, sagte Fricke.

Sein Kollege Ulrich Lechte, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, fragte sich im Gespräch mit dem SPIEGEL, ob Wilders überhaupt in der Lage ist, politische Mehrheiten zu organisieren und »über rechtspopulistische Äußerungen hinaus konkrete Lösungen anzubieten«. Es bleibe abzuwarten, ob und in welchem Zeitrahmen Wilders erfolgreich ein funktionsfähiges Kabinett bilden könne.

»Die Tatsache, dass die Migrationspolitik auch in den Niederlanden eine entscheidende Rolle bei der Wahl spielte, ist unbestreitbar, auch in Deutschland wird deutlich, dass die Migrationsfrage zunehmend Einfluss auf die

»Jede Palästinaflagge eine Stimme für Wilders«

Wahlentscheidung hat«, sagte der FDP-Politiker. Dabei sei es aber wichtig, sich nicht von rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Ansätzen leiten zu lassen, sondern realistische Maßnahmen konsequent umzusetzen, um Landkreise und Gemeinden zu entlasten.

»Ohne es mir zu eigen zu machen: Die Demonstrationen auch in den Niederlanden zu den Geschehnissen in Israel und Palästina werden bei vielen in den Niederlanden wie folgt gedeutet jede Palästinaflagge eine Stimme für Wilders.«

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, sagte dem SPIEGEL, es sei erschreckend, dass ausländerfeindlicher Rechtspopulismus in einem Gründungsland der EU so erfolgreich sei. »Jetzt kommt es entscheidend auf die Koalitionsverhandlungen an, um die Handlungsfähigkeit der Niederlande in Europa zu erhalten.« Schließlich, so seine Hoffnung, sei Rot-Grün im Nachbarland in einer starken Position und »durchaus anschlussfähig für die Parteien der rechten Mitte«.

Zugleich griff der SPD-Politiker den noch amtierenden Ministerpräsidenten Mark Rutte und dessen rechtsliberale Partei VVD an. Ruttes Rechts-Mitte-Koalition war im Sommer nach nur 18 Monaten im Streit über den Familiennachzug von Asylsuchenden zerbrochen - die VVD wollte diesen zeitlich begrenzen. »Einmal mehr zeigt sich, dass schlechtes Regieren und die Arroganz der Macht, wie sie Herr Rutte und seine Regierung gezeigt haben, in Zeiten großer Herausforderungen durch Migration und Klimawandel das Aufkommen von Antisystemparteien begünstigen«, so Schmid.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, sieht derzeit noch nicht, dass Wilders überhaupt an die Macht kommt. »Trotz des relativen Erfolges der rechtspopulistischen Partei PVV wird es in den Niederlanden keine Regierungsbeteiligung der Wilders-Partei geben«, sagte der CDU-Politiker dem SPIEGEL. Dafür seien die demokratischen Kräfte der Mitte nach wie vor stark genug.

Das Wahlergebnis in den Niederlanden zeige aber, »dass auch dort, wie in vielen Staaten Europas, die Menschen das Vertrauen in linke Politikansätze verloren haben«. Sie hätten Angst vor einer »ungeordneten Ausländerpolitik und vor einer Schwächung der Wirtschaft durch ideologische Experimente«, sagte Hardt. Genau das zeige sich auch in Deutschland und führe zum Scheitern der Ampelkoalition. Kämen Parteien wie Wilders in den Niederlanden oder die AfD in Deutschland an die Macht, stünden hingegen Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel. »Nationalistische Politik ist Gift für exportorientierte Nationen«, warnte Hardt.

Rutte: »Als Premier habe ich keine Meinung zum Wahlergebnis«

Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder(CSU) mahnte schärfere Regeln in der deutschen Migrationspolitik an. Die Situation in den Niederlanden zeige deutlich, dass für einen großen Teil der Bevölkerung die Migrationsfrage das große Thema sei. Söder erneuerte die Forderung nach einer Integrationsobergrenze, um die Zahl der Migranten zu deckeln (wie schwierig dies umzusetzen wäre, lesen Sie hier). Es komme aber nicht nur auf die Zahl der Menschen an, sondern auch darauf, mit welcher Gesinnung sie kämen, sagte Söder.

Wilders möchte die Einwanderung in die Niederlande drastisch beschneiden. Er spricht sich zudem für einen EU-Austritt aus. Ein EU-Sprecher sieht allerdings offenbar nicht die Gefahr eines »Nexit«. Man werde weiterhin darauf setzen, dass sich die Niederlande in der EU stark einbringen.

Einer wollte sich indes nicht zum Wahlergebnis äußern: Noch-Regierungschef Rutte. Eine Reaktion überlasse er der Spitzenkandidatin seiner Partei VVD, Dilan Yesilgöz, sagte Rutte in Den Haag. »Als Premier habe ich keine Meinung zum Wahlergebnis.«

Ruttes VVD hatte deutliche Verluste verbucht und ist nur noch nach dem rot-grünen Bündnis drittstärkste Kraft. Rutte will nach einer Rekordzeit von 13 Jahren an der Spitze der Regierung die nationale Politik verlassen. Er will aber noch so lange im Amt bleiben, bis eine neue Regierung gebildet ist. Das könnte angesichts der Mehrheitsverhältnisse aber lange dauern. Rutte hat eine Zusammenarbeit mit Wilders stets strikt abgelehnt, Yesilgöz zeigte sich offener.

»Jede Palästinaflagge eine Stimme für Wilders«

ulz/sev/AFP/dpa/Reuters

Load-Date: November 23, 2023

End of Document

Zahl der Abschiebungen stagniert

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migranten ohne Bleiberecht

Length: 224 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Von der »Rückführungsoffensive« der Ampelkoalition ist bislang nicht viel zu merken: Im ersten Quartal hat Deutschland nach SPIEGEL-Informationen lediglich 3560 Personen ohne Bleiberecht abgeschoben.

Body

Entgegen der von der Ampelregierung angekündigten »Rückführungsoffensive« steigt die Zahl der Abschiebungen kaum. Das geht aus einer internen Auflistung der Bundesbehörden hervor. Demnach wurden im ersten Vierteljahr 2023 rund 3560 Migrantinnen und Migranten ohne Bleiberecht abgeschoben. Im gesamten Vorjahr waren es knapp 13.000.

Relativ viele Abschiebungen gab es in den ersten drei Monaten nach Georgien (358), Nordmazedonien (276), Albanien (218), Serbien (202) oder Moldau (148). Vergleichsweise wenige Menschen schoben die Behörden etwa in den Irak (27), den Libanon (17), nach Guinea (6) oder Indien (6) ab. Nach Syrien, Afghanistan und Eritrea finden seit Längerem keine Rückführungen statt.

300.000 Ausländer ausreisepflichtig rund 80 Prozent von ihnen sind geduldet

Erstmals seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine wurden allerdings wieder zwei Russen in ihre Heimat abgeschoben, per Flug über Belgrad ohne Begleitung deutscher Beamter. Derzeit sind rund 300.000 Ausländer in Deutschland ausreisepflichtig, rund 80 Prozent von ihnen sind jedoch geduldet. 54.000 müssten das Land umgehend verlassen.

Die Koalition hofft auf Abkommen mit Ländern, die sich sperren, ihre Staatsbürger zurückzunehmen. Der Sonderbevollmächtigte der Regierung für solche Abkommen, Joachim Stamp (FDP), dämpft jedoch eine Aussicht auf schnelle Erfolge.

wow

Graphic

Zahl der Abschiebungen stagniert

picture alliance/dpa - Polizisten bringen abgelehnte Asylbewerber in einen Abschiebeflug (2019)

Load-Date: June 2, 2023

End of Document

Worauf sich die Grünen für die Europawahl einigen

SPIEGEL ONLINE

26. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Von Migration bis Klimaschutz

Length: 802 words

Byline: Irene Berres

Highlight: Der Grünen-Parteitag hat ein Europawahlprogramm beschlossen. Die Partei schärft ihren Ton in der Asyldebatte, setzt aber auch auf traditionelle Themen. Die einzelnen Punkte im Überblick.

Body

Die Grünen stützen sich in ihrem Europa-Wahlprogramm auf traditionelle Kernthemen wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, setzen aber auch neue Akzente. In der Asylpolitik solle der Grundsatz »Humanität und Ordnung« gelten, wie aus dem am Sonntag auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe beschlossenen Programm hervorgeht.

Die einzelnen Punkte im Detail:

Stärkung und Erweiterung der EU

»Weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen«, heißt es in der Präambel des Programms. Die Erweiterung der EU um die Staaten des westlichen Balkans, die Ukraine, Moldau und Georgien sowie interne Reformen der Union selbst müssten »Hand in Hand gehen«.

Eine geforderte Reform: Um die Handlungsfähigkeit der EU zu vergrößern, soll perspektivisch das Einstimmigkeitsprinzip überwunden und vorrangig das Mehrheitsprinzip angewandt werden.

Außenpolitik und Ukraine-Krieg

»Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garant für Schutz und Frieden«, heißt es. Auch dagegen richte sich der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. »Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt«, betonen die Grünen. Sie bekräftigen die Forderung, deren »volle territoriale Integrität« wiederherzustellen.

Kritisch bleibt die Haltung der Grünen zum Mercosur-Abkommen, einem möglichen Handelsabkommen der EU mit Staaten Lateinamerikas.

Migration und Asyl

Worauf sich die Grünen für die Europawahl einigen

Die EU soll das Grundrecht auf Asyl garantieren, dabei soll es »eine faire und verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden« geben. Die Grünen pochen auf das Einhalten menschenrechtlicher Verpflichtungen nach dem Grundsatz »Humanität und Ordnung«. Dies schließt auch grundsätzliche Zustimmung zu den sich auf europäischer Ebene abzeichnenden Asylrechtsverschärfungen ein.

Weitergehende Forderungen vor allem der Grünen Jugend wurden auf dem Parteitag abgelehnt. Die Grüne Jugend wollte erreichen, dass grüne Regierungsmitglieder keine Asylrechtsverschärfungen mehr mittragen dürfen.

Angesichts des Mangels an Fach- und Arbeitskräften soll Europa im weltweiten Wettbewerb um »schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden«, heißt es zudem. Für Asylbewerber soll es eine Spurwechsel-Option ins europäische Einwanderungssystem für Arbeitskräfte geben.

Klimaschutz

Die europäischen Emissionsziele sollen durch verbindliche Zwischenziele für 2035 und 2040 ergänzt werden. Zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes soll die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen vorangetrieben werden, der massive Ausbau erneuerbarer Energien soll bis 2035 die Stromversorgung in der EU klimaneutral machen. Wo Emissionen nicht zu vermeiden seien, sollen auch »technologische Chancen« genutzt werden, wie die umstrittene CCS-Technik zur CO₂-Speicherung. Vorrang soll aber die Abkehr von Öl, Kohle und Gas haben.

Mobilität

Im Verkehrsbereich des Programms finden sich innovative Ideen: Die Grünen wollen die Verkehrswende vorantreiben und »so viele Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien betreiben«. Um umweltfreundliche Mobilität zu erleichtern, fordert die Partei ein gemeinsames Ticket-Angebot für die europäischen Bahnen. Im Nahverkehr soll das »Flatrate-Prinzip« nach dem Vorbild des Deutschlandtickets möglichst in ganz Europa etabliert werden.

Naturschutz und Landwirtschaft

Wie international vereinbart, soll auch die EU den Natur- und Artenschutz stärken und 30 Prozent der Land- und Meeresflächen als Schutzgebiete ausweisen. Landwirtschaft soll »im Einklang mit der Natur« und im Dienste der Verbraucherinnen und Verbraucher erfolgen.

Wirtschaft und Finanzen

Gefordert wird eine europäische »Infrastrukturunion«. Ab 2026 soll es dafür ein großes Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz geben. Die finanzielle Ausstattung der EU wollen die Grünen durch mehr Eigenmittel und höhere nationale Beiträge stärken. Mehr Diversifizierung soll Abhängigkeiten bei Rohstoffen abbauen.

Soziales und Arbeit

Die EU sei »auch eine soziale Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat«, heißt es in dem Programm. Sie solle »verbindliche Standards« setzen für »faire Löhne« und »gegen Willkür und Ausbeutung«. Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz sollen ausgebaut werden. Gestärkt werden sollen auch die Bereiche Bildung und Gesundheit.

Demokratie

»Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe einhergehen«, betonen die Grünen. Eingefordert werden die Achtung von Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten, einschließlich der Achtung der Rechte von Minderheiten und queeren Menschen. Gegen alle Formen von Diskriminierung soll die EU konsequent vorgehen.

Worauf sich die Grünen für die Europawahl einigen

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Hunderte Kinder sterben auf Fluchtrouten über das Mittelmeer

SPIEGEL ONLINE

14. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Unicef-Bericht

Length: 237 words

Byline: Mascha Wolf

Highlight: Fast doppelt so viele wie im Vorjahr: 2023 kamen in den ersten sechs Monaten auf den **Flüchtlingsrouten** über das Mittelmeer laut Uno-Angaben 289 Kinder ums Leben. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich deutlich höher.

Body

In der ersten Jahreshälfte sind laut Uno-Angaben 289 Minderjährige bei dem Versuch, das Mittelmeervon Nordafrika in Richtung Europazu überqueren, ums Leben gekommen. Diese Zahl ist fast doppelt so hoch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilte das Uno-Kinderhilfswerk Unicefmit. Allerdings schätzt die Organisation, dass die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen könnten, da viele Bootsunglücke ohne Überlebende stattfinden und somit nicht registriert würden.

Unicef fordert sichere, legale und zugängliche Wege für Kinder, die Schutz in Europa suchen. Laut der Hilfsorganisation haben sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres schätzungsweise 11.600 Minderjährige auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer befunden, ebenfalls fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Besonders besorgniserregend sei die steigende Anzahl von minderjährigen Flüchtlingen, die unbegleitet ohne ihre Eltern unterwegs sind.

Verena Knaus, Unicef-Expertin für Migration und Vertreibung, kritisiert, es werde zu wenig für die Rettung von Migranten getan. »Hunderte Mädchen und Jungen sterben während dieser Untätigkeit«, sagte Knaus der Nachrichtenagentur AFP.

Erst vor knapp einem Monat waren die schrecklichen Auswirkungen der Flüchtlingsrouten über das Mittelmeer erneut sichtbar. Beim Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der griechischen Küste kamen schätzungsweise 600 Menschen ums Leben, darunter auch zahlreiche Kinder.

wlf/dpa/Reuters

Graphic

Hunderte Kinder sterben auf Fluchtrouten über das Mittelmeer

REUTERS - Flüchtlingsboot in der Ägäis: Die Unicef fordert legale Wege nach Europa für flüchtende Kinder

Load-Date: July 14, 2023

End of Document

Scholz distanziert sich von öffentlicher Finanzierung von Seenotrettung

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; NGOs im Mittelmeer

Length: 367 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Zwei Millionen Euro gibt es aktuell vom Bund für Seenotrettungsmissionen im Mittelmeer. Ein Streitthema zwischen Berlin und Rom. Die Gelder seien aber vom Bundestag bewilligt worden nicht von der Regierung, so der Kanzler.

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich von der öffentlichen Finanzierung der Seenotrettung von Geflüchteten im Mittelmeer durch Hilfsorganisationen distanziert. Auf einer Pressekonferenz nach dem informellen Europagipfel in Granada betonte er, dass die Gelder vom Bundestag und nicht von der Bundesregierung bewilligt worden seien. »Ich habe den Antrag nicht gestellt«, sagte er. Auf die Nachfrage, was denn seine persönliche Meinung dazu sei, fügte er hinzu: »Das ist die Meinung, die ich habe, dass ich den Antrag nicht gestellt habe. Und ich glaube, das ist auch unmissverständlich.«

Zuvor hatte sich Scholz am Rande des Gipfels mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni getroffen, die sich vor wenigen Tagen in einem Brief an den Kanzler über die Finanzierung der Seenotrettung beschwert hatte. Die Hilfen hatten auch die Verhandlungen über eine Reform des europäischen Asylsystems belastet. Rom betrachtet es als Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten, dass die Bundesregierung Hilfsorganisationen fördern will, die sich nicht nur im Mittelmeer, sondern auch auf italienischem Boden um Migranten kümmern.

Suche nach »pragmatischer« Lösung

Scholz verwies darauf, dass Deutschland mehr Geflüchtete aufgenommen habe als alle anderen EU-Länder, obwohl es gar keine EU-Außengrenze habe. Der Grund sei, dass viele EU-Staaten Geflüchtete durchwinken und nicht registrieren würden. Das betrifft auch Italien, wo die Zahl der registrierten Migranten deutlich geringer ist als die Zahl der ankommenden Menschen. Er sei sich mit Meloni einig, eine »pragmatische« Lösung zu suchen. Im November soll es ein erneutes Gespräch der beiden Politiker geben, teilte die Regierung in Rom mit.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes haben drei Organisationen vom Bund Zusagen für die Seenotrettung und Versorgung von Migranten in Italien bekommen. Insgesamt stünden für das laufende Jahr zwei Millionen Euro zur Verfügung. Erste Auszahlungen sollten an ein Projekt der christlichen Gemeinschaft Sant Egidio zur Versorgung von Geretteten an Land gehen, weitere Mittel an die Seenotrettungsorganisationen SOS Humanity und Sea-Eye. Es handele sich jeweils um Summen zwischen 300.000 und 800.000 Euro.

Scholz distanziert sich von öffentlicher Finanzierung von Seenotrettung

aeH/dpa/Reuters

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

Union lädt Merkel-Unterstützer Thym als Experten ein

SPIEGEL ONLINE

17. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Fraktionsdebatte über Migration

Length: 349 words

Byline: Florian Gathmann

Highlight: Nächste Woche diskutieren die Unionsabgeordneten zum Thema **Migration**. Einer von drei geladenen Experten ist nach SPIEGEL-Informationen der Europarechtler Daniel Thym, der den Kurs von Ex-Kanzlerin Merkel verteidigt.

Body

Wenn die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU kommende Woche nach der regulären Fraktionssitzung weiter tagen, wird es um ein besonders heikles Thema für die Union gehen: In der anschließenden sogenannten offenen Sitzung will man über **Migration** sprechen.

Bei dem Thema hat die Union bis heute keine klare Linie gefunden. Unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kam es in der Folge der massiv gestiegenen Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 beinahe zum Bruch zwischen Christdemokraten und CSU. Aber auch in ihrer eigenen Partei stieß Merkel damals auf viel Widerspruch.

Umso überraschender ist es, dass die Fraktionsführung nun nach SPIEGEL-Informationen den Konstanzer Europarechtler Daniel Thym als einen von drei Experten für die Sitzung eingeladen hat. Thym verteidigt Merkels Entscheidung, die Grenzen im Sommer 2015 offenzuhalten, bis heute. Der Wissenschaftler hat sich grundsätzlich immer wieder für europäische Lösungen in der Migrationsfrage ausgesprochen.

Zuletzt hatten sich bei der Abstimmung über das von der Ampel vorgelegte Chancen-Aufenthaltsrecht 20 Abgeordnete der CDU enthalten, obwohl die Fraktionsführung sich ein Votum gegen die Pläne der Koalition wünschte. Unter den Abweichlern waren zahlreiche prominente Christdemokraten, die unter Merkel wichtige Ämter innehatten. Der CDU-Vorsitzende und Unionsfraktionschef Friedrich Merz hatte zuletzt mit Äußerungen für Aufsehen gesorgt, wonach es unter Kindern von Migranten eine Pascha-Mentalität gebe.

Weitere geladene Experten sind BAMF-Chef Sommer und der Ökonom Raffelhüschen

Neben Thym hat die Fraktionsführung um den Vorsitzenden Merz den Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Hans-Eckhard Sommer, eingeladen. Er ist CSU-Mitglied und war einst Büroleiter des langjährigen Parteivorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. In einem SPIEGEL-Interview nach Amtsantritt beim BAMF sagte er: »Ich sehe mich als Hardliner.«

Union lädt Merkel-Unterstützer Thym als Experten ein

Außerdem ist als Experte der Volkswirt Bernd Raffelhüschen eingeladen. Er ist ein Vertreter der sogenannten Freiburger Schule und vertritt deshalb einen sehr wirtschaftsliberalen Kurs.

flo

Graphic

imago/Jürgen Heinrich - Europarechtler Thym: Er verteidigt den damaligen Kurs Merkels, die Grenzen offen zu lassen

Load-Date: January 17, 2023

Hunderte Migranten in die Wüste vertrieben

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Gewalt in tunesischer Hafenstadt Sfax

Length: 334 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: In Tunesien eskalieren Konflikte zwischen Einheimischen und Migranten. Nach dem Tod eines Mannes mussten nun offenbar Hunderte Menschen die Stadt Sfax verlassen – sie wurden mit Bussen in die Wüste gebracht.

Body

Nach Auseinandersetzungen mit Bewohnern der Hafenstadt Sfax in Tunesien sind hunderte afrikanische Migranten in die Wüste vertrieben worden. Wie Augenzeugen der Nachrichtenagentur AFP am Donnerstag berichteten, hielten sich die Vertriebenen unter katastrophalen Bedingungen in der Wüstenregion im Süden Tunesiens auf. Seit Beginn der Woche war es vermehrt zu Spannungen zwischen den Stadtbewohnern und Migranten gekommen. Dutzende Migranten flohen oder wurden gewaltsam vertrieben.

Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen wurden hunderte Migranten in Bussen in Wüstengebiete im Süden Tunesiens gebracht, einige nahe der Grenze zu Libyen und andere nahe der Grenze zu Algerien. Aus diesen zwei Ländern waren viele der Menschen eingereist.

Grenze nahe Algerien

»Wir haben nichts zu essen oder trinken. Wir sind in der Wüste«, sagte der 27-jährige Issa Kone der Nachrichtenagentur AFP. Er gab an, mit dutzenden anderen Migranten aus Sfax in einem Bus in die Nähe der Grenze zu Algerien gebracht worden zu sein. »Agenten der Nationalgarde fassten uns in Sfax, nachdem sie in unser Haus eingebrochen waren«, berichtete Kone.

Die Vertreibung in die Wüste folgte auf die Beerdigung eines 41-jährigen Tunesiers, der am Montag bei Auseinandersetzungen zwischen den Anwohnern und den Migranten in Sfax erstochen worden war. Der Vorfall hatte für Empörung gesorgt. Bewohner erklärten daraufhin, sie hätten genug von der Anwesenheit von Migranten in der Stadt.

Sfax gilt als einer der Starthäfen für Migranten aus vielen afrikanischen Ländern, die von dort in Booten nach Europa aufbrechen. Die zweitgrößte Stadt Tunesiens liegt rund 130 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

Hunderte Migranten in die Wüste vertrieben

Seit einer Rede von Tunesiens Präsident Kais Saied im Februar hat die Zahl der Überfahrten zugenommen. Saied hatte gefordert, gegen die illegale Einwanderung von »Horden« von Menschen aus Staaten südlich der Sahara vorzugehen. Danach verloren zahlreiche Menschen aus diesen Ländern ihre Jobs und Unterkünfte in Tunesien.

muk/AFP

Graphic

AFP or licensors - Warten auf den Bus nach Tunis: Afrikanische Flüchtlinge in Sfax

Load-Date: July 7, 2023

End of Document

Ministerpräsident Wüst für Diskussion über Kürzungen bei Ukraineflüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vor Migrationstreffen

Length: 401 words

Byline: Milena Hassenkamp

Highlight: Am Abend wollen Bund und Länder bei einem gemeinsamen Treffen über Probleme in der Migrationspolitik sprechen. NRW-Ministerpräsident Wüst wagt sich mit einem harten Vorschlag vor.

Body

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst(CDU) unterstützt eine »offene und ehrliche Diskussion« über den Bürgergeld-Bezug von Geflüchteten aus der Ukraine. Der Deutsche Landkreistag hatte zuletzt gefordert, dass neu nach Deutschland kommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nicht mehr unmittelbar Bürgergeld erhalten, sondern künftig wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

»Wenn der Landkreistag das sagt, dann spricht da ja die profunde Erfahrung der Praktiker vor Ort«, sagte Wüst im RTL/ntv Frühstart. Das Ziel durch den sogenannten Rechtskreiswechsel sei gewesen, dass Menschen aus der Ukraine sofort ins Bürgergeld gehen. »Damit verbunden war ja die Hoffnung, die Erwartung, dass auch Vermittlung in Arbeit gelingt. Das ist an viel zu vielen Stellen leider nicht gelungen. Das hat nicht funktioniert. Deswegen muss man sich das auch noch mal sehr genau angucken, ob das, was die Politik da beschlossen hat, wirklich die Ziele gebracht hat, die wir wollten.«

Darüber müsse offen und ehrlich diskutiert werden. »Wenn etwas nicht funktioniert, muss man es auch ändern«, mahnte der CDU-Politiker.

Am Freitagabend wollen Bundeskanzler Olaf Scholz(SPD) und Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) bei einem Spitzentreffen über Migrationspolitik sprechen. Auch Vertreter anderer Bundesländer äußerten deshalb Forderungen nach einer Begrenzung der Zahl neu ankommender Geflüchteter. »Das Wichtigste ist in der Tat, dass Maßnahmen ergriffen werden, dass weniger Menschen kommen«, sagte etwa Hessens Regierungschef Boris Rhein(CDU) am Freitag im »Morgenmagazin« der ARD.

Das »Hauptproblem« sei aus seiner Sicht, dass im Augenblick »in der Welt der Eindruck besteht, dass es in Deutschland eine grenzenlose Offenheit gibt«, fügte der derzeitige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder an. Er betonte zugleich, es gebe nicht eine einzelne Maßnahme, die das Problem löse. Zugleich dämpfte er auch Erwartungen an das Treffen am Abend. Es handle sich um einen »Auftakt« sowie einen »ersten Schritt«.

Ministerpräsident Wüst für Diskussion über Kürzungen bei Ukraineflüchtlingen

Die Frage der finanziellen Unterstützung der Bundesländer und Kommunen bei der Betreuung Geflüchteter werde dabei »heute Abend aus meiner Sicht nicht das Hauptthema sein«, fügte Rhein an. Gleichwohl sei dies »ein Thema«, weil dafür erhebliche Mittel aufgewendet werden müssten und »Schieflagen« im Haushalt drohten. Diese müsste »abgedämpft werden«, forderte der Politiker.

mfh

Load-Date: October 13, 2023

End of Document

Hart an der Grenze

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1655 words

Byline: Oliver Trenkamp

Highlight: »Physische Gewalt« gegen Migranten? So entgleist die Asyldebatte. »Ich hatte sie schon fast so weit, dass sie bleibt«, sagt Gysi über Wagenknecht. Und nach dem Schiffunglück bei Helgoland beenden die Rettungskräfte die Suche nach Vermissten. Das ist die Lage am Mittwochabend.

Body

1. Die Härte der Asyldebatte

Die Bundesregierung hat sich heute auf schärfere Regeln für Abschiebungen geeinigt und einen entsprechenden Gesetzentwurf gebilligt. Der Bundestag muss dem noch zustimmen. Und SPD-Innenministerin Nancy Faeser feiert sich dafür, schon mit den bisherigen Regeln die Zahl der Abschiebungen gesteigert zu haben, um rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die absoluten Zahlen klingen deutlich weniger beeindruckend: Im ersten Halbjahr 2022 waren es 6198, dieses Jahr 7861. Insgesamt geht es laut Ministerium um etwa 50.000 ausreisepflichtige Menschen. (Hier mehr.)

Die Asyldebatte ist längst zur Asylbeschränkungsdebatte mutiert: Wer schafft mehr Rückführungen? Wer beschneidet die Rechte von Flüchtlingen schärfer? Wer begrenzt Migration effizienter?

Es wirkt, als lieferten sich Regierung und Opposition einen Überbietungswettbewerb. Der Kanzler sagt im SPIEGEL-Gespräch, er wolle »endlich in großem Stil« abschieben. CDU-Chef Merz poltert, die SPD hätte besser auf Thilo Sarrazin hören sollen, statt ihn auszuschließen (zur Erinnerung: Sarrazin sagte einst, für »70 Prozent der Türken und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung« gelte, sie würden vom Staat leben, diesen Staat ablehnen, für die Ausbildung ihrer Kinder nicht vernünftig sorgen und »ständig neue kleine Kopftuchmädchen produzieren«). Und dann meldet sich auch noch Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU und fordert, »irreguläre Migrationsbewegungen« gegebenenfalls »mit physischer Gewalt« aufzuhalten (hier mehr). Was kommt als Nächstes, eine Talkrunde zur Frage, ob Fußtritte beim Zurückstoßen von Flüchtlingen okay sind? Oder soll man es lassen?

»Gewalt ist an Europas Außengrenzen längst Alltag«, sagt mein Kollege Steffen Lüdke, der schon lange über das Thema berichtet. »Schon jetzt verrät die EU immer wieder jene Werte, für sie die eigentlich stehen will. Wer nun so tut, als gäbe es diese Gewalt nicht längst, als müsste man nur noch härter draufschlagen, redet einer weiteren Eskalation das Wort.« (Hier mehr dazu.)

Hart an der Grenze

In der letzten Flüchtlingskrise 2015 trat die AfD eine Verrohungskampagne los, um dem Land die Willkommenskultur auszutreiben und ihm die Empathie abzutrainieren. Vom Schießbefehl an den Außengrenzen war die Rede; man dürfe sich von Kinderaugen nicht erpressen lassen. »Damals war die Empörung zurecht groß«, sagt meine Kollegin Maria Fiedler aus unserem Hauptstadtbüro. »Seitdem hat sich der Ton in allen Parteien verschärft.« Sie hat den Eindruck, Spahn habe sich in einem Podcast zu einer unbedacht scharfen Wortwahl hinreißen lassen und mahnt zur Besonnenheit: »Sonst nutzt es nur der AfD.«

Lesen Sie hier mehr: Deutschland will rascher abschieben

2. Gysi vs. Wagenknecht

Nein, die Pressekonferenz von Sahra Wagenknecht habe er nicht geschaut, sagt Gregor Gysi, einer der Gründungsväter der Linken: »Ich bin 75 und habe schon drei Infarkte hinter mir«. Einen vierten könne er nicht gebrauchen.

Hier Kernsätze aus dem Interview, das mein Kollege Timo Lehmann und meine Kollegin Maria Fiedler mit ihm geführt haben:

»Wagenknecht will Flüchtlingspolitik machen wie die AfD. Sie will Wirtschaftspolitik machen wie Ludwig Erhard und Sozialpolitik wie die Linke, mal sehr grob gesprochen.«

»Ein kurzer Erfolg ist zwar möglich, aber er wird verfliegen.«

»Sie und ihre Mitstreiter begehen eine Art Diebstahl. Sie nehmen ihre Bundestagsmandate mit. Das steht ihnen nicht zu.«

»Ihre Gruppe sagt, sie stehe für soziale Gerechtigkeit. Sie nimmt aber in Kauf, dass wir Leute entlassen müssen.«

»Ich gehöre meiner Partei seit 1967 an. Es gibt für mich keine andere.«

»Ich hatte sie schon fast so weit, dass sie bleibt!«

Lesen Sie hier das ganze Interview: »Mit einem so unehrenhaften Diebstahl zu beginnen, finde ich völlig daneben«

3. Das Ende der Rettungsmission bei Helgoland

Vier Seeleute werden nach einem Zusammenstoß zweier Frachter vor Helgoland weiter vermisst. Doch die Rettungskräfte haben die Suche heute eingestellt. Wer trifft diese Entscheidung und auf Grundlage welcher Daten? »In diesem Fall das Havariekommando«, berichtet meine Kollegin Sabrina Knoll.

In der Regel ist für Suche und Rettung von Menschen auf Nord- und Ostsee die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zuständig. Koordiniert werden diese Einsätze in Bremen, von der deutschen Rettungsleitstelle See. Dort sitzen die Einsatzleitenden. »Geht es bei einem maritimen Unglück aber absehbar über die Rettung von Menschenleben aus Seenot hinaus, muss etwa auch ein Wrack geborgen oder ein Umweltschaden bemessen werden, dann übernimmt das Havariekommando die Gesamteinsatzleitung.« Zu den Kriterien zählen: Wie sind die Bedingungen vor Ort? Wie viel Zeit ist verstrichen? Wie sicher ist der Einsatz? »Bei Wassertemperaturen von zwölf Grad geht man unter optimalen Bedingungen von einem Zeitfenster von maximal 20 Stunden aus«, schreibt Sabrina. Die sind lange verstrichen.

Lesen Sie hier mehr: Wer sagt: Wir finden die Menschen nicht mehr lebendig?

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

13 Angriffe auf US-Stützpunkte in Syrien und Irak In den vergangenen Tagen sind laut Pentagon mehrfach Stellungen von US-Soldaten und der Anti-IS-Koalition angegriffen worden. Bewaffnete irannahe Gruppen hatten zuvor mit Attacken gedroht.

Entsetzen in Israel wegen Guterres-Äußerung Bundesregierung zurückhaltend: »Nicht im luftleeren Raum«: Nach einer Aussage über den Überfall der Hamas bekommt António Guterres herbe Kritik aus aller Welt, aber auch Unterstützung. Der Uno-Generalsekretär spricht unterdessen von »Fehlinterpretationen«.

Staatssekretärin muss wegen israelkritischen Posts früher gehen: Marjam Samadzade hat scharfe Kritik an Israels Regierung online weiterverbreitet und muss deswegen ihren Posten nun früher räumen. Eine Nachfolgerin für die Staatssekretärin in Kiel steht schon bereit.

Rania von Jordanien wirft dem Westen »eklatante Doppelmoral« vor: In einem CNN-Interview hat die jordanische Königin die Reaktion des Westens auf Israels Bombardement von Hamas-Stellungen im Gazastreifen verurteilt. Sie stellt sich klar auf die Seite der Palästinenser.

Der Konflikt in Karten und Grafiken Wie verlief der Terrorangriff der Hamas? Wo schlägt Israel zurück? Die wichtigsten Entwicklungen im Gazastreifen und in Israel, fortlaufend aktualisiert in Karten und Visualisierungen.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen: Das News-Update

Was heute sonst noch wichtig ist

Russlands Verteidigungsminister Schoigu besucht Posten in der Ukraine: Es ist ein seltener Besuch: Moskaus Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat laut Militärangaben russischen Soldaten einen Frontbesuch abgestattet. Demnach ging es um Drohneneinheiten und die Vorbereitung auf den Winter.

Sechs Millionen Deutsche leiden unter schlechtem Schlaf: Schlafstörungen können das Risiko für viele chronische Krankheiten erhöhen. Eine neue Auswertung zeigt nun: In einer Altersgruppe sind fast doppelt so viele Menschen betroffen wie noch vor zehn Jahren.

Bundesregierung beschließt Gesetz für einheitliche Ladestecker: Die »Tage des Chaos« sind gezählt, glaubt Wirtschaftsminister Habeck: Ab Dezember 2024 müssen Smartphones, Kopfhörer und viele andere in Deutschland verkaufte Elektrogeräte einen USB-C-Ladeanschluss haben.

Deutsche können gut 26.000 Euro ausgeben: Ob für Essen, Wohnen oder Mobilität: Jeder Deutsche hat durchschnittlich 26.271 Euro zur Verfügung. Das ist weit weniger als Luxemburger oder Schweizer und weit mehr als der europäische Durchschnitt.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

»Amerika kann den Europäern nicht immer den Rücken freihalten« Deutschland muss angesichts der Kriege in der Ukraine und Nahost mehr in die Verteidigung investieren, fordert Kenneth Rogoff. Der Harvard-Ökonom glaubt an einen Sieg des Westens doch der Preis dafür sei hoch.

Elterntaxis hassen diesen Trick: Ohne Auto geht es nicht auf dem Land? In der Umgebung von Hannover offenbar schon, zumindest immer öfter. Dort bewegt ein besonderer Fahrdienst die Massen und expandiert jetzt kräftig.

Was muss in die Tonne und was geht noch? Ernährungsminister Cem Özdemir schlägt vor, das Mindesthaltbarkeitsdatum für Produkte wie Tee, Honig und Reis abzuschaffen. Was die Kennzeichnung überhaupt aussagt, was nicht und wann man sich auf seine Sinne verlassen kann.

Was heute weniger wichtig ist

Schweiger-Gelübde: Schauspieler und Regisseur **Til Schweiger**, 59, hat sich erstmals ausführlich zur heftigen Kritik an seinem Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geäußert. Dem »Stern« sagte er: »Ich möchte nicht, dass jemand Angst vor mir hat.« Auch über seine Alkoholprobleme sprach er und erklärte, er sei in Therapie. Er habe gelernt, dass er nicht mehr die Kontrolle verlieren dürfe. »Ich werde bald 60. Ich will jetzt keine Zeit mehr verlieren, ich will ein besserer Mensch werden.«

Mini-Hohlspiegel

Von ad-magazin.de: »**Sprechen Sie Ihr Vorgehen immer mit Ihrem durchführenden Schädlingsbekämpfer ab, um durch fehlerhaftes Vorgehen einen Rückfall des Bettwanzenbefalls zu riskieren.**«

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Könnten Sie ins Kino gehen und den neuen Film von Margarethe von Trotta gucken, er heißt »Ingeborg Bachmann Reise in die Wüste« und läuft seit einigen Tagen. Er spielt in den späten Fünfziger- und frühen Sechzigerjahren und handelt von der Liebesbeziehung zwischen der in Klagenfurt geborenen Bachmann und dem Schweizer Schriftsteller Max Frisch.

»Aber er erzählt auch von der Filmemacherin selbst: von ihrer Bewunderung für Regisseure wie Alfred Hitchcock oder David Lean, die sie in ihrem Film zitiert«, schreibt mein Kollege Lars-Olav Beier. »Von ihrer Liebe zu Paris, wo sie eine für ihre Verhältnisse ungewohnt romantische Szene spielen lässt. Von ihren eigenen Erfahrungen in einer Künstlerehe. Und von den Kämpfen, die sie als Frau in einer Männerwelt austragen musste.« (Hier mehr.)

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Abend. Herzlich

Ihr Oliver Trenkamp, Blattmacher in der Chefredaktion

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: October 25, 2023

Abschieberegung läuft aus Migranten versammeln sich an US-Grenze

SPIEGEL ONLINE

12. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Mexiko

Length: 494 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: In der Nacht endet »Titel 42«, eine Abschiebevorgabe der US-Regierung aus Coronazeiten. Viele Einwanderer fürchten, was danach kommen könnte und versuchen, noch vor Fristende über die Grenze zu kommen.

Body

Die Lage an der US-Südgrenze dürfte auch in Washington in diesen Tagen genauestens beobachtet werden. Denn kurz vor dem Auslaufen einer Abschieberegung haben sich Tausende **Migranten** an der mexikanischen Grenze zu den USA versammelt. Sie hoffen darauf, noch vor dem Ende von »Titel 42« in der Nacht auf Freitag (Ortszeit) in die Vereinigten Staaten zu gelangen.

Denn obwohl diese Regelung umstritten war: Viele der Migranten befürchten nun, dass die künftige Regelung noch restriktiver werden und ihre Chancen auf ein neues Leben in den USA zunichtemachen könnte.

Die bisherige Pandemie-Regelung ermöglichte unter Verweis auf Gesundheitsrisiken die schnelle Abschiebung von Migranten nach Mexiko. Zwischen 2000 und 2023 schoben die US-Behörden so 2,8 Millionen Menschen ab. Die USA kehren nun zur Anwendung der sogenannten Titel-8-Regelung zurück, die im Falle illegaler Einwanderung ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vorsieht. Viele Migranten befürchten zudem, dass sie künftig nicht wie bisher nach Mexiko, sondern in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

»Das ist überhaupt nicht günstig, es ist sehr hart. Für uns Migranten ist es überhaupt nicht gut«, sagte Angie Manzanares aus Kolumbiens Nachrichtenagentur dpa. Sie erreichte die nordwestmexikanische Grenzstadt Tijuana vor einem Monat und lebt mit ihrem Mann und dem neun Jahre alten Sohn in einer Migrantenunterkunft. Sie hoffen auf einen Termin für die legale Einreise, ansonsten würden sie in Mexiko bleiben. Ein illegaler Grenzübertritt sei zu riskant.

Doch andere Migranten versuchten Medienberichten zufolge in den vergangenen Tagen vermehrt, die Grenze etwa schwimmend oder mit selbstgebauten Booten über den Grenzfluss Rio Bravo zu überqueren oder indem sie über den Grenzzaun kletterten.

Heimatschutzminister: schwierige Wochen stehen bevor

Abschieberegulung läuft aus Migrant*innen versammeln sich an US -Grenze

Die Titel-42-Regelung war unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführt worden und erleichterte unter Verweis auf die Coronapandemie eine schnelle Zurückweisung von Migrant*innen noch bevor diese einen Asylantrag stellen konnten.

US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas stimmte am Mittwoch die Öffentlichkeit auf eine Zuspitzung der Lage an der Südgrenze ein. »Die kommenden Tage und Wochen könnten sehr schwierig werden«, sagte Mayorkas in Washington. Es sei zu erwarten, dass in nächster Zeit viele Migrant*innen aufgegriffen würden, die versuchten, ins Land zu kommen. In bestimmten Gegenden sei das bereits der Fall. In den US-Grenzstädten El Paso, Brownsville und Laredo im Bundesstaat Texas werde mit der Ankunft von bis zu 12.000 Migrant*innen pro Tag gerechnet, berichtete die mexikanische Zeitung »Milenio« am Mittwoch.

Mayorkas sagte weiter, die US-Regierung habe sich lange auf den Wegfall der Pandemie-Regelung vorbereitet und verstärke das Personal an der Grenze deutlich. Er betonte erneut: »Unsere Grenze ist nicht offen. Die Grenze illegal zu übertreten, verstößt gegen das Gesetz.« Die USA setzten geltende Regeln konsequent durch.

jok/dpa

Graphic

IMAGO/Agencia EFE - Grenzanlage in El Paso, Texas (am 9. Mai)

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Litauens Parlament billigt Abweisung von Migranten an Grenze zu Belarus

SPIEGEL ONLINE

25. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Umstrittene Praxis

Length: 420 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Illegale Grenzgänger sollen ab Mai in bestimmten Fällen legal an der Einreise nach Litauen gehindert und zurückgeschickt werden können. Das Parlament in Vilnius bekommt dafür deutliche Kritik.

Body

Die Abweisung von illegal die Grenze überquerenden **Migranten** soll legal werden – diese umstrittene Regelung hat das Parlament Litauens nun beschlossen. Damit wird eine Praxis formalisiert, die bereits seit Sommer 2021 an der Grenze des Landes zum autoritär regierten Belarus angewandt wird. In der Volksvertretung Seimas in Vilnius stimmten 86 Abgeordnete für entsprechende Änderungen am »Gesetz zur Staatsgrenze und deren Schutz«, acht waren dagegen, und 20 enthielten sich.

Illegale Grenzgänger können nun im Falle eines Notstands auf staatlicher Ebene und eines Ausnahmezustands aufgrund eines massiven Zustroms von Ausländern an der Einreise gehindert und zurückgeschickt werden. Dies soll in den Grenzabschnitten und bis zu fünf Kilometer landeinwärts möglich sein. Die Regelung soll ab 3. Mai gelten. Staatspräsident Gitanas Naus da muss sie zuvor noch billigen.

Scharfe Kritik am Beschluss

Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Regelungen scharf. Damit würden Maßnahmen legitimiert, die gegen internationales Recht verstießen. So warf Amnesty International Litauenvor, damit sogenannte »Pushbacks« an der Grenze gesetzlich zu verankern und ein Vorgehen zu erlauben, das vom Europarat als Folter eingestuft worden sei.

Auch die Menschenrechtsbeauftragte des Europarats, Dunja Mijatović, hatte Litauen zur Achtung internationaler Verpflichtungen gegenüber Asylsuchenden aufgerufen. Sie warnte im Vorfeld eindringlich vor der Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Das Litauische Zentrum für Menschenrechte rief Nauseda zu einem Veto auf.

Litauen: Nationale Sicherheitsinteressen wahren

Das Innenministerium in Vilnius entgegnete, dass die Gesetzesänderungen klar zwischen natürlicher Migration und der durch Belarus instrumentalisierten Migration unterscheiden würden. Sie seien notwendig, um die nationalen Sicherheitsinteressen Litauens zu wahren. Die Abweisung habe sich als wirksames Instrument erwiesen.

Litauen hat eine fast 680 Kilometer lange Grenze zu Belarus, die zugleich Teil der EU-Außengrenze ist. Im Spätsommer und Herbst 2021 versuchten dort Tausende Menschen, illegal in die EU zu gelangen.

Litauens Parlament billigt Abweisung von Migranten an Grenze zu Belarus

Die EU beschuldigt den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, Migranten aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze gebracht zu haben. Die Regierung in Vilnius reagierte darauf mit einem verstärkten Schutz der Grenze und dem Bau eines Grenzzauns. Seit August 2021 weist der litauische Grenzschutz die Migranten zurück und hinderte seitdem etwa 20.000 Personen an der illegalen Einreise aus Belarus.

aeh/dpa

Graphic

AFP or licensors - Stacheldrahtzaun an der litauisch-belarussischen Grenze (hier im November 2021): »Gesetz zur Staatsgrenze und deren Schutz«

Load-Date: April 25, 2023

End of Document

Vorsicht an der Bahnstreik-Kante!

SPIEGEL ONLINE

15. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1414 words

Byline: Oliver Trenkamp

Highlight: Viele Züge stehen still, weil dem Gewerkschafter Weselsky das Lokangebot nicht gefällt. Großbritannien darf Flüchtlinge nicht ohne Verfahren nach Ruanda ausfliegen. Und Union Berlin kommt vom Urs ab. Das ist die Lage am Mittwochabend.

Body

1. Gleise rieselt der Schnee

Mit voller Härte die Weichen stilllegen: Am späten Abend beginnt der Warnstreik der Lokführer. Die Bahn wiederum hat die für Donnerstag und Freitag geplanten Verhandlungen mit der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GdL) abgesagt: »Entweder man streikt, oder man verhandelt. Beides gleichzeitig geht nicht«, sagt der Personalvorstand. (Was Reisende wissen müssen, steht hier.)

Die GDL will die Arbeitszeit für Lokführer verkürzen von 38 auf 35 Stunden; die Gehälter sollen um 555 Euro pro Monat steigen, Azubis sollen mehr bekommen, außerdem fordern die Gewerkschafter eine Inflationsprämie von 3000 Euro. Die Bahn bietet elf Prozent mehr Lohn sowie einen Inflationsausgleich von 2850 Euro, will die Arbeitszeit aber nicht verkürzen.

Noch in der vergangenen Woche hatten sich beide Seiten auf einen dicht getakteten, höhö, Fahrplan für die Verhandlungen geeinigt: acht Termine in fünf Wochen. Dann rief die Gewerkschaft überraschend zu 20 Stunden Ausstand auf. Die Bahn wertet das als Wortbruch.

Gewerkschafts- und Lokführer Claus Weselsky sieht das anders: Man hätte früher anfangen können zu verhandeln, als die Friedenspflicht noch galt. Jetzt wettet er in Interviews: »Die Bahn-Basis kocht.«

»Weselsky will immer wieder streiken«, sagt mein Kollege Serafin Reiber, der den GDL-Chef begleitet hat. »Es geht ihm auch um Macht bei den Beschäftigten.« Weselsky will auf keinen Fall schlechter dastehen als die deutlich größere Konkurrenzgewerkschaft EVG. Sollte es keine Einigung vor Weihnachten geben, scheint klar, dass nicht nur die Bahn-Basis kocht, sondern vor allem der Bahn-Fahrgast. Wobei der dann ein Stehgast ist.

Lesen Sie hier mehr: Der letzte Kampf des Claus Weselsky

2. Sunaks Asylpolitik pulverisiert

Vorsicht an der Bahnstreik-Kante!

Mit Härte gegen Flüchtlinge wollte der britische Regierungschef Rishi Sunak seine miesen Umfragewerte bekämpfen: Asylsuchende wollte er ohne jedes Verfahren nach Ruanda abschieben lassen, eine Idee, die schon sein Vorgänger Boris Johnson verfolgte. »Jetzt hat das Oberste Gericht diesen zentralen Baustein in Großbritanniens rigider Asylpolitik pulverisiert«, berichtet mein Kollege Jörg Schindler aus London.

Sunak mühte sich, die Niederlage schönzureden. Ruanda sei nur »ein Teil« der britischen Migrationsstrategie, sagte er am Mittag im Unterhaus. Seine Regierung sei weiterhin »fest entschlossen«, »illegale« Migranten daran zu hindern, in Schlauchbooten via Ärmelkanal britische Gestade zu erreichen.

»Diese Schlauchboote sind seit Jahren das Aufregerthema in der über den Brexit weit nach rechts gerückten Tory-Partei«, schreibt Jörg. Dabei sind die Asylbewerberzahlen im Königreich überschaubar: Im Rekordjahr 2022 zählte das Land gut 45.000 Menschen, die die riskante Überfahrt über den Ärmelkanal gewagt hatten; insgesamt registrierten die britischen Behörden im vergangenen Jahr rund 90.000 Asylbewerber. Das waren weit weniger als etwa in ...

Deutschland mit 244.000,

Frankreich 156.000

oder Österreich 112.000.

»Aber zu den zentralen Brexitversprechen der konservativen Regierung gehörte, die Kontrolle über die Grenzen wiederzuerlangen«, sagt Jörg. »Stop the Boats« wurde auch zu Sunaks Schlachtruf, daran, so der Premier, werde er sich in der kommenden Wahl messen lassen.

»Der Richterspruch dürfte aber auch Politikerinnen und Politikern in diversen europäischen Hauptstädten, darunter Berlin, zu denken geben«, sagt Jörg. Denn auch dort wird damit geliebäugelt, Asyl- und Fluchtfragen ins ferne Afrika auszulagern.

Lesen Sie hier mehr: Rishi Sunak erhält keine Wahlkampfhilfe aus Ruanda

3. Union ist vom Urs abgekommen

Wir Berliner können keinem Witz aus dem Weg gehen, keinem guten, aber auch keinem schlechten, heißt es. Mannigfaltige Möglichkeiten, das unter Beweis zu stellen, liefert heute Union Berlin: Der Bundesliga-Klub trennt sich von seinem langjährigen Trainer Urs Fischer. Vielleicht nicht ursplötzlich (14 Spiele ohne Sieg), aber eine Urskorrektur schien nötig, vielleicht auch ein Urswechsel, es handelt sich allerdings nicht um eine KonkUrserklärung.

Für eine ernsthafte Einschätzung schalten wir kurz zum Sport, zu meinem Kollegen Peter Ahrens: »Fünf Jahre ging es bei Union Berlin nur bergauf, Schritt für Schritt auf der Hühnerleiter, aus der zweiten Bundesliga bis in die Champions League, ein Aufstieg, der untrennbar mit Urs Fischer verbunden ist«, sagt Peter, bemüht seriös in die Kamera blickend, um nicht über billige Urs-Witze zu lachen. »Aber irgendwann kann es nicht mehr höher gehen, und dann geht es meistens bergab.« Dass der Abstieg so kam, wie das in Köpenick passiert, habe allerdings niemand gedacht zuallerletzt wohl Fischer selbst. »Er hat es nicht geschafft, der Krise irgendetwas entgegenzusetzen.«

Dann geht im Fußball die beste Arbeitsbeziehung zu Ende ein Naturgesetz dieses Profisports. »Das gilt auch in einem Klub, dessen Fans die Naturgesetze gern mal ausgehebelt sehen«, sagt Peter. Dennoch könne sich der Schweizer wahrscheinlich über einen Ehrentitel freuen: »Er wird der erfolgreichste Coach in der Geschichte des 1. FC Union Berlin bleiben.« Wer soll das noch toppen? So viel zur Urssachenforschung.

Lesen Sie hier mehr: Union kommt vom Urs ab

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost

Vorsicht an der Bahnstreik-Kante!

Darf Israel Krankenhäuser angreifen? Israels Krieg gegen die Hamas konzentriert sich immer mehr auf Gazas Krankenhäuser. Völkerrechtler Christoph Safferling erklärt, wie weit die Armee gehen darf.

Igor Levit sagt, er habe das Grundvertrauen in Deutschland verloren: Als Jude in Deutschland vermisst der Musiker Igor Levit Empathie der deutschen Bevölkerung nach dem 7. Oktober. Deutliche Worte findet der Pianist in einem Interview mit der »Zeit« zu Greta Thunberg und Luisa Neubauer.

Erdo an bezeichnet Israel als »Terrorstaat«: Unmittelbar vor seiner Reise nach Berlin greift der türkische Präsident Israel erneut scharf an. Das Land betreibe im Gazastreifen einen Völkermord. Zugleich seien Hamas-Mitglieder als »Widerstandskämpfer« anzusehen.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen: Das News-Update

Was heute sonst noch wichtig ist

Greta Thunberg plädiert auf nicht schuldig: Ihr wird Störung der öffentlichen Ordnung vorgeworfen: Weil sie bei einer Protestaktion in London vorübergehend festgenommen wurde, muss sich Klimaaktivistin Greta Thunberg nun vor Gericht verantworten.

Chinaversteher schmieden Bündnis gegen Favoriten der Präsidentschaftswahl: Chinagegner William Lai will im Januar Taiwans neuer Präsident werden und dominiert in den Umfragen. Doch nun hat sich die Konkurrenz verbrüdet.

Der »Kippunkt« ist erreicht: Eine Erhebung der Evangelischen Kirche in Deutschland zeigt: Die Bindung an die christlichen Kirchen und die Religiosität gehen massiv zurück. Bei anhaltendem Trend seien die Kirchen in ihrem Fortbestand gefährdet.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Bye-bye, Bazooka: Für Coronahilfen nahm der Staat im großen Stil Schulden auf, später verschob die Ampel das übrige Geld kurzerhand in einen Klimafonds. Damit macht das Verfassungsgericht jetzt Schluss und die Regierung steht vor einem Milliardenloch.

US-Atomraketen bedrohen die eigene Bevölkerung: Die USA haben ihre Atomraketen in abgelegenen Gegenden untergebracht aber feindliche Staaten wissen, wo. Eine neue Simulation zeigt: Wenn sie die Standorte beschießen, würden Hunderttausende Amerikaner den Strahlentod sterben.

»Ich glaube, es gab heute Milchreis«: Das tägliche Mittagessen in der Mensa könnte ein Highlight des Schultags sein wäre es nur nicht so schlecht und vor allem so teuer. Warum akzeptieren wir, dass unsere Kinder sich so minderwertig ernähren?

Was heute weniger wichtig ist

Gehobene Unterhaltung: Der Millionenschatz, den die ProSieben-Entertainer **Joko Winterscheidt**, 44, und **Klaas Heufer-Umlauf**, 40, versteckt hatten, ist gefunden. Zuschauer Tobias fand ihn bei Freiberg in Sachsen. Mit seiner ersten Reaktion gab er sich als Teil der Community eines Twitch-Streamers zu erkennen, in der vergangene Woche mitgerätselt worden war: »Danke Papaplatte!«

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Vorsicht an der Bahnstreik-Kante!

Könnten Sie etwas basteln mit den Kindern oder auch mit Freunden. In der neuen Ausgabe von »Dein SPIEGEL«, unserem Nachrichtenmagazin für Kinder, das diese Woche erschienen ist, gibt es Tipps: Gipslichter etwa oder eine Mützen-Girlande (Hier mehr dazu). Und hieroder hierkönnen Sie das Heft bestellen.

Und jetzt alle: Morgen, Kinder, wird s was kleben...Ihnen einen beschaulichen Abend. HerzlichIhr Oliver Trenkamp,
Blattmacher in der Chefredaktion

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: November 15, 2023

End of Document

Auswärtiges Amt dementiert Berichte über Finanzierungsstopp für Seenotrettung

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Förderung bis 2026

Length: 618 words

Byline: Sara Wess

Highlight: Widersprüchliche Signale aus der Bundesregierung: Kanzler Scholz hat sich gerade erst von der Finanzierung der Seenotrettung **Geflüchteter** im Mittelmeer distanziert. Das von den Grünen geführte Auswärtige Amt stellt nun klar: Die Geldmittel gibt es weiterhin.

Body

Die Bundesregierung plant, die Seenotrettung von **Geflüchteten** im Mittelmeerraum in den kommenden Jahren finanziell zu unterstützen. »Das Auswärtige Amt setzt den Auftrag des Bundestags zur Förderung ziviler Seenotrettung mit Projekten an Land und auf See um«, teilte ein Sprecher des Auswärtigen Amts der Deutschen Presse-Agentur am Samstag mit. Anderslautende Berichte seien nicht korrekt.

Am Freitag hatte die »Bild«-Zeitung eine mit Sperrfrist versehene Vorabmeldung an Nachrichtenagenturen versendet, wonach die Bundesregierung »kein weiteres Geld für die Finanzierung der sogenannten Seenotretter im Mittelmeer bereitstellen« wolle. Als Beleg führte die Zeitung einen offenbar fehlenden Vermerk im Etatentwurf an. Dabei handele es sich nach »Bild«-Informationen »nicht um ein Versehen«.

Das Auswärtige Amt dementierte den Bericht nun. »Aufgrund eines technischen Versehens ist im derzeitigen Entwurf des Haushaltsplans 2024 die explizite Veranschlagung der entsprechenden Haushaltsmittel zunächst nicht erfolgt«, erklärte der Sprecher. Es sei schon seit einigen Wochen geplant, diesen Fehler zu korrigieren. Weiter hieß es: »Auch für die Jahre 2024 bis 2026 ist eine Förderung der Seenotrettung mit Verpflichtungsermächtigungen des Bundestags vorgesehen. Diese werden wir umsetzen.«

»Ich habe den Antrag nicht gestellt«

Erst am Freitag hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) von der öffentlichen Finanzierung der Seenotrettung von Flüchtlingen durch Hilfsorganisationen distanziert. Auf einer Pressekonferenz nach dem informellen EU-Gipfel in Granada betonte er, dass die Gelder vom Bundestag und nicht von der Bundesregierung bewilligt worden seien. »Ich habe den Antrag nicht gestellt«, sagte er. Auf die Nachfrage, was denn seine persönliche Meinung dazu sei, fügte er hinzu: »Das ist die Meinung, die ich habe, dass ich den Antrag nicht gestellt habe. Und ich glaube, das ist auch unmissverständlich.«

Auswärtiges Amt dementiert Berichte über Finanzierungsstopp für Seenotrettung

Zuvor hatte sich Scholz am Rande des Gipfels mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Melonigetroffen, die sich vor wenigen Tagen in einem Brief an den Kanzler über die Finanzierung beschwert hatte. Die Hilfen hatten auch die Verhandlungen über eine Reform des europäischen Asylsystems belastet. Rombetrachtet es als Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten, dass die Bundesregierung Hilfsorganisationen fördern will, die sich nicht nur im Mittelmeer, sondern auch auf italienischem Boden um Migranten kümmern.

Seenotrettung sei »eine humanitäre Pflicht und rettet Menschenleben«

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Jamila Schäfer zeigte sich irritiert davon, dass sich Kanzler Scholz am Freitag von der parlamentarisch beschlossenen Finanzhilfe für Seenotretter distanziert hatte und bald darauf die »Bild«-Zeitung über eine angebliche Streichung der Mittel berichtete. »In diesem Land ist der Bundestag der Gesetzgeber. Ein parlamentarischer Beschluss kann nicht durch Pressemeldungen ausgehebelt werden«, sagte Schäfer dem SPIEGEL. Die Politikerin ist im Haushaltsausschuss des Bundestags für den Etat des Auswärtigen Amts zuständig.

»Der Bundestag hat eine vierjährige finanzielle Unterstützung für die Seenotrettung beschlossen. Das gilt und das ist gut so«, unterstrich Schäfer. Seenotrettung sei »eine humanitäre Pflicht und rettet Menschenleben«, sagte die Grünenpolitikerin.

Erst vor wenigen Tagen wies das Auswärtige Amt auf der Plattform X (vormals Twitter) den Tech-Unternehmer Elon Musk beim Thema Seenotrettung zurecht. Musk hatte einen migrationsfeindlichen pro-AfD-Tweet geteilt, in dem die deutsche Finanzhilfe für Seenotretter angeprangert wurde, und gefragt, ob die deutsche Öffentlichkeit davon wisse. Das Auswärtige Amt konterte: »Ja, man nennt es Leben retten.«

swe/kor/dpa

Load-Date: October 7, 2023

Merz nennt Kritik an Zahnarzt-Statement »Schnappatmung«

SPIEGEL ONLINE

30. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; CDU-Chef

Length: 391 words

Byline: Hannah Pilarczyk

Highlight: Friedrich Merz geht in die Offensive: Reaktionen auf seine Aussage zu Asylsuchenden beim Zahnarzt tut er als »Schnappatmung« ab. Doch auch aus der eigenen Partei gibt es klare Kritik am CDU-Chef.

Body

Dass in Deutschland jüngst viel über Zahnersatz und Zahnarzttermine diskutiert wurde, liegt an Friedrich Merz. Der CDU-Chef löste mit einer Äußerung zur Asylpolitik viel Empörung aus, auch in der eigenen Partei.

In einer TV-Sendung hatte Merz gesagt, 300.000 Personen in Deutschland seien ausreisepflichtig, würden aber nicht ausreisen und die »volle Heilfürsorge bekommen«: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebdran kriegen keine Termine.« Die Kritik daran ficht Merz offenbar ebenso wenig an wie der Umstand, dass seine Aussage so nicht stimmt (lesen Sie hier einen Faktencheck).

Nun hat Merz nachgelegt. Man müsse zu diesem Thema auch mal etwas Kritisches sagen können. Die Republik müsse nicht in »Schnappatmung« verfallen, wenn man auf drohende Überforderung hinweise, sagte der CDU-Vorsitzende auf dem Landesparteitag der sachsen-anhaltischen CDU in Magdeburg. Auch der frühere Bundespräsident Joachim Gauck habe kürzlich vor einem drohenden Kontrollverlust in der Migrationspolitik gewarnt.

Widerspruch zu der Zahnarzt-Aussage kam etwa vom Vizechef des CDU-Sozialflügels, Christian Bäumler. Er rief Merz dazu auf, seine Äußerungen zurückzunehmen oder auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten. »Die Entgleisungen von Merz sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden«, sagte Bäumler der Nachrichtenagentur dpa. Merz spalte die CDU.

Bundeskanzler Olaf Scholz verwies darauf, dass Merz Darstellung nicht der rechtlichen Lage in Deutschland entspreche. »Ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte«, sagte Scholz.

Linkenvorstandsmitglied Daphne Weber stellte Strafanzeige gegen Merz. »Der Straftatbestand Volksverhetzung, § 130 StGB ist erfüllt, weil Herr Merz wissentlich wesentliche Fakten ausgeblendet hat, um geflüchteten Menschen die Schuld für soziale Probleme wie Wohnungsmangel oder unzureichende medizinische Versorgung zuzuschieben«, schreibt Weber in ihrer Anzeige.

Merz nennt Kritik an Zahnarzt-Statement »Schnappatmung«

Aus der Union hatte Merz auch Unterstützung bekommen, auch aus der Schwesterpartei CSU. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst(CDU) sagte, Merz habe nur auf die generelle Belastung des Staates, der Gesellschaft und der Sozialsysteme durch die stark gestiegene irreguläre Migration aufmerksam machen wollen.

hpi/ulz/dpa

Load-Date: September 30, 2023

End of Document

Ärzte ohne Grenzen melden Festsetzung ihres Schiffs in Italien

SPIEGEL ONLINE

24. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Seenotrettung im Mittelmeer

Length: 254 words

Byline: Johanna Soll

Highlight: Das Rettungsschiff »Geo Barents« wurde laut Ärzte ohne Grenzen vorübergehend im italienischen Ancona festgesetzt. Eine Woche zuvor hatte die Hilfsorganisation dort gerettete Migranten an Land gebracht.

Body

Die italienischen Behörden haben das Rettungsschiff »Geo Barents« laut der privaten Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) vorübergehend festgesetzt. Dies gelte für eine Dauer von 20 Tagen, teilte die Organisation am späten Donnerstagabend mit. Außerdem hätten die Behörden ein Bußgeld von 10.000 Euro verhängt.

Die Hilfsorganisation brachte am Freitag vergangener Woche in Ancona 48 Bootsmigranten an Land. Die Hafenbehörde werfe ihr vor, nicht alle erbetenen Informationen geliefert zu haben. Man prüfe jetzt, welche rechtlichen Schritte man einlegen könne. »Es ist nicht hinnehmbar, dafür bestraft zu werden, Leben gerettet zu haben«, schrieb MSF in einer Mitteilung.

Die rechte Regierung Italiens unter der ultrarechten Ministerpräsidentin Giorgia Meloni verschärfte das Vorgehen gegen private Seenotretter. Durch ein neues Dekret werden sie etwa gezwungen, einen Hafen anzusteuern, sobald sie erstmals Migranten an Bord genommen haben. Damit können sie während einer Fahrt nicht weitere Migranten im zentralen Mittelmeeraus Seenot retten. Oft weist Italien ihnen Häfen zu, die weit vom Einsatzgebiet der Schiffe entfernt liegen, wie bei der »Geo Barents« den Adria-Hafen Ancona in Mittelitalien.

Italien ist wegen seiner geografischen Lage besonders häufig ein Ziel von Migranten, die von Nordafrika nach Europa gelangen wollen. Nach Angaben des italienischen Innenministeriums sind seit Anfang des Jahres mehr als 14.000 Flüchtlinge in Italien angekommen. Im Vorjahreszeitraum waren es etwas mehr als 5300 gewesen.

jso/dpa/AFP

Graphic

REUTERS - Das Rettungsschiff »Geo Barents«, hier im Hafen von Catania auf Sizilien am 07.11.2022

Ärzte ohne Grenzen melden Festsetzung ihres Schiffs in Italien

Load-Date: February 24, 2023

End of Document

Baerbock kürzt wegen EU-Asylkompromiss Kolumbien-Programm ab

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flucht und Migration

Length: 311 words

Byline: Anna-Theresa Bachmann

Highlight: Nach der Einigung der EU-Staaten auf eine Verschärfung des Asylrechts zeigen sich einige Grünen-Politiker erleichtert andere reagieren mit Entsetzen. Aus der Ferne versucht Parteivorsitzende Annalena Baerbock zu schlichten.

Body

Nach der EU-Einigung auf bei den Grünen intern umstrittene Verschärfungen der gemeinsamen europäischen Asylpolitik hat Bundesaußenministerin Annalena Baerbock einen Teil ihres Programmes in der kolumbianischen Stadt Cali gestrichen. Die Grünen-Politikerin werbe stattdessen mit Verve bei ihrer Partei und der Fraktion der Grünen für den Kompromiss, hieß es am Rande der Reise in Kolumbien.

Baerbock wird demnach nicht wie geplant das deutsch-kolumbianische Friedensinstitut Capaz besuchen und an einer Podiumsdiskussion zur feministischen Friedenspolitik und zum Friedensprozess in dem Land teilnehmen. Bei der Verleihung des Preises des deutsch-lateinamerikanisch-karibischen Frauennetzwerkes »Unidas« (deutsch: »Vereint«) an Vizepräsidentin Márquez wollte Baerbock allerdings nach wie vor die Laudatio halten. »Unidas« wurde 2019 ins Leben gerufen. Es ist Bestandteil der Lateinamerika- und Karibik-Initiative des Auswärtigen Amts, bei der Baerbock die Schirmherrschaft hat.

Gespaltene Partei

Zuvor hatte Baerbock den Kompromiss der Europäischen Union (EU) für schärfere Asylverfahren verteidigt. »Der Kompromiss ist ganz und gar kein einfacher. Zur Ehrlichkeit gehört: Wenn wir die Reform als Bundesregierung alleine hätte beschließen können, dann sähe sie anders aus«, schrieb die Grünen-Politikerin in einer Erklärung, die während ihres Besuches in Cali veröffentlicht wurde.

»Aber zur Ehrlichkeit gehört auch: Wer meint, dieser Kompromiss ist nicht akzeptabel, der nimmt für die Zukunft in Kauf, dass niemand mehr verteilt wird«, so Baerbock offensichtlich in Richtung der Kritiker in den eigenen Reihen.

Bei einem Innenministertreffen der Gemeinschaft in Luxemburg hatte zuvor eine ausreichend große Mehrheit an Mitgliedstaaten für umfassende Reformpläne gestimmt. Sie sehen insbesondere einen deutlich härteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor.

atb/dpa

Graphic

IMAGO/photothek - Annalena Baerbock in Kolumbien: »Der Kompromiss ist ganz und gar kein einfacher«

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Diese Positionen vertritt Geert Wilders

SPIEGEL ONLINE

23. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Wahlsieger in den Niederlanden

Length: 720 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Er spricht von einem »Tsunami von Asyl und Einwanderung« und wollte einst alle Moscheen im Land schließen. Rechtspopulist Geert Wilders ist bekannt geworden durch extreme Forderungen. Der Überblick.

Body

Er ist der Prototyp eines Rechtspopulisten: Seit mehr als 15 Jahren mischt Geert Wilders mit seiner Partij voor de Vrijheid (PVV) in der niederländischen Politik mit und ist vor allem bekannt für drastische Aussagen zu den Themen Islam, Migration und EU. Mit seinem Erfolg bei der Parlamentswahl könnte er nun zum ersten Mal an einer niederländischen Regierung beteiligt sein. Was würde das für die Politik des Landes bedeuten?

Islam

Wenn man über Geert Wilders spricht, kommt man an seinen zahlreichen Äußerungen zum Islam nicht vorbei. So verglich er den Koran einst mit »Mein Kampf« und forderte die Schließung aller Moscheen und islamischen Schulen im Land. Der Islam sei eine politische Ideologie, schlimmer als der Nationalsozialismus. Mehrfach liefen deshalb Verfahren wegen Volksverhetzung gegen ihn. Im Vorfeld der jetzigen Wahl rüstete Wilders aber deutlich ab. Er sei bereit, seine Ansichten über den Islam »in die Gefriertruhe« zu legen, um zu regieren.

Migration

Wilders Positionen zu diesem Thema gingen stets Hand in Hand mit seinen islamfeindlichen Positionen. Als etwa Donald Trump vor der US-Wahl mit der Idee eines Einreiseverbots für Menschen aus muslimisch geprägten Ländern hausieren ging, machte er sich für dieselbe Idee stark. Während Wilders beim Thema Islam zuletzt um weniger Polarisierung bemüht war, äußerte er sich zu Asyl und Einwanderung widersprüchlich. Es gebe »größere Probleme als den Kampf gegen die Flut von Asylbewerbern und Einwanderern«, sagte er in einer der letzten Wahldebatten. Andererseits hieß es im Wahlprogramm der PVV: »Asylbewerber schlemmen an herrlichen kostenlosen Buffets von Kreuzfahrtschiffen, während niederländische Familien bei den Lebensmitteln sparen müssen.« Die Partei fordert in ihrem Wahlprogramm einen »Asylstopp«, ist für die Einführung von Grenzkontrollen und die Abschiebung syrischer Asylbewerber und will die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen.

Next

Diese Positionen vertritt Geert Wilders

Auch für EU-Bürger wünscht Wilders sich Einschränkungen: So sollen diese nach seinem Willen eine Arbeitserlaubnis für die Niederlande beantragen müssen. Vor allem aber hat er sich ein Beispiel am Brexit genommen und fordert eine vergleichbare Abstimmung für die Niederlande: also ein »verpflichtendes Referendum« über den Austritt aus der EU. Man könne das Wohl der Nation nicht in der Europäischen Union verteidigen, hieß es dazu im Programm. Ebenfalls dort findet sich die Forderung, die Fahne der EU von allen Regierungsgebäuden zu entfernen und das Ende der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU. »Wir sind in den Niederlanden, hier weht nur die Nationalflagge«, heißt es dort.

Verhältnis zu Israel

Im Nahostkonflikt hat Wilders stets eine eindeutige Position eingenommen. So machte er sich für israelischen Siedlungsbau im Westjordanland stark. 2016 schrieb er, Barack Obama habe Israel betrogen. »Thank God for Trump.« Das Land solle die Uno ignorieren und »mehr und mehr Siedlungen« bauen. Analog zur Politik des früheren US-Präsidenten fordert die PVV zudem den Umzug der niederländischen Botschaft in Israel nach Jerusalem.

Klimawandel

Wie in vielen populistischen Parteien und Bewegungen üblich, gehen Wilders und seine Partei mit einer bemerkenswerten Nonchalance an das Thema Klimawandel heran. Zwar wird dieser im Wahlprogramm nicht explizit geleugnet, man solle davor jedoch keine Angst haben: »Die Niederlande sind ein intelligentes Land: Wir haben die besten Wasserbauingenieure der Welt«, heißt es etwa. Das Klima verändere sich zudem ständig. »Und das schon seit Jahrhunderten.« Er will neue Atomkraftwerke, ein Ende der CO₂-Reduktionen und Gas- und Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen. Mit anderen Worten: Während Wilders an anderer Stelle radikale Maßnahmen fordert, steht er hier für Laissez-faire.

Russland und die Ukraine

Das Verhältnis von Wilders zu Russland ist traditionell vom Bemühen um eine gewisse Nähe geprägt: So verlangte er die Aufhebung der nach der Annexion der Krim verhängten Sanktionen der Europäischen Union. Moskau solle ein Verbündeter sein. Auch nach Beginn der Invasion in der Ukraine sah Wilders die Fehler bei der Nato: Diese hätte Kiew keine Hoffnung auf einen möglichen Beitritt zu dem transatlantischen Verteidigungsbündnis machen dürfen. Weitere Waffenlieferungen an die Ukraine will er zudem stoppen. Die Türkei will er aus der Nato werfen.

Mit Agenturmaterial

sol

Load-Date: November 23, 2023

Macron will Verfassungsmäßigkeit seines Migrationsgesetzes prüfen lassen

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Verschärfte Einwanderungsregeln

Length: 350 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Frankreichs Parlament hat ein umstrittenes Einwanderungsgesetz verabschiedet. Macrons Regierung musste dafür der Opposition allerdings weit entgegenkommen. Nun schaltet der Präsident den Verfassungsrat ein.

Body

Erst in der Nacht hatten sich Frankreichs Abgeordnete zu einem neuen umstrittenen Einwanderungsgesetz durchgerungen. Nun kommt es direkt wieder auf den Prüfstand. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die Verfassungsmäßigkeit des innerhalb seines Lagers umstrittenen Gesetzes prüfen lassen.

»Der Präsident wird den Verfassungsrat anrufen und der Verfassungsrat wird sagen, wie es sich verhält«, sagte Premierministerin Élisabeth Borne dem Sender France Inter in Paris. Das umstrittene Gesetz war am späten Dienstagabend vom Parlament beschlossen worden, allerdings in einer unter Druck der konservativen Oppositionspartei Les Républicains deutlich verschärften Fassung. An einigen Punkten habe die Regierung verfassungsrechtliche Zweifel, sagte Borne.

Der französische Verfassungsrat überprüft ähnlich wie das deutsche Bundesverfassungsgericht Gesetze und Vorhaben auf ihre Rechtmäßigkeit. Wenn der Rat ein Gesetz vor dem Inkrafttreten auf seine Verfassungsmäßigkeit prüft, ergeht die Entscheidung binnen einer Frist von dreißig Tagen, in dringenden Fällen binnen acht Tagen. Wenn Macron den Verfassungsrat noch vor Weihnachten anruft, dürfte im Januar klar sein, ob er das Gesetz in seiner jetzigen Form in Kraft setzen kann oder ob es nachgebessert werden muss.

Unmut auf der Regierungsbank

Mit dem Vorhaben will die Regierung die Einwanderung stärker kontrollieren und die Integration verbessern. Nach dem jüngsten Kompromiss haben nicht-europäische Ausländer künftig erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Frankreich Anspruch auf Wohngeld. Ausnahmen sind vorgesehen für berufstätige Migranten sowie für Studierende und anerkannte Asylbewerber. Dieser Punkt war bis zuletzt besonders umstritten gewesen.

In Teilen des Regierungslagers sorgt das Gesetz für Unmut, einige der Abgeordneten stimmten im Parlament dagegen. Borne widersprach Medienberichten, wonach Gesundheitsminister Aurélien Rousseau aus Protest gegen das Gesetz seinen Rücktritt eingereicht habe. Der Präsident habe kein solches Rücktrittsgesuch erhalten. Macron wollte sich am Abend im Fernsehen zu dem Ringen um das Gesetz äußern.

Macron will Verfassungsmäßigkeit seines Migrationsgesetzes prüfen lassen

mrc/dpa

Load-Date: December 20, 2023

End of Document

Briefe

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: COMMUNITY

Length: 2054 words

Highlight: Migration, Iran und die Grünen als Hassobjekt das waren die Themen, zu denen wir in der vergangenen Woche die meisten Zuschriften erhalten haben.

Body

Immer noch unmenschlich

Heft 39/2023 Titel: Schaffen wir das noch mal?

Ich bin entsetzt, dass Sie jegliches Feingefühl bezüglich Bildsprache in der aktuellen Titelstory vermissen lassen. Das Bild bedient entmenslichende Narrative. Unwürdig!**Anja Sommer, Rostock**

Ich bin sehr beunruhigt, dass Sie ein Titelbild gewählt haben, das rassistische Ressentiments nicht nur verstärkt, sondern sogar schürt. In einer Zeit, in der unsere Gesellschaft gespaltener denn je scheint, sollten wir alles daransetzen, diese Gräben nicht noch zu vertiefen. Das Titelmotiv zeigt ein Bild, das es so nicht gibt. Das ist für mich nicht nur unsachlich, sondern geradezu hetzerisch. Es schürt nicht nur Ressentiments bei denen, die sie ohnehin schon haben, vor allem trägt es zu einer allgemeinen Verschiebung bei, deren Gefahr gerade durch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr deutlich geworden ist. Das ist unverantwortlich und sehr gefährlich. Hinzu kommt, dass das Bild wie ein Zitat wirkt, das wir mit unserer nationalsozialistischen Vergangenheit aus meiner Sicht einfach nicht wählen dürfen. Als Journalisten und Medienvertreter tragen Sie eine große Verantwortung. Ich hoffe, dass Sie in Zukunft sensibler mit solchen Themen umgehen und sich bewusst gegen solche Strategien entscheiden.**Lena Altendorf, Hamburg**

Kompliment für eine gut gemachte Titelgeschichte. Über die Reaktionen im Internet auf das Titelbild bin ich entsetzt. Es ist eine Unverschämtheit, die Journalistinnen und Journalisten als Rechtsradikale zu diffamieren. Eine sachliche Debatte gerade beim Thema Asyl muss doch möglich sein. Natürlich sollte man Menschen, die Schutz benötigen, Asyl geben, aber gleichzeitig muss man auch über die Probleme reden können Unterbringung von Migranten, Scheitern der Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern. Das Titelbild stellt keine Panikmache von Verschwörungstheoretikern und Rechten dar, sondern zeigt die Realität. Deutschland kann dieses Problem nicht im Alleingang lösen, sondern nur gemeinsam mit den Partnern in der EU.**Philipp Gössel, Kassel**

Wie beantworten Menschen, die im Kiosk am SPIEGEL vorbeigehen, die Frage »Schaffen wir das noch mal?«? Wir haben in der deutschen Gesellschaft nachweislich einen Rechtsruck zu verzeichnen. Alle diejenigen mit den entsprechenden Tendenzen fühlen sich in ihrer Meinung bestätigt, dass wir das nicht noch mal schaffen können. Aber: Jeder, der flüchtet, hat eine eigene und einzigartige Geschichte. Wir wissen das zum Beispiel aufgrund der

Briefe

Aufarbeitung der Vorbedingungen des Nationalsozialismus, der beiden Weltkriege und der Nachkriegsgeschichte. Menschen, ob sie nun selbst fliehen mussten oder in der Familie Fluchterfahrungen haben, Menschen, die den Holocaust überlebt haben, und deren Nachkommen tragen Erinnerungen an Flucht in sich. An schreckliche Ereignisse, aber auch positive, wenn es Dankbarkeit dafür gibt, wenn eine Flucht gelang oder man Feindseligkeiten überlebt und Hilfe erfahren hat. Welches Bild vermittelt nun aber das Titelbild mit Schwarzen Menschen in der Schlange mit Plastiktüten? Menschen, die uns fremd erscheinen und mit denen wir nichts zu tun haben wollen? **Özlem Müller, Bonn**

Das Cover zeigt Geflüchtete als gesichtslose, entmenslichte Masse und schürt damit Ängste und Hass – das hilft nur rechtsextremen Populisten. In sozialen Medien ist mehrfach auf die Ähnlichkeit zwischen dem SPIEGEL-Cover und einer antisemitischen Postkarte aus dem Jahr 1901 verwiesen worden. Ich will der Redaktion nicht unterstellen, dass sie sich bewusst daran orientiert hat. Allerdings sollte Ihnen als Journalist:innen auffallen, in welchem Fahrwasser Sie sich mit dieser Bildsprache bewegen. Außerdem: Das Cover zeigt fast ausschließlich Schwarze Geflüchtete. Dabei waren die mit Abstand meisten Menschen, die in den letzten Jahren in Deutschland Schutz gesucht haben, weiß und aus der Ukraine. Warum diese Entscheidung? Gewaltvolle Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte steigen, und die Rechtsradikalen legen in Umfragen zu – das ist auch für uns als Filmemacher und Journalistinnen gefährlich. Deshalb bin ich fassungslos angesichts des rassistischen Covers. **Jascha Hannover, Köln**

Der SPIEGEL präsentiert in seiner Titelstory, stellvertretend für Tausende Lampedusa-Flüchtlinge, ein Foto von zwei jungen Müttern mit ihren Kleinkindern. »Bild« berichtete von 90 Prozent jungen Männern. Wenn man damit Emotionen und Meinungen transportieren will, könnte das nach hinten losgehen und das schon angeschlagene Vertrauen in die Medien weiter reduzieren. Die AfD wird sich freuen. **Rüdiger Lüttge, Gielsdorf (Brandenb.)**

Die Probleme der EU-Grenz-sicherung, des Kampfes gegen Schleuser und der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber könnten vergleichsweise zügig gelöst werden: durch ein von der EU finanziertes, organisiertes und von der Uno kontrolliertes System von Zentren für Asylsuchende, Migranten und auch Abgeschobene in Libyen, Marokko, der Türkei und weiteren Staaten. Da sich oft nicht nur die Verfolgten und Verzweifelten, sondern auch die motiviertesten Menschen auf den Weg machen, sollten diese Zentren nicht nur die Asylberechtigung prüfen, sondern auch die Möglichkeit einer Ausbildung und ausbeutungsfreien Einbindung in die lokale Wirtschaft der Gaststaaten. So hätten alle Beteiligten einen Gewinn, wirtschaftlich und humanitär. **Dr. Rudolf Winkel, Müllheim (Bad.-Württ.)**

Wann wird begriffen, dass die Migration kein singuläres Ereignis ist, sondern ein langfristiger Prozess? Da ist nichts zu schaffen, und dann ist gut. Der Druck wird so lange bleiben, wie die Ursachen bleiben. Und die Ursachen sind überwiegend nicht änderbar: Armut, Klima, politische Verhältnisse, Konventionen, Gesetze. Keine Regierung, keine Partei, auch nicht die AfD, könnten die Migration stoppen. Auch Verträge mit Tunesien und anderen Ländern halten Migranten nicht auf. Es gibt keinen Zeitpunkt, an dem wir sagen könnten: »Wir haben es geschafft«. Und was überhaupt soll »geschafft« werden? **Peter Wolter, Leonberg (Bad.-Württ.)**

Wir stehen vor dem Beginn einer Völkerwanderung. Irgendwann werden die meisten Menschen dort leben, wo sie Schutz vor Klimakatastrophen, Kriegen und unfähigen Regierungen finden. Auch in Westeuropa? Wahrscheinlich. Ob es uns passt oder nicht, eines Tages sind Nationen bedeutungslos, es wird nur noch ein Weltvolk geben. Jeder wird dorthin streben, wo er die besten Aussichten für sich vermutet. Zunächst sollten wir uns aber um das Naheliegende kümmern: Land und Leute auf die Zukunft vorbereiten, das heißt Akzeptanz für Zuwanderung stärken und die Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Wohnungsbau) ausbauen. Mir sind alle willkommen, die bereit sind, Teil der Gesellschaft zu werden, zu akzeptieren, was (politisch, wirtschaftlich, sozial, bezüglich Erziehung, Bildung, Gesundheit, Religion) sie hier vorfinden, und mitzuhelfen, dass das Land »funktioniert«. Wer das nicht will, sollte sich nicht auf den Weg machen. **Hartmut Greiser, Elz (Hessen)**

Es ist unmenschlich und tut weh, wenn jemand, der zufällig in einem reichen Land geboren worden ist, fordert, anderen Menschen die Einreise zu verweigern. Es ist aber genauso unmenschlich, die Stärksten und Mutigsten mit dem Versprechen eines guten Lebens anzulocken, sofern sie nur die mörderischen Pfade der Schleuser überleben. Für ein Versprechen, das wir in unbegrenzter Anzahl ohnehin nicht halten können. Besser wäre es, eine

Briefe

großzügige, aber begrenzte Zahl an Einreisen zu erlauben, für die sich Menschen, sofern ihr Leben nicht unmittelbar in Gefahr ist, aus ihrem Heimatland bewerben. Das bedeutet umgekehrt aber auch, die anderen an der Grenze zurückzuweisen. Das ist immer noch unmenschlich, aber es ist steuerbarer, und alle Beteiligten wissen, woran sie sind.**Stefan Masannek, Kiel**

Völkerwanderungen gibt es, seit es Menschen gibt. Die Ursachen waren vielfältig. Was gegenwärtig geschieht, da liegen die Ursachen auf der Hand. Nicht einmal brutalste Maßnahmen können diese Wanderungen stoppen. Vielleicht hilft es zu versuchen, sie zu steuern. Tröstlich ist, was die einschlägigen historischen Wissenschaften belegen: Immer wieder waren die Aufnahme und die Integration von Zugewanderten ein Gewinn für das Gemeinwohl.**Albrecht Hauter, Hamburg**

Sofortige Ernüchterung

Heft 38/2023 Leitartikel: Der Westen muss seine Strategie gegenüber Iran ändern und kompromissbereit sein

»Wie man Despoten umgarnt«, darüber laborieren demokratische Politiker seit 100 Jahren. Wenn die versierte Auslandskorrespondentin Susanne Koelbl dies als Überschrift ihres Leitartikels für eine kluge Iran-Politik wählt, dürften informierte Lesende gespannt sein angesichts der verfahrenen Situation im terroristischen Mullah-Staat. Der Text jedoch sorgt für sofortige Irritation und Ernüchterung: Wo und wann hat der »Westen«, zum Beispiel unsere feministische Außenpolitikerin Baerbock, ernsthaft versucht, die revoltierende Bevölkerung, allen voran mutige Frauen, wirksam zu unterstützen? Die Ampel sowie die EU konnten sich nicht mal dazu durchringen, die mörderischen »Revolutionsgarden« als Terrortruppen zu sanktionieren. Die Bundesregierung forderte öffentlich auch nicht etwa die Freilassung der tödlich bedrohten deutschen Geiseln Nahid Taghavi und Jamshid Sharmahd, sondern lediglich verbesserte Haftbedingungen.**Albert Lange, Detmold**

Chance leider verpasst

Heft 38/2023 Die Grünen sind die meistgehasste Partei der Republik

Ich war gespannt, ob dieser Artikel eine konstruktiv-kritische Analyse bietet. Doch kein kritisches Wort über die Grünen. Nach einer Aufzählung unappetitlicher und schlimmer Beispiele, wie sich Menschen gegenüber grünen Politikerinnen und Politikern aufführen, folgen zögernde Erklärungsansätze: Es geht um Zumutungen, um etwas, was man ein schlechtes Gewissen nennen kann, sowie um die Vermutung, dass es sich besonders gegen grüne Frauen richte. Belege: Fehlanzeige. Zitate müssen reichen. Vom SPIEGEL erwarte ich gründliche Recherche und keine erwartbaren Klischees. Interessant hätte ich eine Auseinandersetzung mit der verbreiteten Meinung gefunden, dass die grüne Partei am weitesten weg ist von den Achtung, Klischee kleinen Leuten. Und am wenigsten Interesse an deren Sorgen zeigt. Und ob sich Menschen davon provozieren lassen. Ich hätte Fragen an Politikerinnen und Politiker der Partei erwartet, wie selbstkritisch die Grünen mit sich sind. Wie die Partei mit den Vorwürfen der Besserwisserei und der Überheblichkeit umgeht. Ob diese Vorwürfe stimmen. Oder ob sie nicht stimmen. Ob auch sie nur ein Klischee bilden. Der Artikel war eine Chance. Leider wurde sie verpasst.**Roland Krämer, Schwelm (NRW)**

Leider haben Sie bei der Recherche zu den Hassangriffen auf Politiker und Funktionäre der Grünen einen wesentlichen Ursachenkomplex völlig ausgeblendet: nämlich die unsägliche Rolle bestimmter klassischer Massenmedien in Deutschland, die, statt sachgerecht zu informieren, mit billigen Schlagwörtern, reißerischer Übertreibung, populistischer Vereinfachung und primitiver persönlicher Diffamierung eine beispiellose Hetzkampagne gegen alles, was irgendwie grün erscheint, maßgeblich mit entfacht haben. Gerade bei der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes konnte man deutlich sehen, dass es hier weniger um sachlich gerechtfertigte Kritik ging als um eine grundsätzliche Kampagne gegen eine Partei und ihre politischen Ambitionen. So wird nicht nur der Boden für einzelne gewalttätige Übergriffe bereitet, sondern generell eine Verschiebung der politischen Debatte von der Sachebene auf die Ebene des demokratiefeindlichen Populismus befördert.**Dr. Rainer Philippi, Hardert (Rhld.-Pf.)**

Zum Heulen

Briefe

Heft 39/2023 Experte Gerald Knaus fordert mehr Kontrolle bei der Migration

Ein super Artikel. Warum setzt sich ein so kluger und weitsichtiger Mann wie Herr Knaus nicht durch mit seinen Vorschlägen? Es ist zum Heulen!**Pia Heckel, Hamburg**

Große Vorfreude

Heft 38/2023 So gesehen Regierungstipps gegen den Kinderarztmangel

Wenn ich den neuen SPIEGEL erhalte, geht der erste Blick auf die letzte Seite, »So gesehen«. In Ausgabe Nr. 38 hat Stefan Kuzmany sich mal wieder selbst übertroffen! Selten so gelacht. Wie kommt man auf so was? Bitte machen Sie weiter so ich freue mich auf jeden Samstag!**Horst Rüttgers, Augsburg**

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.dezu archivieren.

Graphic

Patrick Mariathasan für den SPIEGEL

Load-Date: September 29, 2023

Faeser ordnet erweiterte Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien an

SPIEGEL ONLINE

27. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Kampf gegen illegale Migration

Length: 285 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Die Bundespolizei soll ab sofort verstärkt die Grenzen zu Tschechien und Polen kontrollieren.

Innenministerin Faeser will damit gegen Schlepper vorgehen. Dauerhafte Grenzkontrollen soll es aber nicht geben.

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser setzt im Kampf gegen Schleuser und illegale Migration künftig auf verstärkte Grenzkontrollen. Für ein verschärftes Vorgehen gegen Flüchtlingsschleuser hat die SPD-Politikerin nun zusätzliche Kontrollen der Bundespolizei direkt an den Grenzen zu Polen und Tschechien angeordnet.

»Wir wollen durch flexible und mobile Kontrollen an wechselnden Orten Ausweichbewegungen der Schleuser verhindern«, sagte Faeser am Mittwoch in Berlin. »Wir müssen das grausame Geschäft der Schleuser unbedingt stoppen, denn die setzen mit maximalem Profit Menschenleben aufs Spiel«, sagte die SPD-Politikerin. Zugleich werde aber dafür gesorgt, dass die Kontrollen auf Pendler und den Güterverkehr »so wenig wie möglich Auswirkungen« hätten.

Auf dauerhafte Kontrollen an den Grenzübergängen verzichtet Faeser deshalb, anders als von der Union gefordert weiter. Der Ministerin zufolge sollen die zusätzlichen Schwerpunktkontrollen »ab sofort« erfolgen. Sie sollten auch »auf der Grenzlinie« zu den Nachbarstaaten stattfinden und sollten die bisher praktizierte Schleierfahndung ergänzen.

Die neuen Kontrollen müssten anders als stationäre Grenzkontrollen aber nicht bei der EU-Kommission notifiziert werden, sagte Faeser. Sie schloss dies aber für die Zukunft nicht aus, wenn dies die Lage erfordere.

Die zusätzlichen Kontrollen sollen vom deutschen Zoll mit bis 500 Vollzugsbeamten unterstützt werden. Das kündigte der für den Zoll zuständige Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bei der Regierungsbefragung im Bundestag an. »Nach 2015 hat Deutschland streckenweise die Kontrolle über den Zugang in dieses Land verloren«, räumte Lindner ein. »Dieser Zustand darf nicht fortgesetzt werden.«

asc/dpa/AFP

Load-Date: September 27, 2023

Faeser ordnet erweiterte Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien an

End of Document

24 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen lehnen EU-Asylreform ab

SPIEGEL ONLINE

06. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asylstreit in der Ampel

Length: 657 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Die EU-Kommission will für zahlreiche Migranten Asyl-Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen einführen. Die Ampelregierung unterstützt den Plan und erntet nun heftige Kritik aus den eigenen Reihen.

Body

Die geplante Asylreform in der Europäischen Union führt zu Widerstand in der Ampel. In einem Papier äußern 24 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen sowie mehrere Landtagsabgeordnete der beiden Parteien Kritik an dem von der Bundesregierung unterstützten Vorhaben. »Wir teilen die Sorge vieler Menschen, dass die Vorschläge für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem das Recht auf Asyl abschwächen könnten«, heißt es in dem Schreiben, das dem SPIEGEL vorliegt.

Einer der Kritikpunkte: Die künftig vorgesehenen Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die für Menschen gelten sollen, die aus Staaten mit geringer Asylanerkennungsquote kommen. »Wir sehen die flächendeckende Einführung von Grenzverfahren kritisch, da sie haftähnliche Zustände befördern«, heißt es in dem Papier dazu.

Die Abgeordneten befürchten zudem, dass mit der Reform das Konzept der »sicheren Drittstaaten« ausgeweitet wird – was dazu führen könnte, dass Schutzsuchende, die über solche Staaten in die EU fliehen wollen, abgewiesen würden: »Nicht mehr der Fluchtgrund, sondern nur noch der Reiseweg entscheiden über den Ausgang des Verfahrens.«

Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) könne zudem nur »mit einer guten und verbindlichen Verteilung« funktionieren. Eine hohe Zahl von Geflüchteten könne »einzelne Staaten an die Aufnahmegrenzen bringen – nicht aber einen ganzen Kontinent«, heißt es in dem Schreiben. Deshalb müssten sich »möglichst viele Staaten an einem verbindlichen europäischen Verteilsystem beteiligen«. Das lehnen jedoch insbesondere Staaten wie Ungarn und Polen ab.

Zu den Unterzeichnern des Schreibens gehören unter anderem die Bundestagsabgeordneten **Hakan Demir**, **Carmen Wegge**, **Ye-One Rhie** und **Sebastian Roloff** von der SPD sowie **Kassem Taher Saleh**, **Canan Bayram**, **Awet Tesfaiesus** und **Lisa Badum** von den Grünen.

Die Initiative für das Papier geht von der parteiübergreifenden Organisation »Brand New Bundestag« aus, die sich nach eigenen Angaben für eine »progressive, zukunftsorientierte Politik einsetzt«.

24 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen lehnen EU-Asylreform ab

»Deutschland muss die von vielen EU-Staaten angestrebte Aufweichung des Asylrechts verhindern«, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir. »Das reguläre Asylverfahren muss der Normalfall bleiben mit einer fairen und ausgewogenen europäischen Verteilung.«

»Für mich sind viele Fragen offen«, sagte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Kassem Taher Saleh. »Unterm Strich muss es eine tatsächliche Verbesserung zur bestehenden Rechtslage geben, sonst ist die Änderung für mich nicht zustimmungsfähig.«

»Die geplanten Verschärfungen des Asylrechts auf europäischer Ebene sind nicht akzeptabel«, sagte Sebastian Roloff, Chef der linken Gruppierung DL21 in der SPD-Fraktion. Die Idee der »Auffanglager« an den EU-Außengrenzen habe einst Horst Seehofer (CSU) als Bundesinnenminister vorangetrieben. »Eine sozialdemokratische Innenministerin darf Seehofers Plan für Auffanglager doch nicht unterstützen«, findet Roloff.

Entscheidung am Donnerstag?

Zuvor hatten sich bereits rund 730 Mitglieder der Grünen in einem Schreiben gegen die Reform gewendet. Darin wirft die Basis ihrer eigenen Führung vor, mit der grundsätzlichen Zustimmung zu den Vorschlägen der EU-Kommission für eine Asylreform von den Grundsätzen der Partei abzurücken.

Am Donnerstag kommen in Luxemburg die EU-Innenministerinnen und -minister zusammen, um über die geplante Asylreform zu beraten. Es geht unter anderem um die Frage, ob ein Teil der Verfahren schon an den EU-Außengrenzen abgewickelt werden soll. Die Bundesregierung hat dem grundsätzlich zugestimmt, will aber verhindern, dass Minderjährige und Familien mit Kindern diese Schnellverfahren durchlaufen müssen.

Ob es bei dem Treffen tatsächlich zu einer Einigung kommt, ist jedoch unklar. Es könnte klappen, sie könne dies jedoch »nicht garantieren«, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Montag. Dem Vernehmen nach könnte die Entscheidung auch auf eine Sondersitzung in zwei Wochen vertagt werden.

cte/wow

Graphic

dpa - Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Samos, 2021

Load-Date: June 6, 2023

US-Regierung verklagt Texas wegen schwimmender Mauer gegen Migranten

SPIEGEL ONLINE

25. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Grenzfluss Rio Grande

Length: 463 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: Das Weiße Haus hatte das Bollwerk schon als »grausam« verurteilt nun geht das US-Justizministerium gegen die Schwimmblockade in Texas vor. Per Zivilklage soll die Bojenkette gestoppt werden.

Body

Wieder einmal wird die US-Südgrenze zum Politikum. Die Regierung in Washington hat juristische Schritte gegen den Bundesstaat Texas wegen einer aufsehenerregenden Maßnahme gegen **Migranten** eingeleitet. Wie das Justizministerium am Montag mitteilte, reichte es eine Zivilklage gegen die Verlegung einer schwimmenden Barriere auf dem Fluss Rio Grande ein.

Der konservative republikanische Gouverneur Greg Abbott hatte auf der bei Migranten beliebten Wassergrenze von Mexiko nach Texas veranlasst, über mehrere Hundert Meter orangerote Bojen in der Größe von Abrissbirnen zu verlegen. Damit soll verhindert werden, dass Menschen über den Rio Grande auf US-Territorium schwimmen.

Die zuständige Staatsanwältin Vanita Gupta argumentierte, die texanische Regierung habe gegen geltendes Recht verstoßen, weil sie für die Barriere keine Genehmigung Washingtons eingeholt habe. Zudem stelle diese eine Bedrohung für die Schifffahrt und die öffentliche Sicherheit dar und habe zu einer diplomatischen Protestnote der mexikanischen Regierung geführt.

Das Justizministerium will mit der Klage den Rückbau der Bojen erwirken. Das Weiße Haus bezeichnete Gouverneur Abbotts Vorgehen als »grausam« und als »politischen Stunt«. Die Biden-Regierung betonte, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte so niedrig sei wie seit zwei Jahren nicht mehr.

Angesichts hoher Zuwanderungszahlen vor allem an der Landgrenze nach Mexiko hatte die Regierung von US-Präsident Joe Biden zahlreiche Maßnahmen erlassen, um dem Andrang entgegenzusteuern. Migranten, die in die USA wollen, müssen nun über eine App einen Termin bei der Grenzbehörde buchen. Doch es werden nur begrenzt Termine freigeschaltet und viele Menschen berichten, die Software sei überlastet.

Migration wird wichtiges Wahlkampfthema

Die US-Regierung hat zudem zusätzliches Personal an die Grenze geschickt. Ende April hatte die US-Regierung angekündigt, unter anderem in Kolumbien und Guatemala Migrationszentren zu eröffnen und die Erstregistrierung

US -Regierung verklagt Texas wegen schwimmender Mauer gegen Migranten

von Asylsuchenden dorthin zu verlagern. Man wolle den Menschen auf diese Weise die oft gefährliche Reise zur Grenze der USA »ersparen«, hieß es.

Seit 2021 waren die Zahlen der illegalen Übertritte auf US-Territorium von Mexiko aus auf bis zu 250.000 pro Monat angewachsen. Im Juni belief sich diese Zahl auf knapp 145.000. Das Thema Migration polarisiert in den USA, Republikanerinnen und Republikaner werfen der Biden Regierung eine »Politik der offenen Tür vor«. Abbott und andere Politiker richten mit teilweise populistischen Aktionen immer wieder die Aufmerksamkeit auf die Lage.

Auch im nahenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2024 dürfte das Thema eine wichtige Rolle spielen. Die Republikaner hatten in der Vergangenheit immer wieder mit PR-Stunts an der Grenze um Stimmen gebuhlt.

jok/dpa

Graphic

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Bauarbeiten an der schwimmenden Barriere am Rio Grande (am 11. Juli)

Load-Date: July 24, 2023

End of Document

Meloni beschwert sich bei Scholz über Unterstützung für Seenotrettung

SPIEGEL ONLINE

25. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flüchtlingshilfe

Length: 317 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Mehrere Hunderttausend Euro überweist Berlin in Kürze an deutsche Seenotretter. Italiens Regierungschefin fühlt sich deswegen übergangen und schreibt einen bösen Brief.

Body

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat sich in einem Brief bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen deutscher Gelder für zwei Organisationen beschwert, die **Flüchtlingshilfe** in ihrem Land leisten.

In einem Schreiben, über das italienische Medien am Montag berichteten, erklärte die ultrarechte Regierungschefin, dass Hilfe an Land besser in Deutschland als in Italien geleistet werden sollte. Die Bundesregierung zeigte sich demonstrativ gelassen.

»Ich habe mit Erstaunen erfahren, dass Ihre Regierung, ohne sich mit der italienischen Regierung abzustimmen, beschlossen hat, erhebliche Mittel für Nichtregierungsorganisationen bereitzustellen, die an der Aufnahme von irregulären Migranten auf italienischem Gebiet und in der Rettung im Mittelmeer arbeiten«, schrieb Meloni in ihrem am Samstag datierten Brief an Scholz. EU-Länder, die Italien helfen wollten, sollten sich besser auf »strukturelle Lösungen« wie die Zusammenarbeit mit Transitländern konzentrieren, um die Einreisen zu stoppen.

Die Regierungschefin wiederholte überdies den Vorwurf, dass Seenotrettungsorganisationen einen »Pull-Faktor« für Migranten bei der Überfahrt des Mittelmeers von Nordafrika darstellten. Nichtregierungsorganisationen weisen dieses Argument zurück.

Misstöne zwischen Rom und Berlin

Das Auswärtige Amt hatte am Freitag darauf verwiesen, dass damit ein Beschluss des Bundestags umgesetzt werde. Das erste Geld – jeweils zwischen 400.000 und 800.000 Euro – solle »in Kürze« ausgezahlt werden, an ein Projekt zur Versorgung an Land und ein Projekt zur Rettung auf See. Eine der Organisationen ist SOS Humanity.

Die Regierung in Rom hatte bereits in den vergangenen Tagen immer härtere Töne gegen Berlin angeschlagen. Italiens Verteidigungsminister Guido Crosetto sprach etwa von einem »sehr schwerwiegenden« Verhalten. Crosetto gehört wie Meloni zur ultrarechten Regierungspartei Fratelli d'Italia.

sol/dpa/AFP

Meloni beschwert sich bei Scholz über Unterstützung für Seenotrettung

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Geflüchtete aus Ukraine ziehen häufig in mittelgroße Städte

SPIEGEL ONLINE

06. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Angespante Wohnungsmärkte

Length: 438 words

Byline: Maria Marquart

Highlight: Die Unterbringung von Geflüchteten stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Einer Analyse zufolge meiden vor allem Menschen aus der Ukraine überlaufene Regionen.

Body

In Deutschlandsuchten im vergangenen Jahr so viele Menschen Schutz oder eine bessere Perspektive wie seit Jahren nicht mehr. Auch aus der Ukraine kamen 2022 rund eine Million Geflüchtete. Eine Studie legt nahe, dass sie eher auf die teils sehr angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt reagieren.

Denn aus der Ukraine geflüchtete Menschen ziehen besonders häufig in mittelgroße deutsche Städte. Dort sind oft leichter und günstiger Wohnungen zu finden.

Laut einer Studie des Marktforschungsinstituts Empirica Regio, woraus die Zeitungen der Funke Mediengruppe zitieren, sind bei geflüchteten Ukrainern relativ zur Gesamtbevölkerung gesehen vor allem mittelgroße Städte wie Baden-Baden, Hof, Schwerin, Gera, Chemnitz, Bremerhaven und Halle an der Saale beliebt.

Anders als in den großen Metropolen, die bei der Gesamtbevölkerung am gefragtsten sind, finden die Geflüchteten in vielen mittelgroßen Städten verhältnismäßig entspannte Wohnungsmärkte vor.

So habe in Chemnitz der Leerstand im Jahr 2021 9,0 Prozent betragen. Auch Schwerin (8,3 Prozent), Gera (7,7 Prozent) und Halle an der Saale (7,5 Prozent) hatten vergleichsweise hohe Leerstandsquoten.

In Baden-Baden fiel der Leerstand allerdings schon 2021 mit nur 1,3 Prozent gering aus. In der Stadt gebe es »bereits eine große Gruppe von Menschen mit russischer und auch ukrainischer Staatsangehörigkeit. Insofern lässt sich die Annahme treffen, dass Netzwerkeffekte eine große Rolle spielen«, sagte Empirica Regio-Geschäftsführer Jan Grade den Funke-Zeitungen.

In Deutschland hatten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr.

Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren knapp 47 Prozent mehr als 2021.

Die rund eine Million Geflüchteten aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen. Sie erhalten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz.

Geflüchtete aus Ukraine ziehen häufig in mittelgroße Städte

Viele Kommunen sehen sich der großen Zahl an Menschen nicht mehr gewachsen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat deshalb ein neues Spitzentreffen angekündigt. Im Oktober hatte es bereits einen Flüchtlingsgipfel von Innenministerin Faeser mit Vertretern von Ländern und Kommunen gegeben.

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein(CDU) sagte in der ARD-Sendung »Bericht aus Berlin«, sein Eindruck sei, dass es in Berlin überhaupt nicht angekommen sei, in welcher schwieriger Lage die Länder und Kommunen seien. »Der Bundeskanzler muss das jetzt zur Chefsache machen. Der Druck ist enorm«, forderte Rhein.

mmq/AFP/dpa

Graphic

dpa - Unterkunft in Berlin: Geflüchtete meiden überlaufene Städte

Load-Date: February 6, 2023

Texas fliegt Migranten von der mexikanischen Grenze nach Chicago

SPIEGEL ONLINE

21. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über Einwanderungspolitik

Length: 313 words

Byline: Evelin Ruhnow

Highlight: Der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, hat mehr als 120 Menschen per Flugzeug nach Chicago bringen lassen. Der Streit mit der Biden-Regierung über den Umgang mit Migranten erreicht damit eine neue Eskalationsstufe.

Body

Der republikanische Gouverneur Greg Abbott verschärft seinen Migrationskurs erneut: In Texas ist erstmals ein Flugzeug abgehoben, das mehr als 120 Migranten von der Grenze zwischen den USA und Mexiko nach Chicago transportiert hat, berichtet die Nachrichtenagentur AP.

Abbott hatte bereits seit dem vergangenen Jahr mehr als 80.000 Migranten mit kostenlosen Busfahrten in demokratisch regierte Städte gebracht. Der nun erfolgte erste Flug startete von El Paso aus und landete am Dienstag in Chicago, gab Abbotts Büro an. Eine Woche zuvor hatte der Stadtrat von Chicago Maßnahmen gegen das Eintreffen von Bussen mit Migranten beschlossen, was wiederum eine scharfe Kritik von Bürgermeister Brandon Johnson hervorgerufen hatte.

Laut Angaben der Stadt hätten Busunternehmen versucht, Menschen in benachbarten Städten abzusetzen, um drohenden Geldstrafen oder Beschlagnahmen zu entgehen. Auf Busbetreiber könnten in Chicago künftig härtere Strafen zukommen, wenn sie Neuankömmlinge nicht an einem dafür vorgesehenen Ort absetzen oder es versäumen, die städtischen Dokumente auszufüllen.

Die Flüge seien das Resultat von Johnsons »Angriff auf Migrantenbusse«, sagte Abbotts Sprecher, Andrew Mahaleris. Das erste Flugzeug startete nur einen Tag, nachdem Abbott ein neues Gesetz über schärfere Migrationsregeln unterzeichnet hatte. Das Gesetz erlaubt der Polizei des US-Bundesstaates Texas künftig die Festnahme irregulär eingereister Migranten. Außerdem sollen texanische Gerichte die Befugnis erhalten, Abschiebungen anzuordnen.

Das Gesetz steht im klaren Widerspruch zu der demokratischen Einwanderungspolitik der Regierung in Washington. »Bis Präsident Biden einschreitet und seine Arbeit zur Sicherung der Grenze macht, wird Texas weiterhin historische Maßnahmen ergreifen, um unseren lokalen Partnern zu helfen, auf diese von Biden verursachte Krise zu reagieren«, sagte Mahaleris.

eru/AP

Texas fliegt Migranten von der mexikanischen Grenze nach Chicago

Load-Date: December 21, 2023

End of Document

»Nicht vermittelbar, dass der Bund die Länder mit der Last alleine lässt«

SPIEGEL ONLINE

15. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bremer SPD-Bürgermeister über Flüchtlingskosten

Length: 519 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Auch die SPD-geführten Ländern machen Druck auf Kanzler Scholz: Vor der Ministerpräsidentenkonferenz fordert der Bremer Bürgermeister Bovenschulte deutlich mehr Geld, um die Flüchtlinge integrieren zu können.

Body

Am Donnerstag tagen die Ministerpräsidenten in Berlin. Brisantestes Thema ist angesichts der deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen die Verteilung der Kosten. Aus den unionsgeführten Ländern gibt es massive Kritik an der Bundesregierung. Aber auch SPD-Regierungschefs fordert mehr Geld aus Berlin. »Länder und Kommunen sind weiterhin bereit, ihren Beitrag zur Integration der Geflüchteten zu leisten, also Unterkünfte und Wohnungen zur Verfügung zu stellen, Kita- und Schulplätze«, sagte der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) dem SPIEGEL. »Sie kommen dabei aber zunehmend an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.«

»Ich erwarte deshalb, dass der Bund nicht nur die Kosten der Unterkunft vollständig übernimmt, sondern wie 2015 auch eine Pro-Kopf-Pauschale für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden«, sagte Bovenschulte. »Diese Pauschale hat sich 2015 sehr bewährt.«

Im Jahr 2022 sind mit knapp einer Millionen Menschen mehr Flüchtlinge nach Deutschland gekommen als je zuvor. Selbst 2016 waren es mit knapp 750.000 Menschen deutlich weniger.

Angesichts des andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dem erhöhten Zuzug von Flüchtlingen aus anderen Teilen der Welt wünschen die Länderchefs sich ein ähnliches Engagement von der Bundesregierung wie 2015/16. »Damals hatte der Bund die Integration der Geflüchteten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und sich alleine im Jahr 2016 mit neun Milliarden Euro an den Kosten beteiligt«, sagte Bovenschulte.

»Es ist nicht vermittelbar, dass der Bund heute, bei weitaus höheren Zuzügen, die Länder und Kommunen mit der Integrationslast weitgehend alleine lässt«, kritisierte der Sozialdemokrat. »Im laufenden Jahr wird er voraussichtlich nicht einmal drei Milliarden Euro übernehmen, das ist ein Bruchteil der tatsächlich anfallenden Kosten.«

Flüchtlingsgipfel am 10. Mai

»Nicht vermittelbar, dass der Bund die Länder mit der Last alleine lässt«

Bei ihrem Treffen am Donnerstag wollen die Länder auf ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes in der Flüchtlingspolitik dringen. Das geht aus einem Entwurf für die Beschlussvorlage hervor, der dem SPIEGEL vorliegt. Das Dokument stellt die Empfehlung der Chefs der Staats- und Senatskanzleien an die Länderchefs dar.

Darin wird kritisiert, die vom Bund zugesagte finanzielle Unterstützung sei bislang nicht in vollem Umfang umgesetzt. Man bitte den Bund dringend, die für 2023 zugesagten Bundesmittel »kurzfristig zur Verfügung zu stellen«. Zudem fordern die Länder, der Bund müsse sich deutlich über die bisherigen Zusagen hinaus finanziell einbringen, »damit Länder und Kommunen die Herausforderungen durch Flucht und Migration weiterhin bewältigen können«.

Zudem soll der Bund sich verstärkt bei der Unterbringung von Geflüchteten einbringen. Konkret geht es um Gebäude, die dafür zur Verfügung gestellt werden könnten. Eine entsprechende Zusage habe der Bund bislang nur unzureichend erfüllt.

Zumindest der Termin für eine Sonder-MPK zum Thema Flüchtlinge steht nun. Nach SPIEGEL-Informationen treffen die Ministerpräsidenten Kanzler Olaf Scholz am 10. Mai. Zuerst hatte das Nachrichtenportal »The Pioneer« darüber berichtet.

cte/fin/ssi

Graphic

picture alliance/dpa - Bremer Bürgermeister Bovenschulte: »Länder kommen an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit«

Load-Date: March 15, 2023

»Viele Städte sind am Limit«

SPIEGEL ONLINE

16. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Appell vor Flüchtlingsgipfel

Length: 725 words

Byline: Anna-Lena Abbott

Highlight: Bei der Unterbringung von Geflüchteten kommt es zu Engpässen. Deshalb lädt Innenministerin Nancy Faeser heute nach Berlin zum Flüchtlingsgipfel. Die Erwartungen sind riesig die Ministerin dämpft sie schon im Vorfeld.

Body

Neue Regeln für die Verteilung von Asylbewerbern, mehr Katastrophenhilfe im Erdbebengebiet und eine schnelle Unterstützung der Kommunen: Mit diesen Erwartungen geht der Deutsche Städtetag zum Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium. »Viele Städte sind am Limit und benötigen dringend mehr Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten«, sagte der **Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Eckart Würzner**, der Nachrichtenagentur dpa.

In der aktuellen Situation reiche es nicht, wenn Bund und Länder erst rund um Ostern über weitere finanzielle Unterstützung für die Kommunen sprechen – zumal jetzt schon klar sei, dass die zugesagten Mittel für 2023 nicht ausreichen würden. »Auch die Integrationskosten, zum Beispiel für Kita und Schule, sind bisher mit keinem Cent eingepreist«, kritisierte der parteilose Oberbürgermeister von Heidelberg.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat für Donnerstag Vertreterinnen und Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sprechen. Damit reagiert sie auch auf Hilferufe aus einigen Kommunen. Faeser war im Oktober schon einmal mit Vertretern von Ländern und Kommunen zu einem Spitzentreffen zum Thema Flüchtlinge zusammengetroffen.

Auch der **Landrat des südhessischen Kreises Bergstraße, Christian Engelhardt (CDU)**, erklärte im Vorfeld des heutigen Treffens: »Wir sind am Limit. Uns fehlt der Raum, um die Menschen anständig unterzubringen. Uns fehlt der Raum, in dem die Kinder lernen können.«

Etwa 50 Prozent von denen, die aus Drittstaaten in den Landkreis kamen, hätten eigentlich keine Bleibeperspektive, sagte Engelhardt am Mittwochabend in der Sendung »RTL Direkt«. »Der Bund muss dafür sorgen, dass am Ende nur die Menschen bei uns ankommen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bleiben dürfen.«

»Viele Städte sind am Limit«

Die **schleswig-holsteinische Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne)** sagte, sie erwarte »einen Gipfel der echten Lösungen«. Länder und Kommunen bräuchten jetzt »feste Finanzierungszusagen, die den aktuellen Herausforderungen gerecht werden«. Außerdem erwarte sie ein klares Signal für mehr Integration, sagte Touré, die an dem Gipfeltreffen in Berlin teilnimmt. »Der Bund muss sich klar dazu bekennen, seine Integrationskurse auszubauen.« Allein in Schleswig-Holstein fehlten derzeit fast 10.000 Plätze.

Auch **Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU)** äußerte konkrete Erwartungen an Faeser. Der Bund müsse nun umgehend mietfreie Immobilien zur Verfügung stellen, die auch ohne große Instandsetzungen bezogen werden könnten. »Das letzte Angebot von Frau Faeser war da in großen Teilen nicht zu gebrauchen.«

Der Bund müsse außerdem die Unterbringungskosten der Kommunen ab sofort wieder vollständig übernehmen. Der Personalmangel etwa bei Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern lasse sich mit Geld jedoch nicht beheben. »Wir werden langfristig an einer Migrationsbremse nicht vorbeikommen.« Mehr Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber und eine spürbare Verringerung der Zugangszahlen seien notwendig.

Ähnlich klang das bei **Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU)**: »Ich erwarte endlich Taten bei der Begrenzung der illegalen Zuwanderung«, sagte er dem »Handelsblatt«. Herrmann sprach von der Notwendigkeit eines unmissverständlichen Signals, dass es keine weiteren Aufnahmeprogramme mehr gebe. Mit Blick auf die Flüchtlingskosten forderte Herrmann eine größere Beteiligung des Bundes und sagte: »Irgendwie Durchwursteln geht nicht mehr.« Weitere Bundeshilfen in Höhe von acht Milliarden Euro halte er für angemessen.

Faeser dämpft vor Flüchtlingsgipfel Erwartungen an den Bund

Die Erwartungen der Länder und Kommunen an zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Bund dämpfte Faeser bereits im Vorfeld: »Allein im Jahr 2022 hat der Bund die Länder und Kommunen finanziell mit 3,5 Milliarden Euro unterstützt. Für dieses Jahr haben wir weitere 2,75 Milliarden Euro vereinbart«, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

»Der Bundeskanzler hat diese Milliardenhilfen mit den Ministerpräsidenten verhandelt und ich habe von Beginn des Krieges an die Aufnahme gemeinsam mit meinen Länderkolleginnen und -kollegen koordiniert.« Faeser betonte: »Genauso werden wir weiter handeln und pragmatische Lösungen finden, um die vielerorts angespannte Unterbringungssituation zu lösen.«

aar/dpa

Graphic

IMAGO/Jürgen Held - Am Berliner Hauptbahnhof werden Hilfsgüter an Flüchtlinge aus der Ukraine verteilt

Load-Date: February 16, 2023

Flüchtlingschiff im Mittelmeer verunglückt 73 Vermisste vermutlich tot

SPIEGEL ONLINE

15. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vor Libyens Küste

Length: 205 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass Dutzende Menschen beim Versuch gestorben sind, mit dem Schiff von Libyen nach Europa zu gelangen. Nur sieben schafften es, sich zurück an die Küste zu retten.

Body

Ein Schiff ist vor der Küste Libyens verunglückt. Mindestens 73 Personen, die nach Europa gelangen wollten, werden nach Angaben der Vereinten Nationen vermisst. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wird angenommen, dass die Vermissten bei der versuchten Überfahrt gestorben sind.

Der Schiffbruch ereignete sich demnach am Dienstag, nachdem die Gruppe östlich der libyschen Stadt Tripolis aufgebrochen war. Die libyschen Behörden fanden demnach bereits elf Leichen. Sieben Menschen hätten es unter »widrigsten Bedingungen« zurück an Land geschafft. Sie würden nun in einem Krankenhaus behandelt.

IOM geht davon aus, dass damit in diesem Jahr bereits mehr als 130 Menschen bei der versuchten Flucht von Libyen über das Mittelmeer ihr Leben verloren haben. 2022 waren es insgesamt mehr als 1450 Todesfälle. Libyen ist in den vergangenen Jahren zu einer der Hauptrouten für Migranten aus Afrika und dem Mittleren Osten auf dem Weg nach Europa geworden.

Das Land, jahrzehntelang von Diktator Muammar al-Gaddafi regiert, war in der Folge des Arabischen Frühlings ins Chaos gestürzt und ist für Migranten extrem gefährlich. Verschiedene rivalisierende Gruppierungen und Milizen konkurrieren um die Macht im Land.

fek/dpa

Graphic

IMAGO/NurPhoto - Die Internationale Organisation für Migration (IOM) nimmt an, dass die Vermissten bei der versuchten Überfahrt gestorben sind

Flüchtlingsschiff im Mittelmeer verunglückt 73 Vermisste vermutlich tot

Load-Date: February 15, 2023

End of Document

Touré plädiert für Anerkennung weiblicher Genitalverstümmelung als Asylgrund

SPIEGEL ONLINE

19. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Schleswig-holsteinische Grünenpolitikerin

Length: 270 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Weltweit sind Millionen Frauen betroffen, hierzulande mehr als hunderttausend: Aminata Touré drängt darauf, geschlechtsspezifische Gewalt als **Asylgrund** anzuerkennen, darunter die Verstümmelung weiblicher Genitalien.

Body

Millionen Frauen und Mädchen weltweit sind von Genitalverstümmelung betroffen. Nun hat Schleswig-Holsteins Gleichstellungsministerin Aminata Touré (Grüne) auf die uneingeschränkte Anerkennung dieser Praxis als **Asylgrund** in Deutschlandgedrängt. Wenn die Bundesregierung die Istanbul Konvention vorbehaltlos umsetzen wolle, bedeute dies, »dass die Rechte von **geflüchteten** Frauen und Mädchen nun auch stärker Berücksichtigung finden müssen und geschlechtsspezifische Gewalt als **Asylgrund** anerkannt werden muss«, sagte die Grünenpolitikerin der »Neuen Osnabrücker Zeitung«.

Touré sprach sich zudem dafür aus, Frauen und Mädchen besser über ihre Rechte aufzuklären. »Schon allein die Tatsache, dass viele Betroffene ihre Rechte nicht genau kennen oder sich nicht trauen, das Thema offen anzusprechen, kann ihre Chancen im Asylverfahren verringern.« Mitarbeiter im Bundesamt für Migration sollten daher besonders geschult werden, um sensibel auf die Situation der Frauen einzugehen, so Touré.

Mehr als 100.000 Betroffene allein in Deutschland

Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes ging im vergangenen Jahr von mehr als 100.000 genitalverstümmelten Mädchen und Frauen in Deutschland aus. Weitere mehr als 17.000 würden als gefährdet gelten, hieß es damals von der Organisation.

Angabendes Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Berufung auf Zahlen des Uno-Kinderhilfswerk Unicefzufolge sind weltweit etwa 200 Millionen Frauen und Mädchen von Genitalverstümmelung betroffen. Millionen weitere Mädchen sind jedes Jahr dem Risiko ausgesetzt, Opfer dieser Praktik zu werden.

col/AFP/dpa

Graphic

IMAGO/penofoto - Grünenpolitikerin Aminata Touré

Load-Date: July 19, 2023

End of Document

Union schneidet Aussage über Zahnarztbesuche aus Merz-Video

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Umstrittener TV-Auftritt

Length: 450 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Im Fernsehen irritierte CDU-Chef Merz mit einer Aussage zu Zahnarztbesuchen von Asylbewerbern. Seine Fraktion veröffentlichte im Anschluss ein Video seines Auftritts in bereinigter Fassung.

Body

Es ist ein Satz, der Wellen schlug: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine«: Das waren die Worte, die CDU-Chef Friedrich Merz am Mittwochabend im Fernsehsender »Welt« mit Blick auf abgelehnte Asylbewerber wählte. Viele Nutzerinnen und Nutzer in sozialen Netzwerken warfen Merz daraufhin Populismus auf dem Rücken von Geflüchteten vor, SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert nannte die Äußerungen im Gespräch mit dem SPIEGEL »unprofessionell und gefährlich«.

Erstaunlich ruhig ist es aufseiten der Union gerade die Riege von Ministerpräsidenten wie Vorstandsmitgliedern hält sich mit Solidaritätsbekundungen für den Chef weitgehend zurück.

Dass möglicherweise nicht alle in der Union Merz' Aussagen unterstützen, legt nun auch ein Video nahe, das die CDU/CSU-Fraktion im Anschluss an die Sendung in sozialen Medien postete.

In dem Mitschnitt ist zu sehen, wie Merz folgende Sätze sagt: »Wir müssen uns über die Pull-Faktoren hier in Deutschland unterhalten. Und da bestreitet Ihre Partei, dass es überhaupt welche gibt. Aber die gibt es, und zwar massiv, sodass die Leute in der großen Zahl hierherkommen.« Weitergehen müsste es nun eigentlich mit der umstrittenen Aussage über abgelehnte Asylbewerber beim Arzt.

Aber das tut es nicht.

Stattdessen gibt es einen Schnitt und Merz ist zu hören mit dem Satz, den er im Anschluss von sich gegeben hat: »Was Sie hier machen, ist eine Katastrophe für dieses Land.«

Auf der Plattform X, früher Twitter, hinterließ das keinen guten Eindruck zahlreichen Nutzerinnen und Nutzer fiel der ungelinkte Schnitt auf. »Warum habt ihr den Zahnarzt rausgenommen?«, schreiben sie. Oder: »Euch ist euer Vorsitzender selbst peinlich.«

Union schneidet Aussage über Zahnarztbesuche aus Merz-Video

Auf diese Kommentare der Diskutanten geht das Social-Media-Team der Fraktion nicht weiter ein veröffentlicht aber wenig später ein zweites Video: Es zeigt dieselbe Sequenz, aber diesmal vollständig. Ohne Schnitt. Begründet wird die Wendung damit, dass nun »alle über Gesundheitspolitik und Migration sprechen«.

Warum postet die Unionsfraktion zweimal dasselbe Video ihres Vorsitzenden einmal mit und einmal ohne dessen kontroverse Aussage? Weil auf einmal alle über Gesundheitspolitik und Migration sprechen?

Ein Sprecher der Unionsfraktion bestätigte dem SPIEGEL den Vorgang, wollte sich aber nicht weiter dazu äußern. Das tat er oder ein Kollege aber wiederum gegenüber der »Bild«-Zeitung: »Wir haben eine kernige Aussage, die die Regierung attackiert, zusammengeschnitten. Zu dem Zeitpunkt, als wir das Video hochgeladen haben, gab es die Zahnarzt-Diskussion noch gar nicht«, wird dort aus der Unionsfraktion zitiert.

Anders gesagt: Der Satz war wohl zu langweilig.

sol

Load-Date: September 28, 2023

Mexikanische Polizei befreit 123 Migranten aus Lkw-Anhänger

SPIEGEL ONLINE

10. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flucht aus Süd- und Mittelamerika

Length: 306 words

Byline: Maximilian Rau

Highlight: Mit Hilfeschreien machten sie auf sich aufmerksam: In Mexiko sind mehr als 100 Migranten aus einem verschlossenen Anhänger gerettet worden.

Body

In Mexiko sind 123 Migranten aus dem verschlossenen Anhänger eines Lastwagens befreit worden. Die Menschen, darunter 34 Kinder und Jugendliche, seien in der Stadt Matehuala im zentralen Bundesstaat San Luis Potosí gefunden worden, teilte das Nationale Institut für Migration mit. Die Polizei sei wegen Hilfeschreien aus dem Container alarmiert worden.

Die Migranten stammten aus den mittelamerikanischen Ländern Guatemala, Nicaragua, Honduras und El Salvador sowie aus Ecuador in Südamerika und dem Karibikstaat Kuba. Mexiko liegt auf der Migrationsroute von Menschen, die versuchen, in die USA zu gelangen.

Am selben Tag hatte die Polizei in der Stadt Ciudad Juárez drei mutmaßlichen Schleuser festgenommen, nachdem sie elf Migranten aus Guatemala in einem Haus aufgefunden hatte. Der Staatsanwalt des Bundesstaates Chihuahua hat Ermittlungen gegen die Verdächtigen eingeleitet, von denen zwei erst 16 Jahre alt sind.

Entführung und Erpressung sind bekannte Gefahren für Migranten, die durch Mexiko nach Norden reisen, und viele von ihnen sind auf Zahlungen an örtliche Banden angewiesen, um eine sichere Weiterreise zu gewährleisten. Am Mittwoch hatte eine aus Guatemala kommende Gruppe eine Autobahn in der Nähe der Stadt Huixtla im Süden Mexikos blockiert aus Angst, von Kriminellen angegriffen zu werden, wenn sie weitergingen. Am Donnerstag setzten sie die Blockade in der Hoffnung fort, die mexikanischen Behörden würden ihnen vorläufige Dokumente ausstellen, um ihnen die Reise zur US-Grenze zu ermöglichen.

Sowohl die USA als auch Mexiko waren in diesem Jahr mit einer immer größeren Zahl von Geflüchteten konfrontiert, die nach Norden reisten. Nach Angaben der panamaischen Regierung haben im Jahr 2023 mehr als 400.000 Menschen den Darién-Dschungel von Kolumbien nach Panama durchquert. 2022 waren es noch 250.000 Menschen.

max/AP/dpa

Mexikanische Polizei befreit 123 Migranten aus Lkw-Anhänger

Load-Date: November 10, 2023

End of Document

Sie schaffte es nach Italien und kehrte kurz darauf wieder zurück nach Afrika

SPIEGEL ONLINE

04. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migrantin aus Ghana

Length: 1375 words

Byline: Bartholomäus Grill

Highlight: Fati Halidu überlebte die Flucht nach Europa, doch dort hielt sie es nicht lange aus. Zurück in ihrer Heimat Ghana schlug ihr deshalb Wut und Kritik entgegen. Eine afrikanische Regisseurin hat darüber eine Doku gedreht.

Body

Eine Woche dauerte Fati Halidus lebensgefährliche Bootsfahrt übers Mittelmeer, dann erreichte die **Migrantin** aus Ghana ihr langersehntes Ziel: Italien. Doch nach einem halben Jahr in einem **Flüchtlingslager** kehrte sie desillusioniert in ihre Heimat zurück. Dort wurde sie von ihren Verwandten und Nachbarn mit Vorwürfen überhäuft und als Versagerin stigmatisiert.

Der Dokumentarfilm »Fatis Rückkehr« zeichnet ihre bitteren Erfahrungen nach. Er entstand im Rahmen des Projekts »Generation Afrika«, das vom südafrikanischen Produzenten Don Edkins koordiniert wurde und 25 Dokumentationen und Kurzfilme aus 17 afrikanischen Staaten umfasst.

Die Kollektion nimmt unter dem Motto »**Migration** neu erzählen« eine ausschließlich afrikanische Perspektive ein. Erstmals schildern Filmtalente aus Nigeria, Gambia, Mali, Simbabwe und anderen Ländern Motive, Hoffnungen und Sehnsüchte von jungen Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen.

»Fatis Rückkehr« erhielt nach Angaben der Projektleitung die meisten Rückmeldungen der Zuschauerinnen und Zuschauer. Die 42-minütige Dokumentation wurde von Fatimah Dadzie gedreht, die am National Film and Television Institute in Accra studiert hat. Im Interview beschreibt die 40-Jährige, warum viele Menschen in Ghana ein verzerrtes Bild von Europa haben und der Druck auf die **Migrantinnen** und **Migranten** so groß ist.

SPIEGEL: Ihre Protagonistin Fati Halidu hatte die gefährliche Reise durch die Saharane nach Libyen geschafft, dann riskierte sie bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben und erreichte Italien. Warum ist sie sechs Monate später wieder nach Ghana zurückgekehrt?

Dadzie: Fati dachte, sie sei endlich im Paradies angekommen, aber sie merkte schon bald, dass das eine Selbsttäuschung war. Sie konnte sich nicht frei bewegen und erlebte rassistische Ablehnung. Wenn sie zum Beispiel im Bus fuhr, wollte niemand neben ihr Platz nehmen. Fati spürte, dass sie in Italien nicht willkommen war. Auch ihre Hoffnung, schnell Geld zu verdienen, um einen Teil nach Hause zu senden, erfüllte sich nicht.

Sie schaffte es nach Italien und kehrte kurz darauf wieder zurück nach Afrika

SPIEGEL:Lag das an ihrem Status als irreguläre Migrantin?

Dadzie:So ist es. Fati scheiterte an den bürokratischen Hindernissen, sie bekam keine Aufenthaltsgenehmigung. Und als sie dann im Auffanglager Fenoglio unweit von Turin landete, war sie schockiert über die Zustände im Camp. Die Enge, die mangelnde Hygiene, die Aussichtslosigkeit. Sie kam sich vor wie in einer Falle und verlor die Hoffnung.

SPIEGEL:Haben diese Umstände Fati Halidu dazu gebracht, umzukehren?

Dadzie:Absolut. Aber es gab auch andere Faktoren. Sie war desillusioniert und hatte Heimweh. Sie sehnte sich nach ihren Kindern, die sie hatte zurücklassen müssen.

SPIEGEL: Bei der Ankunft in Ghana wurde sie nicht freundlich empfangen.

Dadzie:Ihre Eltern waren enttäuscht, denn sie hatten hohe Erwartungen gehabt. Fati ist die Erstgeborene, sie musste die Verantwortung übernehmen, die normalerweise dem ältesten Sohn aufgebürdet wird. Dass sie die Überfahrt nach Italien geschafft hatte, brachte der Familie sogar soziales Ansehen. Die Eltern und jüngeren Geschwister hatten fest damit gerechnet, dass Fati regelmäßig Geld aus Europa überweisen würde, um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Und nun kam sie mit leeren Händen zurück.

SPIEGEL:Sie haben offenbar nicht verstanden, was ihre Tochter durchgemacht hat?

Dadzie: Ja. Die Verwandten und Freunde wollten einfach nicht glauben, dass Europa so ist, wie Fati es beschrieb. Sie haben die trügerische Vorstellung, dass dort alle Einwanderer Arbeit finden und ein gutes Leben führen können.

SPIEGEL:In Ihrer Dokumentation kommen auch Freundinnen zu Wort, die Fati als Versagerin abstempeln.

Dadzie:Fati musste sich selbst von guten Freundinnen immer wieder die gleichen Vorwürfe anhören: Du hattest das Glück, deinem Leben eine andere Richtung zu geben. Warum hast du diese Chance weggeworfen? Wie konntest du ein so hohes Risiko eingehen und dann die Gelegenheit nicht nutzen? Ein jüngerer Bruder sagte sogar: »Es wäre besser gewesen, wenn du erst gar nicht losgezogen wärst, denn du hast überhaupt nichts erreicht.«

SPIEGEL:Warum brachten selbst ihre nächsten Angehörigen so wenig Verständnis für Fatis Entscheidung auf?

Dadzie:Weil die Familie Geld zusammengelegt hatte, um ihre Reise zu finanzieren. Es war eine Art Investment, das sich am Ende nicht ausgezahlt hat.

SPIEGEL:Hat Fati Halidu ihre Rückkehr bedauert?

Dadzie:Oh ja! Sie hat oft bedauert, mit leeren Händen heimgekehrt zu sein. Ihr Mann, dem sie nach Italien gefolgt war, hat sich nach ihrer Abreise aus Europa von ihr getrennt. Sie fragte sich, ob sie die richtige Entscheidung getroffen hatte. Denn sie wurde jeden Tag bombardiert mit Vorwürfen. Und es gab immer wieder Spekulationen darüber, was auf Fatis Reise wirklich geschehen ist. Die Nachbarn nahmen ihr die Geschichte nicht ab. Selbst wildfremde Leute sprachen sie an: Warum hast du aufgegeben? Der soziale Druck war enorm, Fati konnte den Ressentiments nichts entgegenhalten und hörte sie sich schweigend an.

»Ihre Mutterliebe war das mit Abstand wichtigste Motiv für ihre Heimkehr.«

SPIEGEL:Wie hat sie ihre Selbstzweifel überwunden?

Dadzie:Tief in ihrem Inneren wusste Fati, dass sie das Richtige getan hatte. Sie hatte ihre Kinder vermisst, die von ihren Schwiegereltern nicht gut behandelt worden waren. Ihre Mutterliebe war das mit Abstand wichtigste Motiv für ihre Heimkehr.

Sie schaffte es nach Italien und kehrte kurz darauf wieder zurück nach Afrika

SPIEGEL:In einer Szene des Films kündigt ihr elfjähriger Sohn Sudais an, dass er irgendwann auch Richtung Europa aufbrechen und mit vielen schönen Dingen heimkehren werde. Fati Halidu entgegnet ihm resolut: Nein, du fährst nirgendwo hin!

Dadzie:Sie will ihm das Schicksal, das sie durchgemacht hat, ersparen. Aber in der Ankündigung ihres Sohnes drückt sich ein Lebensentwurf aus, den die junge Generation verinnerlicht hat: Es ist ganz normal, seine Heimat zu verlassen, um in der Fremde das Glück zu suchen.

SPIEGEL:Aber es hat sich doch auch herumgesprochen, dass die Reise lebensgefährlich ist und oft in Libyen endet.

Dadzie:Natürlich sind sich die Leute der Risiken bewusst, denn heutzutage ist über die sozialen Medien jede Information zugänglich. Aber schlechte Nachrichten schrecken sie nicht ab. Außerdem glauben viele, dass die Medien die Probleme übertreiben und ein falsches Bild zeichnen. Es ist manchmal absurd, wie Europa verklärt wird. Alles sei dort sauber, sicher und grün. Davon sind die Leute überzeugt. Dann ziehen sie los unter dem Motto: No guts, no glory!

SPIEGEL:Wer nicht wagt, der nicht gewinnt

Dadzie:Nichts hält sie auf, denn das Leben kann nur besser werden. Und das wird sich auch nicht ändern, solange die wirtschaftliche Lage in ihren Heimatländern schlecht ist.

SPIEGEL:Es sind also überwiegend ökonomische Gründe, die die Migration antreiben?

Dadzie:So ist es jedenfalls in Ghana. Wir leben eigentlich in einem friedlichen Land, aber wirtschaftlich kommt es kaum voran. Das liegt auch an der schlechten Politik. Die Reichen und Mächtigen sorgen nur für sich selbst und schicken ihre Kinder auf ausländische Privatschulen, die Mehrheit der Bevölkerung ist arm und hat wenig Zukunftschancen. Deshalb schauen die jungen Leute nach außen. Sie haben die idealisierte Vorstellung vom gelobten Kontinent Europa, wo es gut bezahlte Jobs im Überfluss gibt. Kurz gesagt: Sie versuchen, der Armut zu entfliehen.

SPIEGEL: Allein in Deutschland sind im vergangenen Jahr bis November rund 2,3 Millionen Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Asylsuchende angekommen, knapp die Hälfte stammen aus der Ukraine. Viele Gemeinden haben Probleme, sie unterzubringen und zu versorgen, in einigen Regionen wächst die Fremdenfeindlichkeit.

Dadzie:Solche Statistiken sind hier nicht bekannt, und sie würden die Menschen auch nicht davon abhalten, sich auf den Weg zu machen. Die Migration wird zunehmen, solange die politischen und ökonomischen Ursachen bleiben und die Kluft zwischen armen und reichen Ländern immer tiefer wird.

SPIEGEL:Wie geht es Fati Halidu mittlerweile?

Dadzie:Sie ist aus ihrem Heimatort Akyem Oda weggezogen und lebt jetzt mit ihren fünf Kindern in der Hauptstadt Accra. Die Nachbarn kennen ihre Vorgeschichte nicht. Fati ist eine neue Person, sie hat ihren Seelenfrieden gefunden und versucht, ihre Kinder irgendwie durchzubringen.

»Fatis Rückkehr« in der Arte Mediathek.

Graphic

AP - Mitglieder einer spanischen NGO retten eine Frau aus Ghana aus einem Schlauchboot auf dem Mittelmeer (September 2017)

Sie schaffte es nach Italien und kehrte kurz darauf wieder zurück nach Afrika

© 2022 Bloomberg Finance LP - Markt in Accra, der Hauptstadt Ghanas, wo Fati Halidu inzwischen mit ihren Kindern lebt

Load-Date: March 4, 2023

End of Document

Städte warnen vor immensem Aufwand bei Umstellung auf Sachleistungen für Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Statt Geld für Asylbewerber

Length: 527 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: In der Debatte über Alternativen zu Bargeld für Asylbewerber sorgt sich der Städtetag vor hohem Aufwand für die Kommunen. Sachleistungen seien schon heute möglich, aber eine riesige logistische Herausforderung selbst mit Karte.

Body

In der Debatte über die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber hat der Deutsche Städtetag vor zusätzlichen Verwaltungslasten für die Kommunen gewarnt. Zwar sei eine Guthabekarte im Vergleich zu Sachleistungen einfacher zu handhaben, sagte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Verbandes, Verena Göppert, den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Doch auch eine Kartenlösung sei »nicht ohne zusätzlichen Aufwand« umzusetzen.

»Es wird immer wieder einzelne Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geben, die nicht über solche Karten abgewickelt werden können«, sagte Göppert. »Dafür müssten dann doch wieder jeweils Einzelfallbewilligung mit Geldleistungen organisiert werden.«

Der Städtetag reagierte damit auf Forderungen, Asylbewerber künftig nicht mehr mit Bargeld, sondern mit Bezahlkarten auszustatten. Die FDP und die Union gehen davon aus, dass dies Deutschland insgesamt weniger attraktiv für Asylbewerber machen würde, weil die Antragssteller dann kein Geld mehr in ihre Heimatländer überweisen könnten.

Städtetags-Vertreterin Göppert zeigte sich auch skeptisch in Bezug auf Überlegungen, verstärkt Sach- statt Geldleistungen an Asylbewerber auszugeben. Das sei heute schon möglich, sagte sie den Funke-Zeitungen. »Dass das kaum eine Kommune so praktiziert, hängt mit dem hohen Verwaltungsaufwand zusammen. Viele dezentrale Einrichtungen regelmäßig mit Lebensmitteln, Kleidung oder anderen Artikeln für den täglichen Bedarf zu versorgen, wäre eine riesige logistische Herausforderung für die Städte.«

Ultimatum von FDP-Politiker

FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr hatte zuvor der »Bild«-Zeitung gesagt: »Ich erwarte von den Ländern, dass sie bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November den Weg für Prepaid-Bezahlkarten

Städte warnen vor immensem Aufwand bei Umstellung auf Sachleistungen für Geflüchtete

freimachen.« Die irreguläre Migration müsse runter dafür müssten Bargeldauszahlungen zügig gestoppt werden. Wenn sich bis zu dem Termin nichts tue, »müssen wir über Steuergelder vom Bund gar nicht erst sprechen«.

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher hat Dürrs Ultimatum nun zurückgewiesen und den Bund aufgefordert, seinerseits seine Hausaufgaben zu machen. Es spreche nichts gegen Prepaid-Bezahlkarten für Geflüchtete, sagte der SPD-Politiker. Hamburg prüfe die technische Umsetzung bereits. »Leider ist der Bund bei einem anderen, finanziell sehr relevanten Punkt in Verzug.«

So müsse durch eine gesetzliche Änderung sichergestellt werden, dass Personen in öffentlicher Unterbringung ihre Verpflegung nicht gleichzeitig als Sach- und zusätzlich als Geldleistung erhalten. »Auf Initiative Hamburgs haben der Bundesrat und die Ministerpräsidentenkonferenz eine entsprechende gesetzliche Änderung vorgeschlagen, die aber vom Bund bisher nicht umgesetzt wurde.«

Hamburg hatte nach Angaben der Sozialbehörde bereits im Juni erneut einen Antrag auf Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips bei Unterbringung in einer Sammelunterkunft mit Vollverpflegung gestellt. Die Wiedereinführung der schon von 2016 bis 2018 geltenden Regelung würde die hohen zusätzlichen Ausgaben der Städte und Kommunen zur Sicherstellung der Vollverpflegung zumindest teilweise ausgleichen, ist die Behörde überzeugt.

apr/AFP/dpa

Load-Date: October 6, 2023

Prominente protestieren gegen Asylkurs der Bundesregierung

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Offener Brief

Length: 814 words

Byline: Silke Fokken

Highlight: »Wir sehen, dass der Populismus die Oberhand gewinnt«: Vor dem Treffen der EU-Innenminister zur Reform des europäischen Asylsystems üben Kunst- und Kulturschaffende scharfe Kritik an der Bundesregierung.

Body

Die Liste reicht von Herbert Grönemeyer über Katja Riemann, Deichkind und Klaas Heufer-Umlauf bis zu Nina Hoss: Mehr als 50 Prominente aus Kunst und Kultur in Deutschland haben einen Offenen Brief unterzeichnet, um gegen die Asylpolitik der Bundesregierung zu protestieren. »Statt pragmatisch und unbeirrt an wirksamen Lösungen festzuhalten, droht der migrationspolitische Aufbruch in einer populistischen Debatte zu ersticken«, heißt es in dem Aufruf, der dem SPIEGEL vorliegt.

Die Nicht-Regierungsorganisation #LeaveNoOneBehind hatte die Initiative gestartet. Zu den Unterzeichnerinnen gehören auch die SPIEGEL-Kolumnistin Samira El-Ouassil sowie die frühere Kolumnistin Sibylle Berg.

Im Koalitionsvertrag hätten sich die Ampel-Parteien noch für bessere Standards in den Asylverfahren der EU-Staaten ausgesprochen, so die Unterzeichner, nun setze sich die Bundesregierung dafür ein, »dass viele Menschen an den Außengrenzen eingesperrt werden und in Schnellverfahren schlechtere Standards bekommen«.

Hintergrund der Kritik: Am kommenden Donnerstag wollen die EU-Innenminister über die seit Jahren strittige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beraten. Vor allem Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien haben mit Blick auf die Europawahlen im kommenden Jahr großes Interesse daran, bald eine Einigung zu erzielen.

Im Kern geht es vor allem darum, dass zumindest ein Teil der Asylverfahren künftig an Europas Außengrenzen verlagert wird. Im Fall einer Ablehnung sollen die Bewerber direkt in ihre Heimat abgeschoben werden. Die EU-Kommission hatte zu dem Thema bereits 2020 ein Reformpaket vorgelegt. Die deutsche Bundesregierung, namentlich Innenministerin Nancy Faeser (SPD), geht nun bei den Vorschlägen mit und fährt in der Asylpolitik damit einen deutlich restriktiveren Kurs als im Koalitionsvertrag vorgesehen.

»Wettstreit der Unwürdigkeit«

Umso schärfer fällt der Protest der Prominenten aus. »Statt die versprochenen Verbesserungen voranzutreiben, wollen Sie nun den massivsten Asylrechtsverschärfungen jemals zustimmen«, heißt es in dem Brief. Im

Prominente protestieren gegen Asylkurs der Bundesregierung

Koalitionsvertrag hätten sich SPD, Grüne und FDP noch vorgenommen, das Leid und illegale Zurückweisungen an den Außengrenzen zu beenden. Doch statt Maßnahmen oder Kritik an »systematischen Rechtsbrüchen und Misshandlungen von Schutzsuchenden an den Grenzen«, heißt es in dem Brief, »nehmen wir nur Rufe nach Zäunen und Haftlagern wahr«.

Ein weiterer Vorwurf: Die Bundesregierung unterstütze eine Ausweitung sicherer Drittstaaten, wodurch selbst Menschen aus Syrien oder Afghanistan in Europa zunehmend abgelehnt werden könnten. Die Bundesregierung solle vielmehr »Verbesserungen des Asylrechts vorantreiben, statt weiteren Verschlechterungen zuzustimmen«.

Die Migrationspolitik verirre sich »in einem Wettstreit der Unwürdigkeit«, heißt es in dem Brief. »Wir sehen, dass der Populismus auch in Deutschland die Oberhand gewinnt, und Lösungen im Sinne und Dienste einer universell gültigen Menschlichkeit auf der Strecke bleiben.«

Die Schauspielerin Luisa-Céline Gaffron gehört zu denen, die den Protestbrief vorangetrieben haben. »Wir, als Prominente, wollen uns klar gegen den Kurs der Bundesregierung in der Asylpolitik positionieren«, sagte sie dem SPIEGEL, »der Offene Brief soll einen gesellschaftlichen Dialog eröffnen, der nach unserer Ansicht bisher viel zu wenig stattfindet.« Ziel sei, einen Rechtsruck zu verhindern. »Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht«, betonte Gaffron, »wenn Europa hier Rückschritte macht, ist das dramatisch.«

Der Moderator Klaas Heufer-Umlauf mahnte, besonders in Krisenzeiten müssten die Menschenrechte geschützt werden. »Wir haben die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Da erwarte ich, dass die Politik anpackt, menschenwürdige Lösungen präsentiert und für Zusammenhalt sorgt, statt mit populistischen Forderungen vor der Aufgabe zu kapitulieren.«

»Wir werden irgendwann unseren Kindern erklären müssen, warum wir nichts getan haben. Politiker dürfen sich wegen rechter Stimmungsmache nicht von dem abbringen lassen, was sie im Koalitionsvertrag versprochen haben«, mahnte die Autorin Anna Dushime.

Der Comedian Til Reiners sagte, schon jetzt würden »Menschen inhaftiert, entrechtet und billigend sterben gelassen«. Die Asylreform solle das in EU-Gesetze gießen. »Die Bundesregierung sollte die rechte Rutschbahn verlassen und sich auf das Besinnen, wofür unsere Verfassung und die EU einst gegründet wurde«, so Reiners.

Wie lange in Deutschland schon über das Asylrecht gestritten wird und wie lange sich Prominente dabei schon positionieren, zeigt sich bei Herbert Grönemeyer. Der Sänger gehörte bereits vor rund 30 Jahren zu den Unterzeichnern eines Protestbriefes gegen den damaligen »Bonner Asylkompromiss«. »Der Gewalt von rechts dürfen Grundwerte der Demokratie nicht geopfert werden«, hieß es damals in dem Schreiben, das »Pro Asyl« initiiert hatte.

fok

Graphic

Gerald Matzka / Britta Pedersen / Hannes Magerstaedt / Getty Images / picture alliance / WireImage / Getty Images
- Herbert Grönemeyer, Katja Riemann, Klaas Heufer-Umlauf: Mehr als 50 Prominente haben den Protestbrief unterzeichnet

Load-Date: June 3, 2023

Migranten nähern sich bei Protestaktion in Mexiko die Lippen zu

SPIEGEL ONLINE

02. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Auf dem Weg zur US-Grenze

Length: 304 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Sie fühlen sich als »Geiseln« einer unmenschlichen Migrationspolitik, deshalb nähten sich Migranten in Mexiko aus Protest die Lippen zu. Sie forderten bessere Bedingungen auf der Route zur Grenze der USA.

Body

Bei einer Protestaktion in Mexiko haben sich mehrere Migranten, die durch Mexiko in Richtung USA unterwegs waren, die Lippen zunähen lassen. Ziel des Protests sei, auf ihre Situation als »Geiseln« einer unmenschlichen Migrationspolitik aufmerksam zu machen, sagte der Aktivist Irineo Mújica von der Organisation Pueblo Sin Fronteras (Volk ohne Grenzen). Die Protestaktion fand in der Stadt Huixtla im südlichen Bundesstaat Chiapas statt.

Die Migranten forderten unter anderem Dokumente, die ihnen die Durchreise durch Mexiko bis zur US-Grenze ermöglichen würden, wie Mújica in einer Videobotschaft sagte.

Mexiko liegt auf der Migrationsroute von Menschen, die versuchen, die USA zu erreichen. Sie fliehen vor Armut, Gewalt und politischen Krisen in ihren Heimatländern. »In Venezuela ist die Lage sehr schwierig, wir können von dem Geld, das wir verdienen, nicht leben. Es reicht nicht und deshalb gehen wir in die Vereinigten Staaten«, sagte Oscar Gutierrez, ein venezolanischer Migrant, der mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern mit der Karawane unterwegs war. Seit einigen Jahren schließen sich Migranten in der Region zum Schutz vor Gewalt und Abschiebung verstärkt zu Gruppen oder Karawanen zusammen.

Am Montag hatten sich im Süden Mexikos erneut Tausende Migranten zu Fuß auf den über 3000 Kilometer langen Weg in die USA gemacht. Die vor allem aus Mittelamerikanern und Venezolanern zusammengesetzte Karawane verließ am Montag die Stadt Tapachula nahe der guatemaltekischen Grenze, teilten Organisatoren und Sicherheitskräfte mit. Nach Behördenangaben waren 3500 Menschen in dem Tross, Irineo Mújica, einer der Organisatoren der Karawane, sprach von etwa 5000. Mújica sagte, die Menschen hätten sich aus Frustration darüber, dass sie keine US-Visa erhalten konnten, dazu entschlossen, Tapachula zu verlassen.

czl/dpa/Reuters

Load-Date: November 2, 2023

Migranten nähern sich bei Protestaktion in Mexiko die Lippen zu

End of Document

Finnland schließt komplette Grenze zu Russland

SPIEGEL ONLINE

28. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Für zwei Wochen

Length: 317 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Ab Donnerstag ist nur noch Güterverkehr zwischen Russland und Finnland möglich. Helsinki wirft Moskau vor, **Geflüchtete** ohne Papiere über die Grenze zu schleusen, und schließt nun auch den letzten Übergang.

Body

Finnlands Ministerpräsident Petteri Orpo hat angekündigt, dass das Land in der Nacht zum Donnerstag seine gesamte Grenze zu Russland vorerst für zwei Wochen schließen wird. Auf einer Pressekonferenz begründete er die Entscheidung mit der Sorge vor illegaler **Migration**. Finnland wirft Moskau vor, **Geflüchtete** ohne die erforderlichen Papiere über die Grenze nach Finnland zu lassen, wo sie dann **Asyl** beantragen.

»Wir haben Beweise dafür, dass die russischen Grenzbehörden, im Gegensatz zu früher, nicht nur Menschen ohne ordnungsgemäße Papiere an die finnische Grenze lassen, sondern ihnen auch aktiv dabei helfen, in die Grenzzone zu gelangen«, sagte Finnlands Außenministerin Valtonen.

In der vergangenen Woche hatte Finnland daher bereits sieben Grenzposten wegen des starken Zustroms von Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Afrika für Reisende aus Russland geschlossen und nur noch den nördlichsten Grenzübergang in der Arktis offen gelassen. Doch auch der 300 Kilometer nördlich des Polarkreises gelegene Grenzübergang Raja-Jooseppi soll nun geschlossen werden. Nur noch Gütertransport sei dann zugelassen, so die Regierung.

Hilfe bei Frontex angefordert

Nach Angaben des finnischen Grenzschutzes sind allein im November rund 900 Asylbewerber aus Ländern wie Kenia, Marokko, Pakistan, Somalia, Syrien und dem Jemen aus Russland nach Finnland eingereist. Zuvor waren es im Schnitt weniger als einer pro Tag.

Die finnische Regierung hatte bereits die EU-Grenzschutzbehörde Frontex um Hilfe gebeten. Es gehe um Personal und technische Ausrüstung, teilte der Grenzschutz mit. Finnische Medien berichten, der Grenzschutz habe die Streitkräfte offiziell um Hilfe beim Bau von Stacheldrahtsperrern an den Grenzstationen gebeten.

Moskau wies die Behauptung der finnischen Behörden zurück, Russland habe den Zustrom von Geflüchteten an der Grenze gefördert, um Finnland für den Nato-Beitritt zu bestrafen.

Finnland schließt komplette Grenze zu Russland

czl/Reuters/AP

Load-Date: November 28, 2023

End of Document

Senegal holt Dutzende Migranten per Flugzeug aus Marokko zurück

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Gescheiterte Flucht

Length: 317 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Immer häufiger verunglücken Senegalesen auf der Flucht über den Atlantik, viele stranden in Marokko. Nun hat ihr Heimatland eine Rückholaktion gestartet und will besser vor den Gefahren einer Überfahrt warnen.

Body

Der Weg über den Atlantik zu den Kanarischen Inseln hat sich für Migrantinnen und Migranten aus Westafrika zu einer neuen, gefährlichen Fluchtroute entwickelt. Nun hat der Senegal eine Rückholaktion mit Marokko begonnen. Knapp 480 Menschen aus dem Senegal, die in den vergangenen Wochen in Marokko aufgegriffen worden waren, sollen so zurück in ihre Heimat kommen. Die ersten 50 wurden nun ausgeflogen.

Die Geflohenen landeten gestern Abend auf einem Militärflughafen in Dakar. Sie waren aus medizinischen Gründen per Flugzeug zurückgebracht worden, sagte die Ministerin für Senegalesen im Ausland, Annette Seck Ndiaye, die die Migrantinnen und Migranten am Flughafen empfing.

Die übrigen knapp 430 Migranten sollten in den kommenden Tagen per Bus aus Marokko in die Heimat zurückgebracht werden. Manche der Ankömmlinge waren sichtlich in schlechtem Zustand, sie gingen auf Krücken oder stützten sich gegenseitig.

Auf die Gefahren der Migration aufmerksam machen

Die senegalesische Regierung will am heutigen Donnerstag eine neue Strategie vorstellen, um die illegale Migration zu verhindern, die seit einigen Wochen auf der Route zu den Kanaren stark zunimmt. Der senegalesische Präsident Macky Sall hatte die Regierung aufgefordert, die Kontrollen zu verstärken und junge Menschen auf die Gefahren aufmerksam zu machen.

Bei versuchten Überfahrten zu den kanarischen Inseln, die vor der marokkanischen Küste liegen, aber zu Spanien gehören, hatte es in den vergangenen Wochen mehrere schlimme Unfälle gegeben. Mitte Juli waren vor der marokkanischen Küste 13 Senegalesen ertrunken, die in einem traditionellen Holzboot unterwegs waren. Vor der senegalesischen Küste waren im Juli bei zwei Bootsunfällen in der Nähe von Dakar und Saint-Louis mindestens 30 Menschen ertrunken. Die marokkanische Marine meldete, dass sie in den vergangenen Tagen 900 illegale Migrantinnen und Migranten aus Seenot gerettet habe.

mrc/AFP

Graphic

AFP or licensors - Senegalesische Soldaten begleiten zurückgeflogene Migranten am Militärflughafen von Dakar: Ankömmlinge in sichtlich schlechtem Zustand

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

Die Grenzen der Menschlichkeit

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1579 words

Byline: Oliver Trenkamp

Highlight: Warum der **Asylkompromiss** wohl kaum eines der großen Probleme löst. Wie es Ukrainern in Deutschland geht. Und wie die Grünen daran scheitern, in ihrer Parteizentrale eine Wärmepumpe zu installieren. Das ist die Lage am Freitagabend.

Body

1. Flucht & Grüne

Der **Asylkompromiss** der EU-Staaten ist hart – doch besser so als gar nicht, das müssen auch die Grünen einsehen, findet mein Kollege Markus Becker (hier sein Kommentar). Nein, das ist die eine Zumutung zu viel, kommentierte meine Kollegin Marina Korbaki schon, als sich die Einigung anbahnte: Beim Thema **Asyl** habe es die grüne Parteispitze mit ihrem Pragmatismus zu weit getrieben (hier ihr Kommentar).

Was aber heißt der Kompromiss für Flüchtende, die an den europäischen Grenzen ankommen? Viele sollen unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen landen. Dort sollen die **Geflüchteten** ein sogenanntes Grenzverfahren durchlaufen: Beamte prüfen nicht in erster Linie die Fluchtgründe, sondern vor allem, ob der **Asylantrag** überhaupt zulässig ist. Sind die Menschen über einen Drittstaat eingereist, der als sicher gilt, könnte ihr Antrag pauschal abgelehnt werden. »Europa schottet sich ab«, berichten meine Kollegen Ralf Neukirch, Steffen Lüdke und Wolf Wiedmann-Schmidt (hier alle Details).

»Auf dem Papier müssen die Zustände in den neuen Lagern menschenwürdig sein, doch in der Praxis bekommt Europa das jetzt schon nicht hin«, sagt Steffen, der als Reporter oft an Europas Außengrenzen unterwegs war. »Nichts spricht dafür, dass es besser wird, wenn man noch mehr oder größere Lager baut.«

Die große Frage ist, ob die Reform irgendeines der vielen Probleme der EU-Migrationspolitik lösen kann. Reduziert der Pakt die irreguläre Migration? »Eher nicht« meint Steffen. »Schnelle Verfahren bedeuten noch keine Rückführungen. Und die Abschiebungen scheitern vor allem daran, dass entsprechende Abkommen mit anderen Staaten fehlen.« Und werden Flüchtlinge durch die Reform besser behandelt? Werden die Verfahren wenigstens fairer? »Beides halte ich für nahezu ausgeschlossen«, sagt Steffen.

Lesen Sie hier mehr: Europa schottet sich ab

2. Fluchtgründe

Die Grenzen der Menschlichkeit

Mehr als eine Million Menschen sind seit Putins Überfall aus der Ukraine nach Deutschland geflohen, drei Viertel davon fanden privat eine Unterkunft. Anfangs schien die Solidarität der Deutschen grenzenlos, inzwischen protestieren wieder Wutbürger vor den Flüchtlingsheimen, und die AfD ist so beliebt wie zuletzt vor fünf Jahren.

Wie erlebten die Geflüchteten den Wandel des Landes? Mein Kollege Max Polonyi und der Fotograf Milos Djuric haben drei Frauen aus Kiew seit ihrer Ankunft in Deutschland über 14 Monate hinweg begleitet. Die Zwillinge Zlata und Snjeza waren 16 Jahre alt, als sie mit ihrer Mutter Irina bei einer liebevollen Gastfamilie in Berlin einzogen. Nach über einem Jahr zu dritt in einem 15-Quadratmeter-Zimmer fanden sie eine eigene Wohnung.

»Mit den Monaten haben sich die Zwillinge immer mehr entfremdet: von ihrer Heimat, von der Gastfamilie, von ihrer Mutter«, sagt Max. »Ankommen heißt immer auch: loslassen.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Bald, wenn der Krieg endet

Und hier weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

Die schwimmende Gefahr: Nach dem Bruch des Kachowka-Staudamms weiß niemand, wo weggeschwemmte Sprengfallen an Land gespült werden. Minenräumer versuchen, das Schlimmste zu verhindern.

Und dann brach der Damm: War es Unfähigkeit der Russen oder ein monströses Kriegsverbrechen? Nach dem Staudammbruch in der Ukraine wird immer klarer, was in den Stunden vor dem Unglück passiert sein könnte. Der SPIEGEL-Report.

Ein Dammbruch, auf den es nur eine Antwort geben kann: Die Flutkatastrophe in der Ukraine zeigt: Wer ein schnelles Ende des Schreckens will, muss Kiews Truppen helfen zu gewinnen.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine: Das News-Update

3. Fluchende Grüne

Das Große im Kleinen erzählen, das haben sie uns an der Journalistenschule versucht einzubläuen. Selten gelingt es so gekonnt wie heute meinem Kollegen Serafin Reiber aus unserem Hauptstadtbüro: Er berichtet, dass die Grünen zwar einerseits dem Land die Heizwende verordnen wollen (zusammen mit Teilen der Ampelkoalition). Dass es ihnen andererseits noch nicht mal gelingt, in ihrer Bundesgeschäftsstelle eine Wärmepumpe einbauen zu lassen und zwar seit dreieinhalb Jahren.

»Die Grünen machen aus gutem Grund Tempo bei der Wärmewende«, sagt Serafin. Allzu lange sei von den Vorgängerregierungen zu wenig unternommen worden, um den Einbau klimafreundlicher Heizungen zu beschleunigen. »Die Partei unterschätzt aber, dass die Umsetzung mit teils massivem Fachkräftemangel, Bürokratie-Irrsinn und tief verinnerlichtem Bedenkenträgertum alles andere als einfach ist.«

Robert Habeck hätte sich die Baustelle in seiner Parteizentrale anschauen sollen. Und die Grünen täten gut daran, nur vorzuschreiben, was sich auch umsetzen lässt. »Ansonsten nützen ihre ambitionierten und zu einem hohen politischen Preis verhandelten Heizungspläne niemandem auch dem Klima nicht.« Die ganze Welt in einer Nussschale, äh, Wärmepumpe.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Wie die Grünen daran scheitern, in ihrer Zentrale eine Wärmepumpe einzubauen

Was heute sonst noch wichtig ist

NRW ermittelt gegen Nutzer von Kryptoplattformen: Wer Kryptowährungen handelt, kann hohe Gewinne erzielen. Die Finanzbehörden von Nordrhein-Westfalen werten nun Daten von Nutzern entsprechender Plattformen aus und prüfen, ob auf Gewinne Steuern gezahlt wurden.

An Flughäfen droht ein Chaos-Sommer: Millionen Flugpassagiere haben 2022 chaotische Reisemonate erlebt, mit massiven Verspätungen, endlosen Warteschlangen, verlorenen Koffern: Dieses Jahr könnte ihnen das nochmals blühen.

Güteverhandlung gescheitert: Eine Schlichtungsversuch vor dem Arbeitsgericht Berlin sollte den Konflikt zwischen Ex-»Bild«-Chefredakteur Julian Reichelt und seinem ehemaligen Arbeitgeber klären. Die Parteien konnten sich jedoch nicht einigen.

Google zwingt Angestellte zurück ins Büro: Wer mehr als zwei Tage pro Woche im Homeoffice arbeitet, könne ein schlechtes Arbeitszeugnis bekommen. Mit dieser Drohung will Google seine Büros wieder füllen. Was treibt den Konzern dazu?

Mein Lieblingsspiegel heute: der neue

Zwei Wochen lang recherchierte ein SPIEGEL-Team zu den Vorwürfen gegen Rammstein. In den sozialen Netzwerken hatten junge Frauen ein perfides System zur Rekrutierung von Groupies geschildert, es ging um Partys und angebliche sexuelle Übergriffe.

Meine Kolleginnen Elisa von Hof und Juliane Löffler nahmen mit vielen der Frauen Kontakt auf, meine Kollegin Ann-Katrin Müller untersuchte die Methoden, mit denen eine Vertraute des Rammstein-Sängers Till Lindemann »Tills Girls«, wie sie genannt wurden, geködert haben soll. Mein Kollege Jan Friedmann und meine Kollegin Maria Christoph gingen in München zum Konzert der Band, deren Vertreter die Vorwürfe bestreiten. Der Sänger hat Staranwälte beauftragt, die von »ausnahmslos unwahren« Anschuldigungen sprechen und mit rechtlichen Schritten drohen.

»Anonym meldeten sich zwar sehr viele Frauen zu Wort«, sagt Juliane, »aber die Angst, ihre Erlebnisse mit vollem Namen zu schildern, war groß.« Viele der weiblichen Fans, mit denen sie gesprochen hat, hätten sich inzwischen von der Band abgewandt: »Einige bekommen jetzt schon von der Musik Panikattacken, andere spüren Ekel, wenn sie an ihre ehemaligen Helden denken.«

Lesen Sie hier die SPIEGEL-Titelstory: Sex, Macht, Alkohol was die jungen Frauen aus der »Row Zero« berichten

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Christian Lindners Kürzungsliste das steht drauf: Krieg, Heizung, Atomausstieg: Das Regieren ist teurer als geplant. Finanzminister Lindner will seinen Ministerkollegen deshalb die Etats kürzen was für Ärger sorgt. Hilft ein Donnerwetter des Kanzlers?

Es ist halt der Rudi: Rudi Völler ist jetzt seit einem halben Jahr der Mann für die Stimmung beim DFB. Mit dem Auftrag, den komplizierten Fußball möglichst leicht erscheinen zu lassen. Es kann gut sein, dass er damit Erfolg hat.

Wie eine Seekuh zur Staatsaffäre werden konnte: Tico schwamm von Brasilien aus so weit wie kaum eine Seekuh zuvor, mehr als 5000 Kilometer. Dann nahm ihn Venezuela gefangen. Seither gibt es einen Streit ums Tierwohl und einen Kampf der politischen Systeme.

Was heute weniger wichtig ist

Freitags war sie nie da:Die schwedische Klimaaktivistin **Greta Thunberg**, 20, beendet ihre wöchentlichen Schulstreiks weil ihre Schulzeit endet. Sie wolle nun andere Formen des Protests finden: »Heute mache ich meinen Abschluss, was bedeutet, dass ich nicht mehr an den Schulstreiks fürs Klima teilnehmen kann.«

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Wochenende?

Wenn Sie sich für Fußball interessieren, könnten, nein, werden Sie das Champions-League-Finale gucken. »Pep Guardiola ist der beste Fußballtrainer der Welt«, sagt mein Kollege Marcus Krämer. »Doch seit zwölf Jahren scheitert er daran, die Champions League zum dritten Mal zu gewinnen.« Im Finale am Samstagabend könnte die Chance seines Klubs Manchester City gegen Außenseiter Inter Mailand kaum größer sein. Die Frage sei, ob Guardiola seine überlegenen Spieler einfach machen lässt oder ob er mal wieder zu viel will. (Am Samstagabend im Liveticker bei [spiegel.de](https://www.spiegel.de))

Und wenn Sie sich für Krimis begeistern, könnten Sie den letzten »Polizeiruf« mit Verena Altenberger als Ermittlerin Eyckhoff angucken. Der Film komme »inmitten grotesk entfesselter Gewaltszenen zuweilen unerwartet zärtlich daher«, findet mein Kollege Christian Buß: »Pflichttermin!« (Sonntagabend, 20.15 Uhr, [hier mehr.](#))

So oder so: Genießen Sie die Sonne. Herzlich Ihr Oliver Trenkamp, Blattmacher in der Chefredaktion

Graphic

Venla Shalin / Redferns - Der neue SPIEGEL, jetzt digital und ab Samstag am Kiosk

IMAGO/ZUMA Press - Fischerboot mit rund 600 geretteten Migranten (im April im Hafen von Catania)

Sabine Finger / BR - Verena Altenberger als Bessie Eyckhoff

REUTERS - Greta Thunbergs letzter Streik als Schülerin

Paul-Langrock.de - Grünen-Parteizentrale in Berlin-Mitte: Ärger mit der Wärmepumpe

DER SPIEGEL

Milos Djuric - Zwillinge Zlata und Snjeza in Berlin

Illustration: Thomas Plassmann - Entdecken Sie hier noch mehr Cartoons.

Load-Date: June 9, 2023

Grüne lehnen Festlegung für Minister im Asylstreit ab

SPIEGEL ONLINE

17. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Koalitionskrise abgewendet

Length: 331 words

Byline: Martin Wolf

Highlight: Die Grüne Jugend hatte die Bundesminister der Partei aufgefordert, ihre Zustimmung zum Asylkompromiss von substanziellen Veränderungen abhängig zu machen. Doch die Parteiführung setzte sich durch.

Body

Im Streit über den EU-Asylkompromiss hat ein kleiner Parteitag der Grünen eine Festlegung ihrer Ministerriege auf rote Linien abgelehnt. Ein entsprechender Antrag der Grünen Jugend fiel bei den Delegierten des Länderrats in Bad Vilbel am Samstag durch. Der Nachwuchsverband hatte gefordert, dass die Grünenmitglieder der Bundesregierung wie Außenministerin Annalena Baerbock im weiteren Verfahren der EU ihre Zustimmung davon abhängig machen, dass substanziellen Verbesserungen erreicht würden.

Stattdessen stellten sich die Delegierten am Samstag im hessischen Bad Vilbel mit deutlicher Mehrheit hinter einen Antrag des Bundesvorstandes, in den zuvor allerdings zahlreiche Änderungen von Kritikern der Entscheidung aus Luxemburg integriert worden waren. Beispielsweise sollen Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Asyl-Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen kommen, und EU-Staaten sollen nicht zur Durchführung solcher Grenzverfahren verpflichtet werden.

Die EU-Innenminister hatten kürzlich mit deutscher Zustimmung und damit auch mit Genehmigung von Spitzen-Grünen Pläne für eine weitreichende Asylreform beschlossen. Vorgesehen sind zahlreiche Verschärfungen, um illegale Migration zu begrenzen insbesondere aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Das EU-Parlament wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über die Pläne verhandeln und dürfte noch Änderungen durchsetzen. Am Ende müsste sich auch die Bundesregierung zum Ergebnis positionieren.

»Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in den Mitgliedsstaaten«, heißt es im nun angenommenen Antrag. »Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten.« Die Positionierung am Ende werde davon abhängen, »ob unter dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen.«

mwo/rtr/dpa

Graphic

AFP or licensors - Grünen-Spitzenpolitiker Habeck, Dröge, Baerbock, Nouripour auf dem kleinen Parteitag in Bad Vilbel

Load-Date: June 17, 2023

End of Document

Tausende starten aus Mexiko in Richtung USA

SPIEGEL ONLINE

25. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Motto »Exodus aus der Armut«

Length: 247 words

Byline: Oliver Kaefer

Highlight: Es sollen Menschen aus 24 Ländern sein: Ein Treck von Migranten hat sich im Süden Mexikos in Richtung der US-Grenze in Bewegung gesetzt. Die mexikanische Regierung hatte angekündigt, härter gegen irreguläre Migration vorzugehen.

Body

Im Süden Mexikos haben sich zahlreiche Migranten gemeinsam auf den Weg Richtung USA gemacht. Der Trek brach am Sonntag unter dem Motto »Exodus aus der Armut« in der Stadt Tapachula im Bundesstaat Chiapas auf, wie ein Journalist der Nachrichtenagentur AFP vor Ort berichtete. Der Aktivist und Organisator Luis García Villagrán sagte, in der Gruppe seien Menschen aus 24 Staaten, darunter afrikanische Länder und China.

»Wir sagen dem mexikanischen Staat, dass er uns keine andere Möglichkeit lässt, als auf der Küstenstraße zu laufen«, sagte García. Nach seinen Angaben stellen die Migrationsbehörden des Landes Ausländern, die in Tapachula ankommen und in die USA gelangen wollen, keine Durchreisegenehmigungen mehr aus.

»Das war vielleicht ein Befehl, den die USA ihnen gegeben haben, wir wissen es nicht«, sagte García. »Aber es gibt einen Pfropfen und einen menschlichen Knoten.« Tapachula liegt nahe der Grenze zu Guatemala.

Jahr für Jahr versuchen hunderttausende Menschen insbesondere aus Süd- und Mittelamerika, über Mexiko in die USA zu gelangen. Die US-Grenzpolizei meldete zuletzt täglich etwa 10.000 Grenzübertritte.

US-Außenminister Antony Blinken, Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas und Sicherheitsberaterin Liz Sherwood-Randall werden am Mittwoch in Mexiko-Stadt den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador zu Gesprächen über dieses Thema treffen. Am vergangenen Freitag hatte López Obrador ein härteres Vorgehen gegen irreguläre Migration zugesagt.

kae/AFP

Load-Date: December 25, 2023

Landeseinrichtung in Suhl verhängt Aufnahmestopp für Geflüchtete

SPIEGEL ONLINE

30. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Wochenlange Überlastung

Length: 349 words

Byline: Lisa Duhm

Highlight: Die Erstaufnahmeeinrichtung im thüringischen Suhl soll höchstens 800 Menschen beherbergen – zuletzt waren es mehr als 1500. Nun kommt vorerst niemand mehr rein, die Landesregierung fordert mehr Hilfe vom Bund.

Body

Thüringen sieht sich derzeit nicht imstande, in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Suhl weitere Personen aufzunehmen. Ankommende Menschen würden entweder nach Eisenberg, Hermsdorf oder wenn möglich in andere Bundesländer verteilt, sagte ein Sprecher des Migrationsministeriums.

Als Grund für den Aufnahmestopp nannte er die hohe Belastung der vergangenen Tage. Die Entscheidung sei am Freitagabend getroffen worden. Am Freitag waren über 1500 Menschen in der Suhler Aufnahmeeinrichtung untergebracht. Brandschutzrechtlich erlaubt sind nur 1400. Zuvor hatte der MDR über den Aufnahmestopp berichtet.

Aktuelle Belegungszahlen für den Samstag konnte der Sprecher noch nicht nennen, da sich diese laufend veränderten. Es gehe nun darum, in Suhl schnellstmöglich zum Regelbetrieb zurückzukehren. Für Suhl gilt nach Regierungsangaben die Zahl von 800 Flüchtlingen als Grenze für den Regelbetrieb. Zugleich forderte der Sprecher mehr finanzielle Mittel vom Bund – auch für die Kommunen, die nach seinen Worten die Hauptlast bei der Aufnahme von Flüchtlingen tragen. Viele Kommunen seien schon nahe der Belastungsgrenze.

Thüringen »am Limit« – weitere Bundesländer melden Überlastung

Bereits Mitte September hatte sich auch Thüringens Ministerpräsident in die Debatte eingeschaltet. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl habe »längst mehr Menschen aufgenommen, als das von uns als vertretbar angesehen wird«, sagte Ramelow der »Rheinischen Post«. »Der Regelbetrieb geht dort von 800 Menschen aus, wir liegen bei über 1000. Und wir haben weiter einen starken Zulauf.« Thüringen sei insgesamt bei der Aufnahme von Geflüchteten »am Limit«.

Auch weitere Bundesländer haben bereits eine Überlastung gemeldet. Viele Unterbringungseinrichtungen in Niedersachsen seien schon jetzt in die Notbelegung gegangen, teilte etwa Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) mit. Dies führe dazu, »dass die Qualität der Unterbringung und damit auch die Lebenssituation der Menschen, die zu uns kommen, leidet. Es wird enger, es wird voller und damit steigt die Belastung für alle Beteiligten.«

Landeseinrichtung in Suhl verhängt Aufnahmestopp für Geflüchtete

Imd/dpa

Load-Date: September 30, 2023

End of Document

Palmer fühlt sich von Faeser »fast schon veralbert«

SPIEGEL ONLINE

07. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Streit zwischen Kommunen und Bund wegen Flüchtlingen

Length: 358 words

Byline: Claus Hecking

Highlight: Schaffen die Kommunen das mit der Versorgung der Flüchtenden? Tübingens Oberbürgermeister Palmer sagt: Nein. Er übt scharfe Kritik an Bundesinnenministerin Faeser.

Body

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer hat mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland der Bundesregierung Tatenlosigkeit vorgeworfen.

»Wenn die Bundesinnenministerin meint, die Kommunen hätten doch keine Probleme und könnten noch gar nicht wissen, was noch alles auf sie zukommt, dann fühle ich mich wirklich nicht ernst genommen und fast schon veralbert«, sagte der am Donnerstagabend in der Sendung »RTL Direkt«.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte erklärt, sie könne Forderungen der Kommunen nach mehr Geld vom Bund für die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen.

»Ich finde es seltsam, wenn jetzt schon Anfang April dieses Jahres gesagt wird, das Geld für dieses Jahr reiche nicht aus«, sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Der Bund habe 2022 schon 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und die Sozialleistungen für die Flüchtlinge aus der Ukraine übernommen. Zudem habe er Ländern und Kommunen frühzeitig 2,75 Milliarden Euro an zusätzlicher Unterstützung zugesagt.

»Wir schaffen das nicht«

Palmer sagte, die Kommunen seien mit der Lage überfordert.

»Im Bildungssystem, in den Kitas, auf dem Wohnungsmarkt, selbst in der medizinischen Versorgung sind wir am Anschlag. Und wir brauchen mehr Unterstützung aus Berlin und eine Begrenzung der irregulären Migration. Das Problem scheint bisher nicht verstanden zu werden oder es wird totgeschwiegen«, sagte der Oberbürgermeister. »Und mit den hohen Zahlen, die aktuell erwartbar sind, Richtung 400 000 dieses Jahr, sage ich (...): Wir schaffen das nicht.«

Palmer hatte in der Vergangenheit mit vielen kontroversen Äußerungen unter anderem über Flüchtlinge Schlagzeilen gemacht. Die baden-württembergischen Grünen leiteten 2021 ein Ausschlussverfahren gegen ihn ein; schließlich entschied das parteiinterne Landesschiedsgericht, er solle seine Mitgliedschaft bis zum 31. Dezember dieses Jahres ruhen lassen.

Palmer fühlt sich von Faeser »fast schon veralbert«

Vergangenen Herbst wurde Palmer mit absoluter Mehrheit zum Tübinger Oberbürgermeister wieder gewählt. Er ist bereits seit 16 Jahren Stadtoberhaupt. Seine dritte Amtszeit dauert noch bis Anfang 2031.

che/dpa

Graphic

IMAGO/Eibner - Boris Palmer: »Fühle mich fast schon veralbert«

Load-Date: April 7, 2023

End of Document

Erneut Tote und Vermisste in der Ägäis

SPIEGEL ONLINE

07. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Zweites Schiffsunglück innerhalb kurzer Zeit

Length: 290 words

Byline: Serafin Reiber

Highlight: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage sind Flüchtlinge in der Ägäis gestorben. Ihr Schlauchboot lief vor der Insel Leros auf ein Riff. Bis zu 20 Menschen werden noch vermisst.

Body

Beim Aufprall eines Schlauchboots auf ein Riff nahe der griechischen Insel Leros sind am Dienstag mindestens vier Migranten ums Leben gekommen. Bis zu 20 weitere Menschen würden vermisst, erklärte eine Sprecherin der griechischen Küstenwache am Dienstag.

An Bord des Boots seien mutmaßlich 41 Menschen gewesen, lediglich 16 seien bisher gerettet worden. Bereits am Sonntag waren bei einem Bootsunglück vor der weiter nördlich gelegenen griechischen Insel Lesbos vier Kinder und eine Frau gestorben.

Nach dem Bootsunglück vom Dienstag liefen Rettungsarbeiten durch Einsatzkräfte an Land, auf dem Meer und in der Luft. Diese würden jedoch durch starken Wind behindert, erklärte die Sprecherin der Küstenwache.

Es ist bereits das zweite Bootsunglück vor der griechischen Insel Leros innerhalb weniger Tage. Bereits am Sonntag war bei stürmischem Wind ein Flüchtlingsboot gesunken. Fünf Menschen, darunter vier Kinder, kamen ums Leben. 36 Menschen konnten demnach aus dem Wasser gerettet werden oder mit eigenen Kräften die Küste der griechischen Ferieninsel Leros erreichen. Die meisten von ihnen kamen aus afrikanischen Staaten.

Die beiden griechischen Inseln Leros und Lesbos liegen jeweils nur wenige Seemeilen von der türkischen Küste entfernt. In den vergangenen Wochen hatte die Zahl der Überfahrten von der Türkei in Richtung Griechenland auf unsicheren und überfüllten Booten trotz winterlich rauer See deutlich zugenommen.

Viele Flüchtlinge versuchen, mit nicht seetüchtigen Booten von der Türkei aus nach Griechenland und damit in die EU zu kommen. Seit 2014 kamen nach Angaben der internationalen Organisation für Migration (IOM) 2246 Menschen, die vor Krieg und Armut in ihren Heimatländern flüchteten, im östlichen Mittelmeer ums Leben.

fin/dpa/AFP

Graphic

Erneut Tote und Vermisste in der Ägäis

AFP or licensors - Hubschrauber der griechischen Küstenwache in der Ägäis: mindestens 20 Menschen vermisst

Load-Date: February 7, 2023

End of Document

Nikos Christodoulidis zum Präsidenten in Zypern gewählt

SPIEGEL ONLINE

12. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Ex-Außenminister des Inselstaats

Length: 346 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: Politische Wiedervereinigung und **Migration** Zyperns neuer Präsident muss große Aufgaben schultern: Der Konservative Christodoulides setzte sich in der Stichwahl gegen den linken Mavrogiannis durch.

Body

Der frühere Außenminister Nikos Christodoulidis hat die Präsidentenwahl in der kleinen EU-Inselrepublik Zypern gewonnen. Der 49-jährige konservative Politiker kam bei der Stichwahl nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen auf 51,8 Prozent, berichtete der Staatsrundfunk unter Berufung auf das Innenministerium. Der von der Linkspartei AKEL unterstützte Diplomat Andreas Mavrogiannis (66) kam demnach auf 48,2 Prozent und räumte seine Niederlage ein. »Ich habe Nikos (Christodoulidis) gratuliert«, sagte Mavrogiannis im Staatsfernsehen.

Christodoulidis wurde als unabhängiger Bewerber von zentristischen und Mitte-Rechts-Parteien unterstützt, Mavrogiannis hingegen von einer links gerichteten Partei. Der amtierende Präsident Nikos Anastasiades durfte nicht mehr antreten.

Migration und Wiedervereinigung als Herausforderung

Vor dem künftigen Präsidenten des EU-Mitgliedstaats liegen Herausforderungen wie eine Wiederaufnahme der Gespräche zur politischen Wiedervereinigung der beiden Inselteile sowie Arbeitskonflikte, Korruptionsskandale und Migration. Die Mittelmeerinsel verzeichnet nach eigenen Angaben gemessen an der Bevölkerung die meisten Asylanträge pro Jahr in der EU. Demnach sind sechs Prozent der 915.000 Einwohner der Insel Schutzsuchende. Die jahrzehntelange Teilung der Mittelmeerinsel spielte Experten zufolge bei der Wahl eine untergeordnete Rolle.

Zypern ist seit 1974 geteilt. Damals hatte die türkische Armee nach einem Militärputsch der griechischen Zypriern den Norden besetzt.

Wahlbeteiligung lag bei 72,2 Prozent

Die Wahl war wichtig, weil der direkt vom Volk gewählte Präsident die Regierung bestellt und führt. Der türkisch-zypriische Norden nahm nicht an der Abstimmung teil, gewählt wurde nur im Südtteil der Insel. Insgesamt hatten sich 14 Kandidaten, auch zwei Frauen, um Anastasiades Nachfolge beworben. Der Präsident ist in Zypern Staatsoberhaupt und Regierungschef in einem. Rund 561 000 Bürger waren wahlberechtigt, und die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 72,2 Prozent und damit geringfügig höher als im ersten Wahlgang.

Nikos Christodoulidis zum Präsidenten in Zypern gewählt

jpa/dpa/Reuters

Graphic

dpa - Der neugewählte Präsident von Zypern: Nikos Christodoulidis

Load-Date: February 12, 2023

End of Document

Seenotrettung zieht laut Studie keine zusätzlichen Migranten an

SPIEGEL ONLINE

03. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Angeblicher Pull-Faktor

Length: 331 words

Byline: Kathrin Fromm

Highlight: Ermutigen Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer mehr Menschen dazu, sich auf den Weg nach Europa zu machen? Dieser Frage ging ein Forscherteam nach und kam zu einer eindeutigen Antwort.

Body

Rettungsaktionen für Migranten, die auf dem Mittelmeer Seenot geraten, ziehen einer Studie zufolge keine zusätzlichen Migranten nach sich. Bestimmende Faktoren für den Aufbruch von Migranten seien vielmehr sich verschlimmernde Konflikte, Naturkatastrophen und steigende Preise für Lebensmittel in der Heimat, heißt es in einer in »Scientific Reports« veröffentlichten Studie. Auch die Wettervorhersage spiele eine Rolle.

»Es gibt keine Verbindung zwischen lebensrettenden Aktionen im Meer und der Zahl der Migranten«, sagte Julian Wucherpfennig von der Berliner Hertie School, einer der Ko-Autoren der Studie. »Rettungsaktionen retten vor allem Leben, aber sie ziehen keine zusätzlichen Migranten an«, bekräftigte Ramona Rischke vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Daten von 2011 bis 2020 analysiert

Die Wissenschaftler analysierten Daten aus der Zeit von 2011 bis 2020 von der EU-Grenzschutzagentur Frontex, der libyschen und tunesischen Küstenwache, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und einer Nichtregierungsorganisation, die die Identität von Migranten ermittelt, die im Mittelmeer sterben. Aus diesen Daten entwickelten sie ein Modell, um die Faktoren für den Aufbruch von Migranten zu ermitteln.

Das Ausmaß der Rettungsaktionen im Mittelmeer spielt der Studie zufolge dabei keine Rolle. Dies gelte auch für den Fall der Operation »Mare Nostrum«, bei der die italienische Küstenwache 2013 und 2014 etwa 100.000 Migranten im Mittelmeer aus Seenot rettete.

Damit widerlegt die Studie ein Argument von Politikern wie der italienischen Ministerpräsidentin Georgia Meloni, die in Rettungsaktionen einen zusätzlichen Beweggrund, einen sogenannten Pull-Faktor, für potenzielle Migranten sieht.

Die Route von Nordafrika über das Mittelmeer gilt als die weltweit gefährlichste. Seit 2014 haben nach Angaben der IOM mehr als 20.000 Migranten im Mittelmeer ihr Leben verloren oder werden als vermisst gemeldet. Die meisten von ihnen ertranken.

Seenotrettung zieht laut Studie keine zusätzlichen Migranten an

kfr/AFP

Graphic

dpa - Seenotrettungsschiff »Humanity 1« im Einsatz auf dem Mittelmeer

Load-Date: August 3, 2023

End of Document

Union entdeckt Seehofers Obergrenzenzahl wieder

SPIEGEL ONLINE

19. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Zuwanderung von Geflüchteten

Length: 434 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Für seine Obergrenze von 200.000 Geflüchteten im Jahr legte sich der damalige Innenminister Seehofer einst mit der Kanzlerin an. Mehrere Unionspolitiker kramen die Zahl jetzt wieder raus aber nicht den Begriff.

Body

Politiker von CDU und CSU fordern, den Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland merklich zu drosseln. Dabei nehmen sie eine alte Zahl wieder auf, die vom damaligen Innenminister Seehofer 2016 geprägt worden war. »Ziel muss sein, durch Begrenzungen deutlich unter 200.000 Asylanträge pro Jahr zu kommen«, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm, der »Bild«-Zeitung (Donnerstag).

Horst Seehofer (CSU) hatte in seiner Zeit als Bundesinnenminister über Monate einen Streit mit der damaligen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ausgetragen, weil er eine Obergrenze von 200.000 von Geflüchteten forderte, die Deutschland im Jahr aufnehmen könne. Am Ende einigte sich die Unionsfraktion auf ein Kompromisspapier. Man wolle erreichen, dass die Zahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen »200.000 Menschen im Jahr nicht übersteigt«, hieß es im Oktober 2017 in einem entsprechenden Papier. Das Wort »Obergrenze« kam darin nicht mehr vor.

Auch der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion in Bayern, Thomas Kreuzer, nahm die Zahl wieder auf. Das Wort »Obergrenze« verwandte er nicht. Er sagte der »Bild«: »200.000 ist eine Grenze, die wir bereits vor Jahren genannt haben. Unsere Erfahrung zeigt, dass wir auf Dauer nicht in der Lage sind, mehr Menschen in Deutschland jährlich zu integrieren. Es müssen definitiv weniger sein, da wir ja aktuell zu Recht auch all die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unterbringen, unterstützen und integrieren.«

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte demselben Blatt, Deutschland nehme im Vergleich zu anderen europäischen Ländern überdurchschnittlich viele geflüchtete Menschen auf. Die Aufnahmefähigkeit sei jedoch »nicht unbeschränkt«. »Wir haben nicht beliebig viele Unterkünfte und auch die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft darf nicht überfordert werden.«

Sachsens CDU-Fraktionschef Christian Hartmann sagte: »Es ist nicht möglich, dauerhaft 200.000 Menschen jedes Jahr aufzunehmen.« Statt über konkrete Obergrenzen solle man aber lieber »über eine konsequente Umsetzung der Abschiebung von Ausreisepflichtigen reden. Hier ist Bundesinnenministerin Faeser in der Pflicht.«

Union entdeckt Seehofers Obergrenzenzahl wieder

Knapp 218.000 Asylersanträge

Vor wenigen Tagen hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitgeteilt, dass in Deutschland im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt haben wie seit 2016 nicht mehr. Aus der Jahresstatistik der Behörde für 2022 geht hervor, dass von Anfang Januar bis Ende Dezember 217.774 Menschen erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen gestellt haben. Das waren knapp 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

sol/dpa

Graphic

picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild - Grenzkontrolle (in Frankfurt an der Oder): »200.000 ist eine Grenze, die wir bereits vor Jahren genannt haben«

Load-Date: January 19, 2023

End of Document

Texas erlaubt Polizei Festnahme von Migranten

SPIEGEL ONLINE

19. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit mit Washington

Length: 457 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Der Gouverneur von Texas hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Behörden des Bundesstaats die Festnahme von illegal eingereisten Migranten ermöglicht. Damit provoziert er eine Reaktion der Biden-Regierung.

Body

In den USA lässt ein republikanischer Gouverneur den Streit zwischen Republikanern und Demokraten über schärfere Migrationsregeln weiter eskalieren. Ein neues Gesetz in Texas soll der Polizei des US-Bundesstaates künftig die Festnahme von irregulär eingereisten Migranten erlauben. Zudem sollen texanische Gerichte Abschiebungen anordnen können. Der erzkonservative texanische Gouverneur Greg Abbott unterzeichnete das Gesetz demonstrativ bei einer Zeremonie nahe einem Grenzzaunabschnitt in der Stadt Brownsville an der Grenze zu Mexiko. Der Republikaner warf US-Präsident Joe Biden dabei vor, »nichts zu unternehmen, um die illegale Einwanderung zu stoppen«. Bidens Untätigkeit füge den USA schweren Schaden zu.

Das Gesetz, das im März in Kraft treten soll, dürfte zu juristischen Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesstaat im Süden der USA und der Bundesregierung in Washington führen. In den USA ist bei Einwanderung und Grenzschutz grundsätzlich der Bund zuständig. Ein vergleichbarer Versuch aus Arizona, mehr Kontrolle über Einwanderung zu übernehmen, war im Jahr 2010 vom Obersten Gerichtshof verworfen worden. Zudem hat Bidens Regierung Texas bereits im Streit um schwimmende Barrieren auf dem Grenzfluss Rio Grande verklagt, die der Bundesstaat errichtet hatte.

Gouverneur Abbott sagte aber, das neue texanische Gesetz sei verfassungskonform. Sein Bundesstaat sei gezwungen, »sich selbst zu verteidigen«. Nach Angaben des Republikaners haben rund acht Millionen Menschen illegal die Grenze in die USA überschritten, seit Biden im Januar 2021 ins Weiße Haus einzog.

Bis zu 20 Jahren Gefängnis

Das Gesetz macht den irregulären Grenzübertritt nach Texas von einem anderen Land aus zu einer Straftat. Wiederholungstäter könnten zu bis zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt werden, sagte Abbott. Außerdem sehe das Gesetz einen Mechanismus für eine Abschiebung von Migranten durch die texanischen Behörden vor.

Texas erlaubt Polizei Festnahme von Migranten

Die Grenzpolitik ist in den USA ein besonders umstrittenes Thema und für Biden politisch äußerst heikel. Die Republikaner werfen dem Demokraten vor, ungehindert hunderttausende Ausländer ins Land zu lassen, und schüren Ängste vor einer Zunahme von Kriminalität und Drogenproblemen.

Bidens Vorgänger Donald Trump hatte schon im Wahlkampf 2016 den Bau einer Grenzmauer zu Mexiko zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht und tut dies nun erneut mit Blick auf seine angestrebte Präsidentschaftskandidatur 2024.

Zugleich fordert der linke Demokratenflügel von Biden eine liberalere Grenz- und Migrationspolitik. Die Tendenz geht aber derzeit eher in Richtung einer Verschärfung: Biden hat den Republikanern Zugeständnisse bei dem Thema zugesagt, wenn sie im Gegenzug neuen Militärhilfen für die von Russland angegriffene Ukraine zustimmen.

col/AFP/AP

Load-Date: December 19, 2023

End of Document

Warum das Flüchtlingsthema plötzlich hochkocht

SPIEGEL ONLINE

22. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1812 words

Byline: Martin Knobbe

Highlight: Die Generalversammlung offenbart die Probleme der Uno. Die Politik kämpft mit der aufkommenden Flüchtlingskrise. Und in China rätselt man weiter über verschwundene Minister. Das ist die Lage am Freitag.

Body

Wo sich Freund und Feind begegnen

Mitte der Neunzigerjahre wollte ich unbedingt nach New York. Ich suchte einen Grund und fand ein Praktikum bei der Deutschen Presse-Agentur. Die dpa hatte ihr Büro im Uno-Hauptquartier. Als ich da war, fand gleichzeitig **ein Praktikumsblock der Uno** statt: Praktikantinnen und Praktikanten aus der ganzen Welt arbeiteten im berühmten Hochhaus am East River, nach der Arbeit unternahmen wir viel gemeinsam. Bei mir stellte sich mit der Zeit ein Gefühl ein, **wie die Atmosphäre in dieser riesigen Maschine namens Vereinte Nationen** sein musste: So unterschiedlich die Mentalitäten und Interessen auch sein mochten, alle entdeckten Themen, bei denen es sich lohnte zusammenzuarbeiten. Ich fand es großartig.

Als ich **Olaf Scholz jetzt nach New York zur Uno-Generalversammlung** begleitete, kamen die Erinnerungen wieder hoch. Man kann die Uno ohne Zweifel einen zahnlosen Tiger nennen, eine Institution, die von wirkungslosen Ritualen lebt (weit über hundert Reden hintereinander, wer hört sich das an?) und deren Struktur die eigene Machtlosigkeit geschaffen haben (etwa das Vetorecht im Sicherheitsrat).

Man könnte auch nach diesen Tagen in New York sagen: Was hat es gebracht?

Der Nachhaltigkeitsgipfel SDG hat festgestellt, dass er seine **Halbzeitziele bei Weitem nicht erreichen** kann.

Russland führt noch immer Krieg gegen die Ukraine, trotz vielfacher Beschwörungen, wie schrecklich und völkerrechtswidrig er ist.

Und der Hunger in der Welt ist auch **nach Hunderten von Sitzungen, Arbeitsessen, bilateralen Treffen, Konferenzen, Get-togethers und Gipfeln** noch immer nicht beseitigt. Vom Klimawandel ganz zu schweigen.

Trotzdem ist es gut, dass es die Uno gibt.

Ich habe mir am Mittwoch die Sitzung des Sicherheitsrats angesehen. Wolodymyr Selenskyj war das erste Mal persönlich dort und griff Russland verbal scharf an. **Der russische Botschafter verästelte sich in Fragen der**

Warum das Flüchtlingsthema plötzlich hochkochte

Geschäftsordnung und zweifelte an, dass Selenskyj überhaupt sprechen dürfe. Dem Vorsitzenden des Gremiums, dem albanischen Premier Edi Rama, wurde es sichtlich zu viel. »Hierfür gibt es eine einfache Lösung, wenn Sie einverstanden sind«, sagte er. **»Beenden Sie den Krieg, dann wird Präsident Selenskyj nicht das Wort ergreifen müssen.«**Es war für mich der beste Beitrag des Tages.

Die Tage in New York haben für mich gezeigt: Allein, dass es einen Ort gibt, an dem sich Freund und Feind begegnen und miteinander sprechen, ist Wert genug. Diesen Wert sollte man niemals aufgeben.

Als **Speed-Dating auf höchstem Niveau**, beschreibt mein Kollege Konstantin von Hammerstein, der Außenministerin Annalena Baerbock begleitet hat, das Treffen in New York. Da kommen die Minister in kleinen Kabinen zusammen, die eher einem Impfzentrum Ehre machen würden als der Weltorganisation. **Verständigungsschwierigkeiten hätten manchmal weniger mit dem Gesprächsthema zu tun, als mit dem Lärm, den die benachbarten Diplomatie-Boxen erzeugen.**

Außenministerin Baerbock bei den Vereinten Nationen: Speed-Dating für den Weltfrieden

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Biden will Ukraine keine ATACMS-Raketen liefern dafür aber Abrams-Panzer: Wolodymyr Selenskyj hat im Weißen Haus mit US-Präsident Biden gesprochen. Dieser sicherte der Ukraine weitere Hilfe im Wert von Hunderten Millionen Dollar zu. Die gewünschten Waffensysteme wird es jedoch nicht geben.

Liefert Polen bald keine Waffen mehr nach Kiew? Ein brisanter Satz des polnischen Premiers versetzt den Westen in Aufruhr: Ausgerechnet Mateusz Morawiecki stellt Waffenlieferungen in die Ukraine infrage ein gefährliches Spiel kurz vor der Parlamentswahl.

Putins Hoffnung auf den Jet-Panzer: Russland will angeblich wieder die Herstellung eines Panzer-Oldies aufnehmen: Der T-80 war einst der mächtigste Kampfpanzer des Sowjetmilitärs. Für den Ukrainekrieg könnte er mit schlagkräftigen Updates versehen werden.

Schaffen wir das? (2.0.)

Wir streiten wieder über **Flüchtlinge, Obergrenzen, die richtige Asylpolitik, über Kontrollen an den Binnengrenzen, über die EU und ihre Uneinigkeit in Fragen der Migration.**

Es wirkt wie ein Déjà-vu, und doch ist es keins. Die Lage 2023 ist ganz anders als jene vor acht Jahren.

»Es ist nicht mehr dasselbe Land wie 2015, dessen Bürgerinnen und Bürgern die damalige Kanzlerin Angela Merkel noch zurufen konnte: Wir schaffen das«, schreibt meine Kollegin Deike Diening, die Recherchen vieler Kolleginnen und Kollegen zu einer SPIEGEL-Titelgeschichte zusammengefasst hat. Damals lag die AfD noch nicht bei 20 Prozent, damals unterstützten viele Bürgerinnen und Bürger eine freizügige Flüchtlingspolitik.

Heute finden laut einer Civey-Umfrage für den SPIEGEL 84 Prozent der Deutschen, dass derzeit zu viele Menschen nach Deutschland kommen, um hier einen Asylantrag zu stellen.

Woher dieser Wandel?

»Viele Menschen fürchten Kontrollverlust«, sagt der Migrationsforscher Gerald Knaus. Die Angst werde auch durch unseriöse Zahlen geschürt, wie viele Menschen weltweit auf der Flucht seien. Knaus lobt zugleich die Ampel. Der Koalitionsvertrag der Regierung beschreibe eine überzeugende Strategie, was zu tun wäre. »Die Ampel verspricht, irreguläre Migration ohne illegales Zurückweisen oder Pushbacks zu reduzieren. Das geht nur durch einen Zweiklang von Seenotrettung und einer Politik, die Menschen ohne Gewalt davon abhält, in Boote zu steigen. Es ist höchste Zeit, das zu tun.« Die Titelgeschichte und das Interview lesen Sie ab heute Mittag auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de).

Migrationsdebatte: Grüne im Grenzbereich

Warum das Flüchtlingsthema plötzlich hochkocht

Gerade noch Minister, jetzt verschwunden

Zuletzt wurde er Ende August bei einem Forum in Peking gesehen. Am 7. und 8. September dann sollte er nach Vietnam reisen, doch der Termin wurde abgesagt. Seitdem ward der chinesische Verteidigungsminister Li Shangfu nicht mehr gesehen, er war einfach weg.

Das rätselhafte Verschwinden namhafter Personen in China hat etwas Unheimliches, es ist eine Methode der Einschüchterung.

Erst Ende Juni war Außenminister Qin Gang verschwunden. Dessen Abwesenheit erklärte der Apparat damals mit einem gesundheitlichen Vorfall und verweigerte tagelang Antworten auf Fragen der Presse. **Womöglich aber war der plötzliche Amtsentzug auch die Strafe für ein außereheliches Verhältnis, aus dem wohl auch ein Kind stammt, das in den USA geboren wurde.** Welcome to Chinese Soap Opera!

Beim Verteidigungsmister dagegen geht es offenbar um Korruptionsvorwürfe während seiner Zeit als Leiter des Beschaffungswesens. Vielleicht aber gibt es auch hier ganz andere Gründe, die den Zorn von Staats- und Parteichef Xi Jinping erregt haben. Man weiß es nicht.

Fest steht nur, dass auch **andere aus dem Verteidigungsbereich verschwunden** sind: Der Kommandeur und der politische Kommissar einer Teilstreitkraft, der Chinas landgestützte Atomraketen unterstehen, tauchten seit August nicht mehr auf.

Weder wird über die Vorfälle öffentlich geredet, noch weiß man, wo die Verschwundenen derzeit sind. **Es wirkt, als wolle die chinesische Staatsmacht sämtliche Dunkelstellen im Gesamtbild mal rasch überpudern.** Kann das gelingen?

»Für Peking kommt der Imageschaden zur Unzeit«, schreiben meine Kollegen, die beiden China-Korrespondenten Georg Fahrion und Christoph Giesen. »Die Beziehungen zum Ausland sind angespannt. In westlichen Hauptstädten diskutiert man wirtschaftliche Abhängigkeiten von der Volksrepublik und die damit verbundenen Risiken.« **Viele internationale Unternehmen überlegen, in andere Märkte zu investieren.** »Gleichzeitig lahmt in China die Wirtschaft, die Jugendarbeitslosigkeit steigt in unbekannte Höhen.«

Bleibt die Regierung angesichts dieser Entwicklungen nervös, könnte das unheimliche Verschwinden weitergehen.

Chinas verschwundener Verteidigungsminister: Der Fehler in Xis System

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Das Gymnasium muss weg: Eine grundlegende Reform des Schulsystems scheiterte bislang auch am Widerstand betuchter Bildungsbürger. Trotzdem ist sie nötig.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Auf welche Insel verbannten die Briten den französischen Ex-Kaiser Napoleon Bonaparte im Jahr 1815?

Gewinnerin des Tages

ist **Bundestagspräsidentin Bärbel Bas**. Nach gerade mal zwei Amtsjahren erhält sie heute den höchsten deutschen Orden, das Großkreuz des Verdienstordens. Zuletzt war Angela Merkel damit ausgezeichnet worden, allerdings nach ihrer Amtszeit. Zuvor erhielten nur zwei andere Bundeskanzler den Orden, Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Und während sich der eine oder noch fragen mag, wer genau Bärbel Bas ist, was sie macht und warum sie diesen Orden verdient, dürften noch weniger wissen, dass **die Bundestagspräsidentin vor gar nicht allzu langer Zeit mit einer der höchsten Auszeichnungen eines anderen Landes** bedacht wurde.

Warum das Flüchtlingsthema plötzlich hochkocht

Die Ukraine hatte ihr im Oktober vergangenen Jahres den **Fürst-Jaroslav-der-Weise-Orden** zugesprochen für ihre Unterstützung des Landes. So hatte sie sich nach ihrer Rückkehr von einem Besuch in Kiew für einen baldigen EU-Beitritt der Ukraine ausgesprochen und immer wieder für Waffenlieferungen geworben. Bärbel Bas, das darf man aus diesen Auszeichnungen wohl folgern, gehört **eher zu den umtriebigeren Präsidentinnen und Präsidenten des Bundestags**.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas: »Wenn die Schuhe kaputt waren, musste ich zum Sozialamt«

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

»Individuen, die alles in Flammen sehen wollen«: Rechte Hardliner blockieren weiter die Haushaltsverhandlungen im US-Repräsentantenhaus und stellen so den eigenen Mehrheitsführer bloß. Nun wird Kevin McCarthy ungewohnt deutlich gegen die Parteigenossen.

Verurteilter Mörder in Oklahoma per Giftspritze hingerichtet: Er hatte eine junge Frau vergewaltigt und danach getötet: Im US-Staat Oklahoma ist die Todesstrafe bei einem 44-Jährigen vollstreckt worden. Die Art der Hinrichtung bleibt umstritten.

Laserpointer können Grifo nichts anhaben Freiburg gewinnt in Piräus: Mit Laserpointern versuchten Piräus-Fans, Vincenzo Grifo bei einem Elfmeter zu stören ohne Erfolg. Für den Sieg beim Start in die Europapokalsaison sorgte aber erst ein Joker in den Schlussminuten.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Kinder unter drei sollten nie vor Bildschirmen sitzen: Die Zweijährige schreit, der Achtjährige langweilt sich und das Abendessen muss auf den Tisch: Gestresste Eltern parken den Nachwuchs schon mal vor dem Fernseher, Tablet oder Smartphone. Ist das schlimm?

Deutsch, deutsch, deutsch ist der Volksmusikant: Blau blüht der Enzian, schwarzbraun ist die Haselnuss und keiner blonder als Heino. Mit nationalem Zungenschlag erreichte der Schlagersänger Mitte der Siebzigerjahre den Zenit seines Erfolges.

»Woossh!« macht der Mixer: In sozialen Netzwerken wie TikTok und Instagram wird das Kochbuch neu erfunden. Auch deutsche Influencer brutzeln mit und ihre jungen Fans stehen plötzlich freiwillig in der Küche.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Martin Knobbe, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: September 22, 2023

Mehr als 150 Verletzte bei Protesten gegen Eritrea-Veranstaltung

SPIEGEL ONLINE

02. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Zusammenstöße in Israel

Length: 596 words

Byline: Markus Böhm

Highlight: In Tel Aviv sind Proteste Hunderter Gegner der eritreischen Regierung eskaliert. Dabei gerieten die Demonstranten laut Medienberichten mit Regierungsanhängern aneinander, vor allem aber mit der Polizei.

Body

Bei schweren Zusammenstößen zwischen **Migranten** aus Eritrea untereinander sowie mit der israelischen Polizei sind in der israelischen Küstenstadt Tel Aviv mehr als 150 Menschen verletzt worden. Hunderte Eritreer hätten am Samstag vor der Botschaft ihres Landes gegen die dortige Regierung protestiert, meldeten israelische Medien. Mindestens 19 Demonstranten seien schwer verletzt worden, schrieb die Zeitung »Haaretz« unter Berufung auf Rettungskräfte.

Die Polizei teilte mit, Sicherheitskräfte hätten aufgrund von unmittelbarer Gefahr für sich selbst auch Schüsse abgegeben mit Gummigeschossen, aber auch mit scharfer Munition. »Haaretz« berichtet in diesem Kontext von 15 Angeschossenen. Den Angaben zufolge wurden auch mindestens 30 Polizisten verletzt. Sicherheitskräfte hätten 39 Demonstranten verhaftet. Am späten Nachmittag soll sich die Lage wieder beruhigt haben.

Die Demonstranten hätten Absperrungen der Polizei durchbrochen und Scheiben von Polizei- und anderen Autos sowie Fenster umliegender Geschäfte eingeschlagen, heißt es im Artikel von »Haaretz«. Die Sicherheitskräfte hätten angesichts dessen unter anderem Blendgranaten und Schlagstöcke eingesetzt. Augenzeugen berichteten, viele Demonstranten hätten bei der Kundgebung im Süden der Stadt Holzstöcke bei sich getragen.

In der Botschaft von Eritrea sollte am Samstagnachmittag eine Veranstaltung stattfinden. Die Demonstranten hätten die Polizei zuvor darum gebeten, diese abzusagen, schreibt »Haaretz«, und für den Fall, dass dies nicht passiere, vor gewaltsamen Auseinandersetzungen gewarnt. Die Regierungsgegner randalierten letztlich auch im Saal der Botschaft. Es gab zudem direkte Konfrontationen zwischen Anhängern und Gegnern der eritreischen Regierung.

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahuwies die Polizei laut seinem Büro an, die Ordnung wiederherzustellen. Die Beamten gingen eigenen Angaben zufolge mit Hunderten Kräften gegen die »Gesetzesbrecher« in Tel Aviv vor. Die Beamten riefen dazu auf, Abstand zu den Unruhen zu halten.

In anderen Ländern gab es schon ähnliche Vorfälle

Mehr als 150 Verletzte bei Protesten gegen Eritrea -Veranstaltung

In Eritrea regiert Präsident Isaias Afwerki in einer Einparteiendiktatur das Land. Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt. Zudem herrscht ein strenges Wehrdienst- und Zwangsarbeitssystem, vor dem viele Eritreer ins Ausland fliehen.

Medienberichten zufolge befinden sich rund 18.000 Migranten aus Eritrea in Israel. Die Behörden des Landes machen demnach beim Asylverfahren keinen Unterschied zwischen Anhängern und Gegnern der dortigen Regierung. Asylanträge werden allerdings auch nur in Ausnahmefällen gebilligt. Abgeschoben in ihre Heimat werden die Menschen jedoch nicht.

Auch in Deutschland war es im Juli zu Ausschreitungen bei einem sogenannten Eritrea-Festival mit mindestens 26 verletzten Polizisten gekommen, als Gegner jener Veranstaltung Sicherheitskräfte mit Stein- und Flaschenwürfen attackierten und Rauchbomben zündeten. Die deutschen Beamten setzten unter anderem Schlagstöcke ein. Die Organisatoren des Events in Gießen standen der umstrittenen Führung des ostafrikanischen Landes nahe.

In Stockholm kam es im August bei einem Eritrea-Festival zu gewalttätigen Ausschreitungen mit mehr als 50 Verletzten. Und auch in der norwegischen Stadt Bergen bewarfen sich am Samstag Gegner und Anhänger der eritreischen Regierung mit Steinen und Flaschen, wie die Zeitung »Bergens Tidende« meldete. Mindestens ein Mensch sei verletzt worden. Augenzeugen berichteten, auch die Polizei sei attackiert worden. Auslöser der Ausschreitungen war demnach ein Fest von Regierungsanhängern.

mbö/AFP/dpa/Reuters

Graphic

dpa - Tel Aviv: Die Demonstranten durchbrachen Absperrungen der Polizei

Load-Date: September 2, 2023

End of Document

Callcenter in Casablanca statt Asyl in Europa

SPIEGEL ONLINE

22. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Migranten in Marokko

Length: 1505 words

Byline: Heiner Hoffmann

Highlight: Viele *Migranten* aus dem südlichen Afrika blieben bisher in Marokko, fanden Arbeit in einem der unzähligen Callcenter. Doch inzwischen sind die Konditionen so schlecht, dass sie wieder vom Leben in Europa träumen. Wie lässt sich das ändern?

Body

Die Gäste kommen, wie immer, auf die Minute genau ins Restaurant Chez Momo. Sie drängen aus dem Gebäude gegenüber, tragen noch ihre weißen Plastikkarten um den Hals, mit denen sie am Drehkreuz des verglasten Hochhauses gerade ausgecheckt haben. Schnellen Schrittes laufen sie jetzt über die Straße, in ihren weißen Hemden und Stoffhosen oder Jeans. Sie verlassen ihre Großraumbüros in Casablanca mit den Headsets, engen Schreibtischen und kleinen Trennwänden, und reisen gedanklich in ihre senegalesische Heimat, für 30 Minuten, immerhin.

Diese Heimat riecht nach Thieboudienne, dem Nationalgericht Senegals, angebratenem gelben Reis mit Fisch. Der Duft dringt aus der Küche des Restaurants nach draußen, auf den Gehweg, wo Holztische und Stühle in den Nationalfarben Senegals stehen: grün, gelb und rot. An der Wand hängt eine riesige Flagge. Für eine halbe Stunde können die Gäste sich fühlen, als wären sie gerade in Dakar oder Saint Louis, fast 3000 Kilometer südlich. Der Standort des Chez Momo ist kein Zufall: Es liegt direkt gegenüber einem der größten Callcenter Marokkos; ein großer Teil der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stammt aus dem Senegal.

Casablanca ist so etwas wie die afrikanische Hauptstadt des Kundenservices. Ruft man bei seinem Streamingdienst in Frankreich oder seinem Internetprovider in Kanada, landet man mit hoher Wahrscheinlichkeit hier an der Atlantikküste Marokkos. Und meistens hat man einen der knapp 50.000 Menschen aus dem Senegal an der Leitung, die fließend Französisch sprechen und für ein paar Hundert Euro im Monat Anrufe entgegennehmen. Es ist eine Industrie, die ohne die Migrantinnen und Migranten nicht funktionieren würde, die von Billigarbeitern aus dem südlichen Afrika lebt.

Auf dem Weg nach Europa stranden diese Menschen hier, finden Jobs, schicken Geld nach Hause. Früher wollten viele bleiben, doch inzwischen sind die Konditionen so schlecht, dass die meisten wieder vom Leben weiter nördlich träumen.

Auch Sidya Diop hat eine Plastikkarte um den Hals, kommt zum Mittagessen ins Chez Momo. Er trägt ein schwarzes T-Shirt und eine silberne Kette, die Dreadlocks baumeln über der Stirn. Diop kam 2014 nach

Callcenter in Casablanca statt Asyl in Europa

Casablanca, bald sind es zehn Jahre für ihn in Marokko, wohl kaum einer ist so gut vernetzt in der Community vor Ort wie er. Der 32-Jährige lacht nur selten, alle paar Sekunden wandert sein Blick auf den Handybildschirm, der immer wieder aufleuchtet. Er hat die Facebook-Gruppe »Li Khew Maroc Actu« gegründet, »Nachrichten aus Marokko«, mit 26.000 Followern und einer Million Likes. Diop ist eine Art Kummerkasten für seine Landsleute, ständig erreichbar, immer im Einsatz.

Noch vor ein paar Jahren seien die meisten hierhergekommen, um zu bleiben. Sie suchten einen festen Job. In ihrer Heimat, wo 40 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze leben, war das kaum möglich. Der Weg nach Marokko schien einfach: Man brauchte kein Visum, nur wenige Firmen fragten nach einer Arbeitserlaubnis, und es gab unzählige Jobs in den Callcentern der Stadt. Marokko galt als vergleichsweise sicher und lebenswert für Migrantinnen und Migranten aus anderen afrikanischen Ländern, ganz im Gegensatz zu Tunesien oder Algerien, wo ihnen Gewalt und Repressionen drohen.

Die Jobs in den Callcentern gibt es zwar immer noch, doch alles andere ist schwieriger geworden: Inzwischen versucht auch Marokko, die ungebremste Migration einzuschränken, die Polizei kontrolliert immer strenger. Bei Einreise müssen die Senegalesinnen und Senegalesen inzwischen umgerechnet knapp 500 Euro Ersparnis vorweisen, für viele eine immense Hürde. Ohne die offizielle Aufenthaltserlaubnis findet sich kaum noch ein Job.

Doch es gibt noch Arbeitgeber, die nicht nach Papieren fragen. Sie bezahlen schlechter. Mit der großen Zahl an Migranten im Land seien auch die Löhne gesunken, erzählen die Betroffenen. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten rapide an. »Es wird immer schwieriger für uns«, sagt Diop. Er arbeitet im Callcenter gegenüber als Teamleiter, hat 30 Leute unter seiner Ägide. Er blickt wieder auf sein Handy. »Inzwischen drehen sich die meisten Anrufe und Nachrichten um die Frage: Wie komme ich weiter nach Europa? Das hat deutlich zugenommen«, erzählt Diop.

Am Rande der Stadt, etwa zehn Kilometer entlang der großen Ausfallstraße, gibt es keine schicken Glasfassaden mehr. Hier stehen die in die Jahre gekommenen Wohnblocks, das Weiß der Fassaden ist längst grau geworden, auf den Straßen stehen Gartenmöbel, an improvisierten Ständen wird Kaffee verkauft oder gegrillt. Das »Ghetto« nennen die Bewohner diese Gegend. Doch sie hat einen Vorteil: Man gelangt zu Fuß zu einem riesigen Bürokomplex mit zahlreichen Callcentern, jeden Morgen strömen Hunderte Menschen hinein und am Abend, nach bis zu zehn Stunden Arbeit, wieder hinaus, zurück ins »Ghetto«.

In der kleinen Wohnung von Narisse und Mamadou* drängen sich die Gäste. Das Paar hat heute frei, senegalesische Freundinnen und Freunde sind zum Essen gekommen. Alle haben in verschiedenen Callcentern gearbeitet, haben Badewannen nach Paris oder Versicherungen nach Belgien verkauft via Telefon. Es gibt auch hier Thieboudienne, sie sitzen um einen großen Teller versammelt auf dem Teppich. Im Hintergrund läuft der Fernseher, senegalesische Popmusik, draußen im dreckigen Hinterhof liegt eine tote Ratte.

Mamadou, Anfang 30, ist Teamleiter in einem Callcenter, seine Crew bietet technische Beratung bei Internetstörungen an, für kanadische Kunden. »Zum Glück, denn die Franzosen sind viel unfreundlicher, sie sagen ständig Fuck you«, lacht der Senegalese. Schon in seiner Heimat hatte er in einem Callcenter gearbeitet, allerdings für die Hälfte des jetzigen Gehalts. 14 von 18 seiner Mitarbeiter in Marokko sind Landsleute. Doch die Arbeit sei hart, sagt er: 9,5 Stunden schufteten mit lediglich 30 Minuten Pause zwischendurch, »ab und zu fallen Leute in Ohnmacht, und wir werden permanent überwacht.« In seinem Team seien gerade erst wieder drei abgehauen, Richtung Europa.

Mamadou selbst wollte nie weiterziehen. Er wollte hier in Casablanca ein Leben aufbauen, mit seiner Partnerin, Geld sparen, irgendwann in die Heimat zurückkehren. Doch die Stimmung werde schlechter, sagt der hochgewachsene schlanke Mann mit weicher Stimme, einmal hätten marokkanische Nachbarn sogar einen Hund auf ihn gehetzt.

Das Paar lebt in einer Art Zwischenwelt: Physisch sind die beiden in Casablanca, in Gedanken mal bei den Familien im Senegal und zunehmend wieder auf der Suche nach einer besseren Zukunft anderswo. Kanada, Belgien oder Schweden kämen infrage. Doch nur auf legalem Weg, eine Überfahrt übers Mittelmeer schließt Mamadou aus; er hat Angst vor der See.

Callcenter in Casablanca statt Asyl in Europa

Was müsste sich ändern, damit sie bleiben? Die Löhne, sagt Mamadou, müssten wieder steigen statt sinken, die großen Callcenter-Betreiber mit Hauptsitz in Luxemburg oder Miami weniger auf Billigarbeit und mehr auf faire Bezahlung setzen. Sie müssten ein besseres Arbeitsumfeld schaffen, dass nicht auf Druck und Provisionen für erfolgreiche Verkäufe aufbaut. »Die Ausbeutung muss aufhören.«

Seine Verlobte Nariße grinst. Von den Callcentern hat die 27-Jährige ohnehin genug. Sie ist gelernte Krankenschwester und betreute eine Weile lang Streamingdienst-Kunden. »Die haben mich oft beleidigt und angeschrien, aber man muss immer nett sein, darf nicht zurück keilen«, sagt sie. Irgendwann hat sie entnervt aufgegeben, jetzt flieht sie auf dem Markt im »Ghetto« Haare.

Die beiden versuchen, Geld beiseitezulegen, jeden Monat ein wenig, auch wenn das immer schwerer fällt. Die europäischen Länder wollen Ersparnisse auf dem Konto sehen, sonst gibt es kein Visum. Irgendwann, hofft Nariße, wird sie auf der anderen Seite des Meeres in einem Krankenhaus arbeiten. Und wenn sie dann ein Problem mit ihrem Streamingdienst hat oder ihr Internet nicht funktioniert, dann wird sie die Hotline anrufen, einen vertrauten Akzent am Telefon hören und sich erinnern an einen Ort, der mal ihr Zuhause war.

Sidya Diop, der Kümmerer, will in Casablanca bleiben, obwohl er Frau und Kind in Frankreich hat, ein Visum im Pass. Er könnte sich einfach in ein Flugzeug setzen. »Aber wer soll sich dann um die Leute hier mit all ihren Problemen kümmern?«, fragt er. Vor ein paar Tagen habe sich eine junge Senegalesin umgebracht, sie sei überfordert gewesen, sagt Diop. Das Einkommen im Callcenter habe zum Leben nicht gereicht, und die Familie zu Hause im Senegal habe immer wieder Geld von ihr gefordert. Unter diesem Druck stünden viele, und es sei zunehmend schwierig, ihm standzuhalten.

Er ist sich sicher: Wenn die Löhne nicht bald steigen, wenn seine Landsleute weiterhin kaum noch ihre Miete zahlen können, dann werden die Überfahrten übers Mittelmeer noch mal drastisch zunehmen. Dabei sei die Lösung recht einfach: »Wenn die Europäer weniger Migration wollen, dann sollten sie sicherstellen, dass ihre ausgelagerten Dienstleistungen hier in Afrika auch fair bezahlt werden«, sagt er.

*Wir haben den Namen des Protagonisten auf seinen Wunsch hin geändert, der echte Name ist der Redaktion bekannt

Load-Date: October 22, 2023

Seenotretter bergen Dutzende Menschen aus überfülltem Schlauchboot

SPIEGEL ONLINE

14. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Mittelmeer vor Libyen

Length: 295 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Trotz erhöhter Sturmgefahr im Winter wagen etliche Menschen weiterhin den Weg über das Mittelmeer nach Europa. Allein diese Woche wurden mehr als 130 Migranten gerettet, darunter viele unbegleitete Jugendliche.

Body

Die Besatzung der »Ocean Viking« hat 84 Menschen vor der Küste Libyens gerettet. Wie die Organisation SOS Méditerranée auf Twitter mitteilte, handelt es sich bei 58 der Überlebenden um Minderjährige ohne Begleitung.

Demnach wurden die Menschen aus einem überfüllten Schlauchboot in internationalen Gewässern an Bord genommen. Viele von ihnen seien dehydriert und unterkühlt. Auf Bildern der Aktion waren mehrere in Rettungsdecken gehüllte Personen zu sehen.

48 Menschen bereits am Montag gerettet

Bereits am Montag hatte die von der Organisation Ärzte ohne Grenzen betriebene »Geo Barents« ebenfalls vor der libyschen Küste 48 Schutzsuchende an Bord genommen. Wie die Hilfsorganisation auf Twitter mitteilte, wiesen die italienischen Behörden dem Schiff nach dem Einsatz den vom Rettungsort weit entfernten Hafen Ancona zu.

Die Rechtsaußen-Regierung unter der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni ging zuletzt dazu über, private Seenotretter nach Einsätzen oft zu entfernten Häfen zu schicken. Die Organisationen kritisieren, dass durch die langen Fahrtzeiten die Zeit in den Einsatzgebieten nun verkürzt werde. Dadurch könnten weniger Menschen gerettet werden.

Das Mittelmeer zählt zu den tödlichsten Fluchtrouten weltweit. Es gibt dort keine staatliche Rettungsmission, lediglich die Schiffe privater Hilfsorganisationen halten Ausschau nach in Seenot geratenen Flüchtlingen und Migranten.

2022 sind nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehr als 2.300 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen oder werden vermisst. Seit Beginn dieses Jahres hat die Organisation 105 Tote und Vermisste gezählt. Schwere Unglücke ereigneten sich in den letzten Monaten in der Ägäis sowie auf der Route von Libyen nach Italien.

fek/epd

Seenotretter bergen Dutzende Menschen aus überfülltem Schlauchboot

Graphic

SOSMedGermany - Überfülltes Schlauchboot vor der »Ocean Viking«

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Kanarische Inseln registrieren Rekordzahl an Geflüchteten

SPIEGEL ONLINE

05. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Route nach Spanien

Length: 390 words

Byline: Philipp Kollenbroich

Highlight: Die Bootsfahrt auf die Kanaren gilt als eine der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt, doch die Zahl der Ankommenden steigt seit Monaten. Nun hat sie einen Rekordwert überschritten.

Body

Die Zahl der ankommenden **Migranten** auf den Kanaren hat einen Rekordwert überschritten. Bis zum Samstag erreichten 31.686 Menschen die spanischen Inseln, mehr als im gesamten Jahr 2006, dem bisherigen Rekordjahr. Damals kamen von Januar bis Dezember 31.678 **Geflüchtete** an, wie die spanische Nachrichtenagentur EFE berichtet. Der Regionalpräsident der Kanaren, Fernando Clavijo, erklärte, die Zahlen definierten den »humanitären Notfall«, dem sich die Kanaren gegenübersehen. »Das Management der **Migration** an der Südgrenze sollte eine Priorität in der spanischen und europäischen Agenda sein«, schrieb Clavijo auf X, vormals Twitter.

Allein am Wochenende landeten dem Bericht zufolge vier Boote mit mehr als 490 Insassen auf El Hierro, der westlichsten der kanarischen Inseln. Vier Menschen starben, zwei davon an Bord, zwei weitere in einem Krankenhaus. Die Zahl könne sich weiter erhöhen, weil die Behörden weiter im Einsatz seien, so EFE.

Der starke Anstieg der Zahlen hatte sich bereits in den vergangenen Monaten abgezeichnet. Zwischen dem 1. Januar und dem 15. Oktober waren auf den kanarischen Inseln insgesamt 23.537 Migranten angekommen, 80 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Oft verfehlen Migranten die Inseln

Einer der Hauptgründe für den Anstieg ist die politische und wirtschaftliche Instabilität im Senegal. Unter den Ankommenden sind viele Fischer, der wichtige Wirtschaftszweig steckt in der Krise. Zudem hat die Regierung den Oppositionsführer, der gerade jungen Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft gemacht hatte, ins Gefängnis gesteckt. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex nennt die Zustände im Land einen »Push-Faktor«, der die Menschen dazu bringe, auf die Boote zu steigen und das Land zu verlassen.

Die Route vom Westen Afrikas auf die Kanaren ist eine der tödlichsten Migrationsrouten der Welt. Die Migranten legen Hunderte Kilometer zurück, oft verfehlen sie die Inseln und sterben auf See. Spanien hat die Aufnahmekapazitäten auf den Kanaren in den vergangenen Jahren stark ausgebaut. Die Regierung zeigt sich angesichts der steigenden Zahlen dennoch besorgt. Ohne die Hilfe der EU könne die Situation nicht bewältigt

Kanarische Inseln registrieren Rekordzahl an Geflüchteten

werden, hieß es im Oktober in Madrid. Spaniens Innenminister Fernando Grande-Marlaska teilte mit, dass das Land zwei zusätzliche Flugzeuge zur Überwachung der Migrationsrouten einsetzen werde.

sep

Load-Date: November 5, 2023

End of Document

Linkenpolitikerin zeigt Friedrich Merz an

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Wegen Volksverhetzung

Length: 399 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: Die umstrittenen Aussagen von Friedrich Merz zu Gesundheitsleistungen für Asylbewerber sorgen weiter für Aufregung. Kritik kam auch von Kanzler Scholz aus Bayern hingegen gibt es Unterstützung.

Body

Linkenvorstandsmitglied Daphne Weber hat Strafanzeige gegen den CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz gestellt. Zuerst hatte das ZDF berichtet. Auch dem SPIEGEL liegt die Anzeige vor, die Weber an die Staatsanwaltschaft Arnsberg geschickt hat.

Hintergrund sind die umstrittenen Aussagen des CDU-Chefs zu Gesundheitsleistungen für Asylbewerber. »Der Straftatbestand Volksverhetzung, § 130 StGB ist erfüllt, weil Herr Merz wissentlich wesentliche Fakten ausgeblendet hat, um geflüchteten Menschen die Schuld für soziale Probleme wie Wohnungsmangel oder unzureichende medizinische Versorgung zuzuschieben«, schreibt Weber in ihrer Anzeige.

Merz hatte die Bundesregierung mit einem drastischen Vergleich zur Eindämmung der irregulären Migration aufgefordert. »Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300 000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen«, sagte Merz im »Welt-Talk«. »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebensächlich kriegen keine Termine.« SPD und Grüne warfen ihm daraufhin Populismus vor. (Lesen Sie hier den Faktencheck zu den Aussagen.)

Laut Weber bediene sich Merz an »Narrativen der extremen Rechten, dass ausreisepflichtige Asylbewerber nicht ausreisen würden, weil sie die deutschen Gesetze ignorierten und dass der deutsche Sozialstaat dieses Verhalten mit Alimentationen noch bediene«.

Seine »Hetze gegen geflüchtete Menschen« diene »in erster Linie einem Wahlkampfmanöver«. »Er schürt Hass gegen eine Personengruppe und gefährdet damit den öffentlichen Frieden«, schreibt die Linkenpolitikerin.

Bundeschancellor Olaf Scholz (SPD) kritisiert Merz inzwischen ebenfalls, aber deutlich zurückhaltender. »Was Herr Merz vorgetragen hat, entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland. Ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte«, sagte Scholz im Interview der Woche des SWR.

Linkenpolitikerin zeigt Friedrich Merz an

Derweil bekommt Merz Unterstützung für seine Aussagen von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. »Das ist natürlich etwas zugespitzt und flapsig formuliert und erregt damit die Gemüter«, sagte der Freie-Wähler-Chef dem Fernsehsender »Welt-TV« am Freitag. »Aber der Sachverhalt ist wirklich so, dass eben viele Menschen in unseren Sozialkassen sind oder Zugriff auf unsere Sozialkassen und medizinische Versorgung haben, die uns viel Geld kosten.«

til/dpa

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund machen Ausbildung in Engpassberufen

SPIEGEL ONLINE

19. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Fachkräftemangel

Length: 243 words

Byline: Katherine Rydlink

Highlight: Deutschland mangelt es an Fachkräften, vor allem in Handwerk, Gastronomie und regenerativer Energietechnik. Einer Studie zufolge orientieren sich Azubis mit nicht-deutscher Herkunft verstärkt an diesen Bereichen.

Body

Die Zahl junger Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland eine Ausbildung absolvieren, steigt. Einer Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) am Institut der deutschen Wirtschaft zufolge erhöhte sich die Anzahl in den vergangenen zehn Jahren um 64 Prozent von 33.500 auf knapp 55.000 Azubis. Jeder Dritte stammt demnach aus einem der acht größten Asylherkunftsländer, Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Die »Funke Mediengruppe« berichtete vorab über die Studie. Insbesondere in Engpassberufen habe sich die Zahl der internationalen Azubis verdoppelt etwa in vielen Berufen der Gastronomie, aber auch im Handwerk. Gefragt seien insbesondere Ausbildungen, die für den Energie- und Klimawandel Bedeutung haben, wie beispielsweise Bauelektrik.

Dem KOFA zufolge bleibt der eklatante Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ein Problem für die deutsche Wirtschaft. Zwar hat sich demnach die sogenannte Fachkräftelücke zuletzt etwas verkleinert. Doch noch immer gibt es für 510.000 offene Stellen in Deutschland rechnerisch keine passend qualifizierten Arbeitslosen. In einigen Branchen habe der Bedarf an Arbeitskräften stark zugenommen, heißt es in einer anderen Studie. So gibt es derzeit deutlich mehr offene Stellen für Fachkräfte in der regenerativen Energietechnik. Die Ampel-Regierung setzt auf Zuwanderung aus dem Ausland, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen.

kry/Reuters

Load-Date: November 19, 2023

Tunesische Nationalgarde meldet knapp 800 ertrunkene Migranten seit Jahresbeginn

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Tödliche Überfahrt

Length: 372 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Tunesien ist ein wichtiges Land auf dem Weg nach Europa. Immer wieder geraten Flüchtende vor der Küste in Seenot. Nun hat die Küstenwache Zahlen veröffentlicht, wie viele Menschen ertrunken und gerettet worden sind.

Body

Ob der Weg zu den Kanaren oder die Überfahrt gen Italien: Flüchtende aus afrikanischen Ländern begeben sich auf potenziell tödliche Routen, wenn sie Europa erreichen wollen. Nun hat die tunesische Küstenwache bekannt gegeben, wie viele Tote sie seit Jahresbeginn bereits an den Ufern Tunesiens geborgen hat. Demnach sind 798 Menschen bei dem Versuch ertrunken, Europa per Boot zu erreichen. Laut eines Sprechers der Nationalgarde hatten davon 102 Menschen die tunesische Staatsbürgerschaft.

Die Zahl der Toten steht einer deutlich höheren der Geretteten gegenüber: Demnach konnten 34.000 Menschen, die meisten von ihnen aus Afrika, in diesem Jahr von Booten gerettet werden, wie der Sprecher weiter mitteilte. Dies war ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit rund 9200 abgefangenen und geretteten Migrantinnen und Migranten.

Umstrittenes Migrationsabkommen

Tunesien ist ein wichtiges Transitland für Flüchtende, die über die gefährliche Mittelmeer-Route nach Europa gelangen wollen. Die Küstenstadt Sfax liegt nur etwa 130 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

Der italienischen Regierung zufolge sind in diesem Jahr bereits 80.000 Schutzsuchende, vornehmlich aus Libyen und Tunesien, an den Küsten Italiens angekommen.

Die Europäische Union und Tunesien hatten Mitte Juli ein umfassendes Migrationsabkommen geschlossen. Es soll Flüchtende von irregulärer Migration in die EU abhalten und insbesondere den gemeinsamen Kampf gegen Schleuser verbessern. Das von einer schweren Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit geplagte Tunesien erhält dafür finanzielle Unterstützung von mehr als einer Milliarde Euro.

In Tunesien hatte es zuletzt einen Anstieg rassistisch motivierter Angriffe auf Migrantinnen und Migranten gegeben, nachdem Präsident Kais Saied im Februar »Horden« illegaler Migranten einer »kriminellen Verschwörung«

Tunesische Nationalgarde meldet knapp 800 ertrunkene Migranten seit Jahresbeginn

beschuldigt hatte. Anfang Juli wurden nach dem Tod eines Tunesiers in Sfax 1200 Migrantinnen und Migranten von der Nationalgarde aus der Stadt vertrieben und ohne Wasser bei 40 Grad in der Wüste ausgesetzt.

Bei der Überfahrt über das Mittelmeer sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) seit 2014 mehr als 20.000 Menschen ums Leben gekommen.

mrc/AFP

Graphic

IMAGO/ZUMA Wire - Geflüchtete aus Tunesien vor der maltesischen Küste: 798 Ertrunkene seit Jahresbeginn

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

FDP will Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Afghanistan forcieren

SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Restriktivere Migrationspolitik

Length: 351 words

Byline: Severin Weiland

Highlight: Seit der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban werden keine Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt. Die FDP will das ändern – zumindest für bestimmte Gruppen.

Body

Die FDP erhöht in der **Migrationspolitik** den Druck auf die Koalitionspartner und fordert einen restriktiveren Kurs. »Es müssen auch wieder Abschiebungen nach Afghanistan beispielsweise möglich sein, für Straftäter und Gefährder«, forderte kürzlich der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.

Nach der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban in Afghanistan im Sommer 2021 waren Abschiebungen von der Bundesregierung wegen der Sicherheitslage ausgesetzt worden. Im Frühjahr war über Pläne im Bundesinnenministerium (BMI) berichtet worden, wonach die Wiederaufnahme der Abschiebungen von Straftätern und Gefährderten geprüft werden sollte. Für die Rückführung ist allerdings eine Verständigung mit den Taliban erforderlich.

Djir-Sarais Äußerungen folgen Überlegungen in der FDP-Spitze, sich mit einer härteren Gangart bei Abschiebungen von SPD und Grünen abzusetzen. So soll die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Arbeitskräfteeinwanderung nicht gefährdet werden.

Auch das »Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan« müsse laut Djir-Sarai »beendet werden«. Die laufenden Ausreisen aus dem 2022 aufgelegten Programm von Bundesinnenministerium und Auswärtigem Amt waren Ende März wegen Sicherheitsbedenken und des Verdachts auf Missbrauch ausgesetzt worden.

Nach einem Bericht der ARD von Mitte Mai dieses Jahres warten 12.600 Menschen mit Aufnahmezusage derzeit in Afghanistan auf Visa und Ausreise. 1480 vom Taliban-Regime Bedrohte befänden sich bereits in Iran und in Pakistan, bestätigte das Auswärtige Amt dem Sender NDR Info entsprechende Zahlen.

Mehrere Tausend Gefährdete seien von deutschen Nichtregierungsorganisationen für das Bundesaufnahmeprogramm vorgeschlagen worden, laut Außenamt eine Zahl »im mittleren vierstelligen Bereich«. In dem ARD-Bericht wurde das Auswärtige Amt mit dem Satz zitiert, die Regierung arbeite an der »schnellstmöglichen Wiederaufnahme der Ausreisen aus Afghanistan und Visumbearbeitung von Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmezusage«.

FDP will Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern nach Afghanistan forcieren

Das Bundesaufnahmeprogramm war im Oktober 2022 von Außenministerin Annalena Baerbock(Grüne) und Innenministerin Nancy Faeser(SPD) aufgelegt worden.

sev

Graphic

picture alliance/dpa - Vor der Machtübernahme der Taliban im August 2021: Polizeibeamte bringen einen als Asylbewerber abgelehnten Afghanen auf dem Flughafen Leipzig-Halle in ein Charterflugzeug

Load-Date: June 16, 2023

End of Document

Hunderte Menschen aus Senegal auf dem Atlantik vermisst

SPIEGEL ONLINE

09. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Überfahrt nach Teneriffa

Length: 303 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: Zwei Boote mit jeweils rund 60 Personen sind von Senegal aus zu den Kanarischen Inseln aufgebrochen. Seit knapp 15 Tagen besteht offenbar kein Kontakt. Auch von einem weiteren Schiff mit 200 Menschen an Board fehlt jede Spur.

Body

Mindestens 300 Menschen auf drei Flüchtlingsbooten werden nach Angaben der Hilfsorganisation »Walking Borders« seit Tagen im Atlantik vermisst. Die Migranten seien vom Senegalaus in Richtung Teneriffa aufgebrochen, teilte die Organisation mit. Zwei Schiffe, eines mit etwa 65 Personen und das andere mit knapp 50 bis 60 Personen an Bord, würden seit 15 Tagen vermisst.

Ein drittes Boot habe den Senegal am 27. Juni mit etwa 200 Personen verlassen. Die Familien der Geflüchteten hätten seit deren Abfahrt nichts mehr von ihren Angehörigen gehört. Alle drei Boote seien in Kafountine in Senegals Süden gestartet. Von dort sind es etwa 1700 Kilometer über den Atlantik bis nach Teneriffa und zu den Kanarischen Inseln.

Menschen fliehen vor Instabilität im Land

Die Familien seien sehr besorgt, sagte Helena Maleno von »Walking Borders« der Nachrichtenagentur Reuters. Die etwa 300 Menschen seien aus der gleichen Gegend im Senegal und wegen der Instabilität im Land geflohen.

Die Kanarischen Inseln mit Teneriffa vor der Küste Westafrikas sind ein wichtiges Ziel für Geflüchtete auf dem Weg nach Spanien. In der Regel wird die atlantische Migrationsroute von Menschen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara genutzt. Nach Angaben der Uno starben im Jahr 2022 mindestens 559 Personen bei dem Versuch, die Kanarischen Inseln zu erreichen.

Viele Boote legen in Mauretanien ab

An der engsten Stelle sind die Kanaren nur hundert Kilometer von Marokko entfernt. Die meisten Geflüchteten beginnen die Überfahrt jedoch weiter südlich, von Mauretanien aus.

Durch die starken Strömungen ist die Route extrem gefährlich. Trotz der Lebensgefahr wagen immer wieder Menschen in kleinen, oft gar kaum seetüchtigen Booten die Überfahrt über den offenen Atlantik aus Nordafrika zu den Kanaren und damit in die Europäische Union.

Hunderte Menschen aus Senegal auf dem Atlantik vermisst

jpa/Reuters

Graphic

dpa - Ein Boot mit Geflüchteten

Load-Date: July 9, 2023

End of Document

Titel, Flüchtlingskatastrophe, Prostitution, René Weller

SPIEGEL ONLINE

23. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hausmitteilung

Length: 662 words

Byline: Alexander Kühn

Highlight: Hausmitteilung

Body

Titel

Diese Woche beginnen in Deutschland die ersten Sommerferien, den Anfang macht Nordrhein-Westfalen. Eine Zeit der Leichtigkeit, die aber diesmal in etlichen Familien für Bauchschmerzen sorgt. Die Urlaubspreise explodieren, für viele sind die Kosten nur mit großer Anstrengung zu stemmen, wenn überhaupt. Der SPIEGEL hat Leserinnen und Leser nach ihren Reiseplänen gefragt. Das Echo war enorm: Viele berichten, wie absurd hoch sie die Preise finden für Flüge, Hotelzimmer, selbst Stellplätze für ein Zelt.

Und warum sie trotzdem fahren, wenngleich oft kürzer als früher. Redakteurin **Julia Stanek** sprach auf Mallorca mit dem Gastronomen **Juan Ferrer** darüber, warum die Insel immer schicker wird. **Eva Lehnen**(l.) reiste nach Rügen, um herauszufinden, ob es wenigstens im eigenen Land günstiger geht. »Urlaub wird in den kommenden Jahren leider noch teurer werden«, sagt Titelauteur Thomas Schulz. »Allein schon weil Hunderte Millionen Chinesen das Reisen entdeckt haben.«

Unbezahlbare Sommerferien: Der Urlaub wird zum Luxusgut wie es doch noch günstig geht

Griechenlands boomender Luxustourismus: Geldmaschine Mykonos

Flüchtlingskatastrophe

Mit Fotos aus besseren Zeiten haben sie sich auf den Weg gemacht. Hunderte Angehörige suchen in Griechenland nach ihren Verwandten, viele bislang vergebens. Bis zu 750 Flüchtende könnten sich auf dem Fischkutter befunden haben, der Mitte Juni vor der Peloponnes sank. Nur 104 wurden gerettet, obwohl seit Stunden bekannt gewesen war, wie gefährdet die Menschen auf dem überfüllten Boot waren. Ein Team um Redakteurin **Lina Verschwele** sprach mit Suchenden und Überlebenden, die schwere Vorwürfe gegen die griechische Küstenwache erheben. Berührend ist der Fall zweier Brüder, die sich erstmals seit acht Jahren wiedersahen. Das Unglück fällt zusammen mit einer Neuausrichtung der EU-Migrationspolitik. Jahrelang war darüber diskutiert worden, nun ist von einem Durchbruch die Rede. Ein Team um Redakteur Steffen Lüdke beschreibt, was das bedeuten dürfte. »Geflüchtete müssen sich auf Stacheldraht und haftähnliche Zustände einstellen«, sagt Lüdke.

Europas neue Asylpolitik: »Das Erste, was sie tun, ist, dich zu inhaftieren«

Flüchtlingskatastrophe vor Griechenland: »Niemand will auf ein Schleuserboot«

Prostitution

Die wenigsten Frauen, die als Prostituierte arbeiten, tun das freiwillig. Viele stehen unter dem Druck von Zuhältern oder versuchen, der Armut in ihrer Heimat Osteuropa zu entfliehen. SPIEGEL-Redakteurin **Katrin Langhanstraß** eine Studentin, die zur Arbeit in einem Bordell gezwungen und dort mehrfach vergewaltigt worden war. Sie begleitete eine Streetworkerin auf dem Strich in Berlin, wo Frauen für 20 Euro Sex in Toilettenhäuschen anbieten, und sprach mit vielen Fachleuten. Dabei wurde ihr klar, wie wichtig Anlaufstellen sind, die Prostituierten aus der Zwangslage helfen. Organisationen wie Solwodi, Amalie, Kobra, das Café Neustart in Berlin und der Verein Esther Ministries halten sich häufig nur dank Spenden über Wasser. »Es kann nicht sein, dass der Staat die Ausstiegshilfe Ehrenamtlichen überlässt«, sagt Langhans.

Prostituierte in Deutschland: Vergewaltigt, vergessen, verloren

René Weller

Er war der bekannteste Boxer Deutschlands, man nannte ihn »Pforzheims Antwort auf Muhammad Ali«. René Weller, gelernter Heizungsmonteur und Goldschmied, boxte sich in den Achtzigerjahren durch, brachte es zu Wohlstand, Schmuck, teuren Autos. Später machte »der schöne René« Schlagzeilen etwa mit peinlichen Auftritten im Privatfern-sehen. Heute leidet Weller, 69, an schwerer Demenz, möglicherweise eine Folge zahlloser Kopftreffer. Er kann sein Krankenbett nicht verlassen, Ehefrau Maria füttert ihn, wickelt ihn, schneidet seine Haare. SPIEGEL-Mitarbeiter **Max Polonyi** hat das Paar besucht und die Geschichte einer anrührenden Liebe aufgeschrieben. »Wellers Schicksal ist tragisch«, sagt Polonyi. »Am Ende seines Lebens scheint er den Preis für eine große Karriere zu zahlen.«

Erkrankte Box-Legende René Weller: Sein letzter Kampf

Graphic

Dominik Butzmann

DER SPIEGEL

Load-Date: June 23, 2023

Tunesien will Tausende Migranten abgefangen haben

SPIEGEL ONLINE

20. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vor Überfahrt nach Lampedusa

Length: 359 words

Byline: Anna-Theresa Bachmann

Highlight: Die tunesische Küstenwache hat nach eigenen Angaben mehr als 2500 Menschen an der Überfahrt nach Europa gehindert. Frankreich hat unterdessen klargestellt, dass es keine der nach Lampedusa Geflüchteten aufnehmen werde.

Body

Die tunesische Küstenwache hat nach eigenen Angaben in den vergangenen Tagen mehr als 2500 Migranten abgefangen und Dutzende Menschenmuggler verhaftet. Die Nationalgarde teilt zudem mit, es seien auch Dutzende Boote beschlagnahmt worden. Außerdem seien etwa 1900 afrikanische Migranten aus Ländern südlich der Saharadaran gehindert worden, über die Landgrenze nach Tunesienezureisen.

Am Wochenende hatte es in der Küstenregion bei Sfax eine groß angelegte Razzia gegeben. Den Angaben zufolge waren dabei Hunderte Sicherheitskräfte mit Unterstützung von Anti-Terror-Einheiten, Flugzeuge und Polizeihunde im Einsatz.

In der vergangenen Woche hatten viele Menschen überwiegend aus Nordafrika in Booten die italienische Insel Lampedusaerreicht. Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloniforderte am Sonntag bei einem Besuch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyenauf Lampedusa ein gemeinsames Vorgehen der 27 EU-Staaten sowie Migrationsabkommen mit den nordafrikanischen Staaten, um die Lage beherrschen zu können.

Frankreich will bei Rückführungen helfen

Unterdessen hat Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin die Aufnahme von Migranten abgelehnt, die auf Lampedusa angekommen sind. »Frankreich wird keine Migranten aus Lampedusa aufnehmen«, sagte Darmanin im Sender TF1. Frankreichwolle eine Position der Strenge. Es gebe in Frankreich und Italienwie in ganz Europairreguläre Migration, die bekämpft werden müsse, sagte Darmanin.

Ihm zufolge hat Frankreich Italien angeboten, bei der Rückführung von Menschen in Länder zu helfen, mit denen Parisgute diplomatische Beziehungen pflege. Der Innenminister sagte, 60 Prozent der in Lampedusa angekommenen Menschen seien französischsprachig.

In der vorigen Woche hatten mehrere Tausend Bootsmigranten Lampedusa erreicht. Mehr als 5000 Menschen kamen allein am Dienstag vergangener Woche auf der Insel zwischen Sizilienund Nordafrika an so viele wie noch

Tunesien will Tausende Migranten abgefangen haben

nie an einem einzigen Tag. Das Erstaufnahmelager war zeitweise maßlos überfüllt. Zur Entlastung des Camps wurden Tausende Menschen auf Fähren und Polizeischiffen nach Sizilien oder direkt auf das italienische Festland gebracht.

atb/Reuters/dpa

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Ukrainerinnen und Ukrainer dämpfen deutschen Fachkräftemangel

SPIEGEL ONLINE

20. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; 86.000 haben schon einen Job

Length: 466 words

Highlight: Sie pauken Deutsch »bis zur Selbstüberforderung«: Zehntausende **Geflüchtete** aus der Ukraine haben im vergangenen Jahr bereits Jobs in Deutschland gefunden und sorgen so für dringend benötigte Entlastung am Arbeitsmarkt.

Body

Rund ein Jahr nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine geht die Bundesagentur für Arbeit von einer deutlichen Entlastung für den deutschen Arbeitsmarkt durch **Geflüchtete** aus dem Land aus. Schon jetzt seien seit Beginn des Krieges rund 65.000 Ukrainerinnen und Ukrainer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor Beginn der Kämpfe, sagte Daniel Terzenbach, Vorstandsmitglied der Bundesagentur.

Hinzu kämen 21.000 Ukrainerinnen und Ukrainer in Minijobs. Sie alle trügen zur Bekämpfung des Personalmangels in der deutschen Wirtschaft bei. »Der deutsche Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig«, sagte Terzenbach. Er erwartet, dass die Zahl der Beschäftigten aus der Ukraine in den nächsten Wochen und Monaten deutlich steigen werde dann, wenn die Frauen und Männer die Integrations- und Berufssprachkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge absolviert hätten.

Großer Teil will lange bleiben

Vor allem ab dem zweiten Quartal werde eine größere Zahl von Absolventen mit guten Sprachkenntnissen zur Verfügung stehen. »Wir haben bewusst versucht, die Qualifikationen der Menschen auch sichtbar und nutzbar zu machen«, sagte Terzenbach. Es sei die Absicht gewesen, die Geflüchteten nicht sofort in Helferjobs zu vermitteln, sondern sie gemäß ihrer Möglichkeiten einzusetzen.

Bei der Flüchtlingswelle in den Jahren 2014 bis 2016 sei das Ziel gewesen, nach fünf bis sechs Jahren die 50 Prozent der Menschen in Beschäftigung zu haben das sei trotz der Widrigkeiten der Coronapandemie erreicht worden. Jetzt bestehe die Chance, durch verbesserte Verfahren und zielgenauere Vermittlungen einen noch höheren Anteil in Jobs zu bringen. »Nahezu alle haben eine Chance auf dem Arbeitsmarkt«, sagte Terzenbach.

Es zeige sich, dass ein großer Teil der Flüchtlinge bereit sei, längerfristig in Deutschland zu bleiben, die deutsche Sprache zu lernen und zu arbeiten. »Wir sehen eine ganz hohe Motivation, bis hin zur Selbstüberforderung«, betonte er. Unterstützt werde diese Entwicklung durch die Tatsache, dass auch immer mehr Männer im arbeitsfähigen Alter nach Deutschland kämen ungeachtet der Wehrpflicht in der Ukraine. Zum Hemmnis könnte nach Terzenbachs Ansicht die Kinderbetreuung werden. »Es stehen zu wenig Betreuungsplätze zur Verfügung, die

Ukrainerinnen und Ukrainer dämpfen deutschen Fachkräftemangel

Kommunen haben in ihrer Bedarfsplanung die Krise nicht vorhersehen können. Deshalb brauchen wir temporäre Brückenlösungen, etwa den Ausbau des Angebots von Tagesmüttern, die sich um mehrere Kinder kümmern.«

Zuvor hatte bereits der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer, erklärt, die Integrations- und Sprachkurse seien so gut besucht wie nie zuvor. Mehr als 500.000 Zuwanderer hätten im vergangenen Jahr an solchen Kursen teilgenommen, sagte Sommer. Die Zahl bedeute eine Verdoppelung im Vergleich zu 2021.

beb/dpa

Graphic

picture alliance/dpa - Ukrainische Krankenschwester in einem Krankenhaus in Neuss

Load-Date: February 20, 2023

End of Document

Parteijugend fordert Kurswechsel bei den Grünen

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vor Bundeskongress

Length: 413 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Klimaschutz, Asylreform nach Meinung der Co-Chefin der jungen Grünen Sarah-Lee Heinrich verliert ihre Partei in der Ampel an Profil. Vor dem Bundeskongress warnt sie: Die Unzufriedenheit der Basis wachse.

Body

Die Grüne Jugend ist mit der Arbeit ihrer Mutterpartei innerhalb der Ampelkoalition alles andere als zufrieden. Co-Chefin Sarah-Lee Heinrich hat einen Kurswechsel von den Grünen gefordert. »Der Planet brennt, Menschen leben im reichen Deutschland in Armut. Wir erwarten von den Grünen mehr im Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Gerechtigkeit«, sagte Heinrich der »Süddeutschen Zeitung«.

Ihre Partei müsste innerhalb der Ampel den Druck auf die klimapolitischen Vorhaben erhöhen, sagte Heinrich. Dass sich die Koalition noch immer nicht auf eine Entlastung der Bürger durch das Klimageld geeinigt habe, sei ein »schwerer Fehler«. »Es darf nicht zum nächsten ausgehöhlten Ampelprojekt werden.« Schon die langwierige Debatte über das Heizungsgesetz hätten gezeigt: »Ohne wirksame soziale Abfederung wird es keine Akzeptanz für klimapolitische Vorhaben geben.«

Neben der Klimapolitik ärgert sich die Grüne Jugend auch über den Kurs ihrer Mutterpartei in Asylfragen. »Ich halte die Zustimmung der Grünen zur EU-Asylreform für falsch«, sagt Co-Chef Timon Dzienus. Sie bedeute »eine Verschlechterung der humanitären Lage an den EU-Außengrenzen«. »Sie wird kein Problem lösen und schafft nur noch mehr Leid und Chaos«, warnt Dzienus. »Menschen, die eigentlich Schutz brauchen, werden Stück für Stück entrechtet.«

»Junge Menschen in Deutschland sind wütend«

Nötig sei dagegen eine ausreichende Finanzierung für die Kommunen, um Unterbringung und Integration zu sichern. Beispielsweise durch ein Sondervermögen. Für Deutschland werde Migration in den nächsten Jahrzehnten durch Klimakatastrophe und Kriege zum politischen Alltag gehören. Sie lasse sich nicht per Knopfdruck steuern.

Die Führung der Grünen Jugend warnt die Partei eindringlich auch vor wachsendem Unmut in den eigenen Reihen. »Die Unzufriedenheit über den Kurs der Ampel an der Parteibasis, aber auch bei Abgeordneten und Funktionären wächst«, sagt Dzienus. »Junge Menschen in Deutschland sind wütend.« Denn die Regierung spare an der Zukunft der jüngsten Generation.

Parteijugend fordert Kurswechsel bei den Grünen

Ähnlich wie auch bei anderen Parteiorganisationen gilt die Jugendorganisation der Grünen als rebellisches und wichtiges Stimmungsbarometer für die Partei. Und als Sprungbrett: Die aktuelle Grünen-Co-Chefin Ricarda Langwar vor ihrem Wechsel in die Bundesspitze von 2017 bis 2019 Chefin der Grünen Jugend. An diesem Wochenende trifft sich die Grüne Jugend für drei Tage in Leipzig zu ihrem Bundeskongress. Die Organisation zählt etwa 16.000 Mitglieder.

mrc

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

Syrische Geflüchtete scheitern mit Klage gegen Grenzschutzagentur Frontex

SPIEGEL ONLINE

06. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; EU-Gericht

Length: 546 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Eine sechsköpfige Familie will in Griechenland Asyl beantragen, wird aber stattdessen in die Türkei gebracht. Ein illegaler Pushback für den Frontex Schadensersatz zahlen muss? Nein, sagt das Gericht der Europäischen Union.

Body

Eine syrische Geflüchtetenfamilie ist mit einer Klage gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex vor dem Gericht der Europäischen Union gescheitert. Die möglicherweise erlittenen Schäden ließen sich nicht unmittelbar auf das Verhalten von Frontex zurückführen, entschieden die Richter in Luxemburg.

Auch sei Frontex weder dafür zuständig, Rückkehrentscheidungen zu prüfen, noch für Asylanträge – daher könne die Behörde nicht für Schadensersatz haften. Frontex wird von Nichtregierungsorganisationen immer wieder vorgeworfen, die Rechte von Geflüchteten nicht ausreichend zu schützen.

Familie beklagt rechtswidriges Verhalten durch Frontex

Die sechsköpfige Familie kam 2016 nach Griechenland und hatte dort dem EU-Gericht zufolge ihr Interesse bekundet, Asyl zu beantragen. Wenige Tage später wurde sie in einer sogenannten gemeinsamen Rückkehraktion von Griechenland und Frontex in die Türkei geflogen.

Die heute im Irak lebende Familie beklagt, dass Frontex rechtswidrig gehandelt habe. Ihr Asylantrag hätte geprüft werden müssen, bevor sie aus der EU gebracht worden sei. Außerdem habe Frontex gegen das Verbot erniedrigender Behandlung verstoßen und das Recht auf effektiven Rechtsschutz missachtet. Die Familie sei etwa auf dem Flug voneinander getrennt worden – ohne Fragen stellen zu dürfen. Auch die Behandlung der Kinder verstoße gegen die Menschenrechte, sagte ihre Anwältin.

Gericht: EU-Staaten »technisch und operativ unterstützen«

Dafür forderten sie mehr als 100.000 Euro Schadensersatz – dem folgten die Richter allerdings nicht. Die Agentur habe bei den Rückkehraktionen lediglich den Auftrag, die EU-Staaten technisch und operativ zu unterstützen. Gegen das Urteil kann noch vor dem höchsten Gericht der EU, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), vorgegangen werden.

Syrische Geflüchtete scheitern mit Klage gegen Grenzschutzagentur Frontex

Nach Angaben der Hilfsorganisation Sea-Watch ist es das erste Mal, dass sich ein EU-Gericht zu einem »durch Frontex ermöglichten Pushback« positioniert. Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Außengrenzen sogenannte Pushbacks sind nach internationalem Recht illegal.

Frontex nehme alle Berichte über mutmaßliche Grundrechtsverletzungen ernst, hatte die Behörde zuvor mitgeteilt. Allerdings arbeite man immer unter dem Kommando der nationalen Behörden und habe keine Möglichkeit, gegen diese zu ermitteln.

Im vergangenen Jahr hatten insbesondere Ermittlungen zu illegalen Zurückweisungen von Migranten im Mittelmeerraum damaligen Frontex-Chef Fabrice Leggeri in Bedrängnis gebracht. Der SPIEGEL hatte damals nachgewiesen, dass griechische Küstenwächter und Frontex sich dabei Komplizenhaft verhalten und später versucht hatten, die Vorgänge zu vertuschen. Die Berichte führten zur Absetzung von Leggeri.

Trotz der gescheiterten Klage unterstreicht die Juristin und Frontex-Expertin Mariana Gkliati die Wichtigkeit des Verfahrens: »Auch wenn das Ergebnis nicht zugunsten der Kläger ausfiel, ist dieser Fall von entscheidender Bedeutung, da es sich um die erste Menschenrechtsklage gegen Frontex handelt, die die Zulässigkeitsphase durchlaufen hat. Der Erfolg dieses Falles besteht darin, dass er den Weg für weitere Verfahren dieser Art geebnet hat«, sagte sie dem SPIEGEL. Das Scheitern der Klage bedeute zudem nicht, dass das Gericht entschieden habe, dass Frontex rechtmäßig gehandelt habe.

aeh/slü/col/dpa

Load-Date: September 6, 2023

End of Document

Biden besucht erstmals Grenze zu Mexiko und erlebt einen frostigen Empfang

SPIEGEL ONLINE

09. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Streit über illegale Einwanderung

Length: 1028 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: Zum ersten Mal in seiner Amtszeit ist US-Präsident Joe Biden in das Grenzgebiet zu Mexiko gereist. Sein Besuch wurde von politischen Spannungen überschattet.

Body

US-Präsident Joe Biden ist erstmals seit Beginn seiner Amtszeit an die Südgrenze der USA im Bundesstaat Texas gereist. Biden traf bei seinem mehrstündigen Besuch am Sonntag in der Stadt El Paso Grenzbeamte und ging entlang der Grenzmauer zu Mexiko. Der Demokrat wurde zuvor am Flughafen der Grenzstadt kühl von dem texanischen Gouverneur Greg Abbott empfangen.

Der Republikaner überreichte Biden einen Brief, in dem er der Regierung schwere Vorwürfe machte. Der Besuch komme zwei Jahre zu spät, Bidens »Versagen« sei für das »Chaos« an der Grenze verantwortlich. El Paso hatte sich zuletzt zu einem Schwerpunkt der Migration in die USA entwickelt – im Dezember hatte sich die Situation dramatisch zugespitzt.

Abbott machte den Brief, den er Biden überreicht hatte, direkt im Anschluss öffentlich. »Ihre Politik der offenen Grenzen hat die Kartelle ermutigt, die durch den Handel mit tödlichem Fentanyl und sogar mit Menschen reich werden«, heißt es darin weiter. Die USA erlebten »die schlimmste illegale Einwanderung« in der Geschichte des Landes. Die Texaner würden dafür einen besonders hohen Preis zahlen. In El Paso seien die Migrantencamps für Bidens Besuch extra geräumt worden, so Abbott.

Der Republikaner forderte, dass der Weiterbau der Grenzmauer in Texas unverzüglich wieder aufgenommen werden müsse. Biden hatte als eine seiner ersten Amtshandlungen das Projekt seines republikanischen Vorgängers Donald Trump stillgelegt. Die Mauer ist mit ihren hohen, metallenen Stelen genau genommen eher ein Zaun als eine Mauer.

Biden wird von den Republikanern wegen der Situation an der Grenze immer wieder scharf angegriffen. Republikanische Gouverneure verschiedener Bundesstaaten im Süden der USA – darunter auch Abbott – hatten im vergangenen Jahr wiederholt Reisebusse voller Migranten in demokratisch regierte Bundesstaaten wie New York oder in die Hauptstadt Washington geschickt, um Biden unter Druck zu setzen. Das Weiße Haus verglich die Gouverneure daraufhin mit Schmugglern.

Biden besucht erstmals Grenze zu Mexiko und erlebt einen frostigen Empfang

Überforderung bei Behörden und Hilfsorganisationen

Biden besuchte in El Paso nun einen Übergang an der Grenze zwischen den USA und Mexiko. Außerdem ließ er sich von Grenzbeamten zeigen, wie diese Fahrzeuge durchsuchen. Er machte sich ein Bild von einer Einrichtung, in der sich Hilfsorganisationen um ankommende Migranten kümmern. Der mitreisenden Presse zufolge haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort deutlich gemacht, dass sie mehr finanzielle Unterstützung benötigten. Demnach kam Biden bei seinem Trip nicht mit Migranten zusammen, um sich mit ihnen auszutauschen.

Mit der hohen Zahl an Migranten sind sowohl die örtlichen Behörden als auch die Hilfsorganisationen vor Ort überfordert. In El Paso gibt es nicht genügend Unterkünfte für die Menschen. An der Grenze zwischen den USA und Mexiko registrierte die US-Grenzschutzbehörde zwischen Oktober 2021 und Oktober 2022 mehr als zwei Millionen Versuche von Menschen, in die USA zu gelangen. Dabei wächst den Statistiken zufolge die Zahl der Migranten, die nicht aus Mexiko, Guatemala, Honduras und El Salvador stammen. Immer mehr Menschen kommen aus Kuba, Kolumbien, Nicaragua und Venezuela.

Tausende Migranten harren derzeit an der Grenze zu den USA aus und hoffen auf eine Gelegenheit, in das Land zu gelangen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hatte zuletzt entschieden, die umstrittene Richtlinie Title 42 vorerst in Kraft zu lassen. Die Regelung sieht vor, dass die meisten Migranten ohne Papiere an der Grenze sofort abgewiesen werden, ohne auch nur einen Asylantrag stellen zu können. Damit sollte zunächst die Ausbreitung der Coronapandemie eingedämmt werden. Mittlerweile fürchten Politiker und Behörden in den USA aber wohl vor allem eine stark zunehmende Migration, wenn die Richtlinie kassiert wird.

Neue Regelungen

Angesichts der dramatischen Lage und der anhaltenden Kritik hatte Biden zuletzt einen neuen Anlauf gestartet, um die illegale Einwanderung in die USA einzudämmen und neue Regelungen verkündet. Demnach sollen unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 30.000 Migranten pro Monat aus Venezuela, Nicaragua, Kuba und Haiti legal in die USA einreisen. Im Gegenzug sollen 30.000 illegale Einwanderer pro Monat aus diesen Ländern nach Mexiko abgeschoben werden.

Während den einen die Maßnahmen Bidens nicht weit genug gehen, gibt es auch die gegenteilige Kritik: Interessenvertreter von Einwanderern beschuldigen den US-Präsidenten, eine grausame Politik zu verfolgen, die der seines Vorgängers Donald Trump nicht unähnlich ist.

Biden ist inzwischen weiter nach Mexiko gereist. Sein mexikanischer Kollege Andrés Manuel López Obrador nahm ihn am Sonntag (Ortszeit) auf dem Flughafen Felipe Ángeles nördlich von Mexiko-Stadt in Empfang. Am Montag ist ein bilaterales Treffen der beiden Staatschefs geplant. Im Mittelpunkt der Gespräche dürfte das Thema Migration stehen. Am Dienstag kommen López Obrador, Biden und der kanadische Premierminister Justin Trudeau zum Nordamerika-Gipfel zusammen.

Armutsbekämpfung als Ziel

Bei dem Gipfel soll es nach Angaben der mexikanischen Regierung um Sicherheit, Umwelt, Gesundheit, Diversität und Wettbewerbsfähigkeit gehen. Wichtigstes Thema dürfte allerdings die Migration sein. Der mexikanische Präsident unterstützte den neuen US-Vorstoß. Er eröffne den Migranten die Chance auf eine legale Einreise in die USA und verhindere so die häufig gefährliche Reise durch Mexiko und den illegalen Grenzübertritt. Migranten werden in Mexiko immer wieder Opfer krimineller Organisationen, die sie entführen, ausrauben oder vergewaltigen.

Mexiko will bei dem Gipfel einen Vorschlag für eine »Allianz für den Wohlstand der Völker Amerikas« unterbreiten, wie Außenminister Marcelo Ebrard mitteilte. Ziel sei es, die Armut in der Region zu bekämpfen und den Wohlstand gerechter zu verteilen. Es dürfte vor allem darum gehen, die Ursachen von Migration zu bekämpfen. Ein ähnliches Programm hatte die US-Regierung bereits beim Amerika-Gipfel im vergangenen Jahr mit der »Amerikanischen Partnerschaft für wirtschaftlichen Wohlstand« vorgelegt. Darüber sollen Lieferketten gestärkt, Investitionen vereinfacht und Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Biden besucht erstmals Grenze zu Mexiko und erlebt einen frostigen Empfang

bbr/dpa/AP

Graphic

dpa - Joe Biden (Mitte) an einem Grenzzaun in El Paso

Load-Date: January 8, 2023

End of Document

Wird der Thriller um die »Andromeda« jemals aufgeklärt?

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1564 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Genau ein Jahr nach den Nord-Stream-Anschlägen gibt es viele Spuren – werden die Täter je gestellt? In der **Migrationsdebatte** setzt die Politik auf Streit statt auf Lösungen. Und: Biden kommt Trump zuvor. Das ist die Lage am Dienstag.

Body

Ein Jahr nach der Nord-Stream-Sabotage

Eine abgewetzte Charterjacht mit dem mythischen Namen »**Andromeda**« steht im Zentrum eines irrwitzigen Thrillers, der vor genau einem Jahr in schweren Explosionen auf dem Grund des Meeres nahe der dänischen Insel Bornholm seinen Höhepunkt fand. Das letzte Kapitel in diesem Krimi fehlt bis heute: die Auflösung.

Wer steckt hinter den Angriffen auf die Nord-Stream-Pipelines? Wer segelte mit der »Andromeda« unbemerkt von Warnemünde quer über die Ostsee und zerstörte am 26. September 2022 drei der vier Röhren der Erdgasleitungen zwischen Russland und Deutschland? Die Russen selbst? Die Amerikaner? Die Ukraine? Oder war es eine »False Flag«-Operation, bei der absichtlich Hinweise auf einen anderen Täter gelegt wurden?

Viele Länder ermitteln, alles läuft streng geheim, denn **die politischen Implikationen sind gewaltig**. War es ein russisches Kommando, könnte die Attacke als kriegerischer Akt gewertet werden – und den Nato-Bündnisfall auslösen. Waren die USA involviert, droht dem transatlantischen Verhältnis schwerer Schaden. Waren es ukrainische Kampftaucher, stellt sich die Frage, was das für die Unterstützung des Landes bei der Verteidigung gegen Russland bedeutet.

Tatsächlich **weisen derzeit fast alle Spuren in die Ukraine**. Ein Team des SPIEGEL und des ZDF hat diese Spuren recherchiert, ist mit der »Andromeda« die mutmaßliche Route der Täter abgefahren. Die spannende Rekonstruktion der Kolleginnen und Kollegen können Sie hiernachlesen.

Ob die Wahrheit jemals offiziell ans Licht kommt, ist offen. In der Bundesregierung könnten sie womöglich ganz gut damit leben, wenn die Nord-Stream-Saboteure für immer im Dunkeln bleiben. Denn dann muss die unangenehme Frage nach den Konsequenzen nicht beantwortet werden.

Wer hat die Ostsee-Pipelines gesprengt? Ein SPIEGEL-Original-Podcast

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Wird der Thriller um die »Andromeda« jemals aufgeklärt?

So stark verdient Russland trotz Sanktionen am Öl: Die russischen Rohöllieferungen und Einnahmen fließen trotz Preisdeckel und anderer Sanktionen weiter. Eine neue Auswertung zeigt, wie das Regime in Moskau besonders verdient.

Die Willkommenstortur: Ein früherer Pornodarsteller bietet einer jungen Ukrainerin Unterschlupf an, als der Krieg in ihrem Heimatland ausbricht. Sie flieht zu ihm nach Berlin und der Mann wird offenbar schon am nächsten Tag sexuell übergriffig.

Legoland? Nein, das ist Kiews farbenfroher Stadtteil »Comfort Town«: In der ukrainischen Hauptstadt malten Architekten ihre Neubauten bunt an und bekamen dafür 2019 einen Architekturpreis. Im Krieg bekam das Viertel bisher nur eine kleine Schramme ab.

Lieber ohne Schaum vor dem Mund

Streit zwischen Regierung und Opposition, Ärger innerhalb der Ampel, Zoff zwischen Bund und Ländern kein Thema sorgt derzeit für so viel Unruhe in der politischen Landschaft der Republik wie die **Migration**.

Die Union versucht, den Kanzler und seine Ampel vor sich herzutreiben. Der wahlkämpfende Bayern-Ministerpräsident **Markus Söder** hat Horst Seehofers Platte von der **Obergrenze** wieder aufgelegt, der um Akzeptanz kämpfende CDU-Chef **Friedrich Merz** will den von Olaf Scholz angebotenen **Deutschlandpakt** nur schmieden, wenn es darin zuallererst um die Flüchtlingspolitik geht.

FDP und **Grüne** giften sich in migrationspolitischen Fragen bisweilen so scharf an, dass man gern mal vergessen kann: Die beiden verbindet ein Koalitionsvertrag. Mal geht es um **Grenzkontrollen**, mal um **sichere Herkunftsländer**, mal um die **Reformen in der europäischen Asylpolitik**.

Die **Bundesländer** sind wütend, weil die Bundesregierung ihnen das **Geld für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten** zusammenstreichen will. Dabei stöhnen gerade viele Kommunen, sie seien an der Belastungsgrenze angelangt.

Ich weiß, es ist leicht gesagt: Aber es wäre sicher hilfreich, wenn die verantwortlichen Akteure den Schaum vorm Mund abputzten und echten Pragmatismus walten ließen. **Schlagworte** wie Integrationsgrenze oder Deutschlandpakt mögen für den Moment gut klingen, nach Anpacken und Durchgreifen. In Wahrheit aber lenken sie nur ab vom Bemühen um eine echte Lösung echter Probleme.

Zu befürchten ist, dass erst mal weiter gestritten wird. Zumindest bis zu den Landtagswahlen im Oktober. Wenn heute im Reichstagsgebäude die Fraktionen der Bundestagsparteien zusammenkommen, dann steht das Thema Migration wieder ganz oben auf den Tagesordnungen. Und der nächste Ärger auch.

Zank in der Ampelkoalition über Migration: Vom »Deutschlandpakt« noch weit entfernt

Kampf um die Gunst der Autoarbeiter

Joe Biden kommt heute nach Michigan, um sich mit den dort **streikenden Arbeitern der Autoindustrie** zu solidarisieren. Dass ein US-Präsident so offen und eindeutig eine Gewerkschaft unterstützt, deren Mitglieder sich im Ausstand befinden, ist ziemlich ungewöhnlich.

Aber es passt zu Bidens **Selbstverständnis als »gewerkschaftsfreundlichster Präsident der amerikanischen Geschichte«**. In den vergangenen Jahren konnten sich die drei großen US-Autokonzerne General Motors, Ford und die Chrysler-Mutter Stellantis über zweistellige Milliarden Gewinne freuen, nun fordert Biden, dass auch die einfachen Arbeiter davon profitieren.

Bei dem Arbeitskampf steht für Biden auch politisch einiges auf dem Spiel. Es geht um Wählerstimmen, gerade in einem Swing State wie Michigan. Je länger der Streik dauert, umso schmerzhafter wird es für die US-Wirtschaft. Dazu kommt: Noch unterstützen die United Auto Workers (UAW), die Autobauergewerkschaft, die Wiederwahl von

Wird der Thriller um die »Andromeda« jemals aufgeklärt?

»Union Joe« 2024 nicht offiziell auch weil sie befürchten, Bidens Pläne für den Ausbau der E-Mobilität könnten etliche Jobs in der Verbrennerproduktion kosten.

All das weiß natürlich Bidens wahrscheinlichster Konkurrent im Kampf ums Weiße Haus. **Donald Trump** schwänzt am Mittwoch auch die zweite TV-Debatte der republikanischen Präsidentschaftsbewerber, stattdessen will auch er sich in Detroit **bei den Autoarbeitern anbieten**.

Biden kündigte seinen Besuch an den Streikposten erst an, nachdem Trumps Pläne bekannt geworden waren. Nun ist er vor dem Ex-Präsidenten da und das ist kein Zufall.

Gelähmte Wirtschaft: Warum der Streik der Autobauer Joe Bidens Wiederwahl gefährden könnte

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Jetzt muss die CDU das Klima retten: Zum Ende dieses Rekordsommers scheint klar: Die Mission Planetenrettung ist gescheitert. Die Grünen fallen als klimapolitischer Motor aus warum jetzt nur noch die Union die Wende bringen kann.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Das Parlament des Vereinigten Königreichs ist unterteilt in zwei Kammern: House of Lords und ?

Die Zahl des Tages

kommt heute vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Die obersten Datenhüter der Republik geben bekannt, welche Orte sich gemessen an der Einwohnerzahl mit dem Titel **kleinste und größte Gemeinde Deutschlands** schmücken können.

Bei letzterer ist die Sache klar: **Berlin** ist und bleibt die Stadt, in der die meisten Menschen leben mehr als 3,5 Millionen.

Bei der kleinsten Gemeinde aber wird es spannend: Im letzten Jahr kürte die Zahlenbehörde das rheinland-pfälzische **Dierfeld**. Neun Einwohnerinnen und Einwohner, sieben Männer und zwei Frauen, wurden in dem Dorf in der Vulkaneifel gezählt (Stand 31. Dezember 2021). Im Jahr zuvor lag **Gröde** auf der gleichnamigen Hallig im schleswig-holsteinischen Wattenmeer mit elf Menschen an der Spitze der kleinsten Orte. Davor wiederum teilten sich die jeweils zehn Einwohner von Dierfeld und Gröde den Titel.

Und jetzt? Dierfeld oder Gröde? Ein Zu- oder Wegzug, ein Neugeborenes, ein Todesfall können entscheiden.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Faeser plant stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien: Nicht mehr nur Schleierfahndung: Die Bundesinnenministerin will stationäre Grenzkontrollen zu Tschechien und Polen einrichten lassen. Auch andere Länder setzen auf verstärkte Kontrollen.

Heizkosten stiegen 2022 um bis zu 81 Prozent: Im Energiekrisenjahr 2022 ist das Heizen massiv teurer geworden. Das zeigt eine Auswertung Hunderttausender Kostenabrechnungen. Auch im laufenden Jahr liegen die Preise weit über Vorkrisenniveau.

»Es ist hart für die Person mit der Diagnose, es ist auch hart für die Familie«: Hollywoodschauspieler Bruce Willis leidet an Demenz. Nun hat seine Frau Emma Heming Willis im Fernsehen über die Krankheit gesprochen und darüber, dass die Diagnose Fluch und Segen zugleich gewesen sei.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Wird der Thriller um die »Andromeda« jemals aufgeklärt?

Knackt der Ölpreis bald die 100-Dollar-Marke? Die hohen Ölpreise haben Folgen für Autofahrer, Heizkunden und die Weltwirtschaft. Es hängt von Ländern wie Russland, Saudi-Arabien und auch den USA ab, ob sich die Lage verschärft. Der Überblick.

»In unserem Dorf gab es nur zwei Häuser mit Spülklosett«: Theo Waigel wuchs als Bauernsohn auf und brachte es bis zum Bundesfinanzminister. Im Interview spricht er über sein Verhältnis zum Geld, eine seltsame Theateraufführung in München und seinen Nachfolger Christian Lindner.

Warum vergeht die Zeit im Alter schneller? Je älter man wird, desto schneller verfliegt die Zeit, sagen viele. Hier erklärt eine Expertin, wie man sich mehr Lebenszeit schenkt.

Vom anderen Stern: Der Guide Michelin will mit einer neuen Auszeichnung mehr -Nachhaltigkeit in die weltweite Gastro-Branche bringen. Doch bei manchen Spitzenköchen sorgt der Grüne Stern für Verwirrung.

Kommen Sie gut in den Tag.

Herzlich,

Ihr Philipp Wittrock, Chef vom Dienst in Los Angeles

Graphic

Christian Irrgang - Die »Andromeda« bei der SPIEGEL-Recherche

DER SPIEGEL

Load-Date: September 26, 2023

Mindestens 14 Menschen sterben vor tunesischer Küste

SPIEGEL ONLINE

09. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Bootsunglück im Mittelmeer

Length: 234 words

Byline: Henrik Bahlmann

Highlight: Tunesien ist ein wichtiges Transitland für Geflüchtete. Vor der Küstenstadt Sfax ist nun ein Bootsunglück geschehen. 14 Menschen kamen ums Leben, Dutzende wurden gerettet.

Body

Vor der Küste Tunesiens sind nach Angaben der Nationalgarde des Landes mindestens 14 Menschen bei einem Bootsunglück ums Leben gekommen. 54 weitere Migranten seien nahe der Stadt Sfax gerettet worden. Die Menschen stammen demnach aus Ländern südlich der Sahara. In der Nacht seien außerdem Hunderte Geflüchtete vor der tunesischen Küste aus Seenot gerettet worden.

Tunesien gilt als wichtiges Transitland auf dem Weg nach Europa. Viele Menschen, die mit Booten Italien erreichen, stammen aber auch aus Tunesien. Die Überfahrt in oft seeuntauglichen Booten ist lebensgefährlich. Immer wieder sterben dabei Menschen.

Auf der italienischen Insel Lampedusa kamen binnen 24 Stunden rund 1350 Menschen mit Booten aus der Küstenstadt Sfax an, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Zuletzt gab es eine Flüchtlingskatastrophe vor Kalabrien, mindestens 72 Menschen starben, nachdem ihr Holzboot direkt vor der italienischen Küste gekentert war.

In Tunesien sorgt die Lage auch innenpolitisch für Diskussion. Präsident Kais Saied hatte im Februar gefordert, härter gegen Geflüchtete vorzugehen. Der Staatschef hatte Migranten aus südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Ländern vorgeworfen, Gewalt und Kriminalität ins Land zu bringen.

Seither nehmen Anfeindungen und rassistische Angriffe in Tunesien zu. Sicherheitskräfte kontrollierten Hunderte Menschen, ob sie sich legal im Land aufhalten.

hba/dpa

Graphic

Mindestens 14 Menschen sterben vor tunesischer Küste

Copyright 2022 The Associated Press. All rights reserved - Geflüchtete in einem Boot vor der tunesischen Küste

Load-Date: March 9, 2023

End of Document

Jeder zweite Geflüchtete von 2015 hat einen Job

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Integration

Length: 447 words

Byline: Stefan Schultz

Highlight: »Wir schaffen das«, sagte Ex-Kanzlerin Merkel, als 15 Millionen Menschen nach Deutschland flüchteten. Laut einer neuen Studie sind von denen, die geblieben sind, inzwischen mehr als die Hälfte erwerbstätig.

Body

54 Prozent der 2015 nach DeutschlandGeflüchteten waren 2021 erwerbstätig. Das zeigt eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Erwerbstätigkeit dieser Migrantinnen und Migranten ist gegenüber dem Pandemiejahr 2020 um zehn Prozentpunkte gestiegen.

Allerdings gibt es laut der Studie zwischen den Geschlechtern ein erhebliches Gefälle. Während 67 Prozent der männlichen Geflüchteten von 2015 inzwischen erwerbstätig seien, liege die Quote bei Frauen nur bei 23 Prozent.

Hier spielen unter anderem die Betreuung von Kindern eine Rolle, heißt es zur Erklärung. Aber auch Faktoren wie Bildung und Berufserfahrung im Herkunftsland oder die Teilnahme an Sprach- und Arbeitsmarktprogrammen bedingten die großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Steigendes Bildungsniveau

Das Bildungsniveau der Zugewanderten von 2015 ist laut IAB ebenfalls gestiegen. 33 Prozent der erwachsenen Geflüchteten haben demnach inzwischen Schulen und Hochschulen besucht oder Ausbildungen und Weiterbildungsmaßnahmen absolviert.

Das wiederum erhöht auch die Chancen auf dem Jobmarkt. 70 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten üben dort demnach inzwischen eine Tätigkeit aus, für die ein Berufs- oder Studienabschluss notwendig ist.

Zwölf Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten hätten sogar einen Job mit höherer Qualifikation als in ihrer Heimat gefunden, schreibt das IAB. 41 Prozent seien allerdings noch unterhalb ihres Tätigkeitsniveaus von vor dem Zuzug beschäftigt.

65 Prozent der erwerbstätigen Geflüchteten von 2015 arbeiten laut IAB in Vollzeit. Das entspricht in etwa dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Höhere Gehälter

Jeder zweite Geflüchtete von 2015 hat einen Job

Das mittlere Bruttomonatsentgelt der Geflüchteten in Vollzeit ist bis 2021 auf 2037 Euro gestiegen. 2015, im Jahr ihrer Ankunft, hatte es noch 1660 Euro betragen.

»Geflüchtete haben die Wochenarbeitszeit erhöht und können sie einen höheren Stundenverdienst erzielen«, sagt Herbert Brücker, Co-Chef des IAB-Forschungsbereichs »Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung«.

Gleichzeitig verdienen Geflüchtete nach wie vor weniger als der Durchschnitt aller in Deutschland Beschäftigten. Die 18- bis 25-jährigen Geflüchteten etwa verdienen nur 74 Prozent so viel wie alle arbeitenden Menschen dieser Altersgruppe in der Bundesrepublik.

»Sechs Jahre nach der Ankunft in Deutschland zeichnen sich in allen Dimensionen der Arbeitsmarktintegration erhebliche Fortschritte ab«, sagt Yuliya Kosyakova, ebenfalls Co-Chefin des IAB-Forschungsbereichs »Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung«. Gleichzeitig gebe es weiter dringenden Handlungsbedarf, besonders bei der Förderung geflüchteter Frauen.

ssu

Graphic

picture alliance / dpa - Berufliche Fortbildung für Migrantinnen und Migranten (2015): Steigendes Bildungsniveau, wachsende Beschäftigungsquote

Load-Date: July 27, 2023

End of Document